

Nr.

4

April
1987

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Walter Dirks · Eugen Kogon · Heinz Kühn
Johannes Rau · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

1987
34. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)

Ständige Mitarbeit:
Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Ulrich Gernhardt
Ferdinand W. Menne

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-8738
Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 86,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

Redaktionsbeirat:
Siegfried Bangert
Frank Benseler
Gottfried Erb
Irving Fetscher
Bruno Friedrich
Ulrich Gernhardt
Horst von Glzyck

Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reimut Jochimsen
Richard Löwenthal
Ferdinand W. Menne
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Friedrich-Wilhelm Witt

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 14
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Zum Inhalt

Der Schwerpunkt dieses Heftes liegt auf dem Thema „Erosion in den großen Städten“. Der Titel ist provozierend und fragwürdig zugleich; was erodiert da? Einerseits die Sozialstruktur; die Industrie geht zurück, viele Facharbeiter ziehen in die Vorstädte, in den Innenstädten ballen sich Bürogebäude und die Bevölkerungsmischung, die übrigbleibt, ist explosiv: alterndes Proletariat, Ausländer, junge Intelligenz mit geringen Ansprüchen an den Wohnwert und „Yuppies“, die elegante Eigentumswohnungen in alten Mietshäusern beziehen. Wen wundert's, daß unter solchen Bedingungen auch die sozialdemokratischen Wähleranteile „erodieren“?

Aber schon an dieser Stelle werden viele Beobachter der Szene ein lautes „Halt“ rufen; Hermann Heinemann beispielsweise, der nordrhein-westfälische Sozialminister und langjährige Vorsitzende des stärksten SPD-Bezirks, Westliches Westfalen, der in einem Beitrag beschreibt, wie Dortmund – auch eine „große Stadt“ – seine guten sozialdemokratischen Ergebnisse behielt; und dies trotz einer deutlichen Entwicklung von der Industrie weg hin zur Dienstleistung. Dortmund ist eine Dienstleistungsstadt.

Klar also ist, daß die These, die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft minimiere sozusagen naturgesetzlich den sozialdemokratischen Anteil an der Wählerschaft, falsch ist. Aber ist die einfache Gegenthese richtig, daß es „nur“ die Qualität der Parteiorganisation ist, die den Ausschlag gibt? Die Qualität der regionalen Führungsfiguren, die Disziplin der Funktionäre, die Bereitschaft, innere Querelen zurückzustellen? Oder hängt das eine – die komplizierte Entwicklung der Sozialstruktur – und das andere – die komplizierte Entwicklung der inneren Balance einer regionalen Parteiorganisation – miteinander zusammen? Und wie?

Man wird noch viele solche Fragen stellen müssen, um dem Wahlverhalten der Bürger in den großen Dienstleistungszentren auf die Spur zu kommen. Schon der Begriff Dienstleistung ist schwammig; denn viele Beschäftigte der Firma Siemens in München werden als „Industrie“ abgebucht, obwohl sie längst in weißen Ärztemänteln herumlaufen, in kleinen Teams arbeiten und „Dienstleister“ sind. Und natürlich ist die Mentalität von privaten Dienstleistern (also beispielsweise in Versicherungsgesellschaften) völlig anders konstruiert als die von Oberräten in einer Kunsthochschule, von Amtsräten in einem Wohnungsamt oder Soziologen im zweiten Arbeitsmarkt. Tausend Fragen...

Übrigens nicht nur soziologische, sondern auch historische. Warum ist nach dem Ersten Weltkrieg in sehr vergleichbaren Industriestädten die große Mehrheit der Partei bei der SPD geblieben, in anderen in eben solcher Stärke zur USPD gegangen? Das hängt oft an einer oder zwei regionalen Führungsfiguren. In diesem Sinn mag sich beschreiben lassen, wie die Stärke der Münchener Parteiorganisation Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre zerfiel; weniger soziologisch als historisch. Wer wirklich wissen will, warum eine so zerstrittene Partei wie die Münchener CSU strahlende Siege feiert, der wird auf den Gedanken verzichten müssen, daß es einen Schlüssel gibt, der die Tür zu diesem Geheimnis aufschließt.

„Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ sind eine Zeitschrift, die Kontroversen liebt. Die heftigste, die wir in den letzten Jahren ausgefochten haben, ging um die „Löwenthal“-Thesen. Wir fordern zu einer kontroversen Debatte zu diesem Thema „Erosion in den großen Städten“ ausdrücklich auf. Auch konservative, grüne und einzelgängerische Überlegungen sind uns willkommen – wenn sie originell sind.

Zum Stichwort „Erosion“ haben übrigens das „Kulturforum der Sozialdemokratie“ und die „Sozialdemokratische Gemeinschaft der Kommunalpolitiker“ ein Symposium „Stadt und Lebensstil“ veranstaltet, über das wir noch berichten werden. Die „Lebensstilforschung“, die Wissenschaftler wie Hermann Schwengel an der Freien Universität Berlin betreiben, gibt interessante Aufschlüsse über Wandlungen von Zeitgeist und Sozialverhalten in den Metropolen.

Im Sinne dieser Offenheit der Zeitschrift ist auch die Auseinandersetzung mit Helmut Schmidts Buch über die „Strategie des Westens“ geschrieben. Es wird ja langsam komisch: In aller Welt werden Schmidts Thesen diskutiert; in der SPD werden sie vorsichtig umgangen. Die einen wollen Schmidt nicht reizen, die anderen wollen ihn nicht loben, die dritten halten ihn für ein höheres Wesen. Der Autor hat sich mit Helmut Schmidt oft genug – auch öffentlich – auseinandergesetzt. Diesmal kann er mit den Thesen Schmidts aus der „Strategie des Westens“ ziemlich viel anfangen. Beides – die positive wie die negative Kritik – muß unspektakulär werden. Auch zu den deutsch-französischen Beziehungen (über die Klaus Bloemer in diesen Heften immer wieder provozierende Bemerkungen macht) würde die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte gerne eine streitige Diskussion in Gang bringen. P. Gl.



Inhaltsverzeichnis

Seite	Autor	Titel
292	Peter Glotz	Die französische Option. Eine Auseinandersetzung mit Helmut Schmidts „Strategie des Westens“
297	Peter Bender	Mitteleuropa – Mode, Modell oder Motiv?
305	Willy Brandt	Die Sozialdemokratie in der deutschen Geschichte. Rede auf dem Forum „Erben Deutscher Geschichte – Bundesrepublik und DDR“ am 12. und 13. März 1987
312	Norman Birnbaum	Status quo der Demokraten in den USA
321	Karsten D. Voigt	Europäische Interessen nach Reykjavik und vor einer Null-Lösung
329	Klaus Bloemer	Glasklare Antworten zu auswärtigen Fragen
330	Hans-Ulrich Klose/ Michael Müller/ Horst Peter	Thesen zur politischen und kulturellen Erneuerung der SPD
		Thema: Erosion in den großen Städten
336	Jan von Trott	Utopie und Management. Sozialdemokratische Strategie in der Dienstleistungsgesellschaft
342	Hermann Heinemann	Dienstleistungszentren im Ruhrgebiet – Stabile Festung für die SPD
347	Martin Wentz	Sozialer Wandel, Dienstleistungsgesellschaft und sozialdemokratische Politik
352	Marie-Luise Weinberger	Von der Müll-Kultur zur Yuppie-Kultur. Über den sozialen Wandel in innerstädtischen Revieren und Ballungsgebieten
358	Konrad Schucht	Alte Partei und neue Schichten. Zu den Chancen der SPD in den Dienstleistungsstädten
362	Karl-Ernst Jelemann	Die deutsche Geschichte als Instrument im politischen Streit
369	Herbert Stettner	Filmaustausch mit der Dritten Welt. Tendenz stark rückläufig
370	Hermann Glaser/ Jürgen Zimmer	Drunten in der Tiefe – Brasilianische Augenblicke – (II).
377	Ferdinand Menne	Frühling '87: Erinnerungen an eine selbsternannte Cassandra
378		Leserbriefe
		Kritik
383	Thomas Rothschild	Täuschung und Selbsttäuschung

Peter Glotz

Die französische Option

Eine Auseinandersetzung mit Helmut Schmidts „Strategie des Westens“

I.

1833 publiziert Ranke im zweiten Band der von ihm herausgegebenen „Historisch-politischen Zeitschrift“ einen Aufsatz „Die großen Mächte“, den Friedrich Meinecke – der ihn im August 1916 in der Insel-Bücherei als Nr. 200 herausgibt – eines der „Kleinodien unserer Nationalliteratur“ nennt. In der Tat: Es ist eine aus souveräner Kenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge entwickelte, gedrängte und kalte Analyse der europäischen Machtverhältnisse der damaligen Zeit. Kritischer Ausgangspunkt der Studie ist der „Supremat“ Frankreichs zur Zeit Ludwigs des XIV, den der große Historiker mit dem Begriffsapparat der „Nation“, des „Nationalbewußtseins“ und des „Gleichgewichts“ als gefährlich erachtet. Mit Sympathie beschreibt er die Stärkung Englands unter Wilhelm III., den Aufstieg Preußens unter Friedrich dem Großen, die Konsolidierung Österreichs durch die Wiedereroberung von Ungarn und den Sieg über die Türken 1683 und die Expansion Rußlands unter Peter dem Großen. „Übermacht“ ist das Schreckbild, gegen das er sich wendet. „Wie war die alte Freiheit von Europa so tief gebeugt“, kommentiert er den „Supremat“. „Europa schien in Frankreich untergehen zu wollen.“ Dagegen setzte er „die Bedeutung der moralischen Kraft der Nationalität für den Staat“. „Was wäre aus unseren Staaten geworden, hätten sie nicht neues Leben aus dem nationalen Prinzip, auf das sie gegründet waren, empfangen. Es wird sich keiner überreden, er könnte ohne dasselbe bestehen.“

Anderthalb Jahrhunderte später wird man einen Historiker, der sich solch eine Analyse der europäischen Verhältnisse auf beiläufig sechzig Seiten zutraut, kaum finden; dafür gibt es einen Politiker, der dieses Wagnis auf sich genommen hat: Der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt, der in Vorlesungen an der Yale-Universität im Frühjahr 1985 „Eine Strategie für den Westen“ (Siedler-Verlag, Berlin 1986) entworfen hat. Natürlich sind die beiden Männer und die beiden Texte grundverschieden; der von der Romantik, von Wilhelm von Humboldt und Herder geprägte Universalhistoriker und der sozialdemokratische Politiker, der sich einmal als Ersten Angestellten der Firma Bundesrepublik Deutschland bezeichnet hat; der kühne, literarisch durchgeformte Jugend-Essay und die aus dem englischen zurückübersetzte, auf Übersichtlichkeit, Verständlichkeit und Handhabbarkeit orientierte Vorlesung des „Elder Statesman“; und doch gibt es Parallelen: In der Kühnheit des Entwurfs, im Programm eines historischen Realismus, in den sehr klassischen (bei Schmidt zuweilen bewußt klassizistisch präsentierten) Denkkategorien und vor allem im Ausgangspunkt: Bei der Beschreibung der Schlüsselrolle Frankreichs für Europa. Wer die beiden Texte in all ihrer Verschiedenheit von Sujet, Anspruch, literarischem Rang und politischem Standort nebeneinander liest, begreift etwas von der schuldhaft-blutigen Geschichte, der unverwechselbaren Eigenart und der seltsamerweise immer noch nicht endgültig verschütteten Zukunfts- und Lebenschance des alten Europa.

II.

Beiseite gesprochen: Wenn ein Politiker, der in seiner Organisation über lange Zeit überragenden Einfluß ausgeübt hat, ausscheidet, entsteht um ihn ein teils respektvolles, teils verlegenes, teils schadenfrohes Schweigen. So auch bei Helmut Schmidt. Von den Querelen der Alltagspolitik hat er sich, seitdem Kohl ihn aus dem Amt gedrängt hat, ferngehalten. Man solle ihn nicht reizen, sagen die einen. Andere mögen froh sein, daß er ihnen nicht mehr widerspricht; wieder andere halten ihn für ein höheres Wesen, mit dem man prinzipiell nicht argumentiert. Der Effekt ist nur, daß die produktiven Ideen eines der erfahrensten und erfolgreichsten der europäischen Sozialdemokraten in seiner eigenen Partei undiskutiert bleiben. Ich kenne das Risiko, das in der verkürzten verbalhornen und zugespitzten Wiedergabe jedes kritischen Arguments liegt. Aber haben wir eigentlich genügend eigenständige, weltweit akzeptierte und vielfach erfahrene politische Denker, daß wir es uns leisten können, Helmut Schmidt taktierend-respektvoll totzuschweigen? Ende des Rezitativs.

III.

Schmidts Kernthese ist die von der „Abdankung Europas“; d. h. also von dem Verzicht der europäischen Regierungen, „eine eigene Rolle bei der Entwicklung einer gemeinsamen weltpolitischen Konzeption oder bei der Formulierung einer Gesamtstrategie für den Westen zu spielen“. Dabei analysiert er sowohl die Sicherheitsprobleme als auch die wirtschaftliche Entwicklung Westeuropas und der Vereinigten Staaten. Sein Fazit, in kühle, zurückhaltende (und vor amerikanischen Zuhörern vorgetragene) Feststellungen und Empfehlungen gekleidet, ist alarmierend: Eine gefährliche Verschuldung vieler Länder der Dritten Welt, eine weltwirtschaftlich verantwortungslose amerikanische Defizitpolitik, eine unkoordinierte Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den USA und Europa und ungenutzte Chancen der ökonomischen Kooperation der westeuropäischen Industriegesellschaften. Der Pragmatiker Helmut Schmidt vermeidet den Ton der Fastenpredigt, ist aber in seiner Analyse skeptisch und nimmt kein Blatt vor den Mund: Westeuropa sei weder zur wirtschaftlichen Einheit geworden noch habe es eine effektive gemeinsame Verteidigung organisiert. Es sei zwar „keineswegs dem endgültigen Verfall preisgegeben“, verliere aber täglich an politischem und militärischem Gewicht. Was fehle, sei eine „grand strategy“.

Die Konservativen übrigens, die es lieben, Schmidt gegen seine Partei auszuspielen, werden sich mit diesen Vorlesungen schwertun. Schmidt geht nicht nur – selbstverständlich – von der „Doppelphilosophie“ des Harmel-Berichts von 1967 (verbürgte Sicherheit vor und Zusammenarbeit mit dem Osten) aus, sondern entwickelt ohne Zögern und Zaudern die ganze Grundphilosophie sozialdemokratischer Außenpolitik: Kooperative Rüstungssteuerung, Ablehnung eines Rüstungswettlaufs „zum Zwecke der wirtschaftlichen Abnutzung der Sowjetunion“, gemeinsame Sicherheit, Verzicht auf den frühen Einsatz nuklearer Waffen etc. Auf der Grundlage einer unbezweifelbaren „Westbindung“ setzt er sich mit der Reagan-Administration kompromißlos auseinander: Der häufige Mangel an Konsultationen zwischen der amerikanischen und den europäischen Regierungen sei ein Akt „unberechtigter amerikanischer Dominanz“: das enorme Handels- und Leistungsbilanzdefizit unter Reagan „Ausdruck unbeschwerter Vernachlässigung aller Mitverantwortung für die Weltwirtschaft“. Kein Zweifel, daß es manche Zicken und Zacken sicher-

heitspolitischer Beschlüsse der SPD geben mag, denen Helmut Schmidt skeptisch gegenübersteht: In seinem außenpolitischen Denkansatz aber hat er sich nicht von seiner Partei und seine Partei sich nicht von ihm entfernt. Kein kalter Krieger wird sich auf Schmidt berufen können.

Die von Schmidt vorgeschlagene „grand strategy“ besteht aus 19 Vorschlägen unterschiedlicher Konkrektion, die alle miteinander den isolationistischen Tendenzen in den USA und dem Verfall des europäischen Selbstbewußtseins widersprechen. Ob es ein Marshall-Plan für die Staaten Zentralamerikas oder ein General Agreement to Lend zur Entschärfung der Schuldenkrise ist: Schmidt spricht gegen das grauenvoll-populistische *laissez faire*, mit dem „der Westen“ die Probleme treiben läßt. Er fürchtet selbst, daß derzeit keiner seiner 19 Vorschläge eine Realisierungschance hat. Und läßt uns nicht im Zweifel: Wenn es einfach so weitergeht, sind weltpolitische Eruptionen unvermeidlich.

Das aufregendste Element der Schmidtschen Strategie aber ist das, was man die „Französische Option“ nennen könnte. Schmidt geht aus von John F. Kennedys Konzeption, daß Europa einen eigenen Pfeiler des atlantischen Bündnisses bilden müsse. Er bekennt, daß er sich vom anglophilen über den amerikanophilen zum frankophilen Politiker gewandelt habe. Der Kern des zukünftigen Europa ist für Schmidt die deutsch-französische Zusammenarbeit, der er „Priorität“ zumißt. Nur Frankreich, sagt der Atlantiker Schmidt, könne die Bundesrepublik an den Westen binden, nicht irgendein Präsident aus Georgia oder Kalifornien. Und aus dieser Prämisse entwickelt er einen sensationellen Vorschlag:

Schmidt geht, anders als das alt-atlantische Kartell, davon aus, daß die Nato-Strategie „flexible response“ weiterentwickelt werden muß. Das Schlüsselproblem hierbei ist die Senkung der nuklearen Schwelle. Die Frage lautet: Wie kann – ohne gigantische und unbezahlbare neue Aufrüstungsmaßnahmen – Europa konventionell solange wie möglich gehalten werden? Schmidt antwortet: „Wenn Frankreich seine konventionellen Streitkräfte und seine Reserven in die gemeinsame Struktur der westlichen Verteidigung einbringen würde, so wäre hinsichtlich der konventionellen Streitkräfte ein zufriedenstellendes Gleichgewicht zwischen Westeuropa und der Sowjetunion leicht zu erreichen.“ Und dann der Punkt auf dem i: „Solch eine Streitmacht müßte natürlich einem französischen Oberbefehlshaber unterstellt werden.“

Der Kreis schließt sich. Das 19. Jahrhundert – und ein bitterer Teil des 20. – wollte das Gleichgewicht in Europa gegen Frankreich errüsten. Schmidt will Frankreich und die Bundesrepublik zum Kern eines neuen Westeuropa machen; durch Unterordnung der Deutschen unter die Franzosen. Bei Ranke hatte es geheißen: „Eine jede Nation wird es empfinden, wenn sie sich nicht an der ihr gebührenden Stelle erblickt; wieviel mehr die französische, die so oft den sonderbaren Anspruch erhoben, vorzugsweise die große Nation zu sein“. Schmidts Lösung, nach drei schrecklichen Kriegen in hundert Jahren, lautet: Wir akzeptieren diesen „sonderbaren Anspruch“. Das ist keine Garantie für ein Europa, das seine Verteidigung in die eigenen Hände nimmt; aber es wäre der politische Grundstein.

IV.

In Schmidts Strategie-Vorlesungen finde ich manche Widerhaken. Ich widerspreche, wenn er die Grünen allesamt als „extreme Linke“ charakterisiert; für mich sind sie eher eine radikal-liberal-pazifistische Halbpartei mit bürgerlicher Klassenbasis, eine Grup-

pierung auf dem Weg zu einer grünen FDP. Mir ist der Vergleich zwischen der deutschen und der polnischen Nation – und die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung der Bundesrepublik und der DDR – zu romantisch-kleindeutsch; das mag daran liegen, daß ich aus Böhmen und damit dem Weichbild des Österreich-ungarischen Vielvölkerstaates stamme. Schmidts Begriff des militärischen Gleichgewichts ist mir im Zeitalter der Zerstörbarkeit der Welt allzu klassizistisch. Hier liegen die Differenzen zum Doppelbeschluß nicht zur „Doppelphilosophie“. Aber all diese Einwände können den Eindruck nicht entkräften, daß mit der „Strategie für den Westen“ ein entscheidender Denkanstoß für eine neue „Europäisierung der Politik“ gegeben worden ist. Die europäische Linke würde einen großen Fehler machen, wenn sie an Schmidts Überlegungen gedankenlos vorbeigehe.

Dies gilt in besonderem Maße für die „französische Option“. Das Bemerkenswerte ist nämlich, daß Schmidt das gleiche Problem formuliert, das auch ganz andere Teile der europäischen Linken – denen Schmidt kritisch gegenübersteht – umtreibt. Ich meine beispielsweise Oskar Lafontaine, der vor einiger Zeit den – inzwischen wohl modifizierten – Gedanken in die Debatte geworfen hat, die Bundesrepublik nach französischem Beispiel aus der militärischen Integration der NATO auszugliedern.

Nun ist auf den ersten Blick sichtbar, daß Schmidt und Lafontaine zu entgegengesetzten Folgerungen kommen: Schmidt will die konventionelle Streitmacht der Franzosen in die militärische Integration zurückholen; Lafontaine will den Gleichklang mit den Franzosen durch ein Ausscheiden der Deutschen aus dieser Integration bewerkstelligen. Das Ursprungsproblem aber dürfte identisch sein: Den Deutschen der jüngeren Generation ist von Jahr zu Jahr schwerer zu vermitteln, daß die Verteidigung der Bundesrepublik zu einem erheblichen Teil auf amerikanischen Truppen und nuklearen Waffensystemen beruht, über deren Einsatz nur der amerikanische Präsident zu entscheiden hat – und dies in einer Zeit, in der die Amerikaner wieder stärker von isolationistischen Tendenzen geschüttelt werden, und in der amerikanische Präsidenten gewählt werden, die sich weder durch ein besonderes Interesse noch durch eine besondere Sensibilität für den alten Kontinent auszeichnen.

Die „Realisten“ der gegenwärtigen europäischen Politik werden beide Vorschläge als „illusionär“ abtun; und auch Schmidt selbst nennt seinen eigenen Vorschlag vorsichtig „Wunschdenken“. Im Falle seiner Realisierung könne, meint er, die Stärke der amerikanischen Truppen auf europäischem Boden beträchtlich verringert werden. Zur Zeit erfordere die Verteidigung Europas aber noch eine erhebliche Beteiligung Amerikas. Der Unterschied zwischen Schmidt und den genannten Realisten ist nur, daß Schmidt der Wirklichkeit ins Gesicht geschaut hat, während jene Realisten sich von NATO-Konferenz zu NATO-Konferenz quälen und nicht bemerken, wie ihnen der Einfluß auf die europäische Jugend von Jahr zu Jahr stärker entgleitet, während sie die immer gleichen Formeln auf den immer gleichen Wehrkundetagen in die immer gleichen Papers schreiben.

Lafontaines Vorschlag würde – fürchte ich – das alte Mißtrauen gegen die Deutschen in Ost und West erneut mobilisieren; wir Deutschen sind unseren Nachbarn wohl noch auf ein paar Jahrzehnte nur „integriert“ zuzumuten. Auch Schmidt müßte sein Konzept gegen das Mißtrauen anderer westeuropäischer Partner absichern. Es kann nur funktionieren, wenn man die Italiener (bei denen es neuerdings eine starke europäische Bewegung gibt), und das eine oder andere der übrigen Kernländer Westeuropas mit ins Boot be-

kommt. Aber hat nicht auch Mitterand vom „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ gesprochen? Die deutsche Politik sollte darüber nachdenken, wie sie die Überlegungen fortsetzen könnte, die Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing in den späten 70er Jahren zu entwickeln begannen.

V.

In Gabriel Garcia Marquez' großem Roman „Die Liebe in den Zeiten der Cholera“ führt das alte Liebespaar am Schluß den Rio Grande della Magdalena hinauf. Das ganze Buch kein Wort über Politik; man hat nur dem Treiben einer unentschlossenen, gespaltenen und letztlich machtlosen Oberschicht über fünfhundert Seiten zusehen können. Plötzlich sehen die beiden alten Leute, wohin dieses Treibenlassen führte: Das planlose Abholzen der Wälder hat den Fluß innerhalb von 50 Jahren erledigt. Die Kaimane, die Seekühe, die frühere Idylle sind verschwunden. Hin und wieder schwimmen aufgedunsene Leichen den Fluß hinunter. Der Magdalena wird zum Symbol für das Scheitern einer Generation, einer sozialen Schicht, eines politischen Systems.

Europa ist nicht Zentralamerika. Die europäischen Eliten müssen nicht den Weg der zentralamerikanischen gehen: Gefesselt in ihren Arrangements und Ritualen, beschmutzt von Korruption, abhängig vom großen Bruder. Sie haben vielleicht noch ein paar Jahrzehnte Zeit, um sich hochzurappeln und die institutionelle Sklerose ihrer nationalen Apparaturen, ihrer „bürokratisch-industriellen Komplexe“ (Martin Jänicke) zu überwinden. Schmidt erhofft sich viel von „Führung“ und „Führungspersönlichkeiten“; und daran ist etwas. Die europäische Geschichte wäre anders verlaufen, hätte Lenin die zwanziger Jahre überlebt, hätte die Weimarer Sozialdemokratie einen Bebel gehabt, wäre Gramsci nicht so elend in Mussolinis Gefängnissen umgekommen. Aber es geht nicht nur um „Leadership“, um die Beschwörung charismatischer Kraft. Die stärkste Kraft, die in die falsche Richtung wirkt, muß verpuffen; daher die Aura des Tragikomischen um den großen Charles de Gaulle. Europa braucht ein Subjekt der Veränderung; eine neuformierte europäische Linke. Und eine Strategie. Wichtige Bausteine für solch eine Strategie lassen sich bei Helmut Schmidt beschaffen.

Peter Bender Mitteleuropa – Mode, Modell oder Motiv?

Dr. Peter Bender, Jahrgang 1923, ist Journalist beim Westdeutschen Rundfunk.

Ein altes, politisch heikles Wort erlebt eine Renaissance: Bis vor vier oder fünf Jahren sprachen beinahe nur noch Geographen und Wettervorhersager von Mitteleuropa, dann begannen Schriftsteller und Kulturhistoriker sich zu erinnern, inzwischen streiten sogar Politiker darüber. Womit haben wir es zu tun? Ist Mitteleuropa nur eine Mode, die bald vergehen wird? Ist es ein Modell, das eine Neugliederung des Kontinents verheißt? Ist es ein Motiv, das Kräfte freisetzen könnte?

Daß der Begriff nach dem Krieg außer Gebrauch kam, erklärt sich leicht. „Mitteleuropa“ war der Titel eines berühmten, programmatischen Buches, das Friedrich Naumann während des Ersten Weltkrieges schrieb. Und obwohl Naumann es nicht so meinte – seine vergrößernden Nachredner und Nachschreiber machten aus Mitteleuropa ein imperiales Gebilde, in dem die Deutschen und Deutsch-Österreicher bestimmend und herrschend Slawen und Magyaren um sich gruppieren sollten. Hitler setzte das dann auf seine Weise in die Tat um. Die erste Etappe seiner Expansion traf Mitteleuropa: Österreich, die Tschechoslowakei und Polen; Ungarn wurde sein erster Satellitenstaat und blieb sein letzter Verbündeter. Mitteleuropa, Entwurf und Ausführung made in Germany – das verdarb die Sache wie das Wort gründlich.

Ebenso gründlich wirkten der Kalte Krieg und seine Folgen. Mitteleuropa verschwand, weil West- und Osteuropa sich kurzschlossen. Zwischen NATO und Warschauer Pakt gab es nichts und sollte es nichts geben. Der Glaubenskrieg der Systeme erlaubte ideologisch keinen „Dritten Weg“, politisch keine Neutralität und geographisch keine Pufferzone.

Ideologie und Machtanspruch teilten den Kontinent nicht nur, sie gliederten ihn neu. Westeuropa reichte niemals bis zur Elbe, und Osteuropa umfaßte niemals Ungarn oder Böhmen, aber historische Eigenständigkeit, geographische Zusammengehörigkeit und kulturelle Übereinstimmungen zählten nicht mehr im Kampf der politischen Bekenntnisse.

Früher überlagerte eine neue Herrschaft die alten Strukturen, veränderte sie erst allmählich; nun sollten die neuen, um Moskau und Washington gruppierten Gemeinschaften die alten Gemeinsamkeiten ersetzen. Rostock und Prag sollten sich Moskau zugehörig fühlen, die Herzen der Lübecker und Mailänder sollten im gleichen Takt schlagen wie die der New Yorker.

Ost und West erhielten absoluten Vorrang, das erklärte das Verschwinden Mitteleuropas – aber ebenso sein Wiedererscheinen. Die Nationen und Regierungen auf der Ostseite wehrten sich als erste. Schon 1957 schlug Polen eine atomwaffenfreie Zone vor: in Mitteleuropa. Prag betrachtete sich als das „Herz“ Europas, und Budapest machte bereits 1963 Reklame als der „Mittelpunkt Europas, gleich weit von Moskau und London, von Kiew und Paris, von Stockholm und Istanbul“. Es waren auch ein Tscheche und ein Ungar, die in den achtziger Jahren als erste wieder über Mitteleuropa schrieben, Milan Kundera und György Konrad. Nun geschieht das gleiche in der Bundesrepublik. Auch bei uns reden die Leute wieder von Mitteleuropa, weil sie nicht von Ost- und Westeuropa ganz vereinnahmt werden wollen.

Die Renaissance Mitteleuropas ist zunächst ein Protest gegen die Teilung des Kontinents, gegen die Vorherrschaft der Amerikaner und Russen, gegen den Totalitarismus der Ideologien. So viel läßt sich für alle sagen, die heute von Mitteleuropa oder von der Mitte Europas reden. Doch wenn man fragt, was das sei und welche Länder dazugehören, zeigen sich Unterschiede. Wir Deutsche beginnen mit den beiden Teilen Deutschlands und nennen dann Polen, die Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn; die Balkanländer lassen wir meist draußen. Nur wenn wir es historisch betrachten, zählen wir alle Gebiete der K.u.K.-Monarchie dazu und auch das Baltikum. Ganz anders die Polen, Tschechen, auch Ungarn: für sie sind die Deutschen sehr oft nicht dabei, manchmal noch die DDR. Für sie ist Mitteleuropa vor allem oder ausschließlich der Ostteil Mitteleuropas; und sobald man sich näher mit ihnen unterhält, wird klar, daß hier nicht nur die Geschichte nachwirkt und Abneigung gegen die Deutschen.

Wenn Polen, Tschechen und Ungarn von Mitteleuropa sprechen, so spürt man die Nöte und Sehnsüchte derer, die zwischen die großen Fronten geraten sind: auf der einen Seite der übermächtige Nachbar Sowjetunion, ein ganzer Kontinent, der bis zum Pazifik reicht; auf der anderen Seite Westeuropa, das mit sich selbst beschäftigt und selbstzufrieden nur wenig Gedanken für den östlichen Teil hat. Polen,

Tschechen, Slowaken und Ungarn, auch Rumänen, sehen sich an die kommunistische Großmacht Rußland gebunden, der sie sich sozialökonomisch und kulturell nicht zugehörig fühlen; zugleich sind sie ausgeschlossen von dem Teil Europas, mit dem sie Religion und Tradition teilen, von dem sie größtenteils ihre Maßstäbe beziehen und um den ihre Hoffnungen kreisen.

Vom Osten beherrscht und vom Westen ausgeschlossen – die kleinen und mittleren Nationen im Osten haben das Empfinden, am schlechtesten weggekommen zu sein. So ist mehr als verständlich, daß sie als erste und am meisten von der Mitte reden und der Mitte mehr Bedeutung schaffen möchten. So erklärt sich auch, daß sie die Bundesrepublik oft nicht dazuzählen: sie gehört zum glücklichen, reichen Westen und hat nicht die Nöte des Ostens, versteht sie meist nicht einmal.

Wer hat nun recht? Wir Deutschen, wenn wir uns dazuzählen, oder die anderen, die es nicht tun? Gehören Stuttgart, Aachen und Emden zu Mitteleuropa? Sind Adenauer und Kohl Mitteleuropäer? Oder muß man das alles zu Westeuropa zählen, die Städte, die Leute, die kulturelle und historische Orientierung dieser Region? Wo liegt die Westgrenze Mitteleuropas? Ist sie identisch mit der Westgrenze der Bundesrepublik oder verläuft sie durch die Bundesrepublik? Bayern mit seiner Nachbarschaft zur Tschechoslowakei und seiner räumlichen und historischen Nähe zu Österreich und Ungarn gehört sicherlich zu Mitteleuropa. Das bayerische Kabinett und die gesamte CSU-Fraktion mit Strauß an der Spitze unternahm Besuchsreisen nach Budapest; im Landtag von Nordrhein-Westfalen kämen auch die Sozialdemokraten wohl nicht auf den Gedanken, einen Fraktionsausflug nach Prag oder Warschau zu unternehmen. Die Berliner SPD hingegen fuhr nach Auschwitz. Man kann das fortsetzen: Wie weit gehören Hessen und Niedersachsen zur Mitte, und was ist mit Schleswig-Holstein und den Hansestädten?

Ein weites Feld zum Streiten, am Ende bleiben weit mehr Fragen als Antworten. Doch so fließend die Grenzen sein mögen – sie bestehen. Es kann kein Zufall sein, daß nach 1949 vor allem Rheinländer und Süddeutsche die absolute Westbindung der Bundesrepublik durchsetzten und noch heute verteidigen; andererseits waren es Berliner, Sachsen und Norddeutsche die dann nach 1969 die Ostpolitik einleiteten und konsolidierten. Brandt brachte die Bundesrepublik aus der extremen Schiefelage einseitiger Westorientierung wieder etwas ins Gleichgewicht, aber sie blieb ein west-deutscher Staat – nach

Geographie, Geschichte, Konfession und Mentalität. Wer in Köln lebt, ist Belgien und Frankreich nahe; wer in Süddeutschland wohnt, hat es nicht weit nach Italien, und den Hamburgern ist nach einem alten Witz ein Schwiegersohn in Rio lieber als einer in Leipzig, denn „da kommt man doch wenigstens mal hin“.

Die Bundesrepublik ist ein west-deutscher Staat, weil es ihr an Kenntnis, Verständnis und meist an Interesse für Land und Leute östlich der Elbe, zumindest östlich der Oder mangelt. Sie ist ein Staat, der dem Osten den Rücken zukehrt und sich nur von Zeit zu Zeit halb umdreht, um auch dem anderen Teil des Kontinents einige Aufmerksamkeit zu widmen. Das gilt für die Regierung, für die Politik insgesamt und für die große Mehrheit der Bevölkerung; es gilt in gewissem Maße sogar für das westliche Berlin, wo immer mehr Leute ganz genauso leben wie in irgendeiner Stadt des Bundesgebiets und vom Osten nur eben flüchtig Kenntnis nehmen, wenn sie über die Transitautobahn fahren.

Um so bemerkenswerter erscheint es, daß nun auch in der Bundesrepublik Mitteleuropa zum Thema geworden ist – gehören wir doch dazu? Die Antwort bleibt offen, weil die Diskussion bisher wenig erbracht hat. Sie wird, so scheint es, immer mehr zu einem Kampf zwischen Phantasten und Gralshütern. Die einen möchten von der Mitte aus Ost und West aus den Angeln heben, die andere sehen Adenauers Erbe und das ganze Abendland in Gefahr.

Wenn man die Ursachen sucht, aus denen auch bei uns nun von Mitteleuropa gesprochen wird, so findet man die gleichen wie im Osten. Auch hier handelt es sich zuerst und vor allem um den Protest gegen die Teilung des Kontinents. Im Nachdenken über Mitteleuropa setzt sich das Nachdenken über Europa fort. Europa als Europa, als der ganze Kontinent also und nicht nur der Westteil, wurde uns erst in den sechziger Jahren wieder bewußt, in vollem Umfang sogar erst in den Siebzigern und Achtzigern. Und weil wir auch hier eine verspätete Nation sind, geht es zunächst um die Korrektur der eigenen schlechten Gewohnheit.

In einem der schönsten und nachdenklichsten Bücher, die in letzter Zeit erschienen, schrieb Karl Schlögel: „Mitteleuropa“, schon das Wort selbst ist bereits Provokation an die Mauer im Kopf.“ Politiker ganz unterschiedlicher Art benutzen das provokative Wort, zum Beispiel Peter Glotz, Alfred Dregger, Otto Schily. Andere meinen das gleiche, aber meiden den belasteten Begriff und sprechen von „Zentraleuropa“. Wieder andere, an der Spitze der

WIR VERSICHERN IHREN OPTIMISMUS



Sie können das Leben optimistisch sehen. Zum Beispiel mit dem Volksfürsorge-Sicherheitsprogramm für Frauen. Die umfassende Zukunftssicherung zu besonders günstigen Beiträgen. Eine der vielen Volksfürsorge-Versicherungsleistungen. Fragen Sie uns.

Keine Sorge –



Volksfürsorge
Versicherungen

Bundespräsident, betonen, daß Berlin und Deutschland nicht nur Grenze seien, sondern Mitte. Weizsäckers berühmte Sätze auf dem Kirchentag vor einem Jahr: „Die Bundesrepublik Deutschland ist der Osten des Westens geworden, die DDR der Westen des Ostens. Trotz doppelter Randlage bleibt Deutschland aber von den Bedingungen seiner Lage in der Mitte Europas geprägt. Zwar ist diese Mitte geteilt, aber sie bleibt Mitte.“

In der historischen Literatur zeigt sich die gleiche Tendenz. Eine Deutsche Geschichte, erschienen 1984 in Berlin, trägt den Titel „Mitten in Europa“. Karl Schlögl's Buch heißt „Die Mitte liegt ostwärts“. Andreas Hillgruber schließt eine Untersuchung mit der Frage, ob „jemals eine Rekonstruktion der zerstörten europäischen Mitte“ möglich sein werde. Hier offenbart sich eine Wende des Denkens, denn es ist ein grundsätzlicher Unterschied, von wo man auf Europa sieht, vom Westen nach Osten hin oder von der Mitte nach beiden Seiten. Aus den Blickpunkten werden Standpunkte; und der außenpolitische Streit, der sich zwischen Bundesregierung und Opposition entwickelt hat, erweist sich als Grundsatzstreit. Wenn die Sozialdemokraten von „Selbstbehauptung“ Europas oder „Europäisierung“ Europas sprechen, dann ist das von der Mitte aus gedacht und nicht vom Atlantik her.

Mitteuropa, das scheint der erste Befund zu sein, ist ein weiterer Ausdruck der neuen Betrachtungsweise, die Europa ins Zentrum stellt. Insofern ist Mitteleuropa mehr als eine Mode. Aber ist es ein Modell? Gibt es eine Strategie für Mitteleuropa, eine Ökonomie, eine Politik? Soweit die Erfahrung reicht: nichts von alledem. Sämtliche Versuche, spezielle Vorkehrungen für diese Region zu treffen, sind gescheitert.

Mitteleuropa blieb nicht frei von Atomwaffen, wie Rapacki vorschlug. Die Atomrüstung wurde auch nicht eingefroren, wie 1964 der polnische Parteichef Gomułka anregte. Und die „konventionellen“ Truppenmassen dort sind bis heute nicht verringert, obwohl NATO und Warschauer Pakt darüber seit dreizehn Jahren verhandeln.

Auch die neueren Pläne erschienen bisher wenig aussichtsreich. SPD und SED handelten zwar einen fertigen Vertrag über eine chemiewaffenfreie Zone aus, auch die Tschechoslowakei will sich beteiligen, aber die Regierungen in Bonn und Washington sagen Nein. Das gleiche droht, wenn SPD und SED sich auf einen atomwaffenfreien Korridor beiderseits der Elbe einigen können. Aber sogar Überlegungen, allein im östlichen Mitteleuropa wenigstens

zu festem wirtschaftlicheren Zusammenschluß zu kommen, blieben Überlegungen. Warschau, Prag und Ost-Berlin waren sich zu wenig einig, und Moskau, so muß man vermuten, wünschte keine Kräftekonzentration in seinem Machtbereich.

Was früher scheiterte, muß nicht unbedingt auch künftig scheitern. Aber selbst wenn man annimmt, daß zum Beispiel die Verträge der Sozialdemokraten mit Ost-Berlin zu Staatsverträgen würden – es wäre ein Zeichen gesetzt, ein Vorbild gegeben, aber mehr auch nicht. Wesentliche Änderungen oder gar Lösungen lassen sich nur für ganz Europa erreichen, denn die Probleme Mitteleuropas sind die Probleme des gesamten Kontinents. Die Strategie, die SPD und SED bei ihren Verhandlungen zu beachten hatten, ist nicht die Strategie von Bundesrepublik und DDR, sondern der NATO und des Warschauer Pakts.

Wenn die amerikanischen und sowjetischen Truppen ganz, oder zu großen Teilen, aus Mitteleuropa abziehen, dann müssen sie nach Hause gehen, denn andere europäische Staaten werden sie nicht in solcher Masse aufnehmen. Militärische Regelungen gibt es für den ganzen Kontinent, oder es gibt sie gar nicht. Das gleiche gilt für die wirtschaftlichen und politischen Gemeinschaften. Kann die Bundesrepublik es sich leisten, die EG zu verlassen? Kann die EG die Bundesrepublik gehen lassen? Und was bliebe noch vom östlichen Gegenstück, dem RGW oder Comecon, wenn die DDR, Polen und die Tschechoslowakei und Ungarn sich selbständig machten? Die Sowjetunion säße mit Rumänien und Bulgarien allein.

Aber Mitteleuropa als eigene Größe zwischen West und Ost scheitert auch an den Deutschen. Das Ressentiment und Mißtrauen der Slawen und Magyaren lebt weiter, erscheint fast unüberwindlich, und das ist verständlich auch dann, wenn man die geschichtlichen Erfahrungen, die man dort mit uns gemacht hat, fortläßt. Auch die unbefangenen jungen Generationen müßten ein schwer erträgliches Übergewicht der Deutschen in Kauf nehmen, wenn sie Mitteleuropa als politischen Verband organisieren wollten. Die Deutschen, das haben wir schmerzlich lernen müssen, sind schon für ganz Europa nur geteilt zu ertragen. Die Bundesrepublik paßt gerade noch in die EG, in eine Gemeinschaft von mittelgroßen Industriestaaten wie Frankreich, Großbritannien und Italien. In eine Gemeinschaft mit Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn paßt sie nicht: auch wenn Bonn Wunder an politischer Enthaltsamkeit vollbrächte – es behielte ein erdrückendes Über-

gewicht. Hinzu kommt das Problem eines zweiten deutschen Staates: Auch wenn die DDR sich streng getrennt hielte von der Bundesrepublik – die anderen würden es ihr nicht glauben; sie sähen eine Einheit aller Deutschen, vielleicht dazu auch noch der Österreicher, eine neue Großmacht, eine Neuauflage von Friedrich Naumann.

Man kann es drehen und wenden, wie man will – Mitteleuropa als eigene politische Größe zwischen West und Ost ist nicht möglich. Für Mitteleuropa gilt das gleiche wie für Deutschland: Es gibt dafür keine isolierten Lösungen, keinen organisierten Sonderstatus. Wer an Modellen für Mitteleuropa bastelt, schafft nichts als Widerstände; wenn ein Deutscher es tut, sogar doppelte Widerstände, weil sogleich der Verdacht aufkommt, hier würden wieder einmal deutsche Interessen europäisch verkleidet.

Man muß wissen, was Mitteleuropa nicht sein kann, um zu prüfen, was es vielleicht werden könnte. Womit haben wir es zu tun? Zunächst mit einer Kulturlandschaft, die nur ganz begreift, wer sie bereist und erlebt. Hier muß nochmals auf Schöglers kleines Buch verwiesen werden. Kultur ist eine verbindende Kraft; und gerade in den letzten Jahren zeigt sich überdeutlich, wie beiderseits der Systemgrenze sich die Geschichte wieder durchsetzt gegen die Ideologie. Doch Mitteleuropa wurde zum Thema als politischer Begriff, man muß also fragen, wo seine politischen Besonderheiten liegen.

Die erste ist: Hier wie nirgendwo sonst auf dem Kontinent sammelten sich die Ost-West-Probleme, manchmal bis zu gefährlicher Brisanz. Wenn es zwischen Ost und West in Europa zu Krisen kam, dann ging es um Deutschland und Berlin. Wenn das sowjetische Imperium bedroht war oder schien, dann nicht auf dem Balkan, sondern immer in Mitteleuropa. Zur Erinnerung: DDR 17. Juni 1953, ungarischer Aufstand 1956, „Polnischer Oktober“ 1956, Berliner Mauer 1961, „Prager Frühling“ 1968, Arbeiterunruhen in Danzig 1970, in Radom 1976, an der ganzen polnischen Ostseeküste 1980, Blüte der Gewerkschaft Solidarność und Kriegsrecht 1981. In den meisten Fällen mußte – nach Moskauer Auffassung – die kommunistische Macht mit Gewalt gesichert oder wiederhergestellt werden; Ost-West-Spannungen waren meist die Folge.

Doch in Mitteleuropa konzentrieren sich nicht nur die Konflikte, sondern auch die Rüstungen – darin liegt die zweite Besonderheit. Mitteleuropa wäre eine Zone frei von Atomwaffen und frei von chemischen Waffen, wenn nicht die Amerikaner und Russen die Region damit vollgestopft hätten –

allerdings meist mit dem Einverständnis oder sogar auf Wunsch der Regierungen dort. Falls es in den neunziger Jahren zur Stationierung neuer militärischer Chemie der USA kommen sollte, wird sie ebenfalls vor allem in der Bundesrepublik untergebracht werden. Daß auch andere NATO-Länder etwas nehmen müssen, ändert wenig – wie bei Mittelstreckenraketen. Das meiste kommt hierher, und das Gefährlichste. Die Pershing, die Moskau als unangenehmster Teil der „Nachrüstung“ erschien, wurde allein in der Bundesrepublik stationiert. Auf der Ostseite das gleiche: die „Nach-Nach-Rüstung“ mit sowjetischen Gegenraketen fand nur in der DDR und der Tschechoslowakei statt. Mitteleuropa ist die Region mit der größten Masse von Massenvernichtungsmitteln in der Welt; daß sich das ändert, wünschen beinahe nur die Mitteleuropäer.

Die Sicherheitsbedürfnisse der Mitteleuropäer decken sich nur teilweise mit denen ihrer Verbündeten – das wäre die dritte Besonderheit. Auf der Ostseite wird sie besonders deutlich.

Polen, DDR, Tschechoslowakei und Ungarn sind für die Sowjetunion strategisches Vorfeld, wie ganz Westeuropa Vorfeld für die Vereinigten Staaten ist. Auf der Westseite wiederholt sich das Problem nochmals im Kleinen, denn für Frankreich ist die Bundesrepublik Vorfeld; auf diesem „Glacis“, wie man in Paris sagt, läßt sich Verteidigung jeder Art placieren und ein sowjetischer Vorstoß vielleicht abfangen. So wünscht Frankreich eine kräftige Rüstung und viele Soldaten auf westdeutschem Boden und begrüßte die amerikanischen Mittelstreckenraketen dort ganz ausdrücklich – unter anderem auch in der Hoffnung, sich damit die deutsche Frage für ein bis zwei Jahrzehnte weiter zu ersparen. Was meist nur über die beiden deutschen Staaten gesagt wird, sie würden das erste und das Hauptschlachtfeld bilden, das gilt fast ebenso für die Tschechoslowakei und größtenteils für Polen. Nicht nur Deutschland, das ganze nördliche Mitteleuropa ginge zu Grunde. Natürlich beruht dieses Untergangs-Szenario auf der äußerst fragwürdigen Vorstellung, daß sich ein Ost-West-Krieg in Europa begrenzen ließe; doch politisch wichtig ist, daß viele in Mitteleuropa es glauben und sich für mehr bedroht halten als die Länder in weniger zentraler Lage.

Die vierte Besonderheit zeigt sich beim Vergleich mit den Nachbarn: im Osten die Atomgroßmacht Sowjetunion, im Westen die Atommächte Frankreich und Großbritannien, zwei ehemalige Großmächte. Für Moskau ist Europa nur ein Teil seiner Außen-Interessen, wenn auch ein sehr wichtiger;

auch Paris und London können sich bis heute nicht mit Europa begnügen. Die Briten denken und leben immer noch halb im Commonwealth und finden, wenn's schlecht geht, nationale Selbstbestätigung in Seeschlachten bei Kap Horn. Frankreich bleibt dem Mittelmeer und Afrika verbunden und stärkt sein Selbstbewußtsein durch Atomblitz-Feuerwerk in der Südsee. Paris ist der Traum aller Europäer im Osten, und London bot vielen Asyl; aber wenn es darum geht, einander zu begreifen, sind Deutsche und Österreicher den Polen, Tschechen und Ungarn näher. Nach Geographie und Geschichte kann es auch nicht anders sein und war auch schon früher so. Wenn Paris und London sich in der Vergangenheit im östlichen Mitteleuropa oder auf dem Balkan engagierten, dann nicht um der Länder dort willen; es war Politik gegenüber Deutschland und Rußland. Und daran hat sich auch heute wenig geändert.

Ähnliches gilt für die anderen Westeuropäer. Die Italiener interessiert das Mittelmeer, die Spanier wollen ihre Verbindungen nach Lateinamerika und zur arabischen Welt weiter pflegen, und die Griechen bleiben fixiert auf die Türken. All das ist natürlich, aber es unterscheidet die West- und Südeuropäer von den Mitteleuropäern, für die Europa auch die Mitte des Denkens bildet. Sie haben in anderen Kontinenten wenig politische, sondern vorwiegend wirtschaftliche Interessen; ihre Notwendigkeiten sind europäischer Art, und daraus entspringen Schwierigkeiten mit den jeweiligen Verbündeten. Ost-Berlin oder Budapest muß den Russen das gleiche klarmachen wie Bonn den Amerikanern und Franzosen: daß es nicht Entfernung vom Bündnis ist, wenn man mit Nachbarn aus dem anderen Bündnis zusammenarbeitet.

Die politische Eigenart Mitteleuropas liegt darin, daß es von der Teilung des Kontinents stärker betroffen ist als andere Regionen. Mitteleuropa ertrug und erträgt die meisten Spannungen und Spannungsursachen, die meisten Soldaten und Rüstungen, die meiste Bedrohung und die meisten Nachteile, die sich aus der Trennung ergeben. Ganz Europa von Polen bis Portugal wird nervös, wenn der Streit der Russen und Amerikaner sich der Konfrontation nähert; für Mitteleuropa aber besteht eine ständige Notwendigkeit, auch kleinere Ost-West-Störungen zu verhindern oder zu mildern.

Die grenznahen Länder sind auf vielfache Weise enger miteinander verbunden als die übrigen Europäer in Ost und West. Ihr Interesse aneinander ist größer und jeglicher Verkehr untereinander stärker. Sie haben in Spannungszeiten mehr zu verlieren und

durch Entspannung mehr zu gewinnen. Paris und London können es sich leisten, Moskau ohne zwingenden Grund vor den Kopf zu stoßen. Den Engländern machte es nichts aus, Kulturverbindungen zu Polen abzubauen, um General Jaruzelski für das Kriegsrecht zu bestrafen; Paris erregte sich über die Unterdrückung der Gewerkschaft Solidarność, aber tat wenig, um den Polen zu helfen. Die West- und Südeuropäer treiben weniger Osthandel als die Westdeutschen und außer dem Handel haben sie nur geringes Interesse am Ostteil des Kontinents. Ginge morgen wieder ein Eisener Vorhang herunter – Westeuropa würde reden, Mitteleuropa müßte leiden.

Damit wird klarer, was dieses Mitteleuropa politisch ist, nämlich eine Notgemeinschaft der teilungsgeschädigten Länder, und was es werden kann, nämlich eine Interessengemeinschaft zum Abbau der Teilungsfolgen. Wenn sich das Bewußtsein, hier in einer Gemeinschaft zu stehen, durchsetzt, würde Mitteleuropa zum Motiv.

Dieses Motiv würde um so stärker, je mehr man sich klarmacht, daß Mitteleuropa nicht allein steht, ein Blick nach Norden wie nach Süden zeigt Parallelen. Der Norden hat das Glück, nicht geteilt zu sein, aber er grenzt an die Sowjetunion und hat große strategische Bedeutung für sie. Finnland ist zu besonderer Rücksicht auf Moskau genötigt; die schwedische Neutralität ist wiederum zur Rücksicht auf die finnische verpflichtet; und die NATO-Mitglieder Norwegen und Dänemark nehmen ihrerseits Rücksicht auf Schweden; auch deshalb dulden sie in Friedenszeiten keine Atomwaffen. Diese skandinavische Balance ist empfindlich gegen Ost-West-Spannungen.

Im Südosten lebt ein buntes Staatengemisch: Die Warschauer-Pakt-Mitglieder Bulgarien und Rumänien, die NATO-Länder Griechenland und Türkei, schließlich das blockfreie Jugoslawien und Albanien. Die Pläne für eine Sonderzone auf dem Balkan, atomwaffenfrei und mit enger Kooperation, scheiterten, trotzdem bildeten sich Gemeinsamkeiten, und die Region blieb auch ohne Vertrag atomwaffenfrei. Moskau verzichtete auf eine Raketenstationierung in Bulgarien, Rumänien kam ohnehin nicht in Betracht.

Auch sonst sind es nicht die tüchtigsten Bundesgenossen, die dort wohnen. Rumänien führt sich auf, als sei es ein blockfreies Land wie sein verehrter Nachbar Jugoslawien; auch die Bulgaren tun viel eifriger, als sie sind. Griechenland ist nur noch halbes NATO-Mitglied und scheint, ähnlich wie die Türkei, mehr mit Zypern beschäftigt zu sein als mit dem

**Das Spiegelbild gibt viele Aufschlüsse
über die Ereignisse der 40 Jahre, die
hinter uns liegen.**

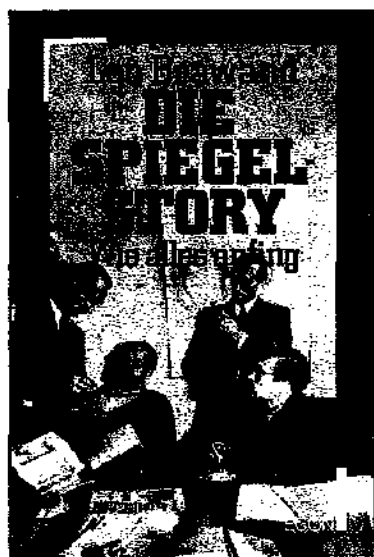
Wir erinnern uns.

**Ehe diese Zeit in Vergessenheit gerät,
sollte man das kritische Buch
von Leo Brawand zur Hand nehmen.**

Dietrich Oppenberg,
Herausgeber

NRZ

NEUE RUHR ZEITUNG
NEUE RHEIN ZEITUNG



Leo Brawand
Die Spiegel-Story
240 Seiten
36 Abbildungen s/w
14 x 21,5 cm
gebunden
Schutzumschlag
36,- DM
ISBN 3-430-11555-8

ECON

NATO-Zweck der Sicherheit gegen Moskau. Gemeinsames Kennzeichen auch hier: Sorge vor Spannungen zwischen den Großmächten und das Bemühen, sie zu verringern oder ihnen zu entgehen.

Vom höchsten Norden bis in den tiefsten Süden zieht sich ein Zwischen-Europa, es ist dem Ost-West-Gegensatz stärker ausgeliefert und auf dessen Eindämmung mehr angewiesen als der übrige Kontinent. Die Zahl der Entspannungs-Interessenten ist groß, aber ihre Kraft gering. Es sind schwache, meist kleine Länder, die meisten sind einer Bündnisdisziplin unterworfen; und das stärkste, die Bundesrepublik muß als deutscher Staat besondere Rücksicht nehmen.

Auch haben sich alle vor Exklusivität zu hüten. Bonns Ostpolitik funktioniert nur solange, wie Moskau darin einen entscheidenden Platz behält und kein anderer Oststaat sehr bevorzugt wird; zu viel Bemühung um die DDR zum Beispiel bringt die Polen gegen uns auf, die letzten Jahre geben eine Illustration. Umgekehrt das Gleiche. Die Westbeziehungen der kleineren Ostländer gedeihen nur, wenn Bonn darin nicht den entscheidenden Platz bekommt. Wer im Osten mit der Bundesrepublik viel vorhat, politisch oder wirtschaftlich, tut gut daran, gleichzeitig das Verhältnis zu Paris, Rom oder Benelux zu pflegen.

Man muß wissen, was man kann und wohin man will. Politik in und für Mitteleuropa hat nur Sinn und Chance, wenn sie Teil einer Politik in und für ganz Europa ist. Die Mitteleuropäer sollen nichts anderes, sondern mehr tun als die übrigen Europäer. Sie sind die Anwälte, zur Not Antreiber, wo es um die Einheit des Kontinents geht: Ihre Sonderrolle besteht darin, daß sie das allgemeine Ziel besonders zielbewußt verfolgen. Das Ziel ist, das Netz wechselseitiger Beziehungen aller mit allen so fest und dicht zu knüpfen, daß keiner es mehr zerreißen kann, ohne sich selbst schwer zu schaden. Das Ziel ist wechselseitige Abhängigkeit. Militärisch gesprochen: Jeder Angriff würde zur Selbstverstümmelung. Wirtschaftlich gesprochen: Jedes Embargo und jede Abschottung ruinierte die eigene Ökonomie. Politisch gesprochen: Jedes Ausbrechen aus der europäischen Solidarität führte in die Isolation.

Für eine solche europäische Politik sind die Voraussetzungen in Mitteleuropa am besten. Was der ganze Kontinent braucht, brauchen die Länder in der Mitte am meisten. Nicht nur der Wunsch, sondern die Notwendigkeit, über die große Grenze hinweg Verbindung zu halten, sind im Zentrum am stärksten. So viele gemeinsame Interessen – es wäre

ganz unökonomisch, sie ungenutzt liegen zu lassen und nicht zu bündeln.

Viel wäre schon erreicht, wenn alle sich dieser Gemeinsamkeit der Interessen bewußt würden – wie schon gesagt: Mitteleuropa könnte dann zum Motiv werden, zum Antrieb für eigenes Handeln. Es heißt nicht, NATO oder EG verlassen, wenn Bonn sich klarmacht: Es gibt Verbündete nicht nur im Bündnis. Im Wunsch nach Entspannung haben wir mehr mit Belgrad und Stockholm, auch mit Warschau und Ost-Berlin gemeinsam als mit Paris oder London. Beim Bemühen um das ganze Europa stehen uns die Mitteleuropäer näher als Westeuropäer. Daraus kann gemeinsames Handeln folgen; man wird nicht viel bewegen, bei energischer Kooperation aber vielleicht manches verhindern.

Die größten Möglichkeiten liegen in der kleinen Politik. Wer das Mitteleuropa von heute mit der Zeit vor zwanzig Jahren vergleicht, sieht einen großen Wandel. Es entstand ein Geflecht wirtschaftlicher, technischer, politischer, kultureller und besonders auch menschlicher Verbindungen, das zu bewahren ein existentielles Bedürfnis für die Beteiligten beider Seiten ist. Auch die kommunistischen Regierungen haben sich dem längst gefügt, teils aus innenpolitischem Zwang und teils aus eigener Überzeugung. Nirgendwo in Europa bestehen über die Ost-West-Grenze hinweg so enge, starke und vielfältige Beziehungen; nirgendwo wurde diese Grenze, trotz manchmal wachsenden Hemmnissen, so weit überwunden.

Wenn Mitteleuropa sich Vorbilder sucht, dann sollten es Wien und Budapest sein. Obwohl deren Verhältnis besonders günstige, nicht wiederholbare Voraussetzungen hat – Methode und Denkweise sind exemplarisch: Nicht viel reden, aber etwas tun. Nichts Spektakuläres beginnen, aber immer das Mögliche betreiben und ein bißchen auch das unmöglich Scheinende. Langsam vorgehen, aber vollendete Tatsachen schaffen. Der Erfahrung vertrauen, daß wirklicher Wandel sich fast unmerklich vollzieht, als Ergebnis von tausend Änderungen.

Schon heute müssen Moskau und Washington Rücksicht darauf nehmen, daß die Staaten an der Grenze der Bündnisse wechselseitig voneinander abhängig wurden. Das ist ein Erfolg, der meist nicht gewußt oder nicht bedacht wird. Ein Erfolg, der zeigt, was Mitteleuropa bereits ist und noch mehr werden sollte: das Bindemittel für die auseinandergebrochenen Hälften des Kontinents. Europa wurde von den Rändern her geteilt; wenn es wieder zusammenwächst, dann von der Mitte aus.

Willy Brandt

Die Sozialdemokratie in der deutschen Geschichte

Am 12. März 1987 hielt der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, vor dem von der Historischen Kommission veranstalteten Forum „Erben Deutscher Geschichte – Bundesrepublik und DDR“, an dem Wissenschaftler aus beiden deutschen Staaten teilnahmen, eine vielbeachtete Rede, die wir nachstehend dokumentieren.

I

Ich beginne mit einem Zitat. Es stammt aus dem Jahre 1845, hat einen sarkastischen Unterton, der indes 142 Jahre danach niemanden mehr zu verletzen bräuchte und der erlaubt, in einem ersten Näherungsversuch, Möglichkeit und Grenze des Fortschritts in einem aufzuweisen: „Wir müssen bei den voraussetzungslosen Deutschen damit anfangen, daß wir die erste Voraussetzung aller menschlichen Existenz, also auch aller Geschichte konstatieren, nämlich daß die Menschen im Stande sein müssen zu leben, um ‚Geschichte machen‘ zu können.“ Da die Deutschen Petitessen dieser Art nie recht wahrgenommen hätten, sagen die Urheber des Zitats, hätten sie, anders als Franzosen und Engländer, „nie eine irdische Basis für die Geschichte und folglich nie einen Historiker gehabt“.

Die Grenze des Fortschritts mag man daran ablesen, daß die materiellen Voraussetzungen der Geschichte-Machens unverändert gelten und nicht abzusehen ist, wie sie einmal gegenstandslos werden sollten. Die Möglichkeit des Fortschritts eröffnet sich dagegen jedem. Wer wollte heute bezweifeln, daß die Deutschen Historiker haben?

In den Text, den ich zitiert habe, schrieben die Verfasser einen weiteren bemerkenswerten Satz erst hinein, dann strichen sie ihn. Die modernen Herausgeber haben die Überlegungen gleichwohl aufbewahrt: „Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte.“ Das war ein großes Wort, wohl ein zu großes, und ist deshalb zu Recht entfallen. Immerhin wurde vor zwanzig Jahren, in einer politisch bewegteren Zeit als der heutigen, von einem provozierenden französischen Geist angeregt, den „Kontinent Geschichte“ zur Erforschung auszuschreiben – als sei es unbekanntes Land. Mag das auch eine Übertreibung gewesen

sein, so bleibt doch wahr, daß das Wissenschaftliche an der Geschichtsschreibung kein unverlierbarer Standard ist, sondern – wie Vernunft und Humanität andernorts auch – abgebrochen werden kann. Da es sich hier um ein Kernstück der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Einfluß und Macht handelt, ist weniger Feierlichkeit verlangt als vielmehr Offenheit.

Ich bin bei meinen Bemerkungen zur „SPD in der deutschen Geschichte“. Was anders war und ist die Sozialdemokratie in der deutschen Geschichte als eine Instanz, die hier erwähnten Einsichten lebendig zu halten und sich um eine ihnen gemäße Politik zu bemühen? Sicher, wir haben uns – im Gelungenen wie im weniger Gelungenen – nicht darauf beschränkt, das anständige Leben des Volkes als sozusagen Bedingung der Möglichkeit der Geschichte-Machen voranzustellen und einem Humanität nachdrücklich verpflichteten Begriff von Vernunft immer wieder Geltung zu verschaffen. Aber wer wollte bezweifeln, daß dies beides zum Kernbestand des sozialdemokratischen Lebens gehört: von den 48ern, die ich zitiert habe, über Lassalle und Bebel, Ebert und Wels, Schumacher, Reuter und Ollenhauer bis zu uns Heutigen?

Über das eigene Tun und Lassen ist immer wieder nachgedacht und geschrieben worden, doch hat die Sozialdemokratie eine regelrechte Geschichtsschreibung nicht gekannt. Daran wird sich wohl auch in Zukunft nichts ändern. Die Partei als Partei schreibt in unserem Verständnis keine Geschichte. Die Partei als Partei muß sich nicht nur erinnern, sie muß auch vergessen können; der Wissenschaft wird das zweite nicht gestattet. Woran uns als Partei liegen muß, ist ein solches Stück Selbstverständigung, wie es jetzt im historischen Rückblick des Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm unternommen wurde. Wir werden sehen, ob und wie weit es in der Diskussion besteht.

Sozialdemokraten in der deutschen Geschichte, das heißt: Teil davon seit 125 Jahren (und mehr, wenn man, wofür auch manches spricht, schon ab '48 rechnet), gewiß nicht der schlechteste Teil davon. Während der längsten Zeit mehr opfertragende denn mitgestaltende Kraft. Von zunächst geringem „geschichtsbildenden Einfluß“ (wie Golo Mann in einer damals überaus freundlichen Würdigung aus Anlaß unseres 100jährigen Jubiläums schrieb). Nicht nur Erbe der demokratischen Volksbewegung, die aus bekannten Gründen in deutschen Landen unterentwickelt blieb. Ganz gewiß nicht frei von Schwächen und Irrtümern. Aber nie im Lager derer,

die Krieg und Knechtschaft über unser Volk brachten. Sondern an der Spitze jener, die es zuwegebrachten, daß aus Millionen geschundener Proletarier und unzulänglicher Frauen selbstbewußte Staatsbürger und -bürgerinnen wurden.

Wenn im hinter uns liegenden Wahlkampf – besonders von bayerisch-deutschnationalen Höhen – wieder einmal der Ruf erschalle, es müsse verhindert werden, daß die Sozis das Volk *erneut ins Unglück* stürzten, so zeigt uns dies nicht nur die robuste Unverfrorenheit im reaktionär-populistischen Lager, sondern auch die Begrenztheit dessen, was politische Bildung und demokratische Kultur bisher zu bewirken vermochten.

II

In der Kommission, die im vorigen Sommer den ersten Entwurf eines neuen Programms der deutschen Sozialdemokratie vorlegte, gehörte das Kapitel „Woher wir kommen, wohin wir wollen“ nicht zu den besonders umstrittenen. Daß das neue Programm am Anfang einen solchen Teil, in dem die Partei sich ihrer Vergangenheit vergewissert, haben sollte, galt eines Tages als beschlossene Sache, ohne daß groß hin und her diskutiert worden wäre. Dies bedeutete, daß wir uns 25 Jahre nach Godesberg zutrauten, den Eindruck einer etwas abstrakten Wegweisung aufzuheben. Freilich, auch im Irseer Entwurf sind die Grundwerte des demokratischen Sozialismus an hervorgehobener Stelle enthalten. Aber sie scheinen nicht länger vom himmlischen Baum der großen Menschheitsideen gepflückt, sondern werden als nachvollziehbares Ergebnis eines lange währenden Lernprozesses der sozialdemokratischen Bewegung vermittelt.

Wo der neue Entwurf von den unterschiedlichen Glaubenshaltungen und Überzeugungen der in der SPD Organisierten spricht, heißt es, der demokratische Sozialismus in Europa habe „seine geistigen Wurzeln in humanistischer Philosophie und im Christentum, in Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung“. Während der Text bei den ersten drei „Wurzeln“ dem Godesberger Programm folgt – dort war Marx unter klassischer Philosophie rubriziert – ist der Verweis auf die Erfahrungen der Arbeiterbewegung eine wichtige Ergänzung. Mit Blick auf die Realgeschichte der Sozialdemokratie ist diese Ergänzung indes nur folgerichtig.

Die Klärung dessen, worum es hier geht, überlasse ich – wie anderes – gerne dem Gespräch mit denen, die hierüber mit uns diskutieren möchten, am besten

noch bevor im Mai nächsten Jahres der zweite Entwurf vorgelegt wird, über den ein Programm-Parteitag im Spätherbst 1988 abschließend zu befinden haben wird. Aus gegebenem Anlaß möchte ich hier einen weiteren Aspekt des historischen Abschnitts ansprechen: die Abgrenzung gegenüber Theorie und Praxis der kommunistischen Partei bzw. Parteien.

Nicht anders als im Text von Godesberg enthält der neue Entwurf *als ganzes* eine Abgrenzung gegenüber *allen* konkurrierenden Parteien. Indes erscheint eine besondere Trennlinie zu jenen politischen Kräften geboten, die sich – wie die Sozialdemokratie – auf Traditionen der Arbeiterbewegung berufen und auf sozialistische Zielvorstellungen. Die Beratungen der Programmkommission waren auch in dieser Frage nicht von eigentlichen Gegensätzen gekennzeichnet. Ein Einwand gegen die gewählte Form lautete, die allgemeine Abgrenzung, die das Programm durch die Beschreibung des politischen Selbstverständnisses der Sozialdemokraten enthalte, sei für alle besonderen Fälle hinreichend.

Eine etwas noch selbstbewußtere Variante dieses Arguments hielt eine hervorgehobene Abgrenzung zur kommunistischen Doktrin und Machtausübung für doppelt entbehrlich, insofern sie überflüssig oder gar irreführend sei. Überflüssig, weil die kommunistische „Weltbewegung“, anders als zu früheren Zeiten, nicht jene Anziehungskraft aufweise, die eine gesonderte Befassung erforderlich mache; irreführend, weil die gesonderte Befassung dem falschen Schein Vorschub leisten könne, die Sozialdemokratie befinde sich hier in einem Erklärungszwang. Es wird kaum verblüffen, wenn ich dazu sage, daß bei dieser Diskussion die Zugehörigkeit zur älteren oder zur jüngeren Generation eine Rolle spielte.

Ohne der parteiinternen und der öffentlichen Debatte vorzugreifen: Während unser Urteil über die historischen Konflikte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten weithin abgeklärt ist, betrachten wir die neueren Entwicklungen, vor allem die historisch neueste in der Sowjetunion, in einer offenen Geisteshaltung, neugierig und gespannt. Selbstverständlich kann die Sozialdemokratie von den einmal gewonnenen und in vielen Gedächtnissen gesicherten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren nicht völlig absehen. Aber wir werden nicht Gefangene gelernter und eingeschliffener Verhaltensmuster und Denkschemata sein, wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt. Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle alten Schlachten immer neu geschlagen werden müßten.

Die SPD in der deutschen Geschichte – das wird sich bei allen Unzulänglichkeiten, auch erneut als ein Beispiel für zähen Realitätsinn erweisen. Ich denke, man wird sich weiterhin darauf verlassen können.

Gerne möchte ich einen dritten Bestandteil des Programm-Entwurfs ansprechen, nämlich die Hoffnungen und Erwartungen, die darin mit Europa verbunden werden. In wissenschaftlichen Ost-West-Gesprächen war vom Ideologischen an der west-deutschen Nachkriegsbegeisterung für Europa und von Interessen die Rede, die vom Kalten Krieg bestimmt waren. Und wer wollte bestreiten, daß die Sehnsucht nach einem einigen Europa in jenen Jahren auch ideologisch in Dienst genommen wurde? Aber es ist abwegig, diesen Befund für das Ganze auszugeben.

Keine abendländische Europaideologie vermochte den Wunsch nach Frieden zu diskreditieren, der nach 1945 eine große Zahl vom Krieg Gebeutelte auf Europa hoffen ließ. Für die Masse jener, die sich von der europäischen Einigung anführen ließen, ging es gewiß nicht um ein neues Vehikel für abgetaktete Weltmachtambitionen, sondern um eine organisierte Garantie des Friedens für unseren vom Krieg so schlimm gezeichneten Kontinent.

Während bekannt ist (oder sein sollte), wie sehr die Auseinandersetzung um die kleinere oder die größere Lösung des Problems der staatlichen Einheit auch die junge deutsche Arbeiterbewegung erfaßt hatte, haben manche verdrängt oder nie hinreichend zur Kenntnis genommen, wie stark schon bei den Sozialdemokraten des vorigen Jahrhunderts der Wunsch nach internationaler Verständigung und die Sehnsucht nach enger europäischer Zusammenarbeit ausgeprägt waren. Das fand dann im Heidelberger Programm von 1925 seinen Niederschlag im Bekenntnis zu den Vereinigten Staaten von Europa.

Heute treffen wir uns, über sonst Trennendes hinweg – gerade auch mit dem Blick auf die Zukunft von uns Deutschen – im Ringen um die Sicherung des Friedens. Es ist dieser Aspekt, Europa als Friedensmacht, der die Aussagen des Irseer Entwurfs zum Gegenstand bestimmt. Die „Selbstbehauptung Europa“, die wir anstreben und in deren Rahmen die Europäische Gemeinschaft eine möglichst gemeinsame Außenpolitik entwickeln soll, die Selbständigkeit auch gegenüber den befreundeten Vereinigten Staaten anstrebt und „die dem Frieden dient, indem sie der Konfrontation der Weltmächte entgegenwirkt“ – diese Selbstbehauptung Europas ist nicht anspruchlos, aber sie ist das Gegenteil eines impe-

rialistischen Programms. Weder soll künftig am europäischen Wesen die Welt genesen, noch ist dieses Europa, von uns Sozialdemokraten schon gar nicht, als eine nach außen sich eigentüchtig abschottende Region der Seligen zu verstehen. Die Selbstbehauptung Europas, das ist – in einer Zuspitzung, die hier erlaubt sei – der Versuch, der Aufklärung auf dem Kontinent, von dem sie ausgegangen ist, eine Heimstatt zu bewahren.

Die Sozialdemokratie hängt an der europäischen Errungenschaft der Aufklärung, auch wenn sie, nicht nur in ferner Vergangenheit, schmerzliche Erfahrungen mit sozusagen der Kehrseite machen mußte. Die Verklümmung der Vernunft zur bloß instrumentellen ist gewiß kein Verdikt über die Aufklärung, sondern eine Aufforderung, ihre Widersprüche auszuhalten und sie, wo immer möglich, nach der menschenfreundlichen Seite hin aufzulösen. Es ist dies auch der Hintergrund, wenn die Sozialdemokratie sich die Erneuerung der industriellen Gesellschaft politisch zum Ziel setzt und dabei die ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft und die menschengerechte Modernisierung des Arbeitslebens als die beiden besonders wichtigen Elemente herausstellt.

Die Anstrengung der Arbeiter-Selbstbefreiung, der Kampf um Sozialstaat und Demokratisierung der Wirtschaft, sie mußten jedenfalls, seit den Anfängen im 19. Jahrhundert, gewagt und unternommen werden gegen teils überständige, teils aufstrebende soziale Kräfte, mit deren Klasseninteressen und elitären Vorrechten sich die „Besinnung auf das Destruktive des Fortschritts“ (Horkheimer/Adorno) und die politische Aufhellung der Kehrseite der modernen Gesellschaft nicht vertrugen. Daß auch der Fortschrittsbegriff der Sozialisten, obwohl umfassender und kritischer als der bürgerliche, die dem aufklärerischen Prozeß in der Praxis innewohnenden Gefährdungsmomente eher unterschätzte, daß er der Klassenstruktur und den Produktionsverhältnissen auch solches anlastete, was in Wahrheit aufs Konto eines gewalttätigen Industrialismus ging, das wird man schlecht leugnen können, verdient aber ein gewisses Verständnis. Ich vermute einmal, daß das Maß an Selbsttäuschung, zuweilen auch an Selbstgerechtigkeit, das im alten sozialdemokratischen Fortschrittsbegriff steckte, auf Grund der Unterdrückung und des Zwangs zur Selbstbehauptung nahezu unvermeidlich war. Es gibt keine große Bewegung ohne große Hoffnung. Es gibt keine große Hoffnung ohne eine gewisse Verklärung der Zukunft.

III

Das Wort von der Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ markiert den beginnenden Bruch in der bis dahin heilsgewissen Zuversicht der alten Arbeiterbewegung. Nicht erst der Zweite, schon der Erste Weltkrieg enthüllte das destruktive Potential moderner Technik. Er löste ja nicht nur eine trunkene Anbetung des „Stahlgewitters“ aus, sondern auch eine tiefe Abscheu vor dem, was man das „Menschenschlachthaus“ nannte. Und wenngleich die russische Revolution und die Begeisterung einer freilich rasch abebbenden revolutionären Bewegung den Glauben an den Fortschritt, der sich mit eherner Notwendigkeit vollziehe, noch einmal beflügelten, der Riß in der Gewißheit vom unaufhaltsamen Aufstieg des menschlichen Geschlechts war doch da. Der Faschismus und der Zweite Weltkrieg haben diesen Riß so im Umfang erweitert, daß es mit der Gewißheit seitdem nicht mehr weit her war; die im Stalinismus gipfelnden Entartungen hatten hieran einen Anteil, der keine Unterschätzung verträgt. Das Wettrüsten in Ost und West, das Spannungsfeld Nord-Süd, die substantiellen Umweltzerstörungen, die katastrophale Überbevölkerung mancher Regionen der Erde haben im letzten Jahrzehnt ein übriges getan, um einem naiven Optimismus das Wasser abzugraben.

Man kann nicht sagen, daß die alten Hoffnungen völlig zunichte gemacht worden wären, aber sie sind keine geschichtsmächtige Kraft mehr, die beste Werbetätigkeit und der unschuldigste Augenaufschlag politischer und ökonomischer Propagandisten ändern daran nichts. Wer als aufgeklärter Mensch am Ende dieses Jahrhunderts weiterhin auf den Fortschritt der technischen Zivilisation setzt – und wir Sozialdemokraten setzen darauf –, dem muß klar sein und der muß klar sagen, daß dies ein problematisches Unterfangen ist, das im Ergebnis nur dann überwiegend gut sein wird, wenn wir es überzeugend gut *machen*. Kein höheres Wesen, keine Logik der Geschichte, keine der technologischen Entwicklung eingeborene Rationalität werden uns dabei vor Fehlern bewahren. Die Zukunft ist ungewiß. Wer die Dinge verantwortungsvoll ansieht, wird insoweit auf Erlösung nicht hoffen.

Die heutige und gängige Kritik an der SPD macht sich dies zugute und denunziert diese Einsicht als Pessimismus, Fortschrittsfeindlichkeit und was weiß ich. Diese Anklagen sind in der Regel intellektuell ebenso seicht wie politisch überzogen; ihnen geht es weder um Erkenntnis noch um Besserung. Doch damit leben wir, dagegen werden wir uns er-

neut durchzusetzen haben. Wir bleiben zuversichtlich, weil viele Anzeichen dafür erkennbar sind, daß wir in dieser Auseinandersetzung nicht allein stehen werden. Die dem Mainstream der europäischen Politik zugehörnde deutsche Sozialdemokratie – das ist eine Anerkennung, die man in allen vier Ecken Europas hören kann – macht den Vorreiter in einer Reihe ebenso schwieriger wie fundamentale Zukunftsfragen, zu denen über kurz oder lang allen Kräften, denen es um die Zukunft der Demokratie in Europa geht, ernsthafte Antworten abverlangt werden. Es bereitet mir sogar Sorge, daß man vielerorts in Europa (und darüber hinaus) von der SPD mehr erwartet, als sie zu geben vermögen.

Was bedeutet nun die Zerstörung der alten Heilsgewißheit für die SPD im Geschichtsabschnitt, der vor uns liegt? Die Orientierung der Partei auf und durch Grundwerte, war ja in Godesberg bereits eine Reaktion auf den Verlust des Glaubens an den naturnotwendigen Aufstieg zum Sozialismus. Allerdings ist die unterschwellige Stimmung des Godesberger Programms durchaus noch von einer säkularen Hoffnung genährt: jener auf die zweite industrielle Revolution, das goldene Atomzeitalter, in dem der Wohlstand steigt und steigt, wenn nur der Sozialstaat seiner wirtschaftspolitischen Aufgabe gerecht wird. Und tatsächlich ist es ja auch *diese* Erwartungshaltung und nicht die Utopie der Bebel'schen Partei, an der die Kritik des naiven Fortschrittsoptimismus festmacht, wenn sie sich gegen die Sozialdemokratie richtet.

Andererseits: Ist der demokratische Sozialismus überhaupt noch verlockend ohne die Utopie, die große Hoffnung, mindestens aber eine Gewißheit, die die Partei im Kern ihres politischen Anliegens stützt? Läßt sich eine solche Lücke durch den Bezug auf Grundwerte füllen? Ich meine, die Grundwerte stehen für eine moderne Ethik; und die SPD befindet sich damit durchaus auf der Höhe der Zeit.

Die Frage, an der mir im Augenblick stärker liegt, ist jene zur Qualität sozialdemokratischer Politik nach dem Verlust von Utopie, großer Hoffnung und der stillen Gewißheit, mit dem Auftrag der Geschichte eins zu sein. Mein spontaner Einwand geht gegen die in der Frage enthaltenen Behauptungen. Tatsächlich ist die SPD der späten 80er Jahre durchaus nicht jeder Utopie, Hoffnung, Gewißheit ledig, sondern nur jener naiven Zutraulichkeit in den Gang der Dinge, wie sie jungen, idealistischen Sozialbewegungen eigentümlich ist und von alten, egoistischen Machtklüngeln als Reklamegestus gepflegt wird – früher hätte man gesagt: als fauler Zauber.

Die Sozialdemokraten von heute sind mit der überkommenen Zielsprache ihrer Partei durchaus einig: der Utopie einer sozialen Ordnung ohne Ausbeutung, ohne Erniedrigung, ohne Not, einer Gesellschaft der Freien und der Gleichen, in der die freie Entwicklung eines und einer jeden die Bedingung ist für die freie Entwicklung aller.

Wir sind überzeugt: Ob diese Welt eine friedliche werden wird, ob auch noch unsere Enkel ihre Luft atmen, ihr Wasser trinken können, ob auf ihr die sinnvolle Arbeit eine Chance hat und der Mensch, der mit ihr sein Leben bestreitet, das wird nicht zuletzt davon abhängen, wieviel Fortschritt unsere sozialdemokratische Partei – womöglich in Zusammenarbeit mit anderen der Zukunft aufgeschlossenen Kräften – auf dem Weg zur gemeinsamen Sicherheit, zur Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Humanisierung der Arbeit machen wird. Hier stehen im Gegensatz zu der zwar begreiflichen, aber gefährlich in die Irre führenden Gemütslage bei jenem Teil der Jugend, der sich einer katastrophalen Zukunft ausgesetzt fühlt und sich angesichts dieser aufgezwungenen Erbschaft auf individuelle Bedürfnisbefriedigung zurückzieht, solange es denn noch geht.

Die sozialdemokratische Partei wäre zu wenig nutze, wenn sie die reelle Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft nicht hätte und nicht weitertrüge. Sie ist im Gegensatz zu dem Bild, das man mancherorts von ihr zeichnet, durchaus lebendig und in weiten Teilen eifrig dabei, den Verschleiß, mit dem eine jede große Organisation periodisch zu kämpfen hat, zu beseitigen.

Bleibt der verloren gegangene Einklang mit der Logik der Geschichte. Aber braucht eine sozialdemokratische Partei wirklich Gewißheiten geschichtsphilosophischen Kalibers? Oder bescheiden gefragt, denn vielleicht wurden sie ja einmal gebraucht: Bedarf sie solcher Gewißheiten *noch*? Ich bin nicht sicher, ob man die Frage für heute *und in alle Zukunft* verneinen kann; aber meine Erfahrung sagt mir, daß die Gewißheiten, nach denen eine Partei wie die meine verlangt, im Kern moralischer Natur sind – und wohl auch immer waren. Der Weltgeist oder die Logik der Geschichte, das ist tatsächlich etwas für Theologen, für Philosophen und Intellektuelle sonst.

Für meine Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften, die ihre Freizeit auf die politische Arbeit verwenden, ist vor allem wichtig, daß sie *eine gute Sache* vertreten. Ob diese Sache geschichtsphilosophisch, meinetwegen aber auch geostrategisch, spieltheoretisch oder orga-

nisations- und finanzpolitisch völlig in Ordnung ist, das interessiert sie im Zweifel weniger, als ob die Richtung stimmt. Für unsere Politik folgt daraus, daß wir dem Anspruch auf prinzipielle Unterflüsterung in der Regel genügen können, auch wenn es konkret nicht immer gelingen mag.

Auf der anderen Seite sehe ich die SPD bei ihrer programmatischen Erneuerung durchaus im Einklang mit wesentlichen Einsichten der Wissenschaften, nicht im Gegensatz zu ihnen. Damit kehre ich zum Ausgangspunkt meiner heutigen Betrachtungen zurück. Zum Leben vor dem Geschichte-Machen, hieß es dort – in der „Deutschen Ideologie“ also –, „aber gehört vor allem Essen und Trinken, Wohnung, Kleidung und noch einiges Andere“. Ich habe voriges Jahr in mehreren Reden zum neuen Programm deutlich gemacht, daß anderthalb Jahrhunderte später zu dem „einigen Anderem“ vor allem eine sozial verantwortliche Förderung von Individualität und Intelligenz gehört. Wenn diese Einsicht richtig ist, und wir eine entsprechende Politik verwirklichen können, die im Zeichen der „aufgeklärten Aufklärung“ steht, von der ich heute sprach, dann wird die Sozialdemokratische Partei es ihrem oder ihrer Vorsitzenden auch noch in weiteren fünfzig Jahren gestatten, über die SPD in der europäischen Geschichte zu reden, ohne sich bloß in der Vergangenheit tummeln zu müssen.

IV

Es wäre verwunderlich, wenn ich nicht noch einige Bemerkungen zu jener Debatte machte, die in den letzten Monaten über Fragen der (fast) jüngsten deutschen Geschichte geführt wurde. Die daran beteiligten Professoren können nichts dafür, daß sie im wesentlichen unter sich geblieben sind. Der Mangel an einem breiteren öffentlichen Interesse ist wohl darauf zurückzuführen, daß – zusätzlich zu sonstiger Zeitverblüdung – vielen nicht bewußt wurde, um wie – gerade aus sozialdemokratischer Sicht – vitale Fragen es sich handelt. Einige der Wohlmeinenden glaubten ja auch, dort gehe es nicht um Wissenschaft, sondern „nur“ um Moral. Das wäre indes eine unangebrachte Verkürzung, ein sinnloses Zugeständnis an die Reaktion. Man sollte sich darauf ebensowenig einlassen wie auf die entgegengesetzte Zumutung, es handle sich allein um eine Frage des nationalen Interesses.

Tatsächlich ist die *Wahrnehmung* dessen, was in deutschem Namen von Deutschen (auch an Deutschen) begangen wurde, eine Frage der Wahrhaftigkeit, des alltäglichen und des professionellen, des ge-

wöhnlichen und des wissenschaftlichen Urteils. Die Vernunft jedenfalls, auf die es hier wie da ankommt, ist moralfrei nicht zu haben, bestenfalls ein bestimmter Dezisionismus. Wenn es darum geht, darf einer wie ich daran erinnern, daß es schon ein voriges Mal politisch zu nichts Gutem führte, als es nur darum zu gehen schien.

Mir liegt an einigen Feststellungen, die kaum einer näheren Begründung bedürfen; der zeitliche Rahmen ließe eine solche hier auch nicht zu:

Erstens darf man nicht zulassen, daß die Interessen der seinerzeit herrschenden Gruppen als Interesse der Nation ausgegeben werden. Es muß klar bleiben oder endlich klargemacht werden, wer diejenigen waren, die den Nazis zur Macht verhalfen. Kein Zweifel, daß die Schwächen der Linken hinzukamen und daß insbesondere die Spaltung der Arbeiterbewegung die deutsche Entwicklung seit dem Ersten Weltkrieg schwer belastet hatte.

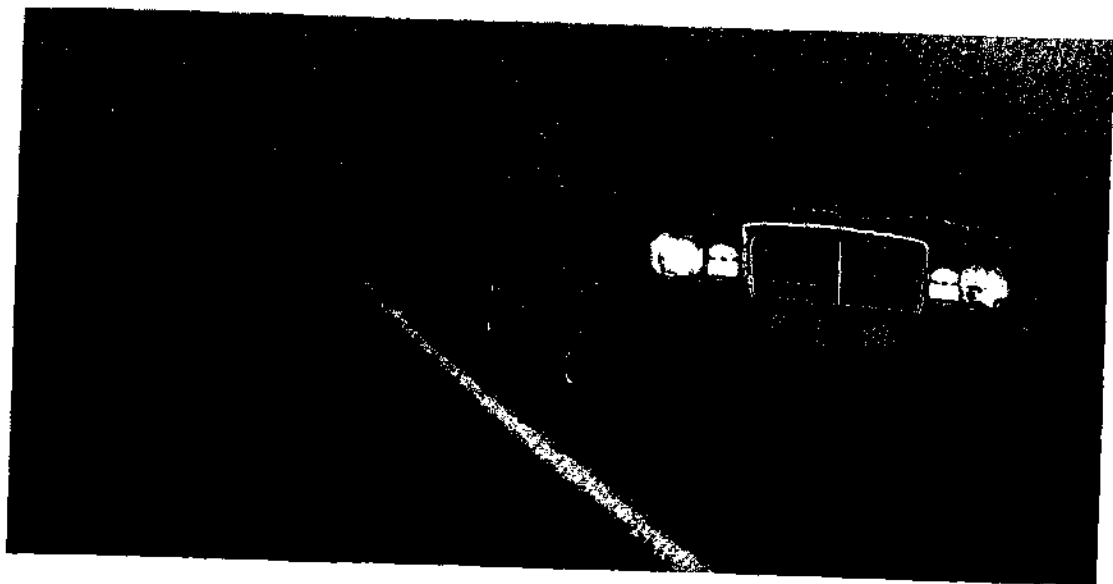
Zweitens sollte nicht verwischt werden dürfen, daß die „deutsche Tragödie“ nicht am verlorenen, sondern am systematisch vorbereiteten und gewissenlos begonnenen Zweiten Weltkrieg festzumachen ist. Wir dürfen nicht hinnehmen, daß von (nationaler) *Identität* gesprochen wird, während eine (in der Wirkung: nebulös-reaktionäre) *Kontinuität* gemeint ist. Die These vom (juristischen) Fortbestand des Reiches hat sich, rückschauend betrachtet, als wenig hilfreich erwiesen. Im Innern hat die behauptete Kontinuität dazu geführt, daß der einfache Soldat

und der kleine Beamte härter getroffen wurden als z.B. das Gesindel aus der Freisler-Justiz, dem bekanntlich die Pension ebenso sicher war wie das Ausbleiben von Bestrafung.

Drittens: Ganz und gar gegen Vernunft und Moral wäre es, die historische Verantwortung für den Mord an Millionen Menschen jüdischer Herkunft herabstufen oder verwischen zu lassen. Die spezifische *Einmaligkeit* der nazistischen Verbrechen läßt sich, durch welche Vergleiche auch immer, nicht aus der Welt reden.

Viertens: Empörend ist es, die deutschen (jüdischen und nichtjüdischen) Opfer des Nazismus auch dadurch herunterzuspielen, daß man eine Art Legalität der gegen sie getroffenen Gewaltmaßnahmen konstruiert. Ich bin außerdem gegen Spaltungen, die sich vermeiden lassen. Insofern waren und sind für mich die meisten Opfer des Krieges auf ihre Weise auch Opfer des Nazismus.

Fünftens: Nirgends sollte der Eindruck aufkommen, die Wissenschaft würde daran gehindert, unbequeme Fragen aufzuwerfen oder von ihr werde erwartet, ungewöhnliche Wege der Wahrheitsfindung zu meiden. Freiheit der Forschung und Verantwortung für die Freiheit sind jedoch nicht voneinander zu trennen. Nur in dieser Verbindung – nicht, indem wir Schutt liegen lassen oder neu anhäufen – können wir den nachwachsenden Generationen beim „aufrechten Gang durch die deutsche Geschichte“ helfen.



Ein
Mercedes
beruhigt.



Norman Birnbaum Status quo der Demokraten in USA

Prof. Dr. Norman Birnbaum, geb. 1926, lehrt an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Georgetown. Er ist in der Demokratischen Partei tätig und unterstützte als Berater u. a. Senator Ted Kennedy und die Gewerkschaft „United Auto Workers“ (UAW).

Die Reagan-Regierung nähert sich ihrem vorzeitigen Ende. Nachdem die Republikaner schon im November vergangenen Jahres die Mehrheit im Senat verloren hatten, und seither praktisch ein Enthüllungsskandal über Täuschungsmanöver, illegale Machenschaften und schlichte Unfähigkeit bei der Abwicklung des Waffenhandels mit dem Iran, den anderen jagt, zeigt die Regierung mittlerweile bereits unverkennbare Auflösungserscheinungen. So sind denn beispielsweise die ranghöchsten Exponenten dieser Administration (allen voran Shultz) auch längst eifrig bemüht, auf Distanz zum Präsidenten zu gehen, gleichzeitig ihren Kollegen aber eben genau die gleiche Verhaltensweise vorzuhalten.

Was den Präsidenten selbst angeht, so ist sein prekärer Allgemeinzustand nur allzu offensichtlich. Bei Besprechungen mit den Fraktionsführern des Kongresses nimmt Reagan längst Zuflucht zu einem verkrampten Anekdotienaustausch. Und die Wahrscheinlichkeit, daß Reagan noch vor Ablauf dieses Kalenderjahres auf irgendeine Weise sein Amt niederlegen wird, ist recht groß. Völlig unklar aber ist, ob sein designierter Nachfolger, Vizepräsident Bush, überhaupt in der Lage wäre, eine solche Präsidentschaft anzutreten. Auch er nämlich ist höchstpersönlich in denjenigen Teil der Waffenaftäre verstrickt, dessen Illegalität am offensichtlichsten ist: den Geheimkrieg gegen Nicaragua unter Mißachtung derjenigen Auflagen, die dem Exekutivapparat seitens des Kongresses auferlegt worden waren. In jedem Fall dürfte die Wahrscheinlichkeit, daß sich Bush noch vor Jahresschluß auf der Anklagebank vor Gericht wiederfinden wird, allemal größer sein als die, sich ausgerechnet auf dem Sessel am Präsidentschreibtisch Platz zu nehmen. So dürfte die Präsidentschaft dann wohl dem derzeitigen Sprecher des Repräsentantenhauses, Jim Wright aus Texas, angetragen werden.

Zugegeben, ich greife dem weiteren Lauf der Dinge damit natürlich etwas vor. Andererseits gibt es aber auch keinerlei Anhaltspunkte für die These, es handle sich bei alledem einfach nur um die üblichen Reibungsverluste oder Irritationen eines normalen politischen Entwicklungsprozesses. Der hier angesprochene Prozeß ist vielmehr bereits in sein Endstadium eingetreten, und gegenwärtig erleben wir – bis zu den Präsidentschaftswahlen im Jahre 1988 – eine Phase, die deutlich durch Verunsicherungen und Unentschlossenheit geprägt ist. Genau hier setzen denn auch die drei entscheidenden Fragen an.

Die erste Frage beschäftigt sich mit dem Kurs, den die Demokratische Partei – in Gestalt ihrer Führungspersonlichkeiten im Kongreß und in den Verwaltungsspitzen der Bundesstaaten, in denen sie den Gouverneur stellt – steuert. Die zweite Frage berührt die sich abzeichnenden Interessenpositionen und -gruppierungen innerhalb dieser Partei, da von hier aus traditionell die Nominierungskampagnen für die Präsidentschaftsbewerber initiiert werden. Zum dritten geht es um die Frage, in welchem Ausmaß seitens der Demokraten neue politische Linien erwartet werden können, die die veränderte Stellung Amerikas in der Welt berücksichtigen. Gegen eben solche Kurskorrekturen aber hatte sich der Reaganismus stets geradezu verzweifelt gewehrt. Immer größere Teile der amerikanischen Bürgerschaft aber sehen in dieser Abwehrhaltung längst nicht mehr eine heroische Kraftanstrengung zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in der Welt, sondern ein Unterfangen, das Amerika insgesamt teuer zu stehen kommt und das sich darüber hinaus auch zusehends in hohler Phrasendrescherei verliert.

Sollte es dazu kommen, daß die republikanischen Amtsinhaber das Weiße Haus noch im Laufe dieses Jahres verlassen, dann dürften wir eine Demokratische Regierung bekommen. Meines Erachtens ist eine solche Option durchaus real. Da dies alles aber natürlich rein hypothetisch bleiben muß, sollten wir uns lieber mit der Demokratischen Partei beschäftigen, wie sie sich derzeit als Oppositionspartei im Senat und Repräsentantenhaus darstellt.

Die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Senat haben gleichzeitig zu einer veränderten ideologischen Zusammensetzung dieses Gremiums geführt. Verstärkung bekommen haben nämlich gerade jene Demokraten, die sowohl für die Entspannungspolitik als auch für den Wohlfahrtsstaat (in seiner amerikanischen Version) große Sympathien haben. Außerdem stellt ihr Lager die Vorsitzenden der wichtig-

sten Ausschüsse. So wird beispielsweise der Ausschuß für Auswärtige Beziehungen von Claiborne Pell aus Rhode Island geleitet – einem erklärten Gegner von Reagans Außenpolitik. (Erst kürzlich beschloß dieser Ausschuß den Stopp jeglicher Unterstützung für die bewaffneten Contras an den Grenzen Nicaraguas.) Der Verteidigungsausschuß tagt unter dem Vorsitz von Sam Nunn, der allerdings bei einer ganzen Reihe von Sachfragen mit der Reagan-Regierung stimmte. Sowohl im Senat wie auch im Repräsentantenhaus tendiert der jeweilige Verteidigungsausschuß traditionell dazu, die Bastion jener Kräfte zu sein, die einer Außenpolitik unter dem Primat der militärischen Stärke verhaftet sind. Für Nunn ergibt sich damit allerdings die Schwierigkeit, wegen seiner nationalen politischen Ambitionen um Unterstützung in einer Partei werben zu müssen, die auf viele seiner vorher an den Tag gelegten Positionen mehrheitlich nicht gerade enthusiastisch reagiert hat. Trotzdem wird ihm für seine Kompetenz und Intelligenz allseits Bewunderung zuteil. Und eben diese Anerkennung war es denn wohl auch, die ihn dazu gebracht hatte, sich dem militärischen Reformflügel anzuschließen und die auf rein quantitative Stärke bedachte Konzeption der Rüstungspolitik zu kritisieren – wie sie beispielsweise vom Pentagon verkörpert wird. Darüber hinaus fordert er den Abzug eines Teils der amerikanischen Streitkräfte aus Europa.

Robert Byrd aus West Virginia wiederum, Führer der (demokratischen) Mehrheitsfraktion im Senat, hat, unübersehbar, mit der Entspannungspolitik absolut nichts im Sinn. Im Gegenteil, seine Hauptsorge besteht offensichtlich darin, die Demokraten könnten im Hinblick auf die gesamte Außen- und Rüstungspolitik, sowie auch bezüglich ihres Abstimmungsverhaltens gegenüber dem derzeitigen Präsidenten selbst, allzu kritisch auftreten. Aber auch er sieht sich landesweit einer Partei (und nicht zuletzt auch Senatskollegen) gegenüber, die solcherlei Ansichten keineswegs teilen. Während im vergangenen Jahr im Senat noch eine ganze Reihe von Abstimmungen, die zum Ziel hatten, die Reagan-Politik entweder einzuschränken oder sie abzulehnen, an wenigen Stimmen gescheitert waren (wie beispielsweise zu Star Wars, Anti-Satelliten-Test-Programmen oder chemischen Waffen), haben sich die Mehrheitsverhältnisse mittlerweile geändert. Vom neuen Senat darf deshalb zukünftig durchaus eine Politik erwartet werden, die sich beispielsweise einer solchen Auslegung widersetzen wird, wie sie zuletzt seitens der Regierung in bezug auf das ABM-Pro-

gramm, ihre Star Wars-Pläne und auch bei den finanzpolitischen Ausgabenvorstellungen hinsichtlich solcher Systeme erkennbar wurde, welche die SALT II-Begrenzungen sprengen würden.

Vergleichbar stellt sich die Situation auch im neuen Repräsentantenhaus dar. Dessen neue Führer sind Jim Wright als Sprecher und Thomas Foley (Washington) als Führer der Mehrheitsfraktion. So hat Wright unter dem Druck seiner Kollegen, was die Unterstützung der nicaraguanischen Contras betrifft, seine ehemalige Pro-Haltung bereits in eine Contra-Haltung verkehrt. Was die Bedenken gegen die Budget-Vorstellungen des Pentagons innerhalb des Repräsentantenhauses noch zunehmen lassen wird, sind vor allem die Kürzungen in anderen Haushaltsbereichen und darüber hinaus auch ein gesteigertes Interesse an neuen Sozialprogrammen. Der jetzt doch wiedergewählte Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Lee Aspin aus Wisconsin, hätte sein Amt um ein Haar verloren und zog daraus seine Lehren. Dermaßen geläutert dürfte er sich zukünftig also wohl etwas enger an den Beschlüssen seiner eigenen Partei und weniger an den Plänen der Regierung orientieren.

Schon in seiner letzten Legislaturperiode hatte das Repräsentantenhaus unter anderem sowohl mehrheitlich dafür plädiert, die SALT II-Begrenzungen einzuhalten wie auch die Produktion binär-chemischer Waffen zu verbieten. Weitere Niederlagen hatte der Präsident nur unter Hinweis auf die wegen des bevorstehenden Island-Gipfels gebotene „Geschlossenheit“ verhindern können. Mittlerweile jedoch ist seine Stellung so sehr angeschlagen, daß weitere derartige Appelle nichts mehr fruchten werden.

Trotzdem sollte man nicht meinen, daß nun etwa beide Häuser des Kongresses geschlossen gegen Reagans Außen- und Rüstungspolitik revoltieren würden. Eine Invasion der Vereinigten Staaten in Nicaragua (als durchaus mögliche Ablenkungsvariante des Weißen Hauses von der zunehmenden eigenen Bedrängnis) könnte die Heftigkeit der Opposition durchaus vorübergehend abschwächen. So verfolgen die meisten Kongreßmitglieder denn auch äußerst aufmerksam jene Rüstungsaufträge, die seitens des Pentagon derzeit sorgfältig im ganzen Land verteilt werden. Momentan gibt es unter den insgesamt 100 Mitgliedern des Senates etwa 30 Senatoren und unter den 435 Kongreßabgeordneten etwa 100 Abgeordnete, die sich dem Konfrontationskurs in der Außenpolitik entschlossen entgegenstellen, um so die CIA und das Pentagon an die Kandare zu nehmen.

Gleichzeitig sind sie ständig darum bemüht, über legislative Initiativen eine alternative Sicht der nationalen Interessen in die Öffentlichkeit zu bringen. Diese intelligente Alternative unterscheidet sich sehr deutlich von jener, die ständig über die Medien verbreitet wird oder die sich auch in der Mehrheitsmeinung der akademisch gebildeten Apologeten eines amerikanischen Weltimperiums wiederfindet. Jenseits davon gibt es noch eine große und häufig unentschlossen auftretende Gruppe der sogenannten „Mitte“, die keinem der zuvorgenannten Lager zuzurechnen ist, und schließlich auch jene Kongreßmitglieder, die sich mit unterschiedlicher Lautstärke und Sophisterei als Promotoren eines amerikanischen Imperiums zu Wort melden.

Zu jener „mittleren“ Gruppe zählen beispielsweise auch so höchst intelligente Leute wie die Abgeordneten im Repräsentantenhaus Dicks und Solarz, die nach dem Gipfel in Reykjavik eigens Europa bereisten, um dort ihre tiefsitzende Besorgnis zu übermitteln, eine Reduzierung der Nuklearwaffen höhle womöglich den Zusammenhalt und die Schlagkraft des westlichen Verteidigungsbündnisses aus. Im Kongreß selbst werden solcherlei Fragen in zumeist ermüdenden und schier endlosen, äußerst komplizierten Streitigkeiten über Verfahrensweisen, etatspezifische Kompromisse und Abstimmungsverfahren bei den einzelnen Programmen oder Waffensystemen ausgefochten. So gesehen ist dieses System als solches natürlich äußerst ungeeignet, um eine geschlossene und konstruktive Oppositionsstrategie entwickeln zu können. Selbst ein derart angeschlagenes Weißes Haus, wie jenes, das sich uns derzeit präsentiert, ist immer noch zu einem Minimum von Eigeninitiative in der Lage. Somit verbleibt dem Kongreß, zumal dann, wenn er in Händen der Opposition ist, bestenfalls eine Taktik des Blockierens oder Verzögerns. Und genau diese immer intensiver werdende Verschleppungstaktik hat denn auch die Apologeten eines amerikanischen Imperiums gerade erst jüngst in der Form auf den Plan gerufen, daß sie argwöhnen, Amerika könne womöglich an einer derartigen Überstrapazierung des Demokratieverständnisses Schaden nehmen. Tatsache ist, daß der Kongreß, ungeachtet der wechselnden Mehrheiten oder der Sprunghaftigkeit bei einzelnen Problemen, eigentlich viel zu schwerfällig ist, um eine Kursänderung oder sogar eine Kehrtwende in den wesentlichen Bereichen der Außen- und Rüstungspolitik in Gang setzen zu können. Dazu sind sowohl seine Handlungs- wie auch seine Denkweise (sofern dort überhaupt nachgedacht wird) viel zu sehr auf kurz-

fristige Perspektiven gerichtet. Die nachdenklicheren Kongreßmitglieder (und davon gibt es eine ganze Reihe) bedauern dies zwar, aber die Chance, daß sich eine wirkliche Veränderung der Situation ergeben könnte, ist recht gering.

Aber nun zur Demokratischen Partei selbst: Nicht zuletzt ihr gegenüber haben die Abgeordneten in Senat und Repräsentantenhaus ja eine Art treuemäßiger Bringschuld. Aber, anders als in Europa handelt es sich bei den Parteien Amerikas um mehr oder weniger lose organisierte Bündnisse. So sind z.B. die für die verschiedenen parlamentarischen Plattformen nominierten Kandidaten jeweils selbst für ihre finanzielle Ausstaffierung verantwortlich. Und – gleichsam eine politische Parodie auf die freie Marktwirtschaft – führen die Kandidaten auch noch ihre eigenen individuellen Wahlkampagnen, so, als seien sie selbständige Unternehmer. Ungeachtet der großen ethnischen, rassischen, regionalen und religiösen Vielfalt in Amerika haben sich innerhalb der Demokratischen Partei dennoch erkennbare und unterscheidbare Gruppierungen herausgebildet. Es gibt sogar so viele, daß jede Aufzählung unweigerlich unvollständig bleiben muß.

Zunächst einmal ist da das „Rainbow“-Bündnis („Regenbogen“-Bündnis) zu erwähnen, das von Reverend Jesse Jackson angeführt wird. Diese Gruppierung setzt sich aber keineswegs nur aus Schwarzen zusammen. Jackson (der übrigens ein sehr weitsichtiger Mann ist) ist sich nämlich durchaus der Tatsache bewußt, daß die Schwarzen ihre Zielsetzungen nur in Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen erreichen können. So handelt es sich beim Rainbow-Bündnis denn in Wahrheit auch um einen Zusammenschluß von Schwarzen, Latinos und Asiaten, der Frauenbewegung und der sozialen Bewegung (hier vor allem vor dem Hintergrund der neuen Armut in den Städten). Aber auch Umweltschützer und Friedensgruppen gehören dazu. In dieses Bündnis integriert sind auch einige Verbände, in denen Frauen und Farbige überdurchschnittlich stark vertreten sind. Zusammen mit der Gruppe der schwarzen Abgeordneten im Repräsentantenhaus (hier gibt es nur 22 schwarze Abgeordnete, im Senat keinen einzigen), macht sich das „Rainbow“-Bündnis für eine radikale Umverteilung des Haushaltes stark und zwar zu Lasten der Rüstungsausgaben bei einer Aufstockung der Sozialausgaben. Im außenpolitischen Bereich wird ein Schwerpunkt auf die Wahrung der Menschenrechte gelegt, auf verstärkte Entwicklungshilfe für die Dritte Welt und auf die Entspannungspolitik.



Alles Gute von bester Güte.
Tag für Tag in aller Frühe
frisch. Das sehen Sie. Das
schmecken Sie.

WIR
WOLLEN
FÜR SIE
BESSER
SEIN.



So gesehen kann es nicht überraschen, daß gerade dieses Bündnis, unterstützt von vielen kirchlichen Gruppierungen und natürlich der gesamten Führungsriege der schwarzen Bevölkerung Amerikas, die Anti-Reagan-Kampagne wegen dessen Zusammenarbeit mit der Regierung Südafrikas anführt. Jackson wird mehr und mehr zu einer nationalen Führungspersonlichkeit, die (zusammen mit Senator Kennedy) zunehmend als die Stimme unseres amerikanischen sozialen Gewissens betrachtet wird und darüber hinaus auch immer mehr in die Rolle eines Anführers unserer vielschichtigen und vielfältigen Oppositionsgruppierungen hineinwächst. Sicher ist in jedem Fall, daß Jackson sich der Unterstützung jener Gruppe (nämlich der schwarzen Wählerschaft) sicher sein kann, ohne die die Demokratische Partei bei den meisten Kommunal-, Bundesstaats- oder Kongreßwahlen nicht gewinnen könnte.

Inzwischen hat das „Rainbow“-Bündnis damit begonnen, mit anderen Strömungen innerhalb der Partei zusammenzuarbeiten. Zu nennen ist da beispielsweise das neue, aber schlagkräftige „New Populist Forum“. Dieses wird von den Senatoren Tom Harkin (Iowa) und Paul Simon (Illinois) angeführt. Da dieses Forum sowohl in der arg gebeutelten Landwirtschaft, dem sogenannten „Farmen-Gürtel“, wie auch in den Bürgerinitiativgruppen stark verwurzelt ist, stellt es quasi eine Art Bindeglied zwischen den neueren sozialen Bewegungen und den älteren Protestbewegungen dar. Darüber hinaus sind Harkin und Simon erklärte Gegner jeglicher Interventionspolitik in Lateinamerika.

Jenseits davon arbeitet das „Rainbow“-Bündnis mit programmatischen Gruppen und Vereinigungen zusammen, deren Ausrichtung eher als „punkt- oder problemorientiert“ bezeichnet werden könnte, und die vormals als „Progressive Agenda“ bekannt waren, sich inzwischen jedoch in „New Directions“ umbenannt haben. Als geistige Triebkraft wirkt der Führer einer kleinen, aber einflußreichen Gruppierung, namens Demokratische Sozialisten Amerikas, Michael Harrington. Die Mitgliedschaft von DSA rekrutiert sich vornehmlich aus dem Universitätsbereich, aus Freiberuflern, den Gewerkschaften und der Frauenbewegung. Die DSA gehört der Sozialistischen Internationale an.

Mit Abstand die größte derjenigen Gruppen, die ein programmatisch breitgefächertes Themenspektrum haben und mit der das Rainbow-Bündnis zusammenarbeitet, ist die etablierte liberale Organisation „Americans for Democratic Action“ (ADA). Sie

wurde vor vierzig Jahren ursprünglich als Sprachrohr des linken – oder, um in der amerikanischen Begriffssprache zu bleiben, des liberalen – Flügels des neuen imperialistischen Blocks gegründet. Nach Vietnam vollzog diese Gruppe jedoch einen sehr beachtlichen Richtungswechsel, hin zu einer anti-imperialistischen Haltung. (Jene Kräfte, die seinerzeit die imperialistische und interventionistische Politik betrieben hatten, finden sich heute in der „Coalition for a Democratic Majority“ – CDM – wieder.) Inzwischen hat sich das politische Spektrum von ADA, unter Führung einer außerordentlich kompetenten nationalen Direktorin, Ann Lewis, durch die Zusammenarbeit mit den neueren sozialen Bewegungen erheblich erweitert.

Bei alledem drängt sich natürlich auch die Frage auf: Und wie verhält sich die AFL-CIO, unsere amerikanische Gewerkschaftsdachorganisation? Lane Kirkland, der Präsident der AFL-CIO, hat sich im außenpolitischen Bereich sehr lange für eine Konfrontations- und Interventionspolitik stark gemacht. Für viele der größten Einzelgewerkschaften war seine Haltung allerdings keineswegs repräsentativ. Diese nämlich machten sich, zumindest verbal, für eine Entspannungspolitik und gegen Interventionen in Zentralamerika stark. Im großen und ganzen bleibt aber festzustellen, daß die Einzelgewerkschaften noch immer ihre jeweils eigene Außenpolitik verfolgen. Wie dem auch sei – die traditionell von der AFL-CIO unterstützte „Coalition for a Democratic Majority“ hat innerhalb der Demokratischen Partei eindeutig an Gewicht und Einfluß verloren. Dennoch hat deren radikal anti-kommunistische und anti-sowjetische Haltung immerhin einigen ihrer Führungspersonlichkeiten (wie etwa Jeanne Kirkpatrick, Richard Perle, Max Kampelman, Eliot Abrams) einflußreiche Funktionen innerhalb der Reagan-Regierung verschafft. Seit Beginn der Gorbatschow-Reformen und seit dem Iran-Skandal haben es viele dieser bis dahin recht lautstark vernehmbaren CDM-Exponenten allerdings vorgezogen, sich in diskretes Schweigen zu hüllen.

Die Israel-Lobby, die sich auf wichtige Teile der jüdischen Gemeinde stützen kann, steht seit jeher stramm hinter der CDM. Allerdings ist diese Israel-Lobby durch vielschichtige Probleme in sich zerrissen. Viele amerikanische Juden, aber auch viele amerikanische Liberale, die früher durchaus einmal mit Israel sympathisiert haben, lehnen die von Shamir, Sharon und dem Likud-Block betriebene Politik ab. Innenpolitisch hat sich diese Dissonanz mittlerweile so ausgewirkt, daß die schwarz-jüdische Al-

lianzen, die ehemals als gemeinsames Sprachrohr für mehr Gleichberechtigung und Gerechtigkeit aufgetreten war, sich zwischenzeitlich über Fragen wie Beschäftigungspolitik und Universitätszulassungen überworfen hat. Obwohl derzeit von einigen ihrer früheren Exponenten Reparaturversuche an der Allianz unternommen werden, hält ein Großteil der jüdischen Gemeinde eine Einbeziehung auch solcher Kreise, die sich für die Palästinenser einsetzen, nur für schwer durchsetzbar.

Schließlich arbeitet die CDM auch mit einer kleinen Gruppe zusammen, die ebenfalls der Sozialistischen Internationale angehört, den Social Democrats USA. Unterstützt von Lane Kirkland und nahezu identisch mit dem alten Jüdischen Arbeiterkomitee, haben sich die Sozialdemokraten/USA allerdings viele Positionen zu eigen gemacht, die mit denen der Neo-Konservativen identisch sind. Ganz wie die CDM, leiden auch die Sozialdemokraten/USA offensichtlich an einem Mangel an geistiger Frische.

Unbestreitbarer Schalthebel der Rechten (die sich selbst natürlich als Mitte bezeichnen) innerhalb der Demokratischen Partei aber ist der sich sehr deutlich abhebende „Democratic Leadership Council“. Seine Hauptexponenten sind Leute wie Nunn, der frühere Gouverneur von Virginia, Robb, und der Gouverneur von Idaho, Scott Matheson.

Dieser Council behauptet zurecht, daß es die jeweiligen Präsidentschaftskandidaten der Demokratie – einmal abgesehen von 1964 (Johnson) und 1976 (Carter) – nicht geschafft hätten, den Süden und den Westen der USA hinter sich zu bringen. Dies sei zum einen auf die mangelnde Aufmerksamkeit zurückzuführen, die man dem Thema „militärische Stärke“ gewidmet habe, und zum anderen auf eine übertriebene Distanz zum privatwirtschaftlichen Bereich und zur freien Marktwirtschaft. Hinter vorgehaltener Hand fordern sie denn auch, daß sich die Demokraten von den Schwarzen, den Gewerkschaften und den Frauen distanzieren müßten – und natürlich auch von den reglementierenden Politikvorstellungen, wie sie die Demokratische Partei erst jüngst im Rahmen der von ihr verlangten wohlfahrtsstaatlichen Politik geäußert habe.

Allerdings ist ihre Position nicht unproblematisch. Wenn diese Kreise nämlich von militärischer Stärke sprechen, dann verfolgen sie damit insgeheim ganz offenbar zwei verschiedene Dinge gleichzeitig. Zum einen geht es ihnen darum, daß auch zukünftig unvermindert Bundesmittel in jene Regionen fließen, in denen überdurchschnittlich viele Rüstungs-

industrien oder Militärbasen zu finden sind, die gleichzeitig einen nicht wegzudenkenden Stabilitätsfaktor der örtlichen ökonomischen Wirtschaftsstruktur darstellen. Zum anderen wird mit einer solchen Forderung die Absicht verfolgt (die sich vor allem in den Vorstellungen und Bekundungen von Nunn und Aspin niederschlagen), sowohl die imperialistische Weltmachtpolitik neu zu beleben wie auch die dazu notwendigen logistischen und waffentechnischen Strukturen zu modernisieren. Dadurch aber würden natürlich auch organisatorische und technologische Neuerungen innerhalb der Streitkräfte – einschließlich der entsprechenden Neuananschaffungen – unumgänglich. So führt Nunn beispielsweise derzeit im Senat Hearings durch, im Rahmen derer Brzezinski schon vorgeschlagen hat, doch einfach einen beachtlichen Teil der in Deutschland stationierten amerikanischen Truppen abzuziehen und diese Kontingente dann quasi als mobile Schnell-Eingreiftruppe – für Soforteinsätze bei regionalen Konflikten – auf dem amerikanischen Kontinent in einer Art Daueralarmbereitschaft zu halten.

Genau genommen tritt der Council also für eine noch rigidiere Version eines weltweiten Unilateralismus ein, als die Anhängerschaft Reagans selbst. So besaß eben dieser Council sogar die Dreistigkeit, einen nationalen Wehrdienst vorzuschlagen (ja, einige Mitglieder sprachen sich sogar für die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht aus). Politisch gesehen dürfte dieser Vorstoß des Council aber wohl zu spät kommen: seine Vorschläge enthalten nämlich ein Kompromißangebot an den Reaganismus, ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo die Regierung bereits in den letzten Zügen liegt. Außerdem ergibt eine Analyse der Wahlstatistiken aus dem Süden, dem Westen und auch anderswo eindeutig, daß die Demokraten im November vergangenen Jahres ohne die Stimmen der Schwarzen und der Frauen weder Gouverneursposten noch Senatssitze hätten erringen können.

Was die Modernisierung oder Neuaufgabe unseres amerikanischen Weltreiches (und die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht) betrifft, ist der Council fest davon überzeugt, daß die Bevölkerung jeden Preis für die Aufrechterhaltung unserer (in Einführung begriffenen) amerikanischen Vormachtstellung in der Welt zu zahlen bereit sei. Aber auch mit dieser Annahme könnten die Council-Leute dem tatsächlichen Trend hinterherhinken – und demgegenüber jene neo-konservativen Reagan-Anhänger recht behalten, die bereits lauthals lamentieren, die Nation

habe in Bereichen zentraler, politischer und militärischer Bedeutung versagt.

Zu welchen Widersprüchlichkeiten solcherlei Einflußnahme des Council allerdings geführt hat, wird an einem Dokument erkennbar, das zwar jede intellektuelle Schlüssigkeit oder Tiefsinnigkeit vermissen läßt, dafür aber um so bezeichnender ist. Gemeint ist hier das jüngste politische Statement der Gesamtpartei, das unter dem Titel „New Choices in a Changing America“ (Neue Optionen in einem sich verändernden Amerika) herausgegeben wurde. Beim Lesen dieses Papiers drängen sich unweigerlich Erinnerungen an jenen, mittlerweile ja legendären Präsidentschaftskandidaten auf, dessen Bemühen, seine Wirtschaftspolitik möglichst werbetreibend zu verpacken, in der Erklärung gipfelte, er sei gegen Deflation, gegen Inflation und für Flation. In Wahrheit handelt es sich bei jenem Programm mit angeblich neuen Optionen denn auch um nichts anderes als um eine Leerformel, um genau eben jenen „... Optionen“ aus dem Weg gehen zu können. So wird dann zwar lang und breit über das Absinken des Lebensstandards in Amerika lamentiert, werden nebulöse Lösungsansätze in den Raum gestellt, mittels derer sich angeblich Abhilfe schaffen lasse, um die allgemein mißliche Lage wieder auf Vordermann zu bringen; letztlich aber erfolgt all dies nur aus der Angst heraus, man könne die Partei andernfalls zu sehr dem Vorwurf aussetzen, die Tugenden der freien Marktwirtschaft nicht gebührend gewürdigt zu haben. Im Hinblick auf die außen- und rüstungspolitischen Aussagen entpuppt sich das Statement als ein funktionsuntföhtiger Kompromiß zwischen Anhängern einer Entspannungspolitik einerseits, und Befürwortern einer aggressiven weltweiten Einmischungspolitik andererseits.

Trotzdem hielt sich die Verwirrung, die mit diesem Positionspapier gestiftet wurde, durchaus in Grenzen: Programmatistische Statements solchen Zuschnitts werden in Amerika ohnehin von niemandem wirklich ernst genommen. Bestimmt wird das tatsächliche Programm einer Partei nämlich letztendlich durch die sich real aneinanderreihenden Einzelentscheidungen der Parlamentsfraktion im Senat oder im Repräsentantenhaus. Und darüber hinaus werden die Programminhalte natürlich vor allen anderen Möglichkeiten der Einflußnahme durch die konkrete Politik des Präsidenten interpretiert, immer vorausgesetzt, eine Partei darf ihn überhaupt stellen.

Der nächste Präsidentschaftswahlkampf hat inzwischen begonnen. Genau genommen natürlich die

innerparteilichen Nominierungskampagnen der Großparteien. Während Gouverneur Mario Cuomo aus New York bereits signalisiert hat, daß er nicht zur Verfügung steht (genau wie Edward Kennedy vor über einem Jahr auch), gab Senator Nunn eine recht dubiose Erklärung ab, daß er – zumindest im Augenblick noch – die greifbaren Meriten eines Vorsitizes im Rüstungsausschuß des Senats dem doch eher unsicheren Lorbeer einer Präsidentschaftskandidatur vorzieht.

So sind es derzeit vor allem folgende fünf Personen, die bislang als erklärte Kandidaten gehandelt werden: Gary Hart aus Colorado, der sich für die Wiederwahl in den Senat nicht mehr hatte nominieren lassen; Senator Joseph Biden aus Delaware; Reverend Jesse Jackson; der frühere Gouverneur von Arizona, Bruce Babbitt und der Abgeordnete des Repräsentantenhauses, Richard Gephardt aus Missouri. Den Kreis erweitern könnten eventuell noch Bill Bradley aus New Jersey, die Gouverneure Bill Clinton aus Arkansas und Michael Dukakis aus Massachusetts, sowie die Senatoren Dale Bumpers aus Arkansas oder Paul Simon aus Illinois.

Trotzdem ist es noch zu früh, um irgendwelche Aussagen über die thematischen Schwerpunktsetzungen des Wahlkampfes machen zu können. Höchstwahrscheinlich aber werden vorrangig wirtschaftliche und soziale Probleme den bevorstehenden Wahlkampf prägen. Welche konkreten Auswirkungen das jüngste Debakel der Reagan-Regierung letztlich haben wird, ist im einzelnen noch nicht vorherschaubar – außer der Tatsache vielleicht, daß ein Wahlsieg eines Demokratischen Präsidentschaftskandidaten dadurch doch um vieles wahrscheinlicher geworden ist.

Wollte man die bisher ins Rennen eingestiegenen Kandidaten etwas näher durchleuchten, so ist von Gephardt vor allem zu sagen, daß er außenpolitisch zwar kaum Profil besitzt, dafür aber innenpolitisch durchaus interessiert erscheint, da er Problemen im Bereich von Wettbewerb und Handel mit Lösungsansätzen zu Leibe rücken will, die eindeutig protektionistische Züge tragen. Von Babbitt ist zu sagen, daß er bereits lautstark gegen eine Unterstützung der Contras opponiert hat und offenbar zum Lager der Rüstungskontroll- und Entspannungsbefürworter tendiert. Biden ist zwar als ein entschiedener Befürworter der Rüstungskontrolle, als Gegner von SDI und als Kritiker einer weltweiten Interventionspolitik in Erscheinung getreten (s. NG/FH 3/87) – ohne dabei allerdings eine breitergefaßte Alternative anbieten zu können.

Kohle und Zukunftstechnologie.

Das momentane Bild vom Überfluß an Energie ist trügerisch. Unsere Abhängigkeit von Energieimporten ist noch zu groß. Diese langfristig zu verringern und gleichzeitig unsere heimischen Energieträger noch stärker und noch intelligenter zu nutzen ist unsere vordringlichste Aufgabe.

Die Energieversorgung der Zukunft ist ein Mengenproblem, aber auch eine Kostenfrage.



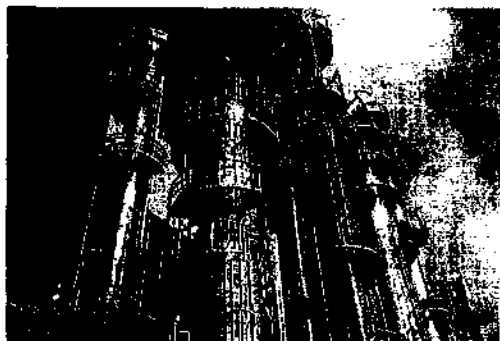
Wir brauchen ein wirtschaftliches, energieökonomisches, umweltfreundliches und ein für lange Zeit ausreichendes Strom-Gas-System, das auf Kohle und Kernenergie aufbaut und in dem sich langfristig und reibungslos die Streckung von Öl und Erdgas vollzieht.

In der Verbindung von Kohle und neuen Technologien liegt eine Chance für uns, nicht nur in überschaubarer Zeit die Abhängigkeit von Energieimporten zu mindern, sondern einen Vorsprung zu erhalten bei Techniken, die im nächsten Jahrhundert die Energieversorgung weltweit überwiegend sichern müssen.

Die entscheidenden Bausteine eines in diesem Sinne angelegten Energiegesamtsystems sind die Technik der Kohlevergasung, Steinkohle-Kombikraftwerke und die Hochtemperaturreaktoren.

Diese Bausteine gilt es Zug um Zug weiterzuentwickeln, um sie dann zusammenzuführen.

Der Anfang ist gemacht: In einer Großversuchsanlage der VEW werden täglich 240 Tonnen Steinkohle in Gas und Koks zerlegt.



Mit dem 750-MW-Steinkohlekombiblock des Kraftwerks Werne ist zum ersten Mal in dieser Größenordnung ein Gas-Dampfturbinenprozeß für die Stromerzeugung realisiert. Diese Technik ermöglicht einen Wirkungsgrad, der den Brennstoffeinsatz um bis zu 15 Prozent vermindert. Die nächste Stufe: das „GDK 500“, ein Gas-Dampfturbinen-Kohlekraftwerk mit 500 MW Leistung und noch besserer Brennstoffausnutzung. Seine Gasturbine soll mit Kohlegas arbeiten.

Mit dem THTR 300 in Hamm-Uentrop ist der entscheidende Schritt zur Einbindung der nuklearen Komponente in das Energiegesamtsystem getan.

Kohle und Zukunftstechnologie - unter Einbindung der Kernenergie - sind unser Beitrag für eine gesicherte, wirtschaftliche und umweltfreundliche Versorgung.

Zug um Zug beschreiten wir damit zugleich den Weg in eine intelligente Energiezukunft.

VEW

Vereinigte Elektrizitätswerke
Westfalen AG · Dortmund

Zwei Kandidaten, die dagegen durchaus eine solche Alternative zu bieten haben, sind Hart und Jackson. Hart steht für eine Politik, die er selbst als „aufgeklärtes Engagement“ bezeichnet. Wie diese Politik aussehen soll, hat er bereits im Juni vergangenen Jahres in einer Vortragsreihe an der Georgetown Universität dargelegt. Allerdings offenbart eine genauere Analyse seines Vortrages eine tiefgehende Zweischneidigkeit des Ansatzes. Hart weiß und formuliert, daß die Nation weder wirtschaftlich noch politisch weiterhin in der Lage ist, die Kosten eines Weltreiches zu verkraften. So läßt sein Programm denn auch zwei untereinander eigentlich antithetische Interpretationsansätze zu. Zum einen läßt sich das Programm als Plädoyer für einen tatsächlichen Rückzug aus der imperialen Weltmachtpolitik verstehen, der lediglich als vorgebliches Rationalisierungsprogramm getarnt wird, mittels dessen unsere amerikanische Führungsrolle in der Welt eigentlich nur effektiver gestaltet werden soll. Aber auch die gegenteilige Lesart ist denkbar, nämlich, daß Hart tatsächlich ein echtes Rationalisierungsprogramm vorschwebt, das dann aber auch für die entschiedenen Gegner einer Weltmacht-Politik tragbar wäre, die ohnehin daran verzweifeln, ständig den Rahmen der derzeitigen Debatte sprengen zu müssen und sich von daher darauf eingestellt haben, sich mit begrenzten, wenn auch bedeutenden Erfolgen (wie beispielsweise eine Einstellung des SDI-Programms oder die Verhinderung einer Intervention in Nicaragua) zufrieden geben zu müssen. Trotzdem muß man wohl zunächst die weitere Entwicklung des Hart-Wahlkampfes abwarten, ehe weitere wertende Aussagen über seine Person und Konzeption – oder vielleicht sogar seine Präsidentschaft – getroffen werden können.

Wenn es überhaupt einen Kandidaten mit einem klaren und unzweideutigen Programm für einen Rückzug aus unserem amerikanischen weltweiten Engagement gibt, dann ist das Jesse Jackson. Jackson, Biden und Hart vertreten übrigens deckungsgleiche Positionen, was die Rüstungskontrolle und ganz bestimmte internationale Einmischungsformen betrifft. Allerdings ist Jackson die einzige der herausragenden Demokratischen Führungspersönlichkeiten, die sich (und zwar mit Unterstützung der Schwarzen Parteifraktion im Repräsentantenhaus) über die Forderung nach drastischen militärischen Spar- und Rückzugsmaßnahmen der Israel-Lobby in einem offenen Schlagabtausch gestellt hat. Selbst wenn eine Nominierung Jacksons als höchst unwahrscheinlich gilt, so kann dennoch eindeutig ge-

sagt werden, daß Jackson für mindestens ebenso viele in der Partei und für deren Wählerschaft spricht, wie dies zum Beispiel der „Democratic Leadership Council“ für sich reklamieren kann. Allein schon aus diesem Grunde wird man mit ihm nicht nur im Wahlkampf, sondern auch später rechnen müssen, falls die Demokratische Partei die Administration stellen sollte.

Welche Möglichkeiten der Einflußnahme verbleiben nun den Europäern angesichts einer solchen Konstellation? Direkte, rein argumentative Einflußnahmeversuche sind dann am wenigsten effektiv, wenn sie sich persönlich an jene wenden, die auf dieser Seite des Atlantik im Grunde genommen ja auch nur Gefangene ihrer eigenen Ideologien und Interessen sind. So zeigten beispielsweise jene „zig“ Besuche, die sozialdemokratische Politiker sowohl den Mitgliedern der US-Regierung wie auch den verschiedensten Kongreßabgeordneten abstatteten, wesentlich geringere Wirkung als die (europäischen) Massendemonstrationen der Jahre 1981 und später. So sind etwa verbale Statements über eine europäische Autonomie vergleichsweise wenig gegenüber den wenigen, aber realen Demonstrationen, die wir zu dieser Frage erlebt haben. Und auch jene endlosen und langwierigen transatlantischen Tischrunden und Symposien sind letztlich allesamt nichts anderes als völlig sinnlose Rituale.

Tatsache ist nämlich, daß nicht nur die Europäer im allgemeinen den eigentlichen Meinungsbildungsprozeß in Amerika überhaupt nicht mitbekommen, sondern auch ihre Delegationen nicht, eben weil auch diese nun einmal traditionell nur als Gesprächspartner und Kontaktpflegestationen zu unserem Apparat (einschließlich natürlich der ideologischen Schaltstationen in den Universitäten) in Erscheinung treten.

Eines aber scheint schon jetzt festzustehen, nämlich, daß auch der nächste politische Wahlkampf einmal wieder das typische Markenzeichen „Made in USA“ tragen wird. Dahinter verbirgt sich die Tatsache, daß unsere eigene innenpolitische Entwicklung und die nur langsam greifenden Auswirkungen unserer veränderten Stellung in der Welt, allemal mit Abstand wichtiger sind als die kurzfristigen Anliegen von Europäern – wobei es übrigens keinen Unterschied macht, ob diese nun als Lakaien unseres imperialistischen Apparates oder als dessen Kritiker auftreten.

Karsten D. Voigt Europäische Interessen nach Reykjavik und vor einer Null-Lösung

Karsten D. Voigt, Jahrgang 1941, gehört der SPD seit 1962 an. Von 1969-72 war er Bundesvorsitzender der Jungsozialisten. Er ist Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages und Mitglied des SPD-Parteivorstandes.

1987 wird ein entscheidendes Jahr für die Rüstungskontrolle in Europa. Nachdem die Sowjetunion das Junktim zwischen einem Abkommen über die Mittelstreckenwaffen (INF) und einer Einigung bei den strategischen Offensiv- und Raketenabwehrsystemen aufgelöst hat, steht einer Null-Lösung bei INF kaum noch etwas im Wege. Eine Vereinbarung, die die weitreichenden Mittelstreckenwaffen (LRINF) in Europa beseitigt und die Zahl der entsprechenden Sprengköpfe weltweit auf jeweils 100 begrenzt, ist in greifbare Nähe gerückt. Zugleich kündigte Erich Honecker an, daß die nach 1983 in der DDR und in der CSSR stationierten Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (SRINF) wieder abgezogen würden. Generalsekretär Gorbatschow erklärte die Bereitschaft der Sowjetunion, unmittelbar nach einem ersten INF-Abkommen mit Verhandlungen über die Reduzierung und spätere völlige Beseitigung dieser Systeme zu beginnen. Damit ist das letzte Hindernis für ein separates Abkommen über die Mittelstreckensysteme weitgehend beseitigt. Bei dem Gipfeltreffen in Reykjavik hatte sich eine solche Einigung bereits abgezeichnet, zusammen mit einschneidenden Begrenzungen bei den strategischen Offensivwaffen.

Während die Aussichten auf ein INF-Abkommen nach dem sowjetischen Einlenken so groß sind wie nie zuvor, sehen sie bei den strategischen Waffen und im Bereich der Abwehr- und Weltraumsysteme erheblich düsterer aus. Nach wie vor sind die Verhandlungspositionen zwischen USA und Sowjetunion bezogen auf den ABM-Vertrag unvereinbar. SDI und das anhaltende Gezerre in Washington um eine Stationierungsentscheidung über Raketenabwehrwaffen noch zur Amtszeit Präsident Reagans sowie um die Auslegung des ABM-Vertrages bilden nach wie vor entscheidende Hindernisse auf dem

Weg zu einer Einigung. Da die US-Regierung inzwischen einer Interpretation des Vertrages zuneigt, nach der SDI-Systeme praktisch unbegrenzt getestet werden können, rückt eine amerikanisch-sowjetische Verständigung in diesem Bereich zunehmend in weite Ferne. Eine solche Einigung bleibt aber die Voraussetzung für eine drastische Verringerung der strategischen Offensivwaffen.

Damit entsteht eine paradoxe Situation, daß in diesem Jahr die nukleare Rüstungskontrolle in Europa entscheidende Fortschritte machen könnte, während zugleich das strategische Wettrüsten ungebremst weitergeht und neue Dimensionen erreicht. Um so dringlicher ist es, europäische Interessen im Hinblick auf die Rüstungskontrolle der Supermächte und in Europa zu definieren und einzubringen. Dabei förderten die Reaktionen aus Westeuropa auf das Gipfeltreffen in Reykjavik Aufschlußreiches darüber zu Tage, wie widersprüchlich Westeuropa seine Interessenlage darstellt, wenn es zum Rüstungskontrollpolitischen Schwur kommt.

Folgen einer Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen

Wenn das in Reykjavik anvisierte Abkommen bei INF zustandekommt, müßte die Sowjetunion insgesamt 408 SS 20-Trägerraketen mit zusammen 1 224 Gefechtsköpfen verschrotten, zusätzlich noch ca. 100 SS 4-Raketen. Sie dürfte lediglich in Asien 33 SS 20 mit 99 Sprengköpfen behalten. USA und NATO müßten ihrerseits auf die Stationierung der im Doppelbeschluß von 1979 vorgesehenen 572 INF-Systeme - 108 Pershing II und 464 bodengestützte Marschflugkörper - in Europa verzichten und dürften lediglich 100 Sprengköpfe auf amerikanischem Territorium behalten.

Zugleich käme es nach Unterzeichnung eines ersten Vertrages zu weiteren Verhandlungen über die Reduzierung und völlige Beseitigung der Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite und vielleicht auch Kurzstreckenraketen. Zur Zeit sind das in Europa ca. 560 FROG/SS 21, ca. 480 SCUD/SS 23 und etwa 80 modernisierte SS 12 (z. T. SS 22 genannt). Schließlich hat die UdSSR angekündigt, ihre als sogenannte „Nach-Nach-Rüstung“ in der CSSR und der DDR stationierten mod. SS 12 wieder zurückzuziehen.

Folgen für die militärische Stabilität in Europa

Die anvisierte Null-Lösung bei INF und die Regelung für die Kurzstreckenraketen unterbrechen die Kette von nuklearer Vorrüstung und Nachrüstung in

einem für Europa entscheidenden Bereich. Es würde sich um wirkliche nukleare Abrüstung in Europa handeln. Diejenigen, die wie Helmut Schmidt seinerzeit über das Risiko politischer Erpressung durch die SS 20 so besorgt waren, könnten nun beruhigt sein. Friedensbewegungen und Linke, denen es vor allem um die Verhinderung der „Nachrüstung“ ging, hätten ebenfalls ihre Ziele erreicht. Die Gefährdung der Krisenstabilität, die insbesondere von der Pershing II ausgeht, wäre zurückgenommen.

Schließlich – und das ist besonders wichtig – gäbe es infolge der Regelung für die Kurzstreckenraketen keine Möglichkeit, das Wettrüsten auf andere „Grauzonen“ zu verlagern. Damit entfällt auch die Begründung für die westliche Stationierung von taktischen Raketen als Abwehrsysteme (ATBM), wie sie jetzt von Konservativen als europäisches Pendant zum amerikanischen SDI-Konzept diskutiert wird. Dabei geht es darum, daß die taktischen Raketen der Sowjetunion in Zukunft derart zielgenau sein werden, daß sie wirksam mit konventionellen Sprengköpfen eingesetzt werden können. Die Regelung für die SRINF-Bestände würde faktisch das Risiko begrenzen. Wenn Kurzstreckenraketen in Ost und West völlig abgebaut würden, entfielen damit automatisch sowohl konventionelle wie nukleare Optionen. Eine zahlenmäßige Begrenzung würde faktisch zum Verzicht auf konventionelle Optionen führen, eine mögliche nukleare Option von Kurzstreckenraketen aber offenhalten.

Europäische Gegner einer Null-Lösung bei INF wenden nun ein, ein völliger Verzicht auf Pershing II und Marschflugkörper lasse eine Lücke im nuklearen Eskalationsspektrum der NATO entstehen, so daß die amerikanische Sicherheitsgarantie für Europa an Glaubwürdigkeit einbüße. Nun ist der Streit darüber, ob landgestützte Mittelstreckenraketen Europa an die strategische nukleare Abschreckung anderer von ihr abkoppeln, militärisch nicht eindeutig entscheidbar, weil er von widersprüchlichen Möglichkeiten der Wahrnehmung von Krisenverläufen und Entscheidungsprozessen abhängt. Außerdem können der NATO nach wie vor seegestützte INF-Systeme sowie Mittelstreckenflugzeuge zugeordnet werden. Über deren Ausrüstung mit luftgestützten Marschflugkörpern wird zur Zeit im Bündnis diskutiert. Entscheidend für die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Sicherheitsgarantie ist nicht, wie viele Nuklearwaffen in Europa gelagert sind, sondern die Tatsache, daß ein großes Kontingent von US-Soldaten samt ihrer Familien hier stationiert und in die Vorne-Verteidigung der NATO integriert

ist. Insofern wäre ein drastischer einseitiger Abzug von 100 000 Soldaten, wie er z. Z. in den USA diskutiert wird, sehr viel „abkoppelnder“ als jede Null-Lösung bei INF.

Der Streit um die Null-Lösung verweist auf einen nie aufgelösten Zielkonflikt im NATO-Doppelbeschluß. Nach außen hin wurde der Doppelbeschluß immer mit der Bedrohung durch die SS 20 begründet. 1979 bis zum Regierungswechsel wäre die Tolerierung der NATO-Entscheidung seitens der SPD ohne Verweis auf die SS 20 niemals zustande gekommen. Eine Null-Lösung wäre mit dem Ziel, die sowjetische Raketenrüstung zu begrenzen, durchaus zu vereinbaren. Innerhalb der NATO ging es aber mit dem Doppelbeschluß immer auch um Zielsetzungen, die mit der sowjetischen Mittelstreckenrüstung nichts zu tun hatten. Wer „Lücken im westlichen Eskalationsspektrum“ schließen will, kann selbstverständlich eine Null-Lösung nicht hinnehmen, ganz egal, wie sich die Sowjetunion verhält. Kommt es nun doch zu dieser Regelung, dann hätten sich in der NATO in einer für die europäische Sicherheit entscheidenden Frage diese militärischen Interessen nicht durchgesetzt.

Friedenspolitisch ernstzunehmen ist, daß bei einem Wegfall der Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite die verbleibenden nuklearen Gefechtsfeld- und Kurzstreckenraketen stärker zu Instrumenten regionaler Kriegführung werden als vorher. Das bedeutet, daß bei einer INF-Null-Lösung der Herstellung einer von Gefechtsfeldwaffenfreien Zone in Mitteleuropa im Sinne der Palme-Vorschläge dringlich wird. Auch das sowjetische Angebot, über die weltweite Beseitigung dieser Waffensysteme zu behandeln, ist in diesem Kontext zu begrüßen.

Zugleich aber kommt es nun darauf an, entschlossen an die Beseitigung der konventionellen Instabilitäten und Asymmetrien in Europa zu gehen. Falls dies nicht gelingt, wird die nukleare Abrüstung in Europa entweder von kurzer Dauer sein oder mit einer konventionellen Aufrüstung bezahlt, die den Gewinn an Stabilität gleich wieder zunichte macht. Für die Krisenstabilität in Europa wäre nichts gewonnen, sondern die Gefährdung nähme im Gegenteil zu, wenn die NATO die nuklearen Optionen, die sie durch ein INF-Abkommen verliert, konventionalisieren würde, im Sinne von weitreichenden „deep-strike“-Konzepten. Der Druck in diese Richtung wird größer werden, wenn die konventionelle Rüstungskontrolle keine Erfolge hat. Um so wichtiger ist es, nun darauf hinzuarbeiten, auf beiden Seiten Verteidigungsdispositive zu schaffen, die zum

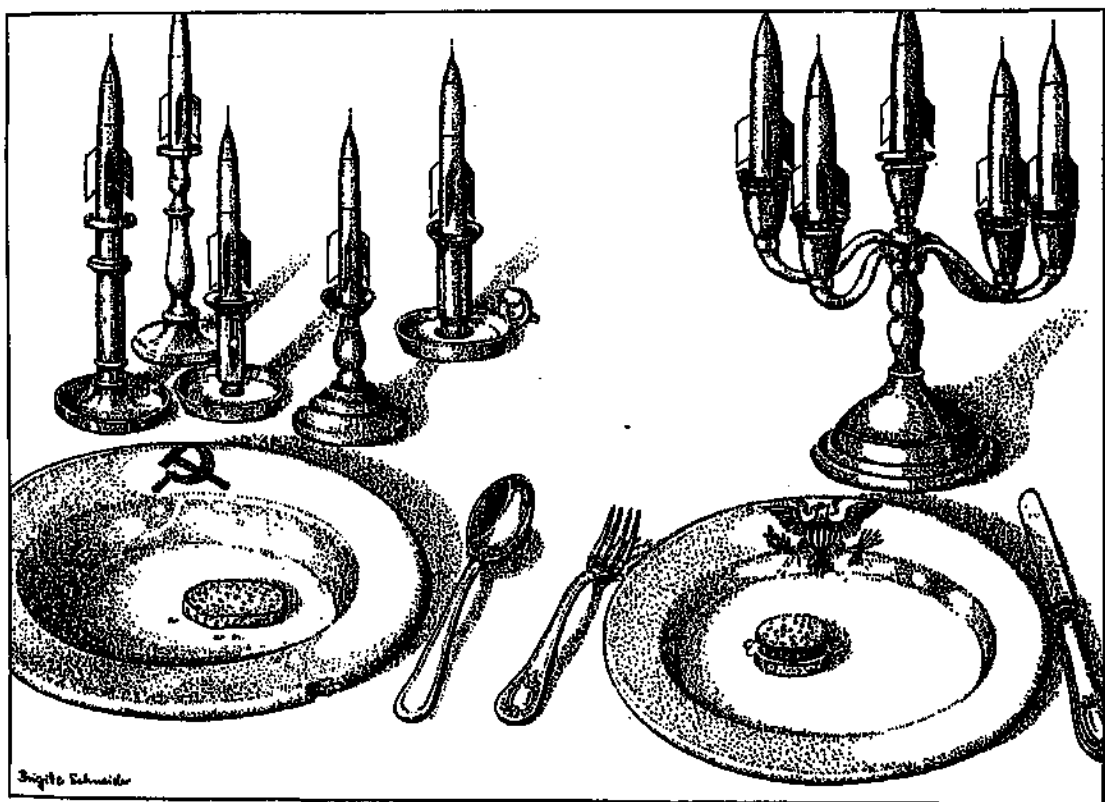
konventionellen Überraschungsangriff und zur raumgreifenden Offensive nicht geeignet sind. Dabei gilt es, Maßnahmen einseitiger Umstrukturierung und wechselseitiger Rüstungsbegrenzung aufeinander abzustimmen. Voraussetzung ist allerdings, daß die Sowjetunion ihre konventionelle Offensivstrategie zur Disposition zu stellen bereit ist.

Der Konventionalisierungsdruck auf Europa wird unabhängig von einem Genfer Rüstungskontrollabkommen noch aus einem anderen Grund zunehmen. Der demokratisch kontrollierte amerikanische Kongreß ist dabei, das gigantische Haushaltsdefizit der USA zu reduzieren und wird auch vor dem Verteidigungsetat nicht halt machen. Dies könnte dazu führen, daß der Druck auf eine Verringerung des amerikanischen Engagements in Europa größer wird. Diskussionen um einen einseitigen Truppenabzug der USA weisen in diese Richtung.

Allerdings wäre es für die Vereinigten Staaten teuer, diese Soldaten dann auf amerikanischem Territorium zu stationieren und bei Bedarf nach Europa zu fliegen. Darüber hinaus wäre ein einseitiger Ab-

zug amerikanischer Truppen um 100 000 Soldaten, wie es der frühere Sicherheitsberater Brzezinski vorgeschlagen hat, ein falsches Signal an die Sowjetunion. Zwar ist der darin zum Ausdruck gekommene Verzicht auf die Airland-Battle-Doktrin zu begrüßen. Bei den gerade beginnenden Gesprächen über konventionelle Abrüstung in Europa wäre der westliche Verhandlungsspielraum dann aber wahrscheinlich auf Null reduziert.

Schließlich muß bei aller Befriedigung über die in greifbare Nähe gerückte INF-Null-Lösung gesehen werden, daß ein Abkommen über Mittelstreckenwaffen der ausgehandelten Beschränkungen bei den Offensivwaffen strategischer Reichweite bedarf. Wenn die strategische Rüstungsdynamik zwischen USA und Sowjetunion auf Dauer ungebremsst weitergeht, wenn das letzte noch bestehende Überbleibsel des SALT-Prozesses, der ABM-Vertrag, immer mehr ausgehöhlt wird und es zu einem neuen Wettrennen bei den Raketenabwehrsystemen kommt, dann bleibt auch die europäische Sicherheit davon nicht unberührt. Das gilt um so mehr, als sich in



Reykjavik einschneidende Begrenzungen auch bei den strategischen Angriffswaffen abzeichneten. Sie könnten Wirklichkeit werden, wenn sich die USA wieder auf die traditionelle Auslegung des ABM-Vertrages zurückbewegten und ihr SDI-Programm dementsprechend einschränkten. Dann könnte man sich in Genf über die „Grauzone“ des Vertrages verständigen, z. B. darüber, welche Tests außerhalb der Labors erlaubt und welche verboten werden müßten. Einem Abkommen über die Begrenzung auch der Offensivwaffen stünde danach kaum noch etwas im Weg.

Politische Folgen

Die wichtigste politische Folge eines Abkommens, das die Null-Lösung bei INF verwirklicht, bezieht sich auf das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Westeuropa. Das sowjetische Eingehen auf eine Null-Lösung und ihre Bereitschaft zur Reduzierung der Kurzstreckensysteme signalisiert erstmals, daß sie auch westeuropäische und nicht nur amerikanische Sicherheitsinteressen ernstzunehmen bereit ist. In der Vergangenheit hatte die UdSSR die Frage der Mittelstreckenwaffen immer vorrangig im Kontext der Supermacht-Beziehungen behandelt. In den siebziger Jahren hatte sie zwar stets die Einbeziehung der in Europa stationierten nuklearen Flugzeuge der USA, die sowjetisches Territorium erreichen können, als „strategische Systeme“ in den SALT-Prozeß gefordert. Sie selbst hingegen war jahrelang nicht bereit, ihre gegen Europa gerichteten Mittelstreckenwaffen zur Disposition zu stellen, da es sich um „taktische Systeme“ handele, die amerikanisches Territorium nicht erreichen könnten. Daß die SS 20 für Westeuropa eine existentielle nukleare Bedrohung darstellt, hat die Sowjetunion erst im Laufe der achtziger Jahre allmählich zugestanden. Mit ihrer Forderung, die britischen und französischen Nuklearwaffen auf der amerikanischen Seite bei INF zu zählen, blockierte sie die Genfer Verhandlungen beträchtliche Zeit.

Das hat sich nun geändert. Die sowjetische Bereitschaft zu einer Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen und zu einer Reduzierung der Kurzstreckenwaffen bedeutet, daß die UdSSR erstmals Westeuropa nicht ausschließlich als sicherheitspolitisches Anhängsel der USA, sondern auch als eigenständigen Faktor innerhalb des westlichen Bündnisses betrachtet. Westliche Konservative werfen der Sowjetunion gern vor, sie wolle das Bündnis zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten spalten. Davon konnte aber nie die Rede sein angesichts des

sowjetischen Rüstungsverhaltens in Europa, das die Westeuropäer immer wieder in die Arme der USA trieb. Wenn die Sowjetunion andeutet, daß sie ihre Sicherheitspolitik gegenüber Westeuropa verändern will, dann stünde einer „neuen Phase der Entspannungspolitik“ in Europa nichts mehr im Wege. Denn wer die Interessen des potentiellen Gegners in sein Kalkül einbezieht, und seine Politik danach ausrichtet, der orientiert sich an „gemeinsamer Sicherheit“ und damit am Ziel einer künftigen Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West.

Die Entspannungspolitik der siebziger Jahre ist zu einem erheblichen Teil daran gescheitert, daß die politischen, ökonomischen und kulturellen Ost-West-Beziehungen von den militärischen entkoppelt waren. Gegen Ende der 70er Jahre schlug dann die ungebremsste europäische Rüstungsdynamik auf den politischen Entspannungsprozeß durch, hinzu kam die Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen im Gefolge von Afghanistan. Ein Neubeginn der Entspannungspolitik in Europa muß von vornherein einen solchen negativen Rückkoppelungsprozeß zu verhindern suchen. Das geht nur, wenn beide Seiten ihre politischen, ökonomischen und militärischen Sicherheitsinteressen wechselseitig ernst nehmen. Auf militärischem Gebiet wäre ein Anfang mit einer INF-Null-Lösung gemacht. Im nächsten Schritt müßte es nun rüstungskontrollpolitisch darum gehen, die Hauptquelle militärischer Instabilität in Europa, die konventionelle Rüstungsdynamik, in den Griff zu bekommen. Auch hier ist von der Sowjetunion in erheblichem Maße „neues Denken“ gefordert. Mit „gemeinsamer Sicherheit“ sind Planungen nicht zu vereinbaren, die vorsehen, sich im Rahmen einer offensiven Vorwärtsstrategie auf dem Territorium des Gegners militärisch zu verteidigen.

Ein solcher Kurs der UdSSR könnte dadurch gefördert werden, daß eine Änderung der westeuropäisch-sowjetischen Sicherheitsbeziehungen auch ihre eigene Sicherheitslage verbessert. Zwar nicht nur dadurch, daß die 572 westlichen INF-Systeme wegfallen. Von größerer Bedeutung ist es, daß ein Rüstungskontrollabkommen, das das nukleare Wettrüsten in Europa entscheidend eindämmt, auch das westeuropäisch-amerikanische Verhältnis verändert. Je entspannter die militärische Lage in Europa wird, desto mehr verringert sich die sicherheitspolitische Abhängigkeit der Westeuropäer von den Vereinigten Staaten. Sie sind dann weniger gezwungen, jede außenpolitische Kehrtwendung der USA nachzuvollziehen, weil sie ständig um den Erhalt der US-

Nukleargarantie fürchten müssen. Wenn die Europäer im Bündnis selbstbewußter auftreten können, nützt dies auch der NATO, die durch einen selbstbewußteren europäischen Pfeiler langfristig stabilisiert würde.

Zwar werden die objektiven Rahmenbedingungen für eine „Europäisierung“ der westeuropäischen Sicherheitspolitik günstiger, wenn die militärische Spannung in Europa durch Rüstungskontrolle abnimmt. Andererseits könnten die Anreize für eine solche verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit abnehmen, je entspannter die globalen Ost-West-Beziehungen werden. Bisher nämlich wurde die „Selbstbehauptung Europas“ fast ausschließlich als Reflex auf das amerikanisch-sowjetische Verhältnis und insbesondere die konfrontative Außenpolitik der USA unter Reagan diskutiert. Solange sich diese Debatte im Bannkreis der Supermacht-Beziehungen bewegt, wird sie nach einer neuerlichen Veränderung des globalen Ost-West-Verhältnisses schnell erschaffen. Zugleich ist damit zu rechnen, daß die Widersprüche in den Sicherheitspolitiken der europäischen Staaten erneut zum Vorschein kommen.

Die unterschiedlichen Reaktionen der Europäer auf Reykjavik haben spätestens gezeigt, daß die Rede von einem einheitlichen westeuropäischen Sicherheitsinteresse bisher auf einer Fiktion basiert. Die Chancen für eine verstärkte sicherheitspolitische Kooperation der Europäer auf verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischem Gebiet wird nach einem INF-Abkommen nur genutzt werden können, wenn die europäischen Regierungen in Ost und West eine solche Kooperation dieser Politik entschlossen anstreben und sie nicht länger nur im Kontext ihres Verhältnisses zu den beiden Supermächten bewerten. Das gilt auch, weil mittelfristig mit dem Abzug von Teilen der amerikanischen Truppen aus Europa zu rechnen ist, selbst wenn eine solche Entwicklung kurzfristig noch einmal verhindert werden kann.

Die Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen in Europa und die Konsequenzen, die sich daraus für das Ost-West-Verhältnis abzeichnen, dürften schließlich auch Auswirkungen auf die Ost-West-Beziehungen haben. Wenn die Sowjetunion ihr sicherheitspolitisches Verhältnis zu Westeuropa neu definiert und wenn gleichzeitig die Abhängigkeit der Westeuropäer von der nuklearen US-Garantie ab-

Individuelles Bausparen mit dem Wüstenrot-Rendite-Programm.

Wechseln Sie Ihre Aussicht.



»Und dann kamen die beiden in einen dunkelgrünen Wald...«, sagte die Mutter. Und der kleine Junge dachte darüber nach, wie der Wald wohl aussähe.

Wenn Sie mehr Grau als Grün sehen, wenn Sie ständig die Fenster schließen müssen, um keine schlechte Luft zu haben, dann sollten Sie anders wohnen! Mit dem neuen Wüstenrot-Rendite-Programm können Sie das ändern. Gleich oder bald. Denn es ist so individuell wie Ihre Pläne und so lebendig wie Ihre Wünsche. Und rentierlich obendrein. Zu jedem Zeitpunkt haben Sie freie Hand und können – auch rückwirkend – unter seinen vielen Extras wählen.

Kurz: Sie werden überrascht sein, wie schnell Sie mit Wüstenrot ein eigenes glückliches Zuhause haben können. Fragen Sie Ihren Wüstenrot-Berater – er weiß Bescheid.

wüstenrot

Zum Glück berät Sie Wüstenrot.

nimmt, verändern sich auch die Beziehungen *innerhalb* des Warschauer Paktes.

Der Handlungsspielraum Osteuropas innerhalb des Warschauer Paktes vergrößert sich, je mehr die nukleare Bedrohung auf den Westen abnimmt. Diese Tendenz entspräche Entwicklungen in den westeuropäisch-amerikanischen Beziehungen, ohne daß man sich der Illusion hingeben könnte, diese Tendenzen hätten die Chance, sich innerhalb des Warschauer Paktes auch nur mit gleicher Intensität zu entfalten wie innerhalb der NATO. Insofern bliebe die Asymmetrie der ost- und westeuropäischen Staaten in den Beziehungen zu ihren jeweiligen Führungsmächten prinzipiell bestehen.

Ein INF-Abkommen würde aber die Versuche der kleineren Staaten Osteuropas fördern, unterhalb der amerikanisch-sowjetischen Konfrontation eine in Grenzen eigenständige Westpolitik zu betreiben. Ob es dazu kommt, hängt allerdings in erster Linie von der Sowjetunion ab und ihrer Bereitschaft, auch ihr Verhältnis zu Osteuropa auf eine erneuerte Grundlage zu stellen. Einer solchen Entwicklung stehen allerdings die Erfahrungen der ersten Phase der Entspannungspolitik in den siebziger Jahren entgegen. Damals hatte die UdSSR ihre auf partielle Kooperation angelegte Westpolitik mit einer um so härteren Politik gegen Auflockerungstendenzen im eigenen Bündnis verbunden. Andererseits liefe eine solche bündnisinterne Verhärtung dem Reformansatz Generalsekretär Gorbatschows zuwider, denn er müßte sich dabei gerade auf jene Teile der Eliten Osteuropas stützen, die seinem innenpolitischen Programm skeptisch bis offen kritisch gegenüberstehen.

Daß Gorbatschow offenbar bereit ist, auch die Sicherheitsbeziehungen innerhalb des Warschauer Paktes zu verändern, könnte sein Zugeständnis in der Frage der Kurzstreckensysteme andeuten. Damit übernimmt er die Position des SED-Generalsekretärs Honecker, daß die Begründung für die SRINF-Stationierung in der DDR, der CSSR und in Polen wegfälle, sobald die westlichen Pershing II und die Marschflugkörper abgezogen sind. Honecker hatte mehrfach deutlich sein Unbehagen artikuliert, durch diese Systeme deutlicher als vorher in das nukleare Wettrüsten einbezogen worden zu sein.

Lehren aus der INF-Geschichte

Es ist in den letzten Jahren üblich geworden, von einheitlichen westeuropäischen Sicherheitsinteressen gegenüber den Supermächten auszugehen. In Teilen der europäischen Linken und der Friedensbewegungen setzte sich die Analyse durch, daß das

Wettrüsten in erster Linie von USA und Sowjetunion angeheizt werde. Europa wurde zum unschuldigen Opfer, zum „Schlachtfeld der Supermächte“. Umgekehrt kristallisierte sich die Überzeugung heraus, daß Europa zum Vorkämpfer von Frieden, Abrüstung und Entspannung allein schon wegen seiner geopolitischen Lage zwischen den Supermächten heraus prädestiniert sei.

Die Reaktionen vieler westeuropäischer Regierungen auf das Gipfeltreffen in Reykjavik und auf die dort anvisierten Vereinbarungen stellen diese Analyse in Frage. Der lauteste Aufschrei gegen das amerikanische Vorhaben, innerhalb der nächsten 10 Jahre alle nuklearen ballistischen Raketen abzuschaffen, kam aus Europa. NATO-Generäle, die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens kritisieren öffentlich die Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen. Die Bundesregierung legte sich erst halbherzig darauf fest, nachdem sich Verteidigungsministerium und Auswärtiges Amt erbitterte Auseinandersetzungen geliefert hatten. Der Versuch des bayerischen Ministerpräsidenten und der „Stahlhelmer“ in der CDU und CSU, eine Null-Lösung auch bei den Kurzstreckenraketen zur Vorbedingung für ein INF-Abkommen zu machen, scheiterte knapp. Die USA hat Mühe, die Europäer in der NATO auf ihre Verhandlungsposition bei INF festzulegen.

Der kaum zu überbietende Zynismus dieser westeuropäischen Reaktionen besteht darin, daß die globale, wechselseitige Null-Lösung seit Ende 1981 offizielles westliches Verhandlungsziel bei INF ist – und zwar auf *europäische* Initiative hin. Die Geschichte dieses Konzeptes läßt sich zurückverfolgen bis auf das Jahr 1979. Eine weitgehende Reduzierung der SS 20 zu erreichen und damit die westliche „Nachrüstung“ überflüssig zu machen, war von Anfang an die Position der SPD. Sie wurde als globale, wechselseitige Null-Lösung Ende 1981 zur westlichen Verhandlungsposition – eingebracht in die NATO von der damaligen sozial-liberalen Bundesregierung und der Regierung der Niederlande. Auch die Regierung Kohl übernahm diese Position, und zwar in erster Linie zur Beruhigung der Öffentlichkeit, in der die Aktivitäten der Friedensbewegungen damals auf ihrem Höhepunkt angelangt waren. An die Realisierbarkeit der Null-Lösung dachte niemand, auch innerhalb der Linken und der Friedensbewegungen hielt man sie in *dieser Form* nicht für erreichbar. Das NATO-Hauptquartier nahm die westliche Verhandlungsposition so wenig ernst, daß nicht einmal Analysen über deren Auswirkungen auf die nukleare Zielplanung der NATO angefertigt wurden.

Um so größer war die Überraschung, als sich im Herbst 1986 abzeichnete, daß sich USA und Sowjetunion auf ein INF-Abkommen einigen könnten, das diese Null-Lösung fast vollständig verwirklicht. Dabei können Befürworter und Gegner der Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern in Westeuropa vordergründig dieses Verhandlungsergebnis als ihren je eigenen Erfolg verbuchen. Die Bundesregierung wird sich zugute halten, daß sie ohne Rücksicht auf die innenpolitische Kritik beharrlich an der „Nachrüstung“ und der Null-Lösung festgehalten habe und damit letztlich erfolgreich gewesen sei. Auch die Friedensbewegungen und die Linke können zufrieden sein; den ohne den Druck von unten und die Legitimationskrise nuklearer Abschreckung wäre die Null-Lösung nie westliche Verhandlungsposition geworden.

Schaut man genauer hin, so zeigt das sich in Genf abzeichnende Verhandlungsergebnis, daß beide Seiten sich in der Einschätzung der beiden Supermächte, ihre Interessenlage und Politik, offenbar gründlich getäuscht haben. Die westeuropäischen Konservativen waren fest davon ausgegangen, daß die Sowjetunion niemals alle ihre SS 20 in Europa und die meisten in Asien stationierten Systeme ver-

schrotten würde. Diese Überzeugung war sogar die Voraussetzung dafür, daß sie der Null-Lösung als westlicher Verhandlungsposition überhaupt zustimmten. Sogleich fühlen sie sich nun von der US-Regierung im Stich gelassen, hatten sie doch jahrelang „Nachrüstung“ und nukleare Abschreckung gegen die innenpolitische Opposition verteidigt. Als vermeintliche Sachwalter atlantischer Zusammenarbeit mußten sie nun erleben, daß die Reagan-Administration nicht nur die Null-Lösung bei INF akzeptiert, sondern auch zur Abschaffung aller nuklearen ballistischen Raketen in den nächsten 10 Jahren bereit ist. Die USA scheinen damit den Abrüstungsbefürwortern und Abschreckungsgegnern in Europa im Nachhinein recht zu geben.

Aber auch Teile der westeuropäischen Linken und der Friedensbewegungen müssen sich einige selbstkritische Fragen stellen. Sie waren ebenfalls davon ausgegangen, daß die Null-Lösung nicht realisierbar sei, machten dafür aber insbesondere die USA verantwortlich. Diese könne auf die Stationierung der Mittelstreckenwaffen in Westeuropa nicht verzichten, weil die Pershing II entweder notwendiger Bestandteil einer globalen nuklearen Erstschlagsstrategie sei oder aber der Begrenzung eines Nuklearkrie-



FACHKONGRESS DER IG BAU-STEINE-ERDEN · 10. - 11. JUNI '87

ges auf Europa diene (das beide Argumente sich widersprechen, sei hier nur am Rande vermerkt). Nun akzeptiert ausgerechnet die Reagan-Administration, die konservativste amerikanische Regierung seit den 50er Jahren, die Null-Lösung. Die heftigsten Kritiker eines Abzugs der Pershing II und Marschflugkörper kommen außerdem jetzt nicht aus den Vereinigten Staaten, sondern sind Westeuropäer.

Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen:

1. Die INF-Geschichte ist von Anfang bis Ende im Kontext *europäischer* Sicherheitspolitik zu begreifen. In den siebziger Jahren waren europäische Konservative zusammen mit westdeutschen Sozialdemokraten, die aus unterschiedlichen Gründen die Androhung einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa befürworteten. Den einen ging es darum, eine angebliche Lücke im westlichen nuklearen Eskalationsspektrum zu schließen. Die anderen wollten die Sowjetunion zu rüstungskontrollpolitischen Zugeständnissen zwingen. Auf beides ließ sich die damalige Carter-Administration nur zögernd ein. Da die USA von Anfang an nur geringe strategische Interessen an der INF-Rüstung hatten, konnten sie letztlich auch in Reykjavik der Null-Lösung zustimmen. Für die Reagan-Administration bietet ein separates INF-Abkommen die Möglichkeit, sich vom Nimbus der Rüstungskontrollfeindlichkeit zu befreien, ohne in für sie zentralen Bereichen der Weltraumrüstung Zugeständnisse machen zu müssen. Die eigentlichen Gegner der Null-Lösung sind die europäischen Konservativen, nicht die Amerikaner.

2. Wer europäische Sicherheitsinteressen nach Reykjavik formulieren will, muß sich deshalb der *europäischen Eigenverantwortung für den Rüstungswettkampf* bewußt sein. Europa ist genauso wenig der „natürliche Friedenskontinent“ wie die beiden Supermächte die „naturegebenen Kriegstreiber“ auf der Welt sind. Die Trennungslinie zwischen Abrüstungsbefürwortern und Entspannungsgegnern verläuft nicht entlang von Landesgrenzen oder gar Kontinenten, sondern mitten durch die einzelnen Gesellschaften. Europäische Sicherheitsinteressen aus friedenspolitischer Perspektive zu formulieren, bedeutet deshalb zunächst, sich den Blick nicht durch falsche Frontstellungen trüben zu lassen. Es läuft weiterhin darauf hinaus, daß die Gegner von Entspannung und Rüstungsbegrenzung nicht zuletzt in Westeuropa selbst zu finden sind. Mit Ausnahme von Frankreich verlaufen die Fronten der sicherheitspolitischen Auseinandersetzung quer durch die einzelnen Länder. Europäische Friedenspolitik hat

daher nur dann eine Chance, wenn es gelingt, transnationale, gesellschaftliche Koalitionen der Abrüstungsbefürworter in den einzelnen Staaten zu bilden.

3. Gleichzeitig muß das Verhältnis zu den USA in der Linken und in den Friedensbewegungen überdacht werden. In Sachen INF-Null-Lösung vertritt die gegenwärtige US-Regierung die Interessen europäischer Friedenspolitik. Es wäre schon aus taktischen Gründen falsch, diese Übereinstimmung zu ignorieren. Das ändert nichts daran, daß SDI und die strategische Rüstung der Vereinigten Staaten auf Dauer auch die Rüstungsbegrenzung und die Entspannung in Europa beeinträchtigen werden. Auch hier kommt es deshalb auf transnationale Koalitionsbildung mit den Rüstungskontrollbefürwortern z. B. im amerikanischen Kongreß und in der US-Öffentlichkeit an.

Schlussfolgerungen: Die nächsten Schritte

Wenn es zu dem in Reykjavik und Genf anvisierten Rüstungsabkommen kommt, das Europa von weitreichenden nuklearen Mittelstreckensystemen befreit, dann ist Spielraum gewonnen für weitere friedenspolitische Initiativen:

- ▷ Priorität muß nun die Begrenzung der konventionellen Rüstungen in Europa haben. Langfristig geht es darum, auf beiden Seiten Dispositive struktureller Nichtangriffsfähigkeit zu schaffen. Dabei gilt es, kooperative Rüstungskontrolle im Rahmen der KVAE und der neuen Verhandlungen zwischen NATO und WVO zu verbinden mit einseitigen, stabilitätsfördernden Umstrukturierungsmaßnahmen. Ein einseitiger Truppenabzug der USA, der über symbolische Kontingente hinausgeht, ist dagegen auch aus friedenspolitischen Gründen abzulehnen.
- ▷ Darüber hinaus sind die noch verbleibenden landgestützten Nuklearwaffen in Europa auf beiden Seiten schrittweise abzubauen, um sie nicht zu Instrumenten regionaler Kriegführung werden zu lassen. Die Vorschläge der Palme-Kommission weisen in die richtige Richtung.
- ▷ Es ist auch für die europäische Sicherheit auf Dauer riskant, wenn das strategische Wettrüsten zwischen USA und Sowjetunion ungebremst weitergeht und sich auf den Weltraum ausdehnt. Deshalb sollten die Europäer nach einem INF-Abkommen weiter die USA dazu drängen, an der bisherigen Interpretation des ABM-Vertrages festzuhalten. Verbündete dafür sind im amerikanischen Kongreß zu finden.

Glasklare Antworten zu auswärtigen Fragen

Professionelle Lauscher an den Türen des Kleinen Kabinetssaals vermelden, unter den Bonner Koalitionären machten sich Einsicht und Stimmung breit, daß Konsequenzen aus einer von Bündnisinteressen unbeeindruckten Haltung Washingtons nunmehr unvermeidlich geworden seien. Konturen einer Verlagerung sicherheitspolitischer Schwerpunkte auf eine Achse Bonn-Paris, verbunden mit dem Einstieg in extensive Wirtschaftskooperationen mit Moskau begannen sich abzuzeichnen. Damit sollte die Stunde der Sozialdemokraten gekommen sein, sich als Vorreiter einer umfassend neuprogrammierten Außenpolitik zu bewähren, die auch über ihre Reihen hinaus Anklang bei der großen Mehrheit unseres Volkes findet.

Als vielgeprüfter Atlantikfahrer wird Helmut Schmidt heutzutage nicht müde, die Trommel für sein Europakonzept auf deutsch-französischem Unterbau zu rühren. Im Klartext kommt er auf den neuralgischen Punkt des westlichen Innenlebens. Im ZDF-Sonntagsgespräch nach seinen Gedanken über eine NATO-Reform befragt, möchte er „dieses Stichwort nicht gebrauchen“, sondern lediglich vom Nordatlantischen Bündnis sprechen.

Diesmal kam Schmidts belehrender Einwurf am richtigen Platz; er war schon lange überfällig, weil zeitgeschichtliche Ignoranz nebst einem – auf Gewöhnung abzielenden – schludrigen Umgang mit politischen Formeln dazu geführt haben, den Nordatlantischen Vertrag mit der ihm aufgepfropften Organisation im allgemeinen Sprachgebrauch gleichzuschalten. Die NATO als solche ist praktisch auch strukturell nicht reformierbar, während der Atlantikpakt aus dem Jahre 1949 – in aktualisierter Fassung – durchaus eine angemessene Grundlage für ein revidiertes West-West-Verhältnis abgibt, wie etwa Schmidt („Nur Frankreich kann auf die Dauer die Deutschen im Westen einbinden“) das vorschwebt, und wie er es zu Kanzlerzeiten noch mit Freund Giscard im stillen Kämmerlein skizziert haben mag.

Entschlüsselt man jüngste Äußerungen von Oskar Lafontaine, so treffen auch diese mit dem Hinweis ins Schwarze, daß sich die militärische Struktur der Westallianz aus der Besatzungszeit entwickelt hat, und daß es unerträglich sei (auch unverträglich mit Geist und Buchstaben des Vertrages übrigens), wenn z. B. die USA ihre Stützpunkte in der Bundesrepublik zu Überraschungsaktionen gegen dritte Länder – wie im Vorjahr im Fall Libyen – benutzten. Die (laut Tower-Bericht) vom pfälzischen Ramstein nach Iran transportierten US-Panzerabwehrraketen haben erneut bewiesen: Die Verhältnisse in NATO-Veren sind nun mal so, daß die in Bonn gemeinhin ängstlich, in Washington mit Bedacht tabuisierte „militärische Integration“ ein irreleitendes Etikett darstellt. In Wahrheit gibt es eben mehr (Bundeswehr) oder minder (GB-Streitkräfte) integrierte... und die nur zum schönen Schein integrierten GI's. Sie unterstehen der Befehlsgewalt eines Generals in janusköpfiger Funktion: Als Spät-Nachrücker des siegreichen Feldherrn Eisenhower im European Theatre befehlen Rogers (und Nachfolger Galvin) auch alle amerikanischen Streitkräfte in Europa; zugleich sind sie aber – zuweilen im Streit mit ihrer nationalen Stellung – die Oberstkommandierenden der NATO.

In seinem Buch „Angst vor den Freunden“ schließt Lafontaine ein wenig auch die Franzosen mit ein, denen Schmidt wiederum Angst vor dem („offenen“) deutschen Problem attestiert. Aber dürfen sich angesichts solcher „Ängste“ die Geister in der Sozialdemokratie scheiden? Berechtigte Bedenken bezüglich einer Vereinigung der deutschen und französischen Kräfte ließen sich zurückstellen, würde Paris seine Atomstrategie auf U-Boot-gestützte Zweitschlagkapazität reduzieren, die mit einem Totalabbau der Raketenpotentiale der Supermächte ohnehin obsolet sein würde. Was die „Querelles Allemandes“ betrifft, so sollte Bonn mit der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft nicht zögern, bis diese „von den Bürgern dort selbst anerkannt wird“ (so Lafontaine). So könnten – mit Ausblick auf einen Friedensvertrag – günstigere Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß sich auch dort die orthodoxe Spreu vom liberal-sozialistischen Weizen scheidet.

Klaus Bloemer

Hans-Ulrich Klose/Michael Müller/Horst Peter

Thesen zur politischen und kulturellen Erneuerung der SPD

Hans-Ulrich Klose, Jahrgang 1937, war 1974 bis 1981 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Seit 1983 ist er SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Klose gehört als Schatzmeister dem Präsidium der SPD an.

Michael Müller, Jahrgang 1948, ist SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag.

Horst Peter, Jahrgang 1937, Studiendirektor a. D., ist SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag.

Die Industriegesellschaft der Bundesrepublik befindet sich in einem tiefgreifenden sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Wandel. Gleichzeitig spitzt sich die ökonomische Krise auf dem kapitalistischen Weltmarkt zu. Der fortbestehende Konflikt zwischen Kapital und Arbeit tritt im Bewußtsein vieler Menschen hinter die großen Risiken der industriellen Entwicklung (z. B. die Umweltzerstörung) zurück. Traditionelle sozialdemokratische Reformpolitik gerät an Grenzen. Ihr wurden entscheidende Erfolgsgrundlagen entzogen und sie kommt von 2 Seiten in die Klemme: Durch die Etablierung des Neokonservatismus/Neoliberalismus und durch die Herausbildung grün-alternativer Lebensformen. Nach einer kurzen Phase der Aufklärung zu Beginn der 70er Jahre gibt es heute einen Verlust an gesellschaftlicher Rationalität.

Die SPD ist an dieser Lage nicht unschuldig. In den letzten Jahren sind wichtige Impulse an der Partei vorbeigelaufen oder wurden von ihr nur halbherzig oder taktisch aufgegriffen.

Dennoch: Die entscheidende Voraussetzung für eine neue Phase gesellschaftlicher Reformpolitik liegt in der kulturellen und politischen Erneuerung der SPD. Eine Politik kollektiver Vernunft kann nur von ihr ausgehen. Deshalb ist es falsch, die Rückkehr zur Mehrheitsfähigkeit auf personelle Veränderungen, bündnistaktische Überlegungen oder die Übernahme bzw. Ausgrenzung grüner Positionen zu verkürzen. Die Chancen der Neubestimmung durch die Programmdiskussion müssen genutzt und personell und organisatorisch abgerundet werden.

These 1:

Seit einigen Jahren nehmen die Anzeichen für eine Grundlagenkrise der kapitalistischen Weltwirtschaft zu. Sie ist mit den bisherigen Methoden der Wirtschaftspolitik nicht zu vermeiden. Erforderlich sind vielmehr eine tiefgreifende Demokratisierung des Wirtschaftssystems, ein handlungs- und gestaltungsfähiger Staat und eine Reform der Weltwirtschaftsordnung.

Seit Mitte der 70er Jahre spitzen sich die Fehlentwicklungen in der Weltwirtschaft zu. Die wirtschaftliche Wachstumsentwicklung schlägt unter den gegebenen Bedingungen in Stagnation um:

▷ Während im letzten Jahrzehnt die meisten Länder noch am Wachstum der Weltwirtschaft beteiligt waren, kommt es heute zu einem „Nullsummenspiel“. Auf den Weltmärkten verändert sich die Konkurrenz in einen harten Verdrängungswettbewerb der starken gegen die schwachen Volkswirtschaften, der kaufkräftigen gegen die weniger entwickelten Regionen, der kapitalstarken hochtechnologischen, vor allem multinationalen gegen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen.

▷ Die internationale Verschuldungskrise nimmt an Schärfe zu, viele Länder der Dritten Welt fallen in größere Armut zurück. Aber auch die Auseinandersetzungen zwischen und innerhalb der Industrieländer werden härter.

▷ Die internationalen Kredit- und Finanzsysteme verselbständigen sich. Statt Kapital zu investieren, wächst dabei die Tendenz zu Geldanlagen. Der Anteil des Finanzsektors am Bruttosozialprodukt steigt. Aus dem produktiven Kapitalismus wird eine *Casino-Ökonomie*.

Die Indizien für eine erneute (nach der von 1929 bis 1939) Grundlagenkrise der kapitalistischen Weltwirtschaft sind unübersehbar. Sie bilden den Hintergrund für die Zunahme politischer und gesellschaftlicher Konflikte. Konservative und liberale Politik setzt einseitig auf eine Strategie wirtschaftlicher Stärke zur Eroberung neuer Weltmarktanteile. Dies erklärt ihre Politik des Sozialabbaus, der Durchsetzung neuer Technologien zu Lasten der Arbeitnehmer und der Einschränkung der gewerkschaftlichen Aktionsfähigkeit (AFG § 116, Beschäf-

tigungsförderungsgesetz etc.). In den letzten Monaten wird immer deutlicher: Diese Politik kann die krisenhafte Entwicklung nicht beseitigen. Die Krise liegt vielmehr in der Funktionsweise des Wirtschaftssystems selbst; das aber ist ein ideologisches und politisches Reizthema für konservative Politik und ein Tabu für sozialdemokratische Praxis.

Auch eine Rückkehr zur weltmarktorientierten Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Koalition vom Beginn der 70er Jahre, die durch eine koordinierte Haushalts- und Finanzpolitik und eine gezielte Modernisierung der Volkswirtschaft den Wachstumsprozeß stabilisierte, kann angesichts veränderter ökonomischer Rahmenbedingungen keine befriedigenden Ergebnisse mehr erbringen.

Konsequenzen:

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik muß die gleichzeitige Verwirklichung einer leistungsfähigen, sozialen, demokratischen und umweltverträglichen Wirtschaft stehen. Dies ist nur mit einer demokratischen Gestaltung der Wirtschaftsprozesse zu erreichen. Dies bedeutet,

- die Vorherrschaft privater Gewinninteressen bei wirtschaftlichen Entscheidungen zurückzudrängen;
- die Wirtschaft tiefgreifend zu demokratisieren und dabei einen handlungs- und gestaltungsfähigen Staat durchzusetzen;
- den Genossenschaftsgedanken (einschließlich einer Kapitalneutralisierung) neu zu beleben und verschiedene Formen von Selbst- und Mitbestimmung in der Wirtschaft zu erweitern;
- nicht investierte Gewinne in neue produktive Wirtschaftsbereiche zu lenken;
- binnenwirtschaftliche und europäische Wachstumsentwicklungen in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen (z. B. Energie und Umwelt) zu verstetigen;
- internationale Entschuldungskonferenzen und Reformen der Weltwirtschaft zu initiieren, um die Entwicklungsfähigkeit des Weltmarktes wiederherzustellen.

Die Gründungsmütter und Gründungsväter haben im Grundgesetz den demokratischen und sozialen Bundesstaat, insbesondere den Sozialstaatsauftrag, verankert. Es ist vor allem Ergebnis sozialdemokratischer Reformpolitik der 60er und 70er Jahre gewesen, daß enge Fäden zwischen wirtschaftlichem Wachstum einerseits und Beschäftigung, Verbesserung der Lebenschancen und sozialer Sicherung – Grundlage des Wohlfahrtsstaates – andererseits geknüpft wurden. Dieser Zusammenhang ist heute zerfallen, der Sozialstaat ist in der Krise:

- ▷ Offiziell sind nahezu 2,5 Mio., einschließlich der „stillen Reserve“ über 3,5 Mio. Menschen in der Bundesrepublik *arbeitslos*, mehr als 700 000 davon bereits länger als ein Jahr.
- ▷ Die Ausgaben für die *Sozialhilfe* steigen rapide an; nach Schätzungen der Armutsforschung leben mehr als 4,5 Mio. Menschen in der Bundesrepublik unterhalb der „Existenzgrenze“.
- ▷ Bevölkerungsentwicklung und geringes Wirtschaftswachstum gefährden die Stabilität der *Alterssicherung* und des *Gesundheitssystems*.

Der konservative Ellenbogenstaat der Wenderegierung hat die sozialen Übereinkünfte der Nachkriegszeit aufgekündigt; der Sozialstaat wird zum Sozialhilfestaat demontiert. Unter dem Motto „Leistung muß sich wieder lohnen“ wird ein Markttraktalismus gefördert, der wachsende Unterschiede in der Verteilung von Arbeit, Einkommen und Lebenschancen nicht nur politisch hinnimmt, sondern diese verschärft und ideologisch begründet (Abbau der „Anspruchsmoralität“; erst wenn es der Wirtschaft „gut geht“, können wieder „Wohltaten“ verteilt werden). Dieser Kampf gegen den Sozialstaat ist im Kern ein Angriff auf erkämpfte soziale und demokratische Rechte und auf die Gewerkschaften. Aber auch viele „alternative“ Gegenpositionen gegen den Sozialstaat richten sich gegen kollektivrechtliche Formen der sozialen Sicherung. Für die breite Mehrheit der Bevölkerung aber bleibt die soziale Lebenssicherung von der Funktionsfähigkeit (und damit von einer Reform) der großen Sozial- und Gesundheitssysteme im Sozialstaat abhängig; sie müssen jedoch reformiert, demokratisiert und um Formen der dezentralen Selbsthilfe ergänzt werden.

Konsequenzen:

Die solidarische Verteilung von Arbeit, Einkommen und Lebenschancen bleibt ein entscheidender Grundpfeiler sozialdemokratischer Politik. Notwendig dafür ist eine Reform und Weiterentwicklung des Sozialstaates:

These 2:

In der Bundesrepublik ist eine sozial-ökonomische Phase zu Ende gegangen, die über lange Jahre die soziale und politische Stabilität ermöglicht hat. Erforderlich ist eine Reform und Weiterentwicklung des Sozialstaates.

- Der Wohlfahrtsstaat der Zukunft erfordert als Fundament eine demokratische Wirtschaftsreform.
- Gesundheitspolitik und soziale Sicherung sind eigenständige Ziele, sie müssen aus ihrer engen Abhängigkeit vom Wirtschaftssystem und seinen Zwängen gelöst werden (einschließlich einer verbesserten Grundsicherung).
- Ausbau von Vorsorge und Selbsthilfe sowie Demokratisierung und - wo möglich - Dezentralisierung der Systeme (vor allem auf kommunaler Ebene) sind Ziele sozialdemokratischer Reformpolitik.

These 3:

Die Industriegesellschaft wandelt sich in eine industrielle Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft. Die SPD ist aber kulturell und organisationspolitisch noch in traditionellen Strukturen verhaftet.

Seit rund zwei Jahrzehnten sinkt der Anteil der Industrie in der Gesamtwirtschaft. In den letzten Jahren wurde dieser Prozeß durch tiefgreifende Branchenkrisen (Kohle, Stahl, Werften) und ein Abflachen des industriellen Wachstums beschleunigt. Dieser Prozeß spiegelt sich auch wieder in einer Veränderung der Sozialstrukturen, der Entwicklung neuer Betriebsformen und Arbeitsorganisation sowie in kulturellen Verschiebungen im Arbeitsverständnis.

Es besteht ein genereller Trend dahin, daß die Mehrheit der Arbeitsplätze in den tertiären Sektor wandert. Der stark gewachsene Dienstleistungssektor ist dabei ökonomisch wie sozialstrukturell sehr unterschiedlich:

- ▷ Er umfaßt den Öffentlichen Dienst ebenso wie persönliche Dienstleistungen und produktionsbezogene Dienste (z. B. Informationstechniker) in privater Unternehmensform.
- ▷ Er organisiert Arbeiter, Angestellte und Beamte des Öffentlichen Dienstes ebenso wie „freie“ Berufe und abhängig Beschäftigte bei privaten Unternehmen.
- ▷ Mit der Entwicklung des Dienstleistungssektors werden wichtige Zukunftsfragen entschieden. Das gilt hinsichtlich technologischer Weichenstellungen, der Veränderung ökologischer Zielsetzungen, der Zukunft des Sozialstaates und der Bewahrung von Kultur.

Der konservative Weg in die Dienstleistungsgesellschaft ist insbesondere durch das Vorbild der US-amerikanischen „McDonald's-Arbeitsplätze“ vorgezeichnet. Stichworte dazu: Privatisierung öffentlicher Leistungen, „ungesicherte“ und „billige“ Arbeitsverhältnisse, Vorrang für eine Technikentfaltung ausschließlich nach privaten Zielsetzungen. Auf diesem Hintergrund müssen insbesondere die konservativen Initiativen zur Einschränkung der gewerkschaftlichen Aktionsfähigkeit und zum Abbau arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen gesehen werden.

Konsequenzen:

Die Entwicklung des Dienstleistungssektors entscheidet zentrale Zukunftsfragen. Notwendig ist ein sozialdemokratisches Konzept zur Gestaltung der Dienstleistungsgesellschaft. Eckpunkte hierbei sind:

- Demokratisierung und (z. B. ökologische) Erneuerung des industriellen Sektors, weil nach wie vor die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft entscheidend von der industriellen Wertschöpfung abhängig ist.
- Reform des Staates als modernes Dienstleistungszentrum für effektive, problemorientierte und solidarische, aber nicht marktmäßig gesteuerte Dienstleistungen insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur, Verkehr, Ökologie und Freizeit.
- Erneuerung der Städte, die die Urbanität durch attraktive Angebote für die Neugestaltung des Zusammenhangs von Arbeit und Leben verbessert.

These 4:

Die Gesellschaft ist unverändert eine kapitalistische Gesellschaft und doch werden wichtige gesellschaftliche Auseinandersetzungen nicht als Konflikte zwischen Kapital und Arbeit begriffen.

Identität und Geschichte der SPD sind eng mit der Entwicklung der Industriegesellschaft und den sie prägenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit verbunden. Die Daseinsberechtigung der Partei ergibt sich aus dem Kampf um die „soziale Frage“, also der Abmilderung und Beseitigung von Zwängen und Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die industrielle Entwicklung hat zu einer ungeheuren Entfaltung der Produktivkräfte, zu Wohlstand und Reichtum geführt. Das industrielle Wachstum wurde von der Arbeiterbewegung nach-

haltig legitimiert, weil hierin die Voraussetzung für die Beseitigung von Armut, Elend und Benachteiligungen gesehen wurde. Daraus ergab sich auch für die SPD in ihrer praktischen Politik (im Gegensatz zur Programmatik) eine einseitige Ausrichtung auf eine sozialere Verteilung des wirtschaftlichen Zuwachses und damit indirekt auf die Sicherung des industriellen Wachstums. Die demokratische Gestaltung des Wirtschaftssystems trat dagegen zurück.

Heute, unter den Bedingungen einer entwickelten Industriegesellschaft, sind die politischen und sozialen Konflikte unübersichtlicher geworden. Gesehen werden vor allem die technischen und industriellen Risiken, die den fortbestehenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit überlagern:

- ▷ Die Umweltzerstörung zeigt, daß es heute nicht nur um den Schutz des Menschen vor der Naturgewalt, sondern mehr und mehr auch um den Schutz der Natur vor den technischen Fähigkeiten und der Ausbeutung des Menschen geht.
- ▷ Seit Hiroshima sind moderne Waffensysteme gleichzusetzen mit der technologisch perfekten Vernichtung der Menschheit.
- ▷ Die Entwicklung neuer Universaltechniken gefährden die Individual- und Freizeitrechte.

Die neuen sozialen Bewegungen haben diese veränderten Problemstellungen thematisiert; die „Grünen“ sind vielfach ein Sprachrohr für das Offenlegen der industriellen Risiken. Der Zusammenhang mit den Macht- und Systemfragen unserer Wirtschaftsordnung wird dagegen weitgehend ausgeklammert. Deshalb richtet sich diese Kritik zwangsläufig auch gegen die SPD, weil diese die industrielle Entwicklung (unter sozialen Zielen und oft mit dem Arbeitsplatzargument) im Prinzip mitträgt, aber die systembedingten Ursachen für die Fehlentwicklungen (so z. B. die ökologischen Auswirkungen) weitgehend tabuisiert hat. Je mehr es aber durch die Wohlstandsentwicklung für die breite Mehrheit der Bevölkerung keine unmittelbaren Notlagen mehr gibt, verliert die „soziale Frage“ im Bewußtsein der Bevölkerung an Bedeutung und andere Probleme treten stärker hervor.

Konsequenzen:

Das traditionelle, wachstumsorientierte Verteilungskonzept der SPD bietet keine tragfähige Basis mehr für Reformpolitik. Notwendig sind eine Demokratisierung der ökonomischen Entscheidungsstrukturen sowie die Gestaltung des Wirtschaftssystems und der technologischen Entwicklung nach gesamtwirtschaftlichen, sozialen und umweltverträglichen Zielen durch:

- Ökonomische Steuerung der Wachstumsentwicklung nach qualitativen Zielen;
- gleichberechtigte Verzahnung ökologischer mit sozialen und beschäftigungspolitischen Zielen („Arbeit und Umwelt“) durch eine gesellschaftliche Reformstrategie;
- Einbeziehung der Umweltpolitik in eine gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung;
- Neuordnung, Pluralismus und Sozialpflichtigkeit der Forschungs- und Technologiepolitik, um frühzeitig weniger risikoreiche und verträgliche Technikentwicklungen zu fördern.

These 5:

Das bisherige Verständnis von Fortschritt und Modernität gerät an Grenzen. Es besteht ein Mangel an sozialen Utopien und reformpolitischen Gesellschaftsentwürfen.

Lange Zeit ging auch die SPD von einer weitgehend unkritischen Gleichsetzung zwischen technisch-wissenschaftlichem und gesellschaftlich-sozialem Fortschritt aus. Die volle Entfaltung der Produktivkräfte, die Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Industrie – das waren in dieser Betrachtung zugleich Ziele und Mittel des Fortschritts, zugleich Grundlage und Garanten des angestrebten, gerecht zu verteilenden Wohlstands. Diese ökonomisch lange Zeit erfolgreiche Orientierung hat an perspektivischer Kraft verloren. Die Entwicklung der Kernenergie und der Waffen- und Weltraumtechnologien, die möglichen Auswirkungen der Gen- und Biotechnik und die Gefahrenpotentiale bei der heutigen Anwendung von Computer- und Nachrichtentechnik markieren eine neue Qualität gesellschaftlicher und individueller Risiken. Technische Entwicklung einerseits und soziale und ökologische Rationalität andererseits fallen auseinander.

Jürgen Habermas hat die Entleerung des Fortschrittverständnisses wie folgt beschrieben: „Heute sieht es so aus, als seien die utopischen Energien aufgezehrt, als hätten sie sich vom geschichtlichen Denken zurückgezogen. Der Horizont der Zukunft hat sich zusammengezogen und den Zeitgeist wie die Politik gründlich verändert. Die Zukunft ist negativ besetzt.“

Konsequenzen:

Die Sozialdemokratie kann als eine Partei der Aufklärung nicht auf eine positive Bestimmung von

Fortschritt und Modernität verzichten. Es muß die Sache der Linken bleiben, neue Ideen zu entwickeln und neue gesellschaftliche Perspektiven zu eröffnen. Dies setzt voraus:

- Ein neues Denken für die Gestaltung des Verhältnisses von Mensch, Natur und Technik: durch die neue Qualität der industriellen Risiken müssen sich politische Entscheidungen weit stärker an einer „Verantwortungsethik“ ausrichten, die den dauerhaften Schutz von Mensch und Natur zum Ziel hat.
- Eine politische Kultur und inhaltliche Öffnung der SPD, bei der die Partei nicht zum Gefangenen des Apparats und nur kurzfristiger taktischer Interessen wird.
- Eine Verständigung zwischen neuen und alten sozialen Bewegungen, insbesondere zur Zusammenführung von sozialen und ökologischen Zielen.

These 6:

Die Entwicklung der Ökonomie und die Entfaltung des Wohlfahrtsstaates haben in den letzten Jahren zu einem „Individualitätsschub“ geführt. Dies muß zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Individualität und Kollektivität führen.

„Individualisierungsprozesse greifen erst dann und genau in dem Maße, in dem die Bedingungen der Klassenbildung durch Verelendung und Entfremdung, wie sie Marx vorhergesagt hat, überwunden werden. Das Hervortreten von Individualisierungstendenzen ist damit an gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen gebunden, die erst in einer sehr späten Phase einer wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung verwirklicht werden.“ (Ulrich Beck)

Im Gegensatz zu früheren Phasen können in modernen kapitalistischen Gesellschaften mit einem breiten Angebot sozialer und kultureller Leistungen und demokratischer Rechte viele Lebensentscheidungen (u. a. politisches Engagement, Formen der Partnerschaft, Berufswahl, Bildungsgänge, Freizeitgestaltung) in weitaus größerer individueller Verantwortung getroffen werden.

Die Anhebung des Wohlstands, die größere Angleichung von Lebenschancen im Wohlfahrtsstaat und tendenzielle Verringerung sozialer und kultureller Schichtenbindungen haben zu einer Veränderung

neuer sozial-kultureller Lebensmilieus geführt. Die Organisationsformen und das Politikverständnis der SPD werden diesen Verschiebungen bisher nur unzureichend gerecht. Mit dieser Entwicklung ist u. a. das Entstehen der grünen Partei zu erklären, die neue „Basisinitiativen“ politisch übernimmt – meist im „Original“, weil die Partei keine eigene Tradition und keine gefestigte Programmatik hat.

Während die Grünen eine „Initiativpartei“ sind, ist es der SPD nicht möglich, veränderte Vorstellungen von Individualität und Autonomie lediglich in ihrer Politik zu übernehmen. Entscheidend vor allem ist es, daß allein hierin in einer hochentwickelten Industriegesellschaft keine Organisationsperspektive für eine Reformpolitik liegt. Vielmehr muß das Verhältnis von Individualität und Kollektivität neu bestimmt werden.

Konsequenzen:

Die Sozialdemokratie kann ihre geschichtliche Erfahrung nicht preisgeben: Individualität ist für die meisten Menschen nur auf der Grundlage kollektiver und kollektiv-rechtlicher Regelungen möglich. Notwendig ist auf der Basis dieser Einsicht eine Neubestimmung der politischen Kultur:

- Abbau des Übermaßes an einer organisationspolitischen „Stellvertreter-Demokratie“. „Mehr Demokratie wagen“ heißt, die unmittelbaren Beteiligungsrechte in allen Bereichen auszuweiten.
- Mehr Transparenz und – wo möglich – Dezentralisierung bei den Entscheidungsprozessen.
- Freiraum in der Partei für unkonventionelle Ideen und Aktionen sowie ein wechselseitiger Abbau von Vorurteilen.

These 7:

Die Erwerbsarbeit hat als Zentrum der Lebensgestaltung für den einzelnen an Bedeutung verloren. Dies hat seine Ursache in der Erweiterung der Lebensabschnitte und Zeiträume außerhalb der Zwänge von Produktion und Berufsausübung sowie in der anhaltenden Teilung und technischen Entleerung der Erwerbsarbeit.

Sozialwissenschaftler weisen darauf hin, daß die Arbeitswelt für die Persönlichkeitsentwicklung (Sozialisation) an zentraler Bedeutung verliert, obwohl sie als prägendes Machtzentrum durch die ökonomischen Konzentrationsprozesse und die Zentralisie-

rung von Wirtschaftsmacht noch stärker geworden ist. Dennoch gibt es eine Tendenz zu einer „konsumentischen Sozialisation“. Dies stellt die sozialdemokratische Politik vor neue Herausforderungen:

▷ Zum einen führt dies zu Veränderungen im kulturell-politischen Verständnis. Ein individuelles, oft nur an einzelnen Themen ausgerichtetes Engagement nimmt zu. Dazu gehört auch die isolierte Wahrnehmung einzelner Zerstörungstendenzen (z. B. Ökologie, Frieden) mit z. T. sehr radikalen Einzelforderungen, die aber nicht auf eine gesellschaftsbezogene politische Reformstrategie abstellen.

▷ Gleichzeitig gibt es einen Verlust an solidarischen Bindungen (gemeinsames Arbeiten und Lernen, gewerkschaftliches Selbstverständnis).

Diese Aspekte gehen heute zu Lasten der SPD:

▷ Die Bereitschaft, gesellschaftliche Kompromisse zu akzeptieren – Voraussetzung für Reformpolitik –, läßt bei dem Mangel an kollektiven Bindungen und der Überbetonung einzelner, wenn auch sehr wichtiger Fragen nach.

▷ Neue politische Entwicklungen außerhalb des Arbeits- und Sozialbereichs laufen zum Teil an der „Altpartei“ SPD vorbei, die sich bisweilen dann anzuhängen versucht.

▷ Ohne eine positive Zukunftsperspektive kann es aus der Sicht der Aufklärung keine Politik der Reformen geben.

Konsequenzen:

Sozialdemokratische Politik hat, obwohl sie die Verschiebung wesentlich mitherbeigeführt hat, bislang nur wenig zur Bewältigung ihrer Auswirkungen beigetragen:

– *Erforderlich ist an erster Stelle eine tiefgreifende Demokratisierung und Humanisierung der Arbeitswelt, weil dadurch solidarische Bindungen und Arbeitsmotivation auch dann hergestellt werden können, wenn die zeitlichen Anteile der Arbeit weiter abnehmen. Ohne die gewachsene Bedeutung von anderen Formen der Arbeit (z. B. Eigenarbeit) zu verkennen, bleibt die Organisation der Erwerbsarbeit der zentrale Ansatz sozialdemokratischer Reformpolitik.*

– *Notwendig sind Angebote zur freieren und bewußteren Gestaltung der Lebensbedingungen außerhalb der Erwerbsarbeit. Solche Angebote (z. B. Technikgestaltung oder Bildungssystem) sind heute meist abhängig von den Erfordernissen des Erwerbssystems. Sie stehen deshalb in erster Linie unter dem Ziel der ökonomischen Effektivität und Nützlichkeit.*

– *Neuorientierung in der Kommunalpolitik; Verbesserung der Urbanität durch Reformen für ein verändertes soziales Zusammenleben der Menschen, zur Förderung der Emanzipation der Frau, für einen neuen Zusammenhang von Arbeit und Leben, zur ökologischen Erneuerung und für bessere kulturelle Angebote vor Ort.*

Bewertung:

Es war in der Geschichte der Moderne immer die Sache der Linken, neue Ideen zu entwickeln und Perspektiven zu eröffnen. Der Verlust an inhaltlicher Bindungskraft stellt die SPD vor neue Herausforderungen:

▷ Sozialdemokratische Politik muß Reformpolitik sein, die sich an qualitativen Kompromissen in der Gesamtgesellschaft ausrichtet. Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen nach sozialen und ökologischen Zielen und die ständige Erweiterung der Demokratie sind Eckpfeiler dieser Politik.

▷ Sozialdemokratische Politik verzahnt die einzelnen Politikbereiche in einer Reformstrategie; sie lehnt eine isolierte Betrachtung und Aufspaltung in Einzelbereiche ab.

▷ Sozialdemokratische Politik will den Sozialstaat nicht abschaffen, sondern weiterentwickeln und aus der engen Abhängigkeit ökonomischer Wachstumsraten lösen.

▷ Sozialdemokratische Politik bekennt sich zum Geist der Aufklärung und Humanität. Diese Politik schließt Widersprüche und Fehler ein, die in einer komplexen Gesellschaft auch bei einem vernunftgeleiteten Handeln nicht auszuschließen sind.

▷ Sozialdemokratische Politik ist lernfähig. Sie öffnet sich dem kulturellen Wandel, ohne ihre geschichtliche Tradition zu leugnen. Dabei greift sie insbesondere die Impulse der Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung auf, die sie in eine Reformstrategie für die Umgestaltung der Gesellschaft einbezieht.

▷ Sozialdemokratische Politik läßt sich in einer Koalition mit den Konservativen nicht verwirklichen. Deren Politik steht heute in einem grundsätzlichen Widerspruch zur sozialdemokratischen Programmatik. Die SPD muß auch ihr Verhältnis zu den Grünen klären. Eine unkritische Zusammenarbeit mit dieser „Initiativenpartei“ schafft keine solide Basis für eine reformpolitische Verständigung.

Thema: Erosion in den großen Städten

Jan von Trott Utopie und Management Sozialdemokratische Strategie in der Dienstleistungsgesellschaft

Jan von Trott, geb. 1955, ehemaliger Stadtverordneter in Frankfurt, ist Pressesprecher im Hessischen Innenministerium.

Utopie und Management – das sind Begriffe, in deren Zusammenführung gleichermaßen eine optimistische Weltsicht und eine den sozialdemokratischen Idealen verschriebene Politik am Ende des 20. Jahrhunderts liegt. Utopien, Wünsche, aber auch Interessen der geheimnisvoll umworbenen „neuen Mittelschichten“ sind eben keineswegs biedermeierische Wendepolitik, der Stillstand als Programm, aber auch nicht einfach die anspruchslose Naivität Blümchen Leistungsakkords.

Es gibt keine politische Kraft, die so wie die SPD berufen wäre, unter Mobilisierung aller Ressourcen, aber vor allem unter Mobilisierung einer in eine moderne und menschliche Zukunft weisenden Utopie in das 21. Jahrhundert zu führen. Management bedeutet nichts anderes als die gezielte und umfassende Mobilisierung von Kräften, Ideen, Zielen, Menschen – aber Management besteht eben nicht nur aus kalter Kalkulation, sondern vor allem auch aus gefühlvoll-kreativer Kraft, aus Wissen und Utopie. Nur wer in diesem Sinne Management und utopische Kraft in der Politik zusammenführt, wird den Anspruch der Führung erheben und verwirklichen können.

Die SPD muß den Weg in die Dienstleistungsgesellschaft mit allen Konsequenzen nachvollziehen und mitvollziehen, wenn sie in diesem Jahrhundert noch einmal die Führung übernehmen will.

Motorisches Zentrum besonders unserer Dienstleistungsstädte ist eine neue ungebundene Mittel- und Angestelltenschicht geworden, die wir noch nicht erkannt haben. Nicht die Loslösung von Funktionen von klassischen sozialdemokratischen „Basismilieus“, sondern deren Verschwinden ist hier das Problem.

Der Wertewandel im Dienstleistungssektor

Es gibt insbesondere in der amerikanischen Sozialwissenschaft – neuerdings auch in der deutschen – seit einigen Jahren umfassende Untersuchungen über den Wertewandel in hochindustrialisierten Gesellschaften, die den Begriff der „postmateriellen“ Werte begründet haben. Diese Untersuchungen zeigen, daß zunehmender Wohlstand nicht in erster Linie den Wunsch nach noch mehr Einkommen, sondern den Wunsch nach ideellen Gütern, die nicht mehr durch Einkommen erlangt werden können, produziert. Solche Werte sind vor allem „Lebensstilwerte“, d. h. Werte, die sich auf die allgemeine kulturelle Gestaltung des Lebens, weniger auf seine materielle Basis beziehen. Dieser Wertewandel läßt sich auch an Indikatoren wie einer liberaleren Einstellung zur Sexualität, größerem Gewicht der Forderung nach Gleichberechtigung der Frau, stärkerem Umwelt- und Gesundheitsbewußtsein und einem steigenden grundsätzlichen Skeptizismus an staatlichen (Versorgungs-)Institutionen feststellen.

Zudem ändert sich bei diesen Menschen die Einstellung zur Arbeit insofern, als sie immer stärker nur als Instrument zum Unterhalt des Lebens und immer weniger als Lebensinhalt und Ort der Selbstverwirklichung gesehen wird. Der Wunsch, sich der Familie zu widmen, den Liebhabereien nachzugehen, sich weiterzubilden, steigt, die Bereitschaft, z. B. Überstunden zu machen, sinkt. Zunehmend ist man sogar bereit, aufgrund gestiegenen Gesundheitsbewußtseins zugunsten des Umweltwertes „Gesundheit“ die Leistungsbereitschaft zurückzustellen. Gleichzeitig sind diese Menschen dann weniger auf sich selbst und ihre eigenen Interessen zentriert und denken wieder mehr bezogen auf das Wohl des Gesamt-Systems: Diese Menschen sind wohl stärker an individuellen Glücksvorstellungen orientiert als je eine gesellschaftliche Gruppe zuvor. Aber sie erwarten von der Politik nicht in erster Linie den Verteilungskampf, den sie selbst am Arbeitsplatz „durch Leistung“ bestreiten. Deshalb betrachten sie die Politik auch weniger denn je unter dem Gesichtspunkt des Verteilungskampfes – sie haben gerade wegen dieser stark individualistischen Glückseinstellung auch die Bereitschaft zum „Blick für das Ganze“. Die Politik ist infolge der postmateriellen Individualisierung kein materielles Kampfgebiet und damit offen für übergreifende Ziele, für die Maximierung

des Wohls der Gesamtgesellschaft. Das bedeutet so etwas wie eine nicht mehr gewachsene, sondern eher intellektuell vermittelte Solidarität.

Natürlich sind diese neuen ungebundenen Gruppen, die aus der Dienstleistungsgesellschaft hervorgehen, hochgradig heterogen. Sie umfassen stark konsumorientierte Aufsteiger, grünangehauchte Aufgeklärte, engagierte Grün-Intellektuelle, echte „Hedonisten“, stark leistungsorientierte „Young urban professionals“ („Yuppies“), eher konservative Führungsgestalten und eher rezipierende Sachbearbeiter.

Das alles ist kein Zufall. Tatsache ist, daß die Strukturen im Dienstleistungssektor sich wesentlich von denen im Produktionssektor unterscheiden. Notwendigerweise ist der „Dispositionsspielraum“, den der einzelne Angestellte im Dienstleistungssektor hat, höher als im Produktionssektor, weil sein Arbeitsinhalt nie so genau vorhersehbar ist wie in der organisierten Produktion. In seiner Arbeit ist also viel mehr Raum für „normative“ Entscheidungen.

Einerseits wird es die Tendenz geben, gegebene Ziele effizienter zu erreichen mit weniger Lohnkosten und damit mit weniger Dienstleistung; dies ist die Motivation, die bei der Einführung der EDV in der Verwaltung in den siebziger Jahren im Vordergrund stand. Andererseits gibt es aber immer nachweislich die gegenläufige Tendenz: So entstehende Freikapazitäten werden für die Erweiterung der eben nicht exakt meßbaren Ziele des jeweiligen Sektors benutzt. Ein Beispiel sind die in den letzten Jahren entstandenen Management-Informationssysteme, die als „Abfallprodukt“ der Rationalisierung völlig neue, bisher nicht existierende Arbeitsbereiche aufbauen. Es wird im Dienstleistungssektor eine eindimensionale, auf Arbeitseinsparung abzielende Rationalisierung wie im Produktionssektor so nicht geben. Deshalb wird auch diese Rationalisierung kaum so zur Widerspiegelung des sozialen Konfliktes im Angestelltenbereich führen.

Aus diesen offenen, hochdifferenzierten und dispositionsgeprägten Strukturen hat sich eine *ungebundene neue Mittelschicht* herausgebildet, die ihre Wahlentscheidungen von Wahl zu Wahl zu ändern bereit ist. Sie ist nicht ideologisch fixiert und verfügt über keine durch einheitliche Ideologien oder Milieus begründete übergreifende Orientierung, die in den klassischen Lebenswelten fußt. Sie leben in eher zufälligen und sehr heterogenen Peer-Groups, die sie sich nach dem „Lustprinzip“ individuell erwählen statt in einheitlichen Milieus.

Zunehmende Freizeit vor, während und nach der Arbeitsphase tut ihr übriges zur Gewichtsstärkung der außerarbeitslichen Lebenszusammenhänge. Wenn die gewissermaßen „naturwüchsigen“ Rekrutierungsmechanismen der Sozialdemokratie fehlen, ist zu fragen, wie anders sie diese neuen Mittelschichten erreichen kann. Ich glaube nicht, daß dies durch beharrlichen Appell an ihren Arbeitnehmercharakter, durch die Rekonstruktion eines ihnen „nicht mehr bewußten“ sozialen Konfliktes gelingen kann.

Die Unschuld der Produktivkräfte ist verloren

Die Orientierungs-, ja die Überzeugungskraft unserer arbeitgesellschaftlichen Utopien, d. h. der Utopien, die eine andere Organisation der Arbeit zum zentralen Focus eines „glücklichen Überlebens“ machen, leidet nicht nur unter der verlorenen Unschuld der Produktivkräfte, die am Fall Tschernobyl allzu deutlich wird. Nein, die arbeitgesellschaftliche Utopie hat nicht nur ihre Überzeugungskraft mit der Unschuld der Produktivkräfte, sondern vor allem hat sie ihre objektive Fähigkeit zur Problemlösung der Anliegen der aufgestiegenen Mittelschichten verloren.

Diese wollen ihren Status quo im Arbeitsleben erhalten. Sie wissen die Leistungen des Sozialstaates durchaus zu schätzen, eine Tatsache, deren systematische Verknennung durch die CDU einen Teil des Niederganges der CDU bei der Wahl erklärt. Aber: Sozialstaatliche Utopie bedeutet in den letzten 65 Jahren die Zähmung wirtschaftlicher Macht zugunsten einer Stabilisation der Lebenswelt der abhängig Beschäftigten durch soziale Netze.

Damit greift der Staat aber nicht nur in die Wirtschaft, sondern auch in die Lebenswelt seiner Bürger ein, indem komplizierte sozialstaatliche Normen deren Bedürfnisse erfassen und andere Normen die Verteilung der sozialstaatlichen Leistungen regeln. So entsteht ein enges Regelungsnetz, das den Alltag überzieht. Ist wohl das Ziel der sozialstaatlichen Utopie die Schaffung von Freizeit durch gleiche Lebenschancen, wird genau diese Freiheit und Selbstverwirklichung damit systematisch durch die entstehende Normierung konterkariert.

Das heißt nun nicht, daß der Weg der sozialstaatlichen Utopie falsch gewesen wäre. Wir brauchen den Sozialstaat, das wissen auch und gerade die neuen Mittelschichten. Aber die Zukunftskraft dieses Weges ist verbraucht. Das „Anregungspotential“ der arbeitgesellschaftlichen, sozialstaatlichen Utopie ist für diese Schichten erfüllt.

Die Antwort des Neokonservatismus: Absage an die kulturelle Moderne

Die Antwort der Konservativen in Deutschland ist der Neokonservatismus, der allerdings hierzulande nicht den gleichen Erfolg hat wie in den Vereinigten Staaten. Der Neokonservatismus ist zwar streng industriegesellschaftlich, aber sozialstaatskritisch orientiert, will das entstandene Problem durch Sozialstaatsabbau lösen. Mit der Sozialstaatskritik und dem Bekenntnis zur industriellen Moderne geht bei diesen Konservativen ein tiefer Kulturkritizismus einher. Das Projekt des Neokonservatismus ist: Die industrielle Moderne soll weiter entwickelt, aber der kulturelle Ausdruck der Moderne, der sehr stark, über postmaterielle Werte, auch den Ansatz ihrer Kritik enthält, soll abgekoppelt und verschwiegen werden. Dazu muß die kulturelle Moderne im Sinne kritischer Intellektueller, aber auch im Sinne reflektierender moderner Kultur von Fassbinder bis Grönmeyer, von aufgeklärten Kirchengemeinden bis Böll, als „unmodern“ dargestellt werden. Unangreifbare „positiv“ formulierte Traditionen sollen Unsicherheiten und Unruhe nehmen, ein unangreifbarer Staat soll Legitimität ersetzen. Es sollen die erstarrten und in der Gesellschaft abgestorbenen Traditionen und kulturellen Traditionalismen wiederbelebt und Mäglichkeiten einer vom Arbeitsleben abgetrennten Identitätsfindung geschaffen werden. Es ist danach die eigentliche Aufgabe der Politik, die in der Wirtschaftsgesellschaft vorgenommenen Reduktionen des Menschen auf seine Bedürfnisnatur auszugleichen durch eine Identitätsvermittlung, die ihren Brennpunkt in traditionellen kulturellen Werten findet. Eine solche Politik, die auf ihre Weise ebenfalls Abschied nimmt von der sozialstaatlichen Utopie, hat den attraktiven Vorteil, daß sie die Bedrohung dieser sozialstaatlichen Utopie für die Autonomie der Lebenswelt der aufgestiegenen Mittelschichten umgeht, daß sie deren wirtschaftliches Fortkommen zu sichern scheint und daß sie über die Abbildung kultureller Tradition der Lebenswelt wenigstens ansatzweise einen Inhalt gibt.

Der deutsche Neokonservatismus hat seinen Versuch der Wiederbelebung traditioneller Kultur verbunden mit einer geradezu programmatisch gemeinten Verabschiedung von der kulturellen Moderne. Da ist eine geradezu missionarische Intellektuellenkritik, die den modernistischen Intellektuellen als „neue Priesterschaft“ die Schuld an allen Eruptionen gibt, sie mit Ausgrenzung und barbarischer Verachtung verfolgt. Das steigert sich bei diesen Neokonservativen dann so, daß die eigentliche

Mission ihrer Kulturpolitik die Ausschaltung der modernen und avantgardistischen Kunst und der modernen Intellektuellen als Subversion der industriellen Moderne wird. Das meint auch die berühmte und kläglich gescheiterte „geistig-moralische Erneuerung“ der Kanzler-Wende.

Dies aber wird von den neuen Mittelschichten nun gar nicht geliebt, weil bei dieser Jagd à la Strauß auf moderne Künstler sehr deutlich wird, daß sich die Absage an die kulturelle Moderne und die Bejahung der industriellen/gesellschaftlichen Moderne eben nicht verbinden lassen.

Jeder Traditionalismus unterschätzt die neuen Mittelschichten

Allerdings kann der Neokonservatismus demselben Dilemma kaum enttrinnen, unter dem die arbeitsgesellschaftlichen Utopien leiden: Sowohl die sozialstaatliche Utopie als auch der kulturelle Traditionalismus neokonservativer Prägung weisen nicht in die Zukunft. Sie gibt den neuen Mittelschichten mit ihrer postmateriellen Orientierung keine Perspektiven, ja sie sind nicht einmal geeignet, deren Lebenswelten zu sichern, geschweige denn auszufüllen oder weiter zu entwickeln.

Die wichtigste Schwäche des Neokonservatismus ist: Er geht an den Werten und dem Individualitäts- und Freiheitsbedürfnis dieser Menschen vorbei. Die Neokonservativen wissen durchaus, daß die Wertorientierungen dieser Menschen eben nicht nur materiell, sondern vor allem „postmateriell“ sind. Sie verkennen aber, daß dies auch bedeutet, daß diese Gruppen einen systematischen Bruch durch Ausgliederung großer Gruppen am Rande der Gesellschaft nicht wünschen. Sie wünschen vielmehr ein störungsfreies Funktionieren der Gesellschaft, wozu nun einmal auch ein weitgehend funktionierendes sozialstaatliches Netz als Teil eines „guten Managements“ unserer Gesellschaft gehört.

Die Probleme und Wünsche dieser Schichten sind auch die Probleme der Gesellschaft und sollten die Utopien eines freien Lebens sein. Wie die Industriearbeiter in ihrer Gegenkultur einmal die Keimzelle einer neuen Gesellschaft in sich trugen, tragen heute die postmateriell-individualistisch orientierten Schichten die Keimzelle einer neuen Gesellschaft, die ein Überleben der Menschheit ermöglicht. Eine Chance wird diese Keimzelle aber nur in der Volkspartei SPD erhalten können.

Das neokonservative Projekt: kultureller Traditionalismus und industrielle Moderne Foto: dpa



Nur eine Sozialdemokratie, die vor allem den ungebundenen und weitgehend wahlentscheidenden Mittelschichten keine Idee, keine „corporate identity“, keinen Zukunftsglauben, in dem sich diese Menschen wiederfinden können, geben kann, hat dort keine zukunftssichere Basis. Trotz äußerst intensiver und fortschrittlicher Sozialpolitik, Bildungspolitik, trotz expandierender Wirtschaft, trotz prosperierendem Wohlstand hätte die Sozialdemokratie nach 1980 für die Entwicklung der Republik abgedankt, weil sie auf die Frage nach dem Ziel der Reise keine überzeugende Antwort geben, weil sie die Identitätsfrage nicht beantworten konnte, ja nicht einmal wollte. Nein, mit diesem oder jenem Traditionalismus sind diese Menschen nicht zu gewinnen – auch nicht mit sozialdemokratischem.

Aber auch die CDU vermag trotz ihrer Modernisierungsbemühungen eine Antwort nicht zu geben. Dem Neokonservatismus wohnt ein unauflöslicher Widerspruch inne, der gerade jetzt mit Massivität aufzubrechen beginnt. Auf die Dauer lassen sich nämlich industrielle Moderne und Ablösung von der kulturellen Moderne nicht vereinbaren. Die Absage an die kulturelle Moderne weist nach rückwärts, ohne infolge der industriellen Entwicklung aufbrechende neue Fragen beantworten zu können.

In Wahrheit ist der Versuch des aufgeklärten Neokonservatismus (z. B. Wallmann in Frankfurt) der Öffentlichkeit durch die Wiederbelebung traditioneller Kultur eine Identität zu geben, nichts anderes als eine Lebenslüge des politischen Administrators. Dieser Traditionalismus und seine Symbole entstammen nicht der politischen oder tatsächlichen Öffentlichkeit, sie sind dem Küchenkabinett des politischen Strategen entlehnt. Die Wallmannschen Inszenierungen nahmen nicht Wünsche, Fragen der Öffentlichkeit auf, sondern entführten sie in freilich verlockender Weise in die metaphysische Zauberwelt der Verabschiedung von der kulturellen Moderne ins Traumland des Traditionalismus. Exakt dies ist auch die Erklärung dafür, daß der Oberbürgermeister so charismatisch erfolgreich war und der Umweltminister doch recht durchschnittlich ist.

In Wallmanns Inszenierung paart sich mediale Überzeugungskraft mit einer Inhaltsleere, die eigentlich nichts anderes als das Spiegelbild der daraus folgenden Entleerung der politischen Öffentlichkeit selbst ist. Das Projekt des Neokonservatismus besteht ja gerade darin, die mit der Verabschiedung von der kulturellen Moderne entstehende Entleerung der politischen Öffentlichkeit für eine Stabilisierung des politischen Systems, besser, der eigenen

Macht, zu nutzen durch die Konstruktion einer in Symbolen lebenden fiktiven Realität.

Eine solche Politik aber läßt sich nicht lange durchhalten. Sie läßt sich um so weniger durchhalten, je besser die Öffentlichkeit, die sich den Lebenswelten nicht derartig entfernte, funktioniert. Es wird deshalb mit Spannung zu beobachten sein, wie Wallmann dieses Konzept der Entleerung ausgerechnet im Umweltsektor wird durchhalten können, einem Sektor, der sich gerade durch die kulturelle Moderne definiert!

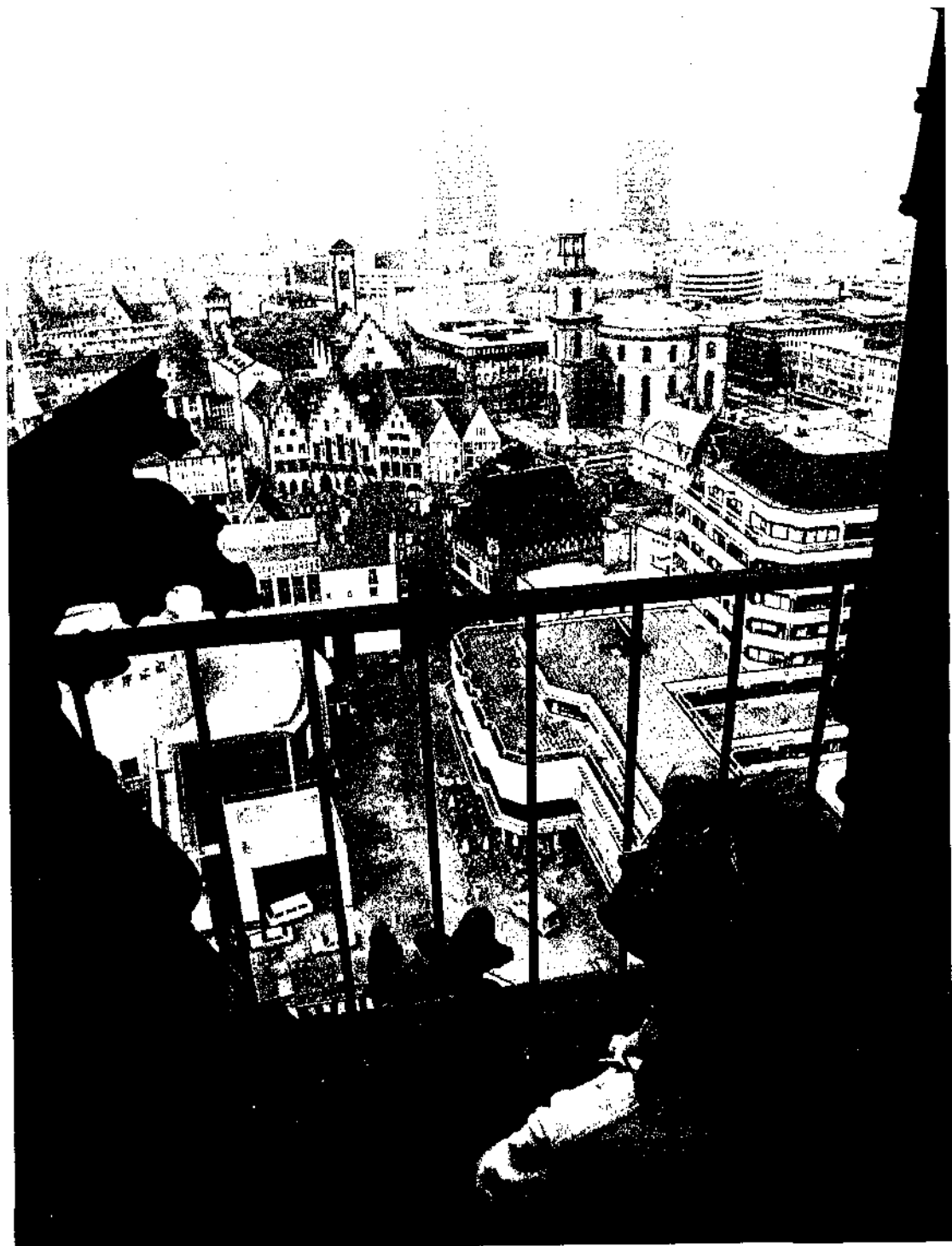
Wir brauchen Visionen!

Ebensowenig, wie sich im Dienstleistungssektor Leistung am Arbeitsplatz mit klaren Zahlen einer einfachen Produktionsfunktion messen läßt, ist für die dort Arbeitenden Leistung und Effektivität in der Gesellschaft auf einer einfachen Skala des Erfolges (z. B. der Inflationsratensenkung, der Arbeitslosigkeit oder des Bruttosozialprodukts) meßbar. „Leistung“, die wieder lohnen soll, ist deshalb keine klar meßbare Produktionsfunktion jener plumpen Eindeutigkeit materieller Werte, die der Neokonservatismus Kohlischer Prägung reklamiert, vermutet und erhofft. Es ist vielmehr ein hochdifferenzierter Leistungsbegriff, dessen Erfolg nicht eindimensional meßbar ist, sondern sich in der Regel eher im Nutzen für ein nicht klar definiertes Zielgesamtsystem feststellen läßt. Genau hier können und werden Wertmaßstäbe humanistischer, ökologischer und ähnlicher übergeordneter Natur zentrale Bedeutung bei der Messung politischen Erfolges, d. h. politischer Dienstleistung gegenüber dem System Gesellschaft, erlangen.

Themen der Politik sind hier nicht mehr in erster Linie Verteilungsfragen. Überhaupt stehen mit Atomenergie, Umweltschutz, Gleichberechtigung, Frieden, Bildung zunehmend Fragen im Mittelpunkt der Gesellschaft, die ebenso wie die Arbeitsgegenstände der Dienstleister nicht mehr mit Geldwerten gerechnet werden können. Genau deshalb ist ihre Wahlentscheidung, sind aber auch diese Werte nicht der Arbeitswelt verpflichtet und nicht materiell begründet. Sie stellen vielmehr Ziele dar, die in Träumen einer neuen Lebenswelt begründet sind.

Das ist eines, was die Richtung ganz klar eindeutig und leidenschaftlich vorgibt: Tschernobyl. Gegen

Motorisches Zentrum unserer Dienstleistungsstädte ist eine neue ungebundene Mittel- und Angestellten-schicht geworden
Foto: dpa



eine einen ganzen Kontinent überziehende Wolke des Giftes und der uneinschätzbaren Gefahr versagen recht viele unserer eingelebten und liebgewonnenen politischen Muster. Diese Wolke bedrohte uns alle gleich – da verstummen alle Unterschiede von Arbeiterviertel und Reichenhausvorstadt. Tschernobyl hat die Lebenswelt in einem Maße bedroht, gegen die auch alle bisherigen Umweltgefahren lächerlich erscheinen. Die drohende, aber eben nicht abstrakte Gefahr hat diese Lebenswelt, die Familie, die Alltagswelt, die Nahrungsmittel unmittelbar und konkret bedroht.

Die Antwort auf die Bedrohung durch die Kernenergie wird deshalb nach unserer Überzeugung tatsächlich – und symbolhaft für die Wertorientierung von Politik überhaupt – zentral für die Frage sein, welche Politiker eine für die Zukunft glaubwürdige, aber auch professionell vermittelnde und durchzusetzende Vision haben. Diese Vision darf nicht nur Visionäres, sie muß auch Professionelles, in diesem Sinne Urbanes beinhalten. Wir können die Bedrohung unserer Lebenswelt nicht trotz, sondern wegen unserer industriellen und hochtechnischen Entwicklung meistern. Hier bedarf es des Managements, dessen Ziele sicherlich wohl kaum aus Statistiken und Rechenschiebern abgeleitet werden können! Es ist die Leistung der industriellen Moderne, Freiheit und Autonomie durch Überschußproduktion zu ermöglichen.

Aber es ist die Leistung der kulturellen Moderne, die Lebenswelt der Menschen gegen die gleichzeitige

Zerstörung durch die industrielle Produktion und die Interessen mächtiger Lobbys zu schützen, indem in ihr utopische Kraft mobilisiert wird. Das eigentlich meint Kultur. Die Neokonservativen, die sich von dieser kulturellen Moderne verabschieden, werden an diesem Punkt der Bedrohung der Lebenswelt der Menschen mittelfristig scheitern, wenn wir diesen Zusammenhang begreifen und industrielle Moderne und kulturelle Moderne konsequent wieder miteinander versöhnen.

Es gilt den Schritt ins dritte Jahrtausend zu tun. Wenn wir es schaffen, ein Ziel für eine Zukunft zu geben, das in der Lebenswelt der Menschen begründet ist, werden wir auf eine starke Basis bauen – die Sehnsucht ist, wie Ernst Bloch einmal gesagt hat, die einzige ehrliche Eigenschaft aller Menschen.

Noch ein letztes: Wir haben davon gesprochen, daß unserer „Zielgruppe“ das Privatleben viel wichtiger ist als anderen und anderes. Das sollte sich ruhig auch in unserer Politik ein bißchen wiederfinden. Es wäre sicher eine Stärkung unserer Partei, wenn nicht jeder Funktionär der Freizeit, Familien- und Privatleben abtötenden abendlichen Ochsentour unproduktiver Partei- oder Vereinssitzungen mit zerstörerischer Konsequenz unterworfen würde. Würden die Funktionäre zeigen, daß sie auch in der Lage sind, für sich und ihre Familien ein bißchen zu leben, wäre das kein Verlust, sondern ein Gewinn für uns alle. Wer dieses Leben nicht genießen kann, der kann auch das Gemeinwesen nicht „genußvoll“ gestalten.

Hermann Heinemann Dienstleistungszentren im Ruhrgebiet – Stabile Festung für die SPD

Hermann Heinemann, Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen, ist Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen.

Den Sozialdemokraten ist ihre starke Position im Ruhrgebiet keineswegs in den Schoß gefallen. Das Ruhrgebiet ist auch nicht gewissermaßen ein „ural-

ter Besitzstand“ der Sozialdemokraten. Im Gegenteil: Bis Anfang der 60er Jahre war die CDU wählerstärkste Partei an Rhein und Ruhr. Dies hatte historische Wurzeln. Die alte katholische Zentrumsparterie hatte früher auch in den Industriegebieten des heutigen Nordrhein-Westfalen eine mächtige Stellung inne. Die CDU hatte nach dem Krieg vorübergehend dieses Erbe übernommen.

Den Sozialdemokraten gelang es zunächst nur sehr schleppend, in den hochindustrialisierten Regionen Nordrhein-Westfalens Wähler hinzuzugewinnen. In den 60er Jahren erreichte die SPD dann immer mehr Zuspruch bei den Wählern, bis sie 1966

Ruhrgebietsrealität: Arbeiterdenkmal in der Dienstleistungsstadt Dortmund
Foto: dpa



in Nordrhein-Westfalen erstmals die CDU überflügelte. Immerhin: Dies ist erst 20 Jahre her. Daran muß man immer wieder diejenigen erinnern, die von sozialdemokratischen Erbhöfen im Revier sprechen.

Tatsächlich hat die SPD ihre Erfolge in den Ballungszentren des Ruhrgebiets durch bürgernahe Politik hart erkämpft. Die Sozialdemokraten im bevölkerungsreichsten Bundesland haben auch bei komfortablen absoluten Mehrheiten nicht „abgehoben“ und sie haben ein hohes Maß an Geschlossenheit gezeigt.

Hochburgen der SPD sind in Nordrhein-Westfalen die Ruhrgebietsstädte. Hier findet die SPD seit langem den solidesten Rückhalt unter den Wählern. Dies galt auch, als in den 70er Jahren bis hinein in die 80er Jahre die CDU in vielen bundesdeutschen Großstädten außerhalb des Ruhrgebiets Gewinne erzielte und oft genug die bestehenden Machtverhältnisse umkehrte. Wahlforscher sprachen in diesem Zusammenhang von einem typischen Großstadttrend zu Lasten der SPD.

Dieser Trend ging indes am Ruhrgebiet vorbei. Im Gegenteil: Nach dem großen Erfolg der SPD bzw. der herben Niederlage der CDU bei der letzten Landtagswahl kann man sogar behaupten, daß die SPD im Ruhrgebiet die Rolle einer strukturellen Mehrheitspartei – ähnlich der CSU in Bayern – übernommen und die CDU in die Rolle einer strukturellen Minderheitspartei gedrängt hat.

Unstrittig ist die Sozialdemokratie im Ruhrgebiet geprägt worden durch ein starkes Arbeitnehmerfundament in der Partei. Unstrittig ist aber auch: Die Bevölkerungsstruktur im Ruhrgebiet hat sich in den letzten Jahrzehnten geändert.

Das Ruhrgebiet liegt eben nicht unter einer „Käseglocke“, die alle modernen Entwicklungen fern hält. Auch im Ruhrgebiet steigt der Anteil der technischen Intelligenz in der Bevölkerung, sinkt der Anteil der schon traditionell mit der SPD verbündeten Arbeiter. Das läßt sich leicht mit einigen Fakten belegen: In den letzten 30 Jahren gingen im Bergbau über 300 000 Arbeitsplätze verloren. Und in der Stahlindustrie gibt es heute rd. 100 000 Arbeitsplätze weniger als noch Anfang der 70er Jahre. Dafür sind allein in den letzten 10 Jahren im Dienstleistungsbereich in Nordrhein-Westfalen rd. 300 000 Arbeitsplätze geschaffen worden und das Ruhrgebiet hat eine der dichtesten Hochschullandschaften der Bundesrepublik Deutschland. Dortmund ist für diese Entwicklung ein besonders gutes Beispiel.

An der 1968 gegründeten Universität in Dort-

mund sind inzwischen 25 000 Studenten eingeschrieben; dort arbeiten 3 000 Professoren, Assistenten, wissenschaftliche Mitarbeiter und sonstige Beschäftigte. In Dortmund gibt es mittlerweile 20 wissenschaftliche Institute. Der Fachbereich Informatik an der Universität ist einer der führenden in der Bundesrepublik. Es besteht eine enge Zusammenarbeit der Technologie-Wissenschaftsbereiche der Universität mit Firmen im weiteren Umkreis. So arbeiten derzeit im Technologiezentrum Dortmund über 37 Unternehmen im High-Tech-Bereich.

Dortmund hat sich zum Zentrum der Entwicklung auf Gebieten wie Logistik und Materialfluß, Werkstofftechnologie, spanende Fertigungsverfahren, Qualitätssicherung, Handhabungssysteme und Robotik sowie Elektronik und Informatik entwickelt, Technologiefelder, die auch von der Hochschule abgedeckt werden. Heute wird etwa ein Drittel aller in der Bundesrepublik vergebenen Eureka-Projekte in Dortmund durchgeführt.

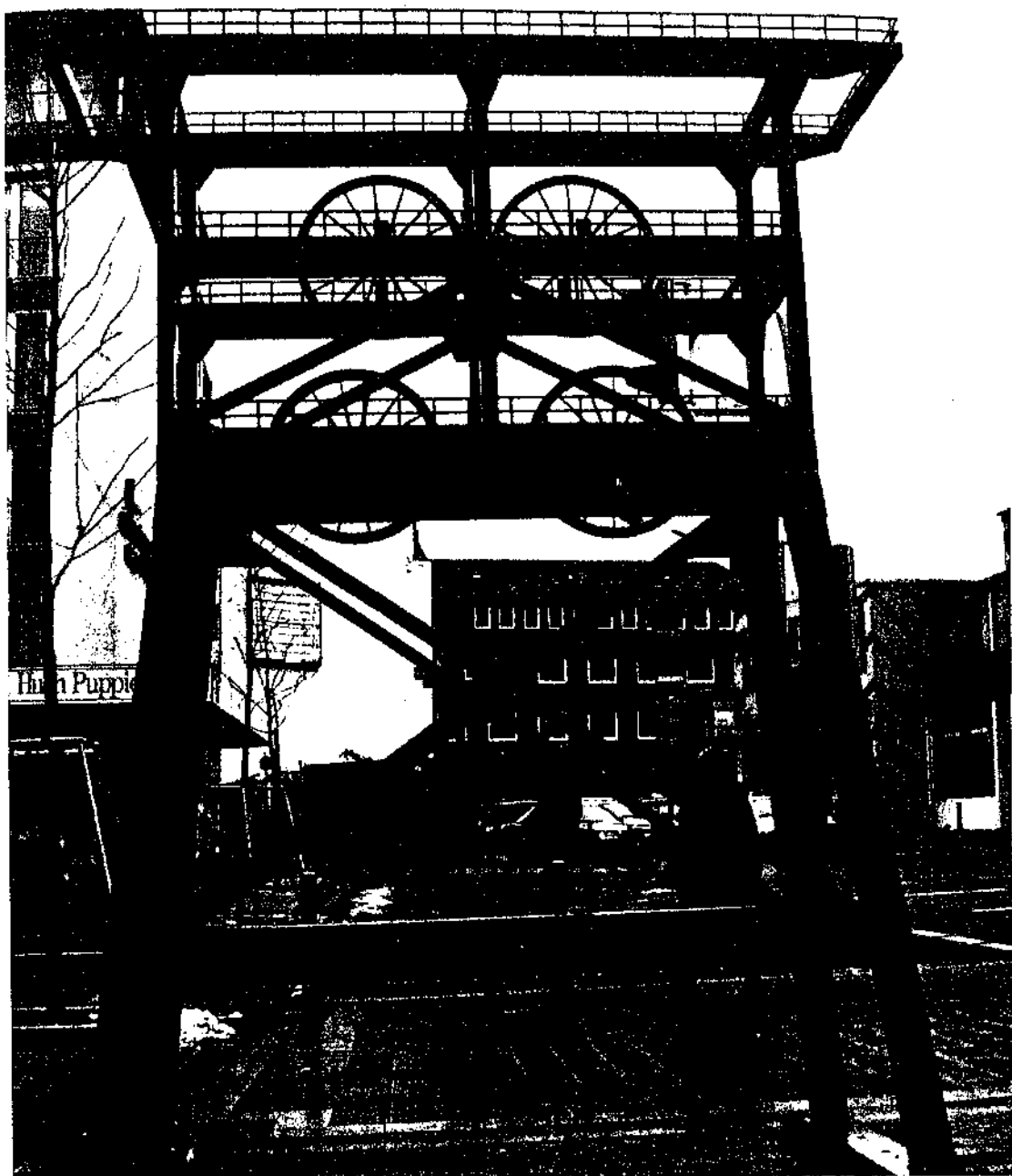
Kohle spielt inzwischen in Dortmund überhaupt keine Rolle mehr und Stahlarbeitsplätze wurden erheblich reduziert. Dafür ist Dortmund aber inzwischen einer der führenden Plätze der Versicherungswirtschaft.

In anderen Städten ist die Entwicklung ähnlich verlaufen. Dies alles zeigt, daß sich im Ruhrgebiet ein tiefgreifender struktureller Wandel vollzogen hat und noch vollzieht. Das heißt, auch die Bevölkerungsstruktur hat sich in den letzten 30 Jahren verändert. Wenn die Sozialdemokraten im Ruhrgebiet trotzdem deutliche Mehrheiten bekommen und diese sogar noch ausbauen, zeigt dies, daß die SPD nicht allein die Partei der Arbeiter ist. Sie ist die große Volkspartei im Ruhrgebiet, mit großem Zuspruch aus allen Schichten. Der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet ist es immer wieder gelungen, politische Neuorientierungen der Wählerschaft zu integrieren.

Gerade das Beispiel Dortmund zeigt, daß das Erklärungsmuster nach der letzten Bundestagswahl „hohe Verluste für die SPD in Dienstleistungszentren“ nicht zwingend ist. Denn die Dienstleistungsanteile etwa in Stuttgart, Hamburg oder München sind vergleichbar mit denen der großen Revier-

Dortmunder Realität 1987: Nur noch ein Modell des Förderturms der Zeche „Gneisenau“ erinnert an die große bergmännische Tradition der Stadt

Foto: dpa



städte. So betrug der Dienstleistungsanteil (1985) nach tatsächlich in der Stadt Beschäftigten in:

Dortmund	65,6 %
Essen	67,2 %
Bochum	57,8 %

Stuttgart	61,6 %
München	68,9 %

(Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen).

Im Gegensatz zu den Dienstleistungszentren au-

Berhalb des Ruhrgebiets hat die SPD in den Großstädten des Ruhrgebiets ihre absolute Dominanz behaupten können. Wo liegen nun die Erklärungsmuster dafür?

Für mich sind die Wählerverluste in den Großstädten auf Vertrauensverluste auf lokaler Ebene zurückzuführen. Auch FORSA in Dortmund und der Politologe Gert Mielke in Freiburg kommen in ihren Analysen zu diesem Ergebnis. So stellt FORSA fest, daß die SPD in München, Stuttgart, Frankfurt oder Hamburg Anfang der 70er Jahre zunächst auf kommunaler Ebene Vertrauen und Stimmen verlor, bevor diese Entwicklung in den 80er Jahren auch die Bundesergebnisse beeinflusste.

Wie stark lokale Faktoren auf Wahlentscheidungen einwirken, zeigt sich auch an der deutlich voneinander abweichenden Entwicklung in den einzelnen Städten. In den Dienstleistungszentren außerhalb des Ruhrgebiets sind die langfristigen SPD-Verluste weitaus größer als im Bundesdurchschnitt bzw. in Städten mit intakter politischer organisatorischer Infrastruktur wie Dortmund, Essen oder Duisburg.

So beträgt der SPD-Rückgang (in %) in den Großstädten zwischen 1972 bis 1987 in München - 42,2; in Frankfurt - 35,9 und in Hamburg - 31,9. In Essen bzw. Dortmund - 19,4 bzw. - 17,1. Manfred Güllner (FORSA) zu dieser Entwicklung: „Dort, wo die SPD eine intakte lokale Infrastruktur aufweisen kann - wie etwa im Ruhrgebiet -, kann sie ihr Wählerpotential auch im Januar 1987 weitgehend behaupten. Dort, wo die lokale Infrastruktur nicht mehr intakt ist, kann die SPD dann noch relativ zufriedenstellende Ergebnisse erzielen, wenn die Union vor Ort offenbar ein noch schlechteres Bild abgibt. Wo aber die Union lokal attraktiv ist (wie z.B. in Frankfurt), sind Einbrüche bei Erst- und Zweitstimmen fest programmiert.“

Hierzu seien auch folgende von FORSA speziell für Dortmund ermittelte Befragungsergebnisse („die Ausgangslage der Parteien in Dortmund sieben Wochen vor der Bundestagswahl 1987“) angeführt: „47 % der Bundesbürger in der Bundesrepublik halten die Union für die Partei, die mit bundespolitischen Problemen am besten fertig wird; dieser Meinung sind in Dortmund 27 %. Dagegen halten im Bundesgebiet nur 18 % der Bürger die SPD für die kompetentere Partei zur Lösung politischer Fragen auf Bundesebene; dieser Meinung sind in Dortmund 26 %. In Dortmund überwiegen somit - wenn man von dem großen Block der Unentschlossenen absieht - geringfügig diejenigen, die der CDU auf Bun-

desebene in politischen Fragen die größere Problemlösungskompetenz einräumen.“

Es überrascht schon, wenn in der SPD-Hochburg Dortmund nur etwa jeder 4. Wahlberechtigte die bundesweite SPD positiv beurteilt und dabei sogar der CDU noch den Vortritt läßt.

Es ergibt sich allerdings ein anderes Bild, wenn man die lokalen Aktivitäten beurteilen läßt. Hier wird - wie FORSA weiter ermittelte - die CDU von 41 % der Bundesbürger als kompetenter angesehen, 34 % entscheiden sich für die SPD. Während jedoch nur 8 % der Dortmunder die Union vor Ort besser einstufen, tun dies in Dortmund für die SPD immerhin 60 %. Damit ist das Spannungsverhältnis aufgezeigt, in dem sich der Dortmunder Wähler, und hier insbesondere der potentielle SPD-Wähler, befand: Das Vertrauen in die örtliche SPD war bei den meisten Bürgern vorhanden, der CDU jedoch wurde die größere bundespolitische Kompetenz eingeräumt. Wenn gleichwohl das Dortmunder Ergebnis - bei einem Vergleich der beiden großen Parteien für die Bundestagswahl 1983 und 1987 - so günstig für die SPD ausfiel, zeigt dies, welches Gewicht den lokalen Vertrauensindikatoren beizumessen ist. In Dortmund haben die meisten Bürger Vertrauen in die örtliche SPD.

Die elementare Bedeutung einer intakten und schlagkräftigen Organisation für die SPD ist durch die Bundestagswahl noch einmal bewiesen worden. Die SPD hat nach wie vor die Chance zu einer neuen Meinungsführerschaft und zu neuer Mehrheitsfähigkeit. Es gibt keine Strukturentwicklungen, die zwangsläufig zum Nachteil der Sozialdemokratie ausschlagen müssen. Das Dortmunder Beispiel zeigt, daß die SPD, um in den anderen Dienstleistungszentren wieder stärker zum Ansprechpartner der verschiedenen Schichten werden zu können, in ganz anderem Maße präsent sein muß, da wo die Menschen zusammenkommen, um über ihre Anliegen zu diskutieren. Sie muß verlorengegangenes kommunalpolitisches Vertrauen wieder aufbauen.

Wenn der Hamburger Senatssprecher Mirow ausführt, „die SPD müsse wieder zum Ansprechpartner der verschiedenen Schichten werden“, dann kann ich dies nur als den richtigen Weg bezeichnen, denn wir müssen ständig im direkten Gespräch vom Wähler lernen und für unsere eigenen politischen Ansichten werben.

Dort, wo die Partei nach wie vor in der Bevölkerung „verankert“ ist, sind auch die jetzigen Wahlergebnisse gut. Gleichgültig ob man kommunalpolitisch „Regierungs-“ oder „Oppositionspartei“ ist.

Martin Wentz

Sozialer Wandel, Dienstleistungs- gesellschaft und sozialdemokratische Politik

Dr. Martin Wentz, geb. 1945, ist Vorsitzender der Frankfurter SPD und Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Hessen-Süd.

1.

Der soziale Wandel und die darauf zurückzuführenden Wahlverluste der SPD in den Großstädten – von München über Frankfurt bis Hamburg – sind signifikant. Um die Diskussion über die Konsequenzen aus dieser Entwicklung in der Partei erneut anzustoßen, legte ich im September 1986 meine Thesen „Der soziale Wandel in der Dienstleistungsgesellschaft und seine Auswirkungen auf die Politik der Frankfurter SPD“ vor, mit denen ich auf die Entwicklung in Frankfurt hinwies. Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in Bayern und Hamburg und insbesondere der Bundestagswahlen in den meisten Großstädten zeigen, daß diese Thesen verallgemeinert werden können. Je länger sich die Partei vor der notwendigen Analyse der Auswirkungen des sozialen Wandels drückt und nicht ihre Handlungsstrategien überprüft, desto schwieriger wird sich ihre politische Zukunft gestalten.

Schon 1975 hatte die Kommunalpolitische Kommission beim Parteivorstand unter der Leitung von Rudi Arndt Thesen über die Wahlverluste in den Dienstleistungszentren erarbeitet und Vorschläge für weitgehende Untersuchungen vorgelegt. Geschehen ist bis heute jedoch wenig zur Aufarbeitung dieser Entwicklung. Die Auseinandersetzung mit der sozialen und politischen Entwicklung insbesondere in den Dienstleistungszentren muß endlich eine Aufgabe für die ganze Partei sein und darf nicht weiter auf die betroffenen Kommunalpolitiker abgeschoben werden. Mit zeitlicher Verzögerung wird sie auch in den mittleren Städten und in den ländlichen Regionen eintreten. Und auch die Gewerkschaften werden sich gleichermaßen diesen Problemen stellen müssen, wie die IG Metall-Thesen „Solidarität 2000“ zur Angestelltenpolitik zeigen.

2.

Eine der wichtigen Ursachen für den sozialen Wandel in den Dienstleistungszentren ist die erhebliche Zunahme des Dienstleistungssektors in den letzten Jahrzehnten. So sank z.B. in Frankfurt von 1961 bis 1977 der Anteil der Arbeiter an der Gesamtheit der abhängig Beschäftigten von 41 % auf 29 %, während der Anteil im tertiären Sektor von 57 % auf 68 % stieg. Heute gibt es in Frankfurt mehr Angestellte allein bei Banken und Versicherungen als Industriearbeiter (letztere sind überproportional nicht wahlberechtigte Ausländer).

Es würde allerdings zu kurz greifen, die Analyse des zu untersuchenden sozialen Wandels ausschließlich an der Verschiebung der Beschäftigungsverhältnisse vom Arbeiter zum Angestellten festzumachen. In den prosperierenden Dienstleistungszentren hat sich neben dieser meist schon mit einer subjektiven Einstellungsveränderung verbundenen Verschiebung die Lebenseinstellung der Menschen dergestalt geändert, daß sie weniger um die notwendige tägliche Reproduktion ihrer Arbeitskraft besorgt sind als um den ihrem Anspruch entsprechenden ihnen gemäßen Anteil am Konsum. Die gewachsene „Freizeitwirtschaft“ ist hierfür nur ein Hinweis. Diese Situation läßt sich durch den Begriff „Dienstleistungsgesellschaft“ umschreiben. Er erfaßt insbesondere auch die nicht in Beschäftigungsverhältnissen stehenden Wählerinnen und Wähler.

So wenig sich die wirtschaftlichen Machtverhältnisse und ihre politischen Auswirkungen mit der Entwicklung der Dienstleistungsgesellschaft tatsächlich geändert haben und so wenig damit der „soziale Konflikt“ in der Gesellschaft an Gewicht und potentieller Bedrohung für den einzelnen verloren hat, so sehr hat dieser Prozeß bei einem großen Bevölkerungsanteil zu subjektiven Einstellungsveränderungen geführt, denen sich die Partei mit politischen Antworten stellen muß. Der Hinweis auf die objektive ökonomische und soziale Lage der Arbeitnehmer hilft dabei meistens nicht viel weiter, so notwendig die Auseinandersetzung damit ist.

3.

Das beherrschende soziale Umfeld sozialdemokratischer Mehrheiten und Macht war das traditionelle Arbeitermilieu. Es zeichnete sich durch ein Hineinwachsen der Menschen in die Erfahrungswelt und die gesellschaftlichen Utopien des lohnabhängigen Arbeitnehmers mit starker gewerkschaftlicher Orientierung und Verankerung aus. Mit der rapiden Abnahme des Arbeiteranteils in der Bevölkerung

mußte dieses Milieu zunehmend zerfallen, was in der Konsequenz zu einer Schwächung der SPD und der Gewerkschaften wie auch einer generell zu lockeren Bindung der Gewerkschaftsmitglieder an die SPD führte (siehe z.B. IPOS 1979). SPD und Gewerkschaften können sich heute nicht mehr auf die überkommenen Mechanismen politischer Sozialisation und Mobilisierung verlassen.

Die die Dienstleistungsgesellschaft repräsentierenden Arbeitnehmer fühlen sich nicht mehr im klassischen Arbeitermilieu verwurzelt – sie sind diesem aus ihrer Sicht entwachsen.

Zwei weitere Faktoren haben diese Entwicklung verstärkt: Die heute verbesserte schulische und berufliche Bildung der betroffenen Menschen und ihre steigende Mobilität. Beide Faktoren führen dazu, daß traditionelle familiäre und gesellschaftliche Bindungen vermehrt aufbrechen und sich die Menschen neu orientieren. Dies bestätigt exemplarisch die Studie „Arbeiterjugendliche heute – vom Mythos zur Realität“ der Frankfurter Arbeitsgemeinschaft Außer-schulische Bildung. Sie zeigt, daß junge Facharbeiter und Angestellte selbst in der Großindustrie sich nicht mehr als „junge Garde des Proletariats“ empfinden, sondern, ungebunden gegenüber Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften, selbstbewußt ihre (politische) Meinung bilden und ihren eigenen Weg suchen. In Frankfurt beispielsweise kann sich heute die SPD nur noch auf einen Stammwähleranteil von etwa 25 % aus dem traditionellen Arbeitermilieu stützen.

4.

Außerhalb der traditionellen Milieus (Arbeiter-, liberales, katholisches Milieu) ist mit der sich entwickelnden Dienstleistungsgesellschaft eine neue Gesellschaftsgruppe entstanden, die von ihrem Selbstverständnis her als sozial und politisch weitgehend ungebunden bezeichnet werden kann.

In einer IPOS-Studie (1979) wurde versucht, diese neuen, ungebundenen Schichten im Dienstleistungszentrum Rhein-Main qualitativ zu erfassen. Die Kriterien hierfür waren, daß die Befragten nicht in traditionellen sozialen Gruppen verwurzelt sowie nicht durch ideologische oder kirchliche Bindungen politisch festgelegt sein sollten. Zusätzlich sollten sie politisch interessiert sein. Das Ergebnis erbrachte eine Personengruppe, die sich in hohem Maße von „Politik“ in ihren Wahlentscheidungen beeinflussen läßt und als ausgesprochene Wechselwählerschaft bezeichnet werden kann. Sie umfaßt im Rhein-Main-Gebiet immerhin 40 % aller Wahlberechtigten.

Diese neuen, ungebundenen Schichten sind ausgesprochen heterogen. Sie bilden kein Milieu mehr und reichen vertikal durch alle Gesellschafts- und Einkommenshierarchien hindurch. Deshalb lassen sie sich keinesfalls auf die Gruppe der sog. „Yuppies“ oder auf den alten „Mittelstand“ eingrenzen. Sie sind nicht auf die vielbesungene „technische Intelligenz“ einengbar und stellen auch nicht die sogenannte „Mitte“ der Gesellschaft dar (was immer in diesen schwammigen Begriff hineininterpretiert wird).

Für diese neuen, ungebundenen Schichten der Dienstleistungsgesellschaft haben die überkommenen arbeits- und gesellschaftspolitischen Strategien und sozialen Utopien der Arbeiterbewegung zu einem erheblichen Teil an Überzeugungs- und Ausstrahlungskraft verloren. An ihre Stelle sind Wertvorstellungen getreten, die sich nicht mehr aus einer umfassenden Utopie ableiten, sondern vorrangig an aktuellen Lebenserfahrungen und Lebensbedürfnissen orientiert sind.

Diese Menschen sind leistungsbewußt sowie erfolgs- und aufstiegsorientiert. Von Politikern erwarten sie inhaltliche Kompetenz, Professionalität und solides Management, wie es ihren beruflichen Erfahrungen entspricht. Sie haben ein großes Interesse an materieller Sicherheit, sowie einen hohen Anspruch auf Selbstbestimmung und Autonomie in ihrem Lebensweg, auf Selbstverwirklichung und Individualität. Sie verkörpern einen neuen Pluralismus der persönlichen und individuellen Entscheidungsfreiheit, der Kreativität und sozialer Spontaneität. Sie schätzen soziale Gerechtigkeit und solidarisches Handeln, insbesondere um die eigene materielle und soziale Lebensgrundlage abzusichern. Dabei wird häufig die gemeinsame solidarische Leistung früherer Generationen bei der Er kämpfung sozialer Sicherheit übersehen. Der Sozialstaat mit seiner vorausschauenden Sozialpolitik und der Sicherung des sozialen Friedens wird als notwendige Grundlage und politisches Handwerkzeug erkannt, vermittelt aber keine Vision mehr. Die neuen, ungebundenen Schichten zeichnen sich durch einen guten Bildungsstand aus und sind insbesondere politisch gut informiert. Ihre gegenüber aktiver Politik geübte Zurückhaltung ist nicht gleichzusetzen mit mangelnder Bereitschaft zum persönlichen Engagement. Sie sind nicht entpolitisiert, sondern entdramatisieren Politik. Ihr Interesse an einer erlebnisreichen Freizeitgestaltung und kulturellem Leben ist groß.

Viele dieser knapp umrissenen Wertvorstellungen entstammen der Tradition und den Zielen der Ar-



beiterbewegung, deren Kampf für die „Befreiung der Menschen“ auch immer ein Kampf für die Selbstentfaltung des Individuums bedeutete. Heute werden aber diese Wertvorstellungen kaum mehr mit der SPD und den Gewerkschaften verbunden, was sich typisch am Thema Gleichstellung der Frauen zeigt. Dieses Defizit muß dringend aufgearbeitet werden.

5.

Dieser soziale Wandel ist zum großen Teil das Ergebnis sozialdemokratischer Politik. Die SPD hat die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft nicht nur politisch gewollt, sondern mit ihrer Bildungs-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Stadtentwicklungspolitik auch aktiv betrieben. Die Vorstellung, das Rad dieser Entwicklung wieder zurückdrehen zu wollen, hätte nicht die geringste Chance, sondern würde die Partei geradezu ins politische Abseits manövrieren. Dies bedeutet nicht, daß die weitere Ent-

Frankfurter City: Der SPD fehlen heute klare Vorstellungen, wie sich die Dienstleistungsgesellschaft zukünftig weiterentwickeln soll
Foto: dpa

wicklung der Dienstleistungsgesellschaft nicht beeinflußt werden könnte. Die hierfür notwendige programmatische Arbeit muß allerdings noch geleistet werden.

Es fehlen der SPD heute klare Vorstellungen, wie sich die Dienstleistungsgesellschaft zukünftig weiterentwickeln soll und wie die betroffenen Menschen politisch angesprochen werden können. CDU und FDP haben hier weniger Schwierigkeiten, da sie eher als Parteien angesehen werden, die die materielle Lebenssituation aufgestiegener Schichten sichern, denn als Programmparteien. Die „Grünen“ werden dagegen durch ihre freiheitlich-kulturellen, emanzipatorischen Vorstellungen attraktiv, die neben der großen Glaubwürdigkeit in den ökologi-

schen Fragen einen hohen Freizeitwert versprechen. Der SPD gelingt es zwischen diesen Polen nur noch eingeschränkt, den neuen, ungebundenen Schichten auf der Basis der sozialdemokratischen Grundwerte und der historischen Erfahrungen und Identitäten ein überzeugendes, aktuelles Angebot zu entwickeln. Ein solches wird nicht glaubwürdig durch ein Kopieren konservativer oder grüner Vorstellungen erreichbar sein. Die SPD muß ihre eigenen Standpunkte und Perspektiven auch für die Menschen innerhalb der sich weiter entwickelnden Dienstleistungsgesellschaft erarbeiten. Dieses kann sie nicht von außen, sondern nur als Teil der Dienstleistungsgesellschaft selbst. Werte und Erfahrungen der Sozialdemokratie müssen also dem sozialen Wandel geöffnet werden, ohne das die historisch politische Substanz der Partei aufs Spiel gesetzt wird.

Wenn dem demagogischen Gerede der Konservativen und Grünen vom angeblichen Ende des „sozialdemokratischen Jahrhunderts“ erfolgreich entgegengetreten werden soll, hat die Partei in ihrer täglichen politischen Arbeit nachzuweisen, daß ihre Grundwerte auch heute noch hervorragend geeignet sind, für gegenwärtige und zukünftige Probleme angemessene Entscheidungen zu finden. Dies sollte eigentlich nicht schwerfallen.

So ist beispielsweise „soziale Gerechtigkeit“ durchaus der richtige Begriff zur Bewertung der Fragen, die sich aus der Belastung von Grundnahrungsmitteln mit Schadstoffen ergeben, und der Begriff „Solidarität“ dazu geeignet, Antworten zu finden, ob wir zukünftigen Generationen die Bewachung und Beseitigung unseres hochradioaktiven Mülls auferlegen dürfen. Die heute im Irseer Programmentwurf aufgezeigten Grundlegungen sozialdemokratischer Politik müssen in diesem Sinne geradlinig die Tagespolitik durchdringen, damit sich programmatisch das Profil der Partei wieder schärft.

Darüber hinaus muß sich die Partei mit der Frage intensiver auseinandersetzen, was der „Sozialstaat“ über die gängige Versorgungs-Diskussion hinaus für die Menschen bedeuten kann. Es muß untersucht werden, wie die Verknüpfung von Sozialstaat und Dienstleistungsgesellschaft künftig aussehen soll. Die reale Sozialstaats-Politik bis zum Ende der 70er Jahre hatte zwei Schwerpunkte: die soziale Absicherung der Lohnabhängigen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. und den qualitativen Ausbau der Allgemein- und Berufsausbildung für alle. Die gegenwärtigen Bemühungen, die Sozialstaat-Diskussion weiterzuentwickeln (Nürnberger Parteitag 1986) haben noch keine greifbaren Auswirkungen

auf aktuelle Themenfelder wie beispielsweise Subsidiarität und Selbsthilfe gebracht. Darüber hinaus reichende Strategien und Vorschläge über die zukünftigen Perspektiven und Aufgaben des Sozialstaats als Konzept einer solidarischen Gesellschaft trotz zunehmend pluralistischen Ansprüchen und wachsender Individualität sind nicht in Ansätzen erkennbar. Das gefährliche Problem wachsender Sozialstaatsmüdigkeit einer Zweidrittel-Gesellschaft bei der Weiterführung der Sozialpolitik der 70er Jahre darf in sozialdemokratischen Strategien nicht übersehen werden.

Bei der Entwicklung von Vorstellungen für neue politische Fragestellungen und Aufgaben in den Dienstleistungszentren muß berücksichtigt werden, daß es notwendig ist, dort politisch anzuknüpfen, wo die Menschen sich subjektiv mit ihren Erfahrungen und Einstellungen befinden. So unerläßlich die Analyse der objektiven gesellschaftlichen Gegebenheiten ist, so wenig wirksam ist diese bei der notwendigen Ansprache der Menschen hinsichtlich ihrer Wünsche, Empfindungen und Sorgen, also ihrer subjektiven Erfahrungswelt.

6.

In der traditionellen Arbeiterbewegung ergab sich aus dem Ziel des Kampfes für eine neue, sozialistische Gesellschaft so etwas wie eine grundlegende Solidarität und Motivation für den politischen Kampf. Es war nicht erforderlich, jeden einzelnen Schritt und jede einzelne Aktion jeweils neu zu begründen und auszuweisen, da man das gemeinsame Ziel, die Vision vor Augen hatte. Von einer solchen gemeinsamen Orientierung und stillschweigenden Übereinkunft kann bei den neuen, ungebundenen Schichten nicht mehr ausgegangen werden. Sie haben viel stärker plural ihre unmittelbare, persönliche Lebensperspektive im Blickfeld. Deshalb kommt es für sie stärker darauf an, die einzelnen politischen Schritte und Maßnahmen jeweils nachvollziehen zu können, damit sie sich mit ihnen identifizieren.

In der Zeit der Massenkommunikation werden Informationen häufig weitgehend auf symbolische Handlungen und Symbole verkürzt. Die Menschen sind nur noch begrenzt durch ausführlich, inhaltlich ins einzelne ausformulierte Vorträge und Vorlagen erreichbar. In ihrer Kommunikation nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in der Freizeit – haben symbolische Handlungen und Verkürzungen erheblich an Stellenwert gewonnen.

In Zukunft wird es notwendig werden, diese Kommunikationsebene bewußter in die politische Arbeit

einzubeziehen. Symbole sind insbesondere dort zur Darstellung von politischen Zielen geeignet, wo Politik nicht mehr rational aufgenommen wird und die feste ideologische Bindung fehlt. Eine Politik ohne Symbole und symbolisches Handeln wirkt häufig kraftlos und langweilig, da die Menschen sich zu meist nicht (ideologisch) abstrakt, sondern auf der Basis konkreter Zeichen politisch orientieren. Alle unsere Aussagen und Handlungen haben auch symbolischen Gehalt. Meist wird damit jedoch unüberlegt umgegangen, was leicht zu einer Gefährdung der jeweiligen politischen Ziele führen kann.

So würde es beispielsweise auf die Arbeitnehmer in Banken und Versicherungen wenig glaubwürdig wirken, wenn die Partei in den Hinterräumen eines alten Bürgerhauses über die Zukunftsperspektiven einer Bankenmetropole spräche. Und an den Spitzenkandidaten vor einer Wahl demonstrativ verschenkte Strohphantoffeln für kalte Winterabende signalisieren nun auch nicht gerade Aufbruch, Kraft und Siegeszuversicht.

Die Partei wird sich also verstärkt der Frage stellen müssen, welchen symbolischen Gehalt ihre jeweiligen Handlungen ausstrahlen. Es wäre schon viel gewonnen, wenn es gelingen würde, die Symbolik bewußter einzusetzen und sie nicht als nebensächlich abzutun, um dann noch unbewußt symbolträchtig zu handeln.

7.

Der soziale Wandel ist an der Sozialdemokratischen Partei nicht spurlos vorbeigegangen. Die soziale Basis und Struktur der Partei haben sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert. Zumindest in den Dienstleistungszentren entspricht die SPD heute nicht mehr dem Bild der traditionellen Arbeiterpartei. Sie spiegelt in ihrer Mitgliedschaft weitgehend die Struktur in den Dienstleistungszentren wider. Ein politisches Problem besteht allerdings darin, daß sich ein beachtlicher Teil der aktiven Mitglieder in der alltäglichen politischen Arbeit nach wie vor an den vermeintlichen Idealen der klassischen Arbeiterpartei orientiert, statt die Aufgabe darin zu sehen, eine politische Brücke zwischen den wichtigen Erfahrungen der traditionellen Arbeiterbewegung und den bei den neuen Schichten im Dienstleistungssektor bedeutender gewordenen Wertvorstellungen und Lebenszielen zu schlagen.

Die neuen, ungebundenen Schichten sind mit den Formen traditioneller Parteiarbeit von der Mitgliederversammlung bis zur Presseverlautbarung – kaum mehr zu erreichen. Insofern muß der politi-

sche und organisatorische Stil der Parteiarbeit neu überdacht werden. Die Partei sollte den Mut dazu haben, neue Wege zu suchen und zu experimentieren. Die eingeschliffenen Gleise und Ziele der Tagespolitik sind zumeist genauso langweilig, wie der Ritus und die Praxis, auf alle möglichen Herausforderungen sofort feste Antworten parat zu haben.

Zusätzliche Probleme entstehen dadurch, daß die Mitgliederstruktur in den Dienstleistungszentren häufig als Fehlentwicklung und Defizit für die politische Arbeit angesehen wird. Anstatt die eigene vielschichtige Struktur als Ausgangspunkt für das notwendige Zusammenführen der traditionellen Stammwähler aus dem Arbeitermilieu mit den neuen Schichten zu nehmen, wird immer wieder von Teilen der SPD auf scheinbar rosige frühere Zeiten zurückgeblickt, die man durch organisatorische Änderungen wieder zu erreichen hofft. Die gegenwärtige Diskussion in der AfA, die Betriebsgruppen mit den Ortsvereinen rechtlich gleichzustellen und damit die gesamte Organisationsstruktur der Partei umzukrempeln, ist eher geeignet, Chaos und neue politische Mehrheiten auf den Parteitag zu stiften, als der SPD ein attraktiveres Profil bei den neuen, ungebundenen Schichten zu verschaffen. Deren Probleme gegenüber der Partei sind sicherlich am wenigsten dadurch bestimmt, daß die SPD-Politik gegenwärtig durch zu wenig klassische Arbeiter repräsentiert sei.

Die ganze Diskussion hierüber ist mehr eine Auseinandersetzung um innerparteiliche Macht als eine um die Mehrheitsfähigkeit bei Wahlen – jedenfalls in den Dienstleistungszentren. Auch der Verweis auf die heute noch stabilere Situation in den Ruhrgebietsstädten hilft bei der Begründung der vorgeschlagenen Organisationsveränderungen nicht weiter. Diese Städte unterscheiden sich, bei zum Teil ähnlicher wirtschaftlicher Entwicklung, von Frankfurt, Stuttgart oder München dadurch, daß hier die neu entstandenen sozialen Schichten noch in ein relativ intaktes soziales Netz der traditionellen Arbeiterbewegung eingebunden sind. Platt gesagt: Angestellte in Dortmund haben sich aufgrund der stärkeren, historisch begründeten Einbindung heute noch nicht so weit von ihren sozialen Wurzeln entfernt, wie ihre Kollegen in Frankfurt.

8.

Diese Thesen über den sozialen Wandel in den Dienstleistungszentren und seine politischen Auswirkungen sind der Versuch, auf die Frage nach den Ursachen der Wahlverluste der SPD in den Groß-

städten eine Antwort zu finden. Dabei wurde be-
 wußt darauf verzichtet, tiefer auf die Ursachen des
 sozialen Wandels selbst einzugehen und die ökonomi-
 schen Rahmenbedingungen für die Entwicklung
 des Dienstleistungssektors zu untersuchen. Es sollte
 vorrangig an die subjektive Situation der Menschen
 angeknüpft werden, die die Dienstleistungsgesell-
 schaft repräsentieren. Wenn diese zukünftig nicht
 wieder stärker politisch erreicht werden, wird die
 SPD ihre Mehrheitsfähigkeit auf lange Zeit einbü-
 ßen. Die Hoffnung, mit steigender Arbeitslosigkeit
 und zunehmender Wirtschaftskrise werde die SPD
 wieder zur Mehrheitspartei, wenn sie nur bereit und
 in der Lage sei, die Masse der dann ihre objektive
 ökonomische Situation erkennenden Lohnabhängi-
 gen zu organisieren und politisch zu führen, ist spe-
 kulativ. Die Betroffenen einer solchen Krise werden
 die Opfer der konservativen Zweidrittel-Gesell-
 schaft sein.

Zu den Aufgaben der SPD gehört es aber, die In-
 teressen aller Arbeitnehmerschichten und ihrer Fa-
 milien – der traditionsbewußten wie der neuen, un-
 gebundenen – zu artikulieren, d. h. die Spaltung der
 Arbeitnehmerschaft in Gewinner und Opfer der
 Krise oder des technischen Wandels nicht nachzu-
 vollziehen. Sie darf sich nicht darauf einlassen, die
 konservative Politik der Zweidrittel-Gesellschaft
 dadurch zu stabilisieren, daß sie sich selber nur noch
 auf das ausgegrenzte Drittel konzentriert. Für dieses
 kann sie nur politisch wirksam werden, wenn es ge-
 lingt, das konservative Zweidrittel-Mehrheitskon-
 zept zu durchbrechen. Das geht aber nur, wenn die
 SPD es schafft, die heute der Partei noch skeptisch
 oder ablehnend gegenüberstehenden Menschen aus
 den neuen, ungebundenen Schichten der Dienstlei-
 stungsgesellschaft überzeugend anzusprechen.

Marie-Luise Weinberger Von der Müsli-Kultur zur Yuppie-Kultur Über den sozialen Wandel in innerstädtischen Revieren von Ballungsgebieten

*Marie-Luise Weinberger, geb. 1955, Dipl.-Politolo-
 gin, Studium der Verwaltungs-, Politik- und Wirt-
 schaftswissenschaften in Konstanz und Berlin, lebt
 als freie Journalistin in Berlin und ist nebenamtlich
 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und im Paul-Löbe-
 Institut tätig.*

Metropolen und Ballungsgebiete waren und sind
 Seismographen gesellschaftlicher und sozialer Wei-
 terentwicklung; hier zeigen sich die neuesten Trends
 und Life-styles, hier entwickeln sich neue soziale
 Milieus, hier wird definiert, was gesellschaftliche
 Moderne ist. Blickt man zehn Jahre zurück, so war
 der Begriff der Metropole mit einem Schlagwort be-
 legt: Unregierbarkeit. Der Moloch Stadt fraß und
 zerstörte alles, war unwirtlich und kaputt. Niemand
 gab der Stadt Zukunft – Heimat und Regionalismus
 waren en vogue. Symbolisiert wurde jener Zeitgeist
 durch das vom Müllstreik lahmgelegte, stinkende
 hochverschuldete New York, in dem Ratten und
 Faustrecht herrschten und wo jeder ums Überleben
 kämpfte. Die Stadt als Dschungel!

Doch: Gott sei Dank, daß unter dem Müll noch
 Leben ist – wie an einer Hauswand in Berlin-Kreuz-
 berg zu lesen ist. Die sich herausbildende Müsli-
 Kultur entwickelte Gegenentwürfe zur alles zerstö-
 renden Moderne: Ökotoxia, small is beautiful, Har-
 monie, Kiez waren Schlagwörter jener Zeit. Doch
 was in den 70er Jahren recht und billig war, ist in den
 achtzigern out: Müsli ade, welcome to the Yuppies
 und ihrer Life-style-Konsum-Kultur.

Im folgenden will ich den Prozeß der Wandlung
 der alternativen Müsli-Milieus hin zum Yuppie-Mi-
 lieu, der eng verwoben ist mit dem Wandel einer
 klassischen Industrie- zu einer Dienstleistungs- bzw.
 Informationsgesellschaft analysieren und den Wan-
 del des ökonomischen und kulturellen Umfeldes am
 Beispiel des Berliner Stadtteils Kreuzberg beschrei-

ben. Freilich ist die Yuppie-Kultur nur die eine Seite der Medaille: im Kreuzberger Südosten hausen die Ausgegrenzten, Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger – das neue Lumpenproletariat des postindustriellen Fortschritts.

Müsl-Kultur oder: Die Utopie der Modernitätsverweigerung

Kreuzberg, Mitte bis Ende der siebziger Jahre: die Müsl- und Alternativ-Kultur probt den Aufstand gegen alles Etablierte. Neue Lebensformen in Selbsthilfe- und Alternativprojekten wurden erprobt, alternative und ökologisch reine Produkte angeboten, selbstgewählte Einfachheit und „Beziehungsgespräche“ propagiert. Nicht erwachsen und verspießert wollte man werden – nein, ganz anders als die E+E (Etablierten und Eltern) und ganz ganzheitlich wollte man sein. Ein echter Müsl machte durch spezielles Outfit aufmerksam, manchmal einem Weimarer Inflationsheiligen gleich: Grobgestricktes aus reiner

Schurwolle, lila Latzhosen für sie, facharbeiterblaue für ihn, Gesundheitslatschen, wallende Haare. Zum Ambiente gehörten abgebeizte Dielen, Kiefernregale aus dem unmöglichen Möbelhaus aus Schweden, Oma-Sofas und Trüdel. Die Kneipen waren ungepflegt, manchmal etwas schmutzlig, mit Sperrmüll eingerichtet – halt eben alternativ. Alternativ sein hieß, in den Worten von Heinze und Koch im Kultbuch „Von der Nutzlosigkeit, erwachsen zu werden“: „Ich nahm die Geschenke an, aber nicht die Tugenden, die Werte, die Moral. Ich grenzte mich ab durch eine neurotische Negation von Ordnungsliebe, Fleiß, Sauberkeit, Disziplin und Gehorsam. Das diente meinem Erwachsenwerden.“ Alternativ sein hieß, daß diese in den fünfziger Jahren soziali-

Edelkonsum auch in der Wohnkultur: luxusmodernisierte Altbauten in Berlin
Foto: dpa



sierte Generation radikal die Werte und die Lebensgestaltung ihrer Eltern in Frage stellte.

Das Motto jener wunderbaren Jahre war: small-is-beautiful; klein, vernetzt, überschaubar sollte es sein – im Dorf Kreuzberg sollte es sich jeder gemütlich machen wie im Wohnzimmer bei Müttern. Ganze Heerscharen von Sozialarbeitern, Städteplanern, Seminar marxisten, Apo-Opas, professionellen und halbprofessionellen Mieterberatern kümmerten sich um den Kiez und um das, was in die Geschichte unter dem Stichwort Jugendprotest eingehen wird. Diese Therapeutokratie (Habermas) übte sich in einer neuen Form der Beglückungspolitik von oben: randständige Jugendliche sollten integriert, sozial Auffällige gebessert, Punks domestiziert und Häuser kleinräumig saniert werden.

Der Zeitgeist jener Jahre: eine Verniedlichung des Urbanen, das ganze Stadtteile in gemütliche Kinderzimmer verwandeln wollte, wie sich der Berliner Wolf-Jobst Siedler in seinem Fotoband „Die verordnete Gemütlichkeit“ mokiert. Die Müsli-Moderne war die Antwort auf die Vulgar-Moderne der 60er Jahre und deren Monumente der Maßlosigkeit aus Beton in Gestalt von Trabantsiedlungen und Schlafstädten. Die Müsli-Moderne war Antwort auf die Industrialisierung sozialer Beziehungen und auf die Rationalisierung aller Lebensbereiche. *Die Müsli-Moderne war die Utopie der Modernitätsverweigerung als Replik auf die Utopie des Modernen.* Die Müsli-Moderne suchte ihr Heil in Verkiezung, Provinzialisierung und Verdörflichung. Die Müsli-Moderne ist kulturlos und häßlich zugleich: das androgyne, häßliche Latzhosengeschöpf, das die Prinzipien der Moderne ablehnt, feierte fröhliche Urständ.

In der Müsli-Moderne tummelt sich allerlei Grünes: Fundamentalisten und Jakobiner, Realpolitiker und Feministen; Radikalaussteiger und Öko-Freaks. Sie stehen für einen bestimmten Politikstil: Das Private ist politisch. Die Konsequenz aus dieser Logik: Bekenntnis zum emotionalen Handeln und zur Subjektivität; Basisdemokratie und avanti-diletanti (Professionalität fürchtet man wie der Teufel das Weihwasser). In der Müsli-Moderne gab es eigene und neue politische Organisationen: grüne und alternative Parteien mit dezentralen Organisationsformen und radikalen Ausstiegphilosophien.

Die Yuppie-Kultur oder: Die Synthese von Woodstock- und Bloomingdale-Mentalität

Richard Sennet hat mit seinem Aperçu recht, daß die Hoffnung auf bzw. der Wunsch nach Lokaliät

und Regionalismus mit seiner Tendenz zum Rückzug ins Private ein gesellschaftspolitischer Fehlschuß sei. Die Zeit hat für ihn gearbeitet: Die Müsli-Moderne ist out und old-fashioned. „In“ sind die Aufsteiger, die Hedonisten, die Yuppies und Dinkies. *Times are changing:* Kreuzberg wird vom Aufsteiger- zum Aufsteigerstadteil. Da gibt es die Gegend um den U-Bahnhof Südstern, in der die Verfasserin seit 10 Jahren lebt und in der sich die Veränderung des alternativen Milieus hin zum modernen Yuppie-Milieu exakt nachweisen läßt (das gleiche gilt für die Luisenstadt und für den Winterfeldplatz).

Nehmen wir als ein Beispiel für den sozialen Wandel die „Hasenburg“. Einstmals Treffpunkt von Alt-Achtundsechzigern und Neu-Sozialen-Bewegten mit dem typischen Interieur der Sperrmüll-Kultur, hat die Kneipe ihr Gesicht entscheidend gewandelt: durchgestylt mit schwarzen Corbusiermöbeln und weißen Tischdecken. Da kredenzt der Wirt (ohne den obligatorischen Bart) nun erlesene Speisen und Getränke. Nebenan hat ein italienisches Spezialitätengeschäft mit Dégustation eröffnet. Nicht mehr wegzudenken aus der Szene sind die vielfältigen neonbelichteten Marmorkneipen und die französischen Bistros. Der „Sternling“, legendäre Müsli-Kneipe, schloß letzten Monat endgültig die Pforten: die Kundschaft blieb aus. Oder der Indien- und Naturkostladen: auch sie mußten mangels Nachfrage dicht machen. Wie Pilze aus dem Boden schießen die kleinen Läden der Off-Designer, wo man/frau individuelle, handgefertigte Kleidung erwerben kann. „Ich kleide mich königlich, damit ich dir den Hof machen kann“, wirbt ein Designer. Jahre zuvor hätte ein solcher Slogan in der Szene Stürme der Entrüstung hervorgerufen – heute ist er chic.

Dies zeugt von einem Wandel in der Interpretation der Geschlechterrollen: hoffnungslos veraltet ist die lila-Latzhosenemanze und der Softie der Alternativen. Der neue Typus Mann ist der des selbstreflektierenden Mannes. Jay McInerney beschreibt ihn im Yuppie-Kultbuch „Bright lights, big city“: „Du siehst dich als den Typ Mann, der sonntags früh aufsteht und rausgeht, um die Times und Croissants zu holen. Der sich vom Kultur- und Freizeit-Teil inspirieren läßt und beschließt, sich eine Ausstellung anzusehen – Kostüme des Habsburger Hofes im Meiselsplatz oder japanische Lackdosen aus der Muromachi-Zeit in der Asiatischen Gesellschaft.“ Das Verhältnis der Geschlechter untereinander wird neu definiert – der selbstreflektierende Mann wirbt in eher traditioneller Weise um die Frau. Auch das kulturelle Selbstverständnis der Frau ist ein neues –

weg von der Androgynität der Alternativen hin zur Betonung von Weiblichkeit und Individualität. Fast als kulturevolutionär sind die Erkenntnisse der erstmals feministischen Betty Friedan zu werten: „Der Feminismus der erste Phase leugnete wirkliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen mit Ausnahme der eigentlichen Sexualorgane. Manche Feministinnen verstehen auch heute noch nicht, daß es wirkliche Gleichheit nur dann geben kann, wenn die Unterschiede zwischen Männern und Frauen gesehen werden.“

Hedonistische Arbeitsethik und life-style-economics

Neuer Mann und neue Frau leben meistens als Singles, verdienen überdurchschnittlich gut. Sie gehören, wenn alleinstehend, zu den young-urban-professionals (yuppies) und wenn verheiratet, zu den dincies (= double income, no children). Sie präferieren postindustrielle und hedonistische Werte, gehen einer Arbeit im white-collar-Bereich des neuen Dienstleistungssektors nach, zu dem sie Zugang aufgrund ihres hohen Bildungsniveaus finden. Yuppies sind Ingenieure, Journalisten, Informatiker, neue Selbstständige, Rechtsanwälte, Soft- und Hardware-Spezialisten, Ärzte, Lehrer... Yuppies arbeiten in den neuen Informationsberufen der Dienstleistungs- und Industriegesellschaft. Ein Yuppie ist zwischen 25 und 40; lebt in oder in der Nähe einer großen Stadt und hat ein hohes Konsumniveau. John Naisbit, amerikanischer Zukunftsforscher, definiert die Yuppies: „Sie sind unabhängig, risikofreudig, selbstsicher, liberal und enorm gesundheitsbewußt.“ An dieser Stelle sei eine grundsätzliche Bemerkung erlaubt: oftmals wird argumentiert, die Yuppies seien rechts. Sicherlich, in ökonomischen Fragen sind sie eher konservativ, in kulturellen und sozialen Fragen dagegen eher „liberal“ bzw. „links“. Gleichzeitig zeichnen sich die neuen Yuppie-Milieus durch Individualität und Liberalismus aus. Die anklagende und leistungsverweigernde Larmoyanz der Müllis ist den Yuppies fremd; sie sind bereit, in der Gesellschaft und im Arbeitsleben etwas zu leisten. Allerdings sind sie keine Anhänger der konservativen puritanischen Arbeitsethik – sie stehen für Dynamik, Kreativität, flexible Arbeitszeiten. Sie favorisieren die von Inglehart analysierten postmateriellen Werte wie Selbstverwirklichung, Selbstbestimmung, Gleichheit der Geschlechter. Sie handeln nach dem Motto des Marquis Posa aus Schillers Don Carlos: „Sagen Sie ihm, daß er für die Träume seiner Jugend soll Achtung tragen, wenn er Mann sein wird.“ Anders ausgedrückt heißt das nichts anderes

als: die in der Adoleszenz und in der Studienphase erworbene postindustrielle und postmaterielle Wertorientierung wird nicht aufgegeben, sondern ins Berufsleben transformiert und dort auch angewandt. Naisbit beschreibt in seinem Buch „Megatrend“ des Arbeitsplatzes eindrucksvoll, welche Kulturrevolution das Eintreten der Yuppies in das amerikanische Berufsleben ausgelöst hat: Spontaneität, Intuition, Kreativität gehen ins Big Business ein. Naisbits Schluß: „Wir leben in einer jener seltenen Zeiten der Menschheitsgeschichte, in denen die beiden entscheidenden Elemente für gesellschaftliche Veränderung vorhanden sind: neue Wertvorstellungen und wirtschaftliche Notwendigkeit.“

Yuppies sind, wie John L. Hammond im „Public Opinion Quarterly“ schreibt, die Synthese zwischen Woodstock- und Bloomingdale-Mentalität. Eindrucksvoll wird diese Aussage durch Zahlen belegt. Michael Delli Carpini und Lee Sigelman ermittelten die Unterschiede zwischen Yuppies und Nicht-Yuppies in „Government spending“: 79 % sind für Umweltschutz (Nicht-Yuppies 12 %); 47 % für staatliche Ausgaben im Wohlfahrtsprogramm für Schwarze (Nicht-Yuppies 31 %); 11 % für Verteidigungsausgaben (Nicht-Yuppies 27 %) 27 % generell für staatliche Wohlfahrt (Nicht-Yuppies 19 %).

Yuppies oder besser die modernen Mittelschichten der Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft leben in innerstädtischen Revieren und suchen die Verknüpfung von Metropole und Urbanen. Nicht die neue Unübersichtlichkeit ist ihr Motiv, sondern die neue Weitläufigkeit. Die neue Sicht der Dinge: Coolness, High-tech, Lässigkeit, Eleganz, Individualität, Konsum, Ästhetik. Nicht Konsumverzicht ist ihr Motto, sondern Edelkonsum auf individueller Basis. Die Kleidung kommt vom Designer, der Tisch zum Biedermeier-Sofa wird aus Plexiglas vom Handwerkskollektiv erstellt. Saskia Sassen-Koob von der New York University kommt in einer internationalen vergleichenden Analyse zum Schluß, daß sich in den innerstädtischen Revieren aller Metropolen soziale Milieus herausgebildet haben, die auf Individualität, Lebensqualität setzen, von den neuen progressiven Mittelschichten getragen werden und sich an „life-style-economics“ orientieren. Nicht mehr „Massenproduktion“ gibt es in den „life-style-economics“, sondern individualisierte und hochqualitative Produkte und Dienstleistungen. Es sind die Designer, die Edel-Boutiquen, das Ärztekollektiv, der Software-Produzent, der Avantgarde-Friseur, der Gourmet-Shop, die die „life-style-economics“ ausmachen. Es ist, wie wir gese-

hen haben, die neue Arbeitsethik, die die neue Wirtschaftsform in den Ballungsgebieten prägt.

Der Kreuzberger Südosten: Armutskultur und Lumpenproletariat des postindustriellen Fortschritts

Die beschriebene bohémehafte Kultur der modernen, aufstiegsorientierten Mittelschichten ist freilich nur die eine Seite der Medaille. Im ehemaligen proletarischen Südosten wiederholt sich die Geschichte: Hier siedelt die neue Reservearmee des postindustriellen Fortschritts – die Ausgestoßenen, Langzeitarbeitslosen, Sozialhilfeempfänger, Obdachlosen, Stadtstreicher und Punks – kurzum all jene, die von unserer Wohlfahrtsgesellschaft nichts mehr zu erwarten haben. Zu ihnen gesellen sich die ausländischen Mitbürger und die ausländischen Jugendlichen, die von Arbeitslosigkeit mit „no-future“-Perspektive bedroht sind. Gemeinsam ist all jenen Gruppen, daß sie zur strategischen Ressource der Informationsgesellschaft, nämlich die Aneignung von Fertigung und Bildung, keinen Zugang mehr haben. Ihnen bleibt sogar eines der zentralen issues der Industriegesellschaft verwehrt: das Recht auf fremdbestimmte Lohnarbeit. Kreuzberg, bemerkte ein Abgeordneter der Alternativen Liste letzthin zynisch-sarkastisch, werde zum Endlager für Berliner Sozialschrott. Und in der Tat: die Ansammlung randständiger Bevölkerungsgruppen in diesem Teil Kreuzbergs erkennt man am Stadtbild; hier herrscht eine schäbige, dreckige Armutskultur mit miesem Warenangebot, zweitklassigem Trödel und Second-Hand-Läden. Die „normale“ Bevölkerung und die Gewerbetreibenden fühlen sich zunehmend durch diese „sturzbetroffenen Altkies“ (taz) belästigt.

Ziehen wir zur Interpretation dieser „Lumpenproletarisierung“ zwei große Theoretiker der Arbeiterbewegung, Karl Marx und Friedrich Engels, heran: im „Kommunistischen Manifest“ beklagen sie „diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft“. Ihre strategische Schlußfolgerung über das Verhalten dieses Lumpenproletariats: „Seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umrtrieben erkaufen zu lassen.“

Bekräftigt wird diese Analyse tendenziell durch die Forschungsergebnisse amerikanischer Armutsforscher. Wer von Armut betroffen ist – in den Worten des englischen Moralschriftstellers Samuel Smiles „das Los derer, die nicht stark genug sind, für sich selbst zu sorgen“ –, verweigert sich der sozialen Integration. So zeigen Studien über mittellose Schwarze in den amerikanischen Großstädten, daß sie die An-

gewiesenheit auf die Wohlfahrt, die Abhängigkeit von Leuten, die ihre Schwäche taxieren, um zu entscheiden, wieviel Almosen sie benötigen, als tiefe Demütigung erleben. Obwohl diese Schwarzen genau wissen, daß sie immer am kürzeren Hebel sitzen, haben sie die Abhängigkeit als Schamgefühl internalisiert. Andere Untersuchungen belegen, daß französische und englische Arbeiter, die von der Arbeitslosenhilfe leben, ganz ähnlich empfinden. Auch Rainer Zoll macht in seiner Untersuchung „Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen“ ähnliche Deutungsmuster für die bundesrepublikanische Gesellschaft aus. Es ist eine der Hauptaufgaben einer neuen Politik, dieser selbstgewählten Stigmatisierung und Ghettoisierung des ausgegrenzten Drittels der Gesellschaft Einhalt zu gebieten, um „reaktionäre Umrtriebe“ zu verhindern. Hierzu bedarf es einer neuen Ethik dessen, was Arbeit ausmacht und beinhaltet. Denn der Wert des Menschen bestimmt sich nicht durch Arbeit allein. Heute noch hat die Feststellung von Georg Lundberg aus dem Jahre 1934 Richtigkeit: „Armut in der modernen Gesellschaft ist eher ein Zustand des Bewußtseins denn des Magens.“

Für eine moderne sozialdemokratische Großstadtpolitik

Was ist nun die Moral von der Geschichte für die SPD? Ganz einfach: die Partei muß den veränderten Bedingungen Rechnung tragen und sich den modernen Mittelschichten des Informations- und Dienstleistungssektors öffnen (daß Teile jetzt grün votieren, ist kein Dauerzustand) und gleichzeitig Anwalt der sozial Schwachen bleiben. Alles andere wäre politisches Hasardspiel!

Dennoch: in der real existierenden Sozialdemokratie gibt es Kräfte, die diese Modernisierungsleistung sozialdemokratischer Programmatik verweigern bzw. verhindern wollen. Da wird geredet, die Partei solle sich doch, bitteschön, dem „normalen“ Arbeitnehmer widmen; andere sehnen sich nach dem Fabrikarbeiter im Großbetrieb mit seiner „wenn-dein-starker-Arm es will“-Mentalität. Wieder andere wollen die modernen Mittelschichten und die Yuppies ins konservative Lager wegdefinieren („die sind rechts“). So mancher Genosse geriert sich auch grüner als die Grünen selbst und übernimmt unkritisch manche grüne Forderung. Alle

Symbol der neuen Konsumkultur: Renaissance der Einkaufspassagen Foto: dpa



drei Wege führen jedenfalls nicht zur Mehrheitsfähigkeit in den neunziger Jahren.

Was also sind die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie für die neunziger Jahre? Mit Sicherheit nicht dumpfer Kollektivismus und klassischer Sozialdemokratismus. Es wäre schade, wenn die programmatische Erneuerung der SPD in einen sozialdemokratischen Konservatismus münden würde! Das wäre tatsächlich

Konrad Schacht

Alte Partei und neue Schichten

Zu den Chancen der SPD in den Dienstleistungsstädten

Der Wahlforscher Dr. Konrad Schacht, geb. 1943, ist durch zahlreiche Projekte und Publikationen zu Gewerkschaftsproblemen, zur Sozialpolitik und zur politischen Soziologie hervorgetreten.

1.

Das Ergebnis der Bundestagswahl 1987 hat die Diskussion um die Zukunft der SPD in den Dienstleistungsstädten neu belebt. Die starken SPD-Verluste in München, Stuttgart, Frankfurt und Hamburg gingen einher mit starken Gewinnen der Grünen und auch der FDP. Von diesem Trend weichen die Großstädte Nordrhein-Westfalens deutlich ab: So konnte die SPD in Duisburg zulegen, sich in Essen etwa halten, und auch in der Dienstleistungsstadt Düsseldorf verlor sie „nur“ 2,1 %. Ein auf Nordrhein-Westfalen bezogener Städtevergleich macht jedoch deutlich, „daß in den Städten mit hohem Dienstleistungsanteil und einer korrespondierenden Berufsstruktur der Erwerbstätigen mit nur unterdurchschnittlichen Verankerung im klassischen SPD-Milieu die SPD aufgrund ihrer Konkurrenzsituation mit den Grünen überdurchschnittliche Verluste hinnehmen mußte, während die Grünen überdurchschnittlich zunahmen“. (G. Bensch, W. Bick, K. Kapritzki, Bundestagswahl 1987, Amt für Stati-

stik und Stadtforschung der Stadt Duisburg, 1987, S. 20).

Das Ende der Arbeiterbewegung als gesellschaftsverändernde Kraft. Die SPD muß wieder eine moderne, weltoffene, linke Volkspartei werden. Hierzu muß sie sich den modernen Mittelschichten öffnen, deren Wertorientierung ja eher mit „linken“ Werten korrespondiert und die die Funktionselite des Jahres 2000 sein werden, die man für eine zukunftsweisende Reformpolitik braucht.

Gut gehalten hat sich die SPD in Städten und Regionen, in denen relativ hohe Arbeiteranteile und auch relativ hohe Arbeitslosenquoten mit intakten klassischen Organisationsstrukturen der Partei zusammenfallen. Die regionale Differenzierung wird durch das hessische Bundestagswahlergebnis besonders plastisch. Während die SPD ihre Hochburgen im ländlich geprägten und von struktureller Arbeitslosigkeit heimgesuchten Nordhessen ausbauen oder halten konnte, mußte sie im wirtschaftlich prosperierenden Rhein-Main-Gebiet empfindliche Verluste hinnehmen. Die Bundestagswahl 1987 hat die Gefahr deutlich gemacht, daß die SPD von ihrer Wählerbasis her auf ihre klassischen Schichten zurückfallen und zur politischen Vertretung der ökonomisch zurückbleibenden Regionen werden könnte.

Bei der Analyse der Ursachen ist es wenig hilfreich, sich einzelne Stadtergebnisse herauszugreifen und miteinander zu vergleichen, ohne die einzelnen sozialstrukturellen Besonderheiten, organisatorischen Defizite, regionalen Kulturen und personellen Konstellationen mit in die Analyse einzubeziehen. Die Krise der SPD in den Dienstleistungsgebieten ist zu ernst, als daß sie mit der Suche nach einfach greifbaren Sündenböcken (z. B. in der Form der jeweiligen Bundestagskandidaten) zu bewältigen wäre. Notwendig sind sehr differenzierte Fallstudien zur Wahlgeschichte einzelner Städte und Regionen, aber auch Längsschnittstudien zum Wahlverhalten der verschiedenen sozialen Schichten in der Bundesrepublik.

2.

Eine solche Längsschnittstudie hat der Wahlsoziologe Hans-Dieter Klingemann in dem von Rolf

Ebinghausen und Friedrich Tiemann herausgegebenen Buch „Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?“ (Opladen 1984, S. 593 ff.) bereits zur Bundestagswahl 1983 vorgelegt. Die von Klingemann analysierten Umfragen zeigen ein Anwachsen des neuen Mittelstandes von 24 % im Jahre 1953 auf über 40 % seit Mitte der siebziger Jahre. Die Anteile des alten Mittelstandes und der Landwirte nehmen in diesem Zeitraum deutlich, der der Arbeiter nimmt mäßig ab. Klingemann bilanziert: „Die Verschiebung der Größenordnungen zugunsten des neuen Mittelstandes, der Trend zur ‚postindustriellen‘ Gesellschaft, ist nicht zu übersehen. Dennoch war und ist die Arbeiterschaft auch heute noch ein gewichtiger Faktor im Prozeß der Herrschaftszuweisung durch Wahlen.“ (Klingemann, S. 598)

Klingemanns Längsschnittstudien zeigen, daß die SPD bei Bundestagswahlen seit Mitte der fünfziger Jahre bei den Arbeitern in weitgehend gleichbleibendem Maße Unterstützung fand. Bei dem expandierenden neuen Mittelstand zeigt sich ein anderes Bild. In den sechziger Jahren wachsen die SPD-Anteile hier von 21 % (1961) auf 41 % (1969) an, sinken dann jedoch 1983 auf 31 % zurück. Der SPD ist es also nicht gelungen, die neuen Schichten, die sie nach „Godesberg“ gewonnen hatte, zu stabilen politischen Koalitionspartnern zu machen. „Bei dem im neuen Mittelstand vergleichsweise höheren Bildungsniveau und politischen Interesse sind ‚Wendemanöver‘ offenbar schneller zu bewerkstelligen, werden geänderte Positionen der Parteien und der politischen Problemlagen eher ins Kalkül gezogen.“ (Klingemann, S. 600)

Die Analytiker der Bundestagswahl 1987 sind sich darin einig, daß es der SPD bei dieser Wahl gelungen ist, die Arbeiter zurückzugewinnen, die sie 1983 an die CDU/CSU verloren hatte. Verloren hat die SPD dagegen weiter bei den neuen Mittelschichten, den Angestellten und Beamten. Hier konnten sich die Unionsparteien behaupten, während besonders die Grünen, aber auch die FDP auf Kosten der SPD Stimmen zugewinnen konnten.

Die SPD hat 1987 die Erfahrung machen müssen, daß sie sich auf die Arbeiterschaft bei Wahlen verlassen kann, daß sie aber bei den beweglichen modernen Mittelschichten weitere Einbußen hinnehmen muß. Diese Schichten kennen keine stabilen politischen Loyalitäten, sie sind Wähler, die ihre Wahlentscheidung nach Kosten-Nutzen-Kalkülen, persönlichen Erwartungen oder auch schwer kalkulierbaren Emotionalisierungen fällen. Mit dieser Wählerschicht sind alle Parteien konfrontiert, die

SPD scheint seit Mitte der siebziger Jahre mit ihnen jedoch besondere Probleme zu haben, nachdem sie gerade diesen Wählern ihren Aufstieg über die 40 %-Marke zu verdanken hatte. Zu den Zukunftsaufgaben der SPD gehört es, diese Schichten organisatorisch und politisch für sich zu gewinnen, um in der Bundesrepublik wieder Wachstumschancen zu haben.

3.

Die unterschiedlichen SPD-Wahlergebnisse in den verschiedenen Stadttypen und Regionen bei der letzten Bundestagswahl sind ein Resultat der längerfristigen Entwicklungstendenzen der Partei in den verschiedenen sozialen Gruppen, die im politischen Prozeß der verschiedenen Städte ein sehr unterschiedliches Gewicht haben. Es ist deshalb auch nicht sinnvoll, von einer Krise der SPD in „den Großstädten“ zu sprechen, sondern es ist notwendig, die Städte nach soziologischen Kriterien zu gruppieren und dann vergleichende Analysen anzustellen.

Bei diesen vergleichenden Fallstudien von großstädtischen Wählerentwicklungen und Parteiensystemen wäre eine Fülle von Fragen zu beantworten, auf die es heute nur unzureichende Antworten gibt. So ist z. B. der Frage nachzugehen, warum das klassische Politik- und Organisationsmodell der lokalen SPD-Parteigliederungen zwar in Arbeiterstädten noch recht gut funktioniert, nicht aber in Dienstleistungsstädten. So wäre z. B. zu untersuchen, wie das Wahlverhalten der neuen Mittelschichten zugunsten der SPD beeinflußt wird, je nachdem ob sie in einer Region leben, die noch starke traditionelle Arbeiterstrukturen kennt, oder aber ob sie in einer Region leben, die den Charakter eines Wohngebiets hat, das sehr stark von den neuen Mittelschichten dominiert wird. So müßte z. B. geprüft werden, inwieweit die starke Dominanz akademisch geprägter Parteieliten aus dem öffentlichen Dienst in den SPD-Organisationen der Dienstleistungsstädte eine Fehlanpassung an eine Wählerschaft ist, die zwar nicht mehr von Arbeitern, wohl aber von sehr unterschiedlichen Angestelltengruppen aus der Privatwirtschaft dominiert wird, deren Lebenslage und Bewußtseinsstrukturen sich von denen der Angehörigen des öffentlichen Dienstes stark unterscheiden.

Ein besonders gutes Beispiel für den Rückgang der SPD-Wähleranteile in einer Dienstleistungsstadt ist die Entwicklung der SPD in Frankfurt. Bei der Bundestagswahl 1969 konnte sie noch 49,4 % der Zweitstimmen für sich mobilisieren, 1987 nur noch 34,4 %. Diesen Machtverfall einer Großstadt-SPD

habe ich in einer Fallstudie untersucht (K. Schacht, Wahlentscheidung im Dienstleistungszentrum, Opladen 1986), die auf die Strategiediskussion der SPD in den Dienstleistungsstädten einen gewissen Einfluß nehmen konnte. Die Hauptursachen für den Wandel der Wählerstrukturen in Frankfurt sind demnach in den folgenden Faktoren zu sehen:

- Der Strukturwandel der Frankfurter Wirtschaft hat zu einem drastischen Rückgang der Arbeiteranteile geführt und zu einer Expansion der Angestelltenanteile. Die Folge ist eine Reduktion der sozialen Basis der gewerkschaftlich organisierten Stammwählerpotentiale der SPD, die über keine klassischen Milieus mehr verfügt, die Jungwähler für sie sozialisieren und Wählerschichten für sie stabilisieren können. Hinzu kommt, daß in den traditionellen Arbeiterquartieren nicht wahlberechtigte Ausländer wohnen, was zu einer zusätzlichen Schwächung des Stammwählersockels beiträgt.

- Bei den Frankfurter Kommunalwahlen, die als Stammwählerwahlen den Kernbestand von Parteien besonders deutlich machen, wurde der fast völlige Verfall der FDP-Stammwählerbasis deutlich, die 1968 noch auf 11,2 %, 1985 nur noch auf 2,6 % kam. Eine der Ursachen für diese Entwicklung ist der Strukturwandel des Frankfurter Handwerks, der zu einer drastischen Reduktion kleiner Handwerksbetriebe geführt hat, was die liberale Honoratioren-schicht der Stadt ihrer sozialen Basis und ihrer politischen Einflußchancen beraubt hat.

- Der CDU in Frankfurt ist es gelungen, trotz des Säkularisierungsprozesses in dieser modernen urbanen Region ihre katholische Stammwählerbasis zu halten und die bürgerlichen Schichten für sich zu gewinnen, die früher FDP gewählt haben. Außerdem scheint sie bei den politisch ungebundenen Wählern der neuen Mittelschicht in den letzten Jahren deutlich bessere Resonanz gefunden zu haben als die SPD.

- Die Grünen sind in den eher bürgerlichen Milieus der Stadt besonders stark und konkurrieren mit der SPD um die jüngeren Angehörigen der gebildeten Mittelschicht. Gerade in Frankfurt wird deutlich, daß die Hochschulexpansion und die damit verbundenen Statusprobleme der Hochschulabgänger die Entwicklung der Grünen sozial bedingt haben. Um die Hochschulen in Frankfurt hat sich ein neuartiges alternatives Milieu organisiert, das die Wählerpotentiale der Grünen stabilisiert, die inzwischen einen beträchtlichen Stammwählersockel haben.

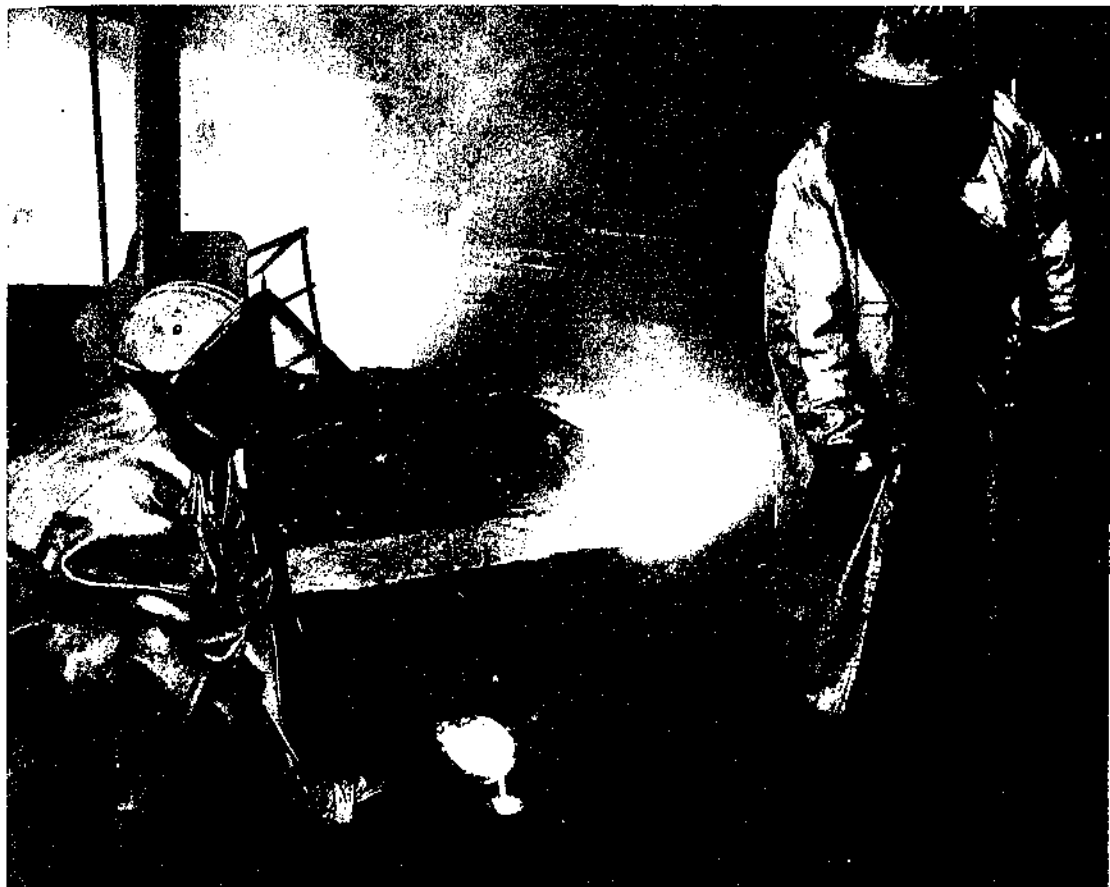
- Entscheidend für den Wahlerfolg der Parteien

in Frankfurt sind die neuen Mittelschichten geworden, deren politische Loyalitäten nicht durch Organisationsnetze, Glaubenssysteme oder soziale Milieus gesichert werden. Diese Schichten scheinen die Parteien sehr stark unter instrumentellen Gesichtspunkten zu bewerten und machen ihre Wahlentscheidung von der Politik abhängig, die die Parteien gemacht haben bzw. machen wollen. Nach einem von IPOS angewandten Analyseverfahren waren 1979 40 % der Wähler im Rhein-Main-Gebiet „politisch ungebundene Wähler“.

Die SPD ist in Frankfurt mit der Situation konfrontiert, daß die CDU inzwischen einen größeren Stammwählersockel hat als sie selbst. Außerdem werden die Stimmpotentiale der Grünen zu einem relativ großen Teil durch das alternative Milieu so stabilisiert, daß die SPD hier nur begrenzt Zuwächse erzielen kann. In der Frankfurter SPD ist deshalb eine für die Zukunft der SPD sehr wichtige Debatte darüber geführt worden, wie man im Bereich der politisch ungebundenen Mittelschichten Stimmen gewinnen kann, ohne den Rückhalt der nach wie vor bedeutenden Stimmenpotentiale der Arbeiterschaft zu verlieren. Ob es gelingt, in der Dienstleistungsstadt Frankfurt eine politische Koalition zwischen den Wählern aus der Arbeiterschaft und denen aus der neuen Mittelschicht herzustellen, dürfte für die Chancen der SPD in dieser Metropole entscheidend sein.

4.

Gerade in Frankfurt, aber auch in der SPD ganz allgemein sind typische Fehleinschätzungen bei der Diskussion der Zukunft der SPD gemacht worden, die mit den Verlusten der Partei in den Dienstleistungszentren zusammenhängen. So hat das Aufkommen der Grünen dazu geführt, daß in der SPD die These vom Wertwandel eine besonders große Resonanz gefunden hat, die der Soziologe Inglehart in die wissenschaftliche und politische Diskussion eingebracht hat (R. Inglehart, *The Silent Revolution in Europe*, *American Political Science Review* 1971, S. 991 ff.). Nach dieser These ist in den westlichen Demokratien ein tiefgreifender Wandel von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten im Gang, der überwiegend von den Angehörigen der gebildeten neuen Mittelschichten getragen wird, die deshalb ein besonders starkes Interesse an mehr Umweltschutz, mehr Partizipation und mehr Freiheitsrechten haben und sogenannten materiellen Werten wie z. B. wirtschaftlicher oder innerer Sicherheit weniger Bedeutung beimessen.



Das Aufkommen der Grünen wurde sehr stark mit dieser Wertwandels-These erklärt, deren Tragfähigkeit in der Sozialwissenschaft nicht unumstritten ist. Das Kalkül ging dementsprechend dahin, die SPD-Programmatik diesen neuen Werten anzupassen und materialistische Politikziele weniger stark zu betonen, um den Grünen wieder Stimmen abnehmen zu können. Dabei wurde überschen, daß die Voraussetzung der Herausbildung postmaterieller Werte wirtschaftliche Sätturiertheit ist und daß die Grünen inzwischen eine starke stabilisierte Wählerbasis haben, die nicht so sehr mit dieser Theorie des Wertwandels, sondern mit tiefgreifenden sozialen Veränderungen im Gefolge der Bildungsexpansion zu erklären ist.

Die SPD ist den Dienstleistungsstädten hat bei dieser strategischen Diskussion die großen Wählerschichten aus den Augen verloren, die zwar auch zu den neuen Mittelschichten gehören, aber aufgrund

Auf die traditionelle Industriearbeiterschaft kann sich die SPD bei Wahlen nach wie vor verlassen

Foto: dpa

ihrer beruflichen Situation und ihrer Bewußtseinsstrukturen nicht zum Potential der Grünen gehören. Diese „materialistischen“ neuen Mittelschichten, die an gutem Einkommen, Aufstieg und privatem Glück interessiert sind, sind politisch-ideologisch weitgehend ungebunden und orientieren sich stark an der jeweiligen Politik, die die Parteien machen. Dabei ist je nach Wahl und politischer Konstellation ein Wechsel der Parteipräferenzen denkbar, was die Politik in den Dienstleistungszentren schwer kalkulierbar, aber auch reizvoll macht. Es gibt dort in einem großen Teil der Wählerschaft keine Stammkunden für eine Partei mehr, sondern starke Fluktuationen, die dem, der den Interessenlagen und Werten

der politisch ungebundenen Mittelschichten entgegenkommt, gute Chancen einräumen.

Eine ganz andere Fehleinschätzung der Ursachen der SPD-Verluste in den Dienstleistungsstädten wurde besonders nach der Bundestagswahl 1987 formuliert. Die schlechten SPD-Ergebnisse in diesen Städten wurden mit den guten Erfolgen in eher traditionellen Städten und Regionen verglichen. Als Ursache für das unterschiedliche Abschneiden der SPD wurde dann das Versagen der SPD-Organisationen in den Dienstleistungsstädten genannt, die von SPD-Politikern geführt würden, die sich der klassischen Parteitradition entfremdet und die Organisation nicht „im Griff“ hätten. Empfohlen wurde, sich wieder mehr um die Arbeiter zu kümmern und die traditionelle Organisationsarbeit der erfolgreichen SPD-Regionen zum Vorbild zu nehmen.

Diese Kritiker übersehen, daß die SPD-Verluste in den Dienstleistungsregionen nicht auf Verluste im Arbeiterbereich zurückgehen, sondern auf Verluste bei den neuen Mittelschichten. Das Problem der SPD in den Dienstleistungsstädten ist nicht, daß ihre Organisation nicht mehr nach den traditionellen Mustern arbeitet, sondern daß sie diesen traditionellen Mustern noch zu sehr folgt. Die Angehörigen der neuen Mittelschichten haben andere Politikererwartungen, Lebensstile und Bedürfnisse an eine politische Organisation als die Arbeiterschaft, deren politisches Verhalten und deren soziale Mentalität die bisherige Parteiarbeit geprägt hat. Wenn die SPD in den Dienstleistungsstädten der Forderung folgen würde, wieder die alte Arbeiterpartei zu werden, dann wäre ihr der Rückfall auf die 30 %-Marke sicher.

Karl-Ernst Jeismann Die deutsche Geschichte als Instrument im politischen Streit

Prof. Dr. Karl-Ernst Jeismann ist Geschäftsführer der Direktor am Institut für Didaktik der Geschichte der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

1. Vor 140 Jahren tagte in einer brisanten, vorrevolutionären Situation in Berlin der Vereinigte Land-

Zu den Paradoxien der Diskussion gehört, daß gerade die Befürworter der programmatischen Erneuerung von Godesberg die Beachtung der Stammwähler aus der Arbeiterschaft empfehlen (Helmuth Schmidt in BILD vom 20. 3. 87). Schließlich war es die Aufgabe des Godesberger Programms, die SPD für die neuen Mittelschichten wählbar zu machen, die der soziale Wandel hervorgebracht hatte. Gerade die Befürworter von Godesberg müßten heute zu den Unterstützern einer neuen Strategie in den Dienstleistungsstädten gehören, auch wenn die Wertvorstellungen und Verhaltensweisen vieler neuer Mittelschichtler nicht immer den Geschmacksvorstellungen der „Alt-Godesberger“ entsprechen.

5.

Die Chancen der SPD in den Dienstleistungsstädten bestehen nicht darin, eine bessere grüne Partei oder wieder die alte Arbeiterpartei zu werden. Ihre Chance besteht darin, über kompetente Politik und neue Organisationsstrategien eine politische Integration der Arbeiterschaft mit den neuen Mittelschichten zu erreichen, was ihr wieder eine Wachstumschance in den Dienstleistungsregionen geben könnte. Dabei ist damit zu rechnen, daß die Grünen ein stabiler Faktor in der Wählerschaft bleiben werden. Wenn es gelänge, eine politische Rollenverteilung mit den Grünen zu definieren und zugleich handlungsfähige Reformkoalitionen mit ihnen zu schmieden, dann könnten die Dienstleistungsstädte einen Machtwechsel in Bonn längerfristig vorbereiten helfen.

tag. Eine starke liberale Gruppe hatte wiederholt an die nie eingelöststen Verfassungsversprechen des Königs erinnert und behauptet, daß das preußische Volk 1813 in einen „Freiheitskrieg“ gezogen sei, um einen verfassungsmäßigen Zustand zu erkämpfen. Der konservative Abgeordnete Otto v. Bismarck hielt dies für einen „schlechten Dienst“ an der „Nationalehre“. „Ich habe immer geglaubt, daß die Knechtschaft, gegen die damals gekämpft wurde, im Ausland gelegen habe: soeben bin ich aber belehrt, daß sie im Inland gelegen hat, und ich bin nicht sehr dankbar für diese Aufklärung.“ Das Protokoll verzeichnet Murren und lautes Rufen im Lager der Liberalen. Die Glocke des Präsidenten ging im Lärm

unter, während Bismarck am Rednerpult die *Spe-
nersche Zeitung* entfaltet und las, bis er weiterspre-
chen konnte.

Diese Szene zeigt wie im Brennglas die Verhal-
tensweisen, die auch unser „Historikerstreit“ auf-
weist: es geht 1847 um eine politische Grundent-
scheidung: liberaler Verfassungsstaat oder stän-
disch-absolute Monarchie. Die jüngst vergangene
Epoche wird kontrovers für die eine oder die andere
Richtung in Anspruch genommen: Wurde 1813 in
einem „Freiheitskrieg“ oder in einem „Befreiungs-
krieg“ gekämpft? Niemand allerdings ist interessiert
an der sachlichen Klärung dieser Frage, niemand
will vom anderen „Aufklärung“; jeder will seine Ge-
schichte als Legitimation seiner Überzeugung und
seines politischen Zieles. Wer die Geschichte anders
erzählt, ruft lautstarke Empörung hervor, die wie-
derum bei dem Zweifler ostentativ gezeigte Mißach-
tung dieser Empörung provoziert.

2. Dieser öffentliche Gebrauch von Geschichte folgt
nicht den Regeln der Logik der Forschung, sondern
denen der politischen Rhetorik. Hier geht es nicht
um eine möglichst zutreffende Vorstellung von der
Vergangenheit. Es geht überhaupt nicht um die Ver-
gangenheit. Dieser öffentliche Geschichtsgebrauch
im politischen Kontext folgt vielmehr dem Druck
elementarer Bedürfnisse nach Selbstbestätigung und
Selbstvergewisserung in der Gegenwart. Die Ge-
schichtlichkeit als Grundbedingung unserer Exi-
stenz verweist einzelne und Gruppen, die ihr gegen-
wärtiges Dasein, ihr Wollen, Urteilen und Verhalten
sich selbst und anderen begründet machen wollen
immer wieder darauf, der Zeit, also dem Geschichts-
prozeß, einen Sinnzusammenhang zu geben. Die
vergangene Geschichte als Deutung und die kom-
mende Geschichte als Erwartung sind deshalb der
Horizont des gegenwärtigen Selbstverständnisses
und darum wichtige Elemente der „gesellschaft-
lichen Konstruktion der Wirklichkeit“ (Berger,
Luckmann). Wie eine Gesellschaft sich nach innen
versteht und nach außen zu anderen in Beziehung
setzt, wie sie ihre Art des Daseins und ihre Aktivitä-
ten rechtfertigt, wie sie ihren Nachwuchs in diese
Sinnstiftung integriert, auf welche Weise sie erklärt,
wie sie zu dem wurde, was sie ist und was sie in Zu-
kunft sein will und auch was sie nicht sein will: das
sind die Fragen, die beim öffentlichen Gebrauch von
Geschichte anstehen. Die Antworten auf diese Fra-
gen bilden die politische Deutungskultur, die mit
den politischen Interessenkonstellationen realer Art
eng verbunden, aber nicht ihr bloßes Abbild ist. Wer
diese politische Deutungskultur beherrscht, wer für

seine Deutung von Geschichte Zustimmung findet,
bestimmt unmittelbar oder vermittelt die leitenden
Begriffe und Normen des politischen Handelns, die
Maximen der politischen Organe und Institutionen.
Deshalb sind Machthaber immer zugleich auch
Rechthaber im Hinblick auf die Geschichte – sei es
eines Volkes und Staates, sei es einer Firma, einer
Partei, eines Vereins; umgekehrt streben oppositi-
onelle Rechthaber danach, künftig Machthaber zu
sein. Damit gerät der öffentliche Gebrauch von Ge-
schichte zugleich zum Instrument der Machterhal-
tung oder des Machterwerbs.

Diese elementaren Motivationen steuern die Dar-
stellung von Geschichte auf unterschiedlichste
Weise: als Formen und Themen in Kunst und Lite-
ratur, als Regelungen des öffentlichen Unterrichts,
als Kraftfelder der politischen Pädagogik, als Wel-
tenschläge der Publizistik und Elemente der politi-
schen Rhetorik und Polemik, als verinnerlichte,
kaum noch bewußte Einstellungen und Wertprägun-
gen.

3. In diesem Kraftfeld steht auch die Geschichte als
Wissenschaft und Unterricht. Idealerweise freilich be-
finden sie sich in einem Querstand zu diesem öffent-
lichen Nutzwert von Geschichte für die politische
Deutungskultur. Die historische Wissenschaft löst
die sinngebenden Stereotypen auf, zeigt statt eindeu-
tiger Bilder vielfältige Prozesse, knüpft die Wertun-
gen an empirische Analysen und zeigt die Problema-
tik einfacher, positiver oder negativer Urteile, stellt
liebgeordnete Traditionen in Frage, zersetzt ideolo-
gische Konstrukte und liefert also keinen Stoff für
Identifikation, Legitimation oder Entlastungen von
der Vergangenheit. Sie schafft Distanz. Das heißt, sie
verhält sich geradezu „asozial“ gegenüber dem Ver-
langen nach eindeutiger historischer Sinnstiftung.
Nicht anders verfährt ein Unterricht, der nicht
Wertungen und Deutungen indoktrinieren, sondern
die Fähigkeiten entwickeln will, sich mit solchen hi-
storischen Deutungen auseinanderzusetzen, der
statt eines Geschichtsbildes ein reflektiertes Be-
wußtsein von der Bedeutung der Geschichte und
vom Umgang mit ihr entwickeln will. Diese Art des
Umgangs mit Geschichte in Wissenschaft und Un-
terricht ist bei denen nicht wohlgefallen, welche die
Macht haben und behalten oder welche sie nicht ha-
ben, aber erringen wollen.

In der Wirklichkeit sind die theoretisch klaren
Fronten zwischen dem öffentlichen Gebrauch von
Geschichte im politischen Kampf und in der akade-
mischen Sphäre der Wissenschaft nicht so klar gezo-
gen. Wie jeder Bürger unterliegt auch der Wissen-

schaftler oder Lehrer dem elementaren Bedürfnis nach historischer Sinnbildung. Zwar sollten Wissenschaft und Erziehung als aufklärendes Korrektiv gegenüber sozialpsychischen Mechanismen wirken – bisweilen aber stellen sie sich, sei es freiwillig, sei es genötigt, als Rationalisierungen in den Dienst solcher vorrationalen Sinngebungszwänge des lebensweltlichen Geschichtsbedürfnisses. Dann sehen wir den Wissenschaftler oder Lehrer als Anwalt einer Sinngebungspartei, sei es als Notar des Bestehenden, sei es als Seher des Kommenden, als Lobsprecher oder als Scharfrichter der Vergangenheit. Aber selbst wenn er sich in methodischer Bewußtheit der Verpflichtung zur Orientierung und Aufklärung gemäß geprüfter Erkenntnis verpflichtet weiß, wird das, was er schreibt und sagt, in den Dienst der Interessen gestellt, auf seine Brauchbarkeit – d. h. auf seine Nützlichkeit oder seine Gefährlichkeit – hin abgeklopft und in der Regel selektiv zur Munition in der politischen Auseinandersetzung.

Dabei ist dann das ausschlaggebende Kriterium eine auf die gegenwärtigen Positionen bezogene Wertung der Vergangenheit. Diese Wertungen werden in einem solchen Streit nicht methodisch auf historische Sachurteile oder gar Analysen der Quellen und Rekonstruktion der Fakten zurückgeführt und daran geprüft; vielmehr wird umgekehrt die Darstellung und Verknüpfung von Fakten, die Rekonstruktion von Zusammenhängen vor den Richterspruch der Wertungen gezogen. Es zählt also die Überzeugung davon, was Geschichte im gegenwärtigen Interesse gewesen sein soll.

Diese Dominanz der Wertungsebene, d. h. der Beziehung von Deutungen der Vergangenheit auf uns selbst, macht dann auch im politischen Streit eine genaue Kenntnisnahme und Abwägung der Sätze der Historiker überflüssig, ja geradezu störend. Es genügen wenige semantische Zeichen, die Reduktion historischer Aussagen auf Reizwörter. Daraus ergibt sich als unverkennbares Merkmal solchen Streites die Beimischung von Verdächtigungen, die allesamt darauf hinauslaufen, daß die bekämpfte Position um der gegenwärtigen politischen Wirkung willen die Vergangenheit verzerrt: verharmlosere oder verketzere, während die eigene Wertung für sich den Anspruch der wissenschaftlich gesicherten Wahrheit erhebt.

Deshalb ist es auch politisch vergeblich, in einem solchen Streit dem Gegner nachzuweisen, daß er falsch zitiert habe, wissenschaftliche Ergebnisse nicht zur Kenntnis nehme, einzelne Äußerungen eines Autors aus dem Zusammenhang seines Oeuvres

reiße. Ein solches Verfahren, wie kürzlich die Erwiderung Hillgrubers auf Habermas' Vorwürfe, verkennt das Schlachtfeld, auf dem hier gekämpft wird. Es verkennt auch die Rolle des Kontrahenten. Ihm geht es nicht um wissenschaftliche Korrektheit, sondern um rhetorische Wirkung. Sie braucht plakative, die Emotionen berührende Bilder – „Entsorgung“, „Schadensabwicklung“. Genauigkeit gilt hier seit Demosthenes als kleinlich. Diese Verflechtung von Wahrheitssuche und politischem Interesse, die der Wirkungsgeschichte der Historie anhaftet, mag man als Wissenschaftler bedauern; sie gehört aber zum Lebenselement der historischen Wissenschaft. Ohne diese Verknüpfung würde sie in der Lebenswelt belanglos und es käme zum beklagten „Verlust der Geschichte“. Deshalb kann sich der Wissenschaftler nicht entristet von der Wirkung seiner Arbeit im Medium politischer Auseinandersetzungen abwenden; er hantiert mit feuergefährlichem Stoff. Aber wie kann Geschichte zugleich politisch belangvoll und wissenschaftlich verantwortbar geschrieben und gelehrt werden?

4. Der gegenwärtige Historikerstreit ist im Zusammenhang der zeitgeschichtlichen politischen Auseinandersetzung nur der letzte Abschnitt einer jahrzehntealten, an verschiedenen Themen und mit unterschiedlichen Frontverläufen geführten Polemik. Ich nenne nur einige Stichworte dazu. Als sich in den sechziger Jahren die Vorstellung auflöste, daß nach dem Inferno des Dritten Reiches die Bundesrepublik eine gelungene und im Prinzip unveränderbare politische, ökonomische und soziale Form gewonnen habe, ein gelungenes Modell der Problemlösung sei, das mit Sozialwissenschaft und Sozialtechnik erhalten und entwickelt werden könne, war die Geschichtsmüdigkeit der fünfziger Jahre bald verflogen. Plötzlich war die Welt wieder in Bewegung: wirtschaftliche Einbrüche, die Auflösung der starren Fronten des Kalten Krieges, die langsam ins Bewußtsein tretende fundamentale Bedeutung des Verhältnisses zur Dritten Welt, die mißlungenen und bekämpften militärischen Konfliktlösungsversuche stellten auch die Legitimation der politischen Ordnung in der Bundesrepublik in Frage. Stillgelegte Veränderungsenergien lebten sich. Es wurde deutlich, daß die Bundesrepublik keine Schöpfung der Stunde Null war, sondern aus einer anderen Vergangenheit kam und wohl auch eine andere Zukunft haben würde. Diese Energien formierten sich links und rechts vom frühen Verfassungskonsens der Anfangsjahre der Bundesrepublik. Die radikale rechte Kri-

tik, politisch formiert in der zeitweise an Stärke gewinnenden NPD, aber mit einem ins betont Antidemokratische verfließenden nationalistischen Rand, blieb weit zurück hinter dem Argumentationspotential der konzeptionellen Kraft und der Öffentlichkeitswirkung der fundamentalen Absage von links. Beide aber veränderten die Deutung der deutschen Geschichte. Sieht man auf die radikalen Ränder, so ging es rechts um eine Entlastung, wenn nicht gar eine Heroisierung des Nationalsozialismus; die Bundesrepublik galt als der erbärmliche, liberal-demokratische Feind der besseren deutschen Vergangenheit. Links erschien die Bundesrepublik dagegen als eine Fortsetzung des Nationalsozialismus, als strukturell faschistoid, fremdbestimmt vom Kapitalismus. Mit einem instrumentalisierten Faschismusbegriff operierend, konnte man das Grundgesetz als „Diktat der Alliierten und des Kapitals“ denunzieren. Auf beiden Seiten rückte man von dem ab, was sich für die Verfassung und die innere Ordnung der Bundesrepublik in der Trikolore Schwarz-Rot-Gold symbolisiert. Beide Seiten gebrauchten in einem scharfen Antiliberalismus höhnisch das Kürzel von der FDGO für „Freiheitlich Demokratische Grundordnung“.

Differenzierter verlief die Aufarbeitung der Geschichte diesseits der radikalen Randgruppen. Eine gewisse Meinungsführerschaft in der politischen Deutungskultur gewann jene Geschichtssicht, die, gestützt auf die kritische Theorie, die deutsche Geschichte am emanzipatorischen Maßstab einer immer fortschreitenden Partizipation und Herrschaftsfreiheit maß. Die westlichen Demokratien galten als weit voraus geeilte Modelle. Die alte These vom deutschen Sonderweg, einst von deutschen Professoren positiv gemeint zur Kennzeichnung einer Formation zwischen westlichem Demokratismus und östlichem Autokratismus, wurde nun als eine Abwegthese verstanden. Geschichte, zumal deutsche Geschichte, erschien als eine Geschichte von Defiziten, als eine dunkle Folie, auf der die konkrete Utopie herrschaftsfreier Gesellschaft sich leuchtend ausnahm. Daher war alles Konservative von Übel, das Progressive ein Kriterium, an dem nun auch die Deutung der Geschichte sich ausrichtete. Unter diesem Kriterium wurde etwa Hans-Ulrich Wehlers Buch über das Bismarck-Reich verfaßt, und der Verfasser konnte an anderer Stelle die neue, sozialwissenschaftliche Schule der Historie politisch zu „liberal-sozialdemokratische(n) Einstellungen“ in eine geistige Affinität setzen. Emanzipatorische Pädagogik und Geschichtsdidaktik definierten Erziehung

als Qualifizierung zur Überwindung der Geschichte; die Hessischen Rahmenrichtlinien versuchten, diese neue Deutung der Geschichte unter gesellschaftspolitischen Fragestellungen mit emanzipatorischem Lernzielraster zu institutionalisieren.

Dieser, neue Geschichtsvorstellungen verordnende allgemeine Zugriff auf das Erziehungswesen in einem Lande, wo sich der Streit um die politische Führung mit dem Streit um den richtigen Geschichtsunterricht unmittelbar verband, rief zuerst und am kräftigsten die politische Gegenposition auf den Plan. Früh und nachdrücklich hat die CDU in Hessen auf die Bedeutung des Geschichtsunterrichts verwiesen – nicht als eine die Köpfe aufklärende Veranstaltung, sondern als eine identifikatorische Kraft, die den Grundkonsens in der Gesellschaft herzustellen geeignet sei. Der Begriff der „Identität“ stemmte sich gegen den der „Emanzipation“. Der Wille, die gegenwärtigen Verhältnisse zu verändern, setzt die Erzählung einer negativen deutschen Geschichte voraus – der NS ist darum ihr Muster und Ziel; der Wille, die Verhältnisse zu erhalten, braucht eine zu akzeptierende Vergangenheit; der Periode des Nationalsozialismus, die geeignet war, die historische Identität der Deutschen radikal in Frage zu stellen, setzte man darum die tausend Jahre gleichsam normaler deutscher Nationalgeschichte entgegen, um sich nicht um einer utopisch vorentworfenen kommenden Geschichte willen die Basis einer haltbaren Vergangenheit nehmen zu lassen.

Dem innenpolitischen Streit um die Deutung der deutschen Geschichte, wie er sich damals früh in der Kritik von „Wehlers Kaiserreich“ in Nipperdeys Rezension zeigte, trat der außenpolitische Aspekt des Streites zur Seite, als die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen die nationalkonservative Kritik an der sozialliberalen Ostpolitik auf das historische Gebiet herüberzuspielen gestattete. Die Auseinandersetzung in Presse und Parlamenten zeigte alle Züge des Kampfes um die politische Macht mit historischen Argumenten. In dieser Auseinandersetzung wurde auf politische Weise deutlich, daß die Revision des alten, wissenschaftlich, politisch und durch die zeitgeschichtliche Erfahrung unhaltbar gewordenen historischen Deutungsmusters der Nationalgeschichte den einen längst nicht weit genug, den anderen aber viel zu weit gegangen war. Sah man hier noch starke Bastionen gefährlicher, diskreditierter nationaler Positionen, fürchtete man dort eine Erosion des historischen Potentials deutscher Selbstvergewisserung, die Auflösung eines deutschen Selbstbewußtseins durch Destruierung der

deutschen Geschichte. Dieser Konflikt erhielt durch die Planung des Museums für deutsche Geschichte in Berlin politischen und parteipolitischen Auftrieb. Dies gab den Anstoß zum „Historikerstreit“. Er handelt von der politisch motivierten Frage: Welche Deutung der deutschen Geschichte soll die deutsche Gegenwart akzeptieren?

5. Ich nehme nur zu zwei, allerdings zentralen Aspekten dieser Frage Stellung: der Frage nach der Singularität oder Vergleichbarkeit des organisierten Mordes an den europäischen Juden und der weiter greifenden Frage, in welcher Weise wir uns nach dem „noch immer nicht überwundenen Zivilisationsschock“ (Istvan Deak) der nationalsozialistischen Herrschaft ins Verhältnis zur deutschen Geschichte setzen sollen.

Die alte Frage nach der Singularität des Völkermordes an den europäischen Juden durch die Machthaber und die ausführenden Organe des deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg berührt das sensibelste Feld des deutschen Selbst- und Geschichtsverständnisses. Hier nur einige Sätze, die sich auf die Methode beziehen, zu historischen Ereignissen Analogien zu suchen.

▷ Der administrativ organisierte Mord an den deutschen Juden war eine Singularität in der deutschen Geschichte, und zwar sowohl im Sinne des Historismus, der jeder geschichtlichen Erscheinung Einmaligkeit zuschreibt, wie auch in einem grundsätzlichen moralischen Sinne: es war ein Bruch mit der europäischen Zivilisation.

▷ Aus dieser Singularität, die zu bestreiten absurd oder zynisch wäre, folgt nun aber kein Verbot für die historische Wissenschaft, Vergleiche anzustellen. Massenmord an bestimmten Gruppen ohne Ansehen der Person ist in verschiedensten Formen in der Geschichte leider nicht einmalig gewesen. Nur durch Vergleiche kann Einmaligkeit überhaupt erkannt und begründet werden. Dieser methodisch wissenschaftliche Umgang mit der Analogie meint ja mit dem Vergleich nicht die Gleichsetzung, sondern die Untersuchung und Bestimmung von Verschiedenheiten, Ähnlichkeiten, Besonderheiten. Wer solche Vergleiche nicht zulassen möchte, muß sich fragen lassen, ob er dieses Vergleichsverbot allein auf den Holocaust bezieht und ihm damit eine außergeschichtliche, gleichsam metaphysische Qualität zuschreibt oder ob ihm Vergleiche in ihrer politischen Wirkung, also gleichsam nationalpädagogisch oder politisch, unerwünscht sind.

▷ Die Kategorie der Analogie unter politischen

Verdacht zu stellen, ist dennoch nicht ohne Plausibilität. Denn der Vergleich ist nicht nur eine wissenschaftliche Kategorie, sondern eine sozialpsychische Grundoperation. Er dient im außerwissenschaftlichen, lebensweltlichen Umfeld elementaren Bedürfnissen der eigenen Entlastung oder der Belastung anderer. Die Empfindung ist ebenso zynisch wie geläufig, daß gleichartige Fremdschuld eigene Schuld nicht nur erklärt, sondern minimalisiert, das Gewissen beruhigt, das Wohlbefinden stärkt, Vorwürfe vom Leibe hält oder zu erwidern gestattet.

▷ Es gibt allerdings deutliche Unterscheidungsmerkmale zwischen dem alltäglichen, lebensweltlichen und dem wissenschaftlichen Gebrauch der historischen Analogie. Politisch motivierte Analogie zielt immer auf Gleichsetzung, wissenschaftliche Komparatistik auf die Unterscheidung des Vergleichenen; politischer Vergleich ist nur an partiellen Zügen interessiert, die für das Wesentliche erklärt werden; nur so dient dieser Vergleich der Entlastung; wissenschaftlich verwendete Analogie dagegen differenziert durch Vergleich ihre Gegenstände mit dem Ziel genauerer Erkenntnis. Es läßt sich also sehr wohl unterscheiden, ob Analogie als Waffe im politischen Kampf oder als Methode im Erkenntnisprozeß gebraucht wird. Aber offenbar besteht eine Grauzone zwischen beiden, die es erlaubt, wissenschaftlich gemeinte Analogie politisch zu verdächtigen oder politisch gemeinte Analogie mit Zügen wissenschaftlicher Seriösität auszustatten. Ernst Noltes den Historikerstreit auslösender Artikel, der Auschwitz mit dem Archipel Gulag verglich, und diesem ein faktisches und logisches prius zuschrieb (ohne zu sagen, daß sich dieses nur auf die Psyche Hitlers beziehen sollte), bewegte sich in dieser Grauzone; er verband mit einer problematischen Verwendung der Analogie eine nicht minder fragwürdig angesetzte Kausalitätsandeutung – und die Kategorie der Kausalität (die Frage nach Ursache und Folge) ist nicht minder wie die des Vergleichs sowohl der wissenschaftlichen Erkenntnisuche wie der lebensweltlichen, funktionalen Selbstrechtfertigung zugehörig. Der scharfe Widerspruch war nicht ohne Veranlassung. Die beiden Aufsätze in dem vom Verlag unter einem Titel „Zweierlei Untergang“ zusammengefaßten Bändchen von Andreas Hillgruber, beide für sich schon ein Jahr lang veröffentlicht und ohne Widerspruch geblieben, rechtfertigten jeder für sich einen solchen Vorwurf nicht. Aber die Zusammenfügung unter diesem Titel und ein problematischer Klappentext (eine mißverständliche Passage zur historischen Perspektive) rückten diese Veröffentli-

chung doch in die Verdachtzone, hier solle völlig Unvergleichbares nicht nur im Zusammenhang der miteinander verflochtenen Gleichzeitigkeit dargestellt, sondern aufrechnerisch parallelisiert werden.

▷ Wer bei einem wissenschaftlichen, methodisch angesetzten Vergleich, das ergibt sich wohl als eine der Lehren aus dem Historikerstreit, sich nicht dem Verdacht aussetzen will, auf direkte oder sublimale Art die Vergangenheit, wie der Vorwurf lautete, „entsorgen“ zu wollen oder, schlimmer, der in einer bestimmten Publizistik und rechtsradikalen Blättern seit Jahrzehnten unentwegt vertretenen Rechtfertigung des nationalsozialistischen Regimes seriösen Vorschub zu leisten, wird seinen Vergleich von der sozialpsychischen Funktion der Analogie sorgfältig abzusetzen haben. Selbstverständlichkeiten gibt es hier nicht, Hinweise auf das gesamte Werk sind vergeblich. An Ort und Stelle muß gesagt werden, daß es nicht um Schuldabschiebung, sondern um Erkenntnis der Bedingungen, Elemente, Mechanismen des Verbrechens geht. Das Triviale ist nicht immer selbstverständlich.

▷ Auf der anderen Seite wird der, der jeden Vergleich auf diesem Felde ablehnt, weil er in ihm nichts als einen getarnten Entsorgungsversuch sieht, sagen müssen, was und wie denn aus diesem Stück der deutschen Geschichte historisch oder politisch gelernt werden soll. Wie soll Wiederholungen vorgebeugt werden, wenn es sich um ein singuläres, schauriges Ereignis handelt, unvergleichbar in seinen Bedingungen und Strukturen mit geschichtlichen und politischen Dispositionen an anderer Stelle in der Vergangenheit und unübertragbar auf die Zukunft? Gelernt werden kann nur, wenn die Epoche des Nationalsozialismus und auch die Judenvernichtung begriffen wird als Folge einer Konstellation der Geschichte der modernen Industriegesellschaft, deren Verwerfungen, Brüche und Widersprüche unter bestimmten Bedingungen an vielen Stellen in Europa inhumane, illiberale Entwicklungen, und unter den besonderen Verhältnissen der deutschen Geschichte nach 1918 eine tödliche Konstellation hervorbringen konnte. Die moralische Energie, die nötig ist, um solche politisch notwendige Erkenntnisarbeit historisch zu leisten, kommt gerade aus der vergleichenden Wahrnehmung für sich singulärer Verbrechen an Gruppen, die aus der Gesellschaft ausgestoßen wurden. Eine Strategie der Entlastung durch Analogien hingegen stellt diese moralische Energie still und entzieht uns die Möglichkeit, den einzigen Gewinn aus dieser Periode wahrzunehmen: die standhaltende Erkenntnis. Die Verweigerung des Ver-

gleichs jedoch entzieht der moralischen Empörung die Möglichkeit der Erkenntnis. Wegschiebende Entlastung wie singuläre Fixierung machen blind. Beide provozieren den Verdacht, daß es nicht um die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, sondern um politische Selbstrechtfertigung in der Gegenwart geht.

6. Umfassender ist die Frage, ob es nach der Epoche des Nationalsozialismus überhaupt noch eine Vorstellung von deutscher Geschichte insgesamt als traditionsbildender Kraft, als Basis unserer gegenwärtigen Existenz geben kann. Es gibt die Ansicht, die Hans Mommsen mit seinem historiographisch gemeinten Diktum zugespitzt vertreten hat: „Die Nation ist tot.“ Alle Suche nach nationaler Identität, nach der „verlorenen Geschichte“ geht danach irre, wenn sie sich anschiekt, nationale Traditionen für das Selbstbewußtsein der Bundesrepublik wieder lebendig zu machen. Im Gegenteil: dies erscheint gefährlich. Denn die Beschwörung der nationalen Geschichte, wachgehalten durch die Forderung nach Wiedervereinigung, kann nach dieser Auffassung nur undemokratische Muster des Denkens und Verhaltens vitalisieren, Revisionismus oder gar Revanchismus nach Osten schüren, den bundesrepublikanischen Verfassungspatriotismus unterhöheln. Insgesamt sieht man hier in der „Sucherei nach Identität“ eine ideologische Entsprechung der politischen Wende und hat damit das Verhältnis zur deutschen Geschichte wiederum instrumentalisiert im politischen Streit.

Jürgen Habermas hat es in einem Bilde deutlich ausgedrückt: Die nationalsozialistische Periode sei der Filter, durch den die Traditionen der deutschen Geschichte hindurch müssen. Ist mit seiner Formulierung gemeint, daß der NS als Ergebnis deutscher Geschichte die Kriterien liefere, nach denen alles vorherige zu beurteilen sei, so ist dies nicht nur faktisch unmöglich, sondern auch gegen alle Selbstverständlichkeiten historischer Wissenschaft.

Dies ist eine Umkehrung der gleichen, wenn auch primitiveren Denkfigur, die den Aufstieg des deutschen Nationalstaates in einer Linie von Luther über Friedrich und Bismarck bis zu Hitler führen sah. Es ist eine beliebte historische Konstruktion, einer großen Linie alles zuzuordnen, was in der Geschichte geschah, und dies dann positiv oder negativ zu werten. Diese historische Eindimensionalität ist mit umgekehrten Vorzeichen politisch auf der linken wie auf der rechten Seite dominant. Wo man die tausend Jahre der deutschen Geschichte gegen die zwölf

Jahre des Nationalsozialismus gleichsam als heile Vergangenheit stellt, sitzt man ihr nicht minder auf wie dort, wo man durch den Nationalsozialismus die gesamte deutsche Geschichte diskreditiert sieht.

Ich halte den Vorwurf, die methodisch behandelte Frage nach der „Identität der Deutschen“ sei ein antidemokratischer Versuch, populistischen Nationalismus zu erwecken, für ein politisches Argument – ebenso wie die entgegengesetzte Behauptung, eine intensive Auseinandersetzung mit der Periode des Nationalsozialismus und ein Bewußtmachen von bestimmten Kontinuitäten der deutschen Geschichte, die diese Periode vorbereiteten und ermöglichten, wolle die deutsche Nation in ein Bußergwand stecken und mit Schuldbesessenheit infizieren. Beides ist schlechte politische Rhetorik, die politische Kultur unseres Landes vergiftende Verdächtigungen. Die Geschichte ist so einfach nicht zu handhaben. Das Bündel unterschiedlicher Traditionstränge, das historische Eigengewicht unterschiedlicher Perioden lassen sich nicht wie eine Pappellalee ausrichten, die auf den Nationalsozialismus hinläuft; der Nationalsozialismus andererseits ist kein Einbruch von außen in eine heile deutsche Geschichte.

Die Geschichtswissenschaft kann gar nichts anderes fordern als eine sorgfältige Bemühung um eine breite und differenzierte Rekonstruktion der widersprüchlichen deutschen Traditionen, um eine kritische und diskursive Bemühung um das Verständnis der deutschen Geschichte in ihren Zusammenhängen. Da hinein gehört auch die Frage nach der deutschen „Identität“. Politisch auf einen integralen Nationalismus verengt, ist dieser Begriff von hoher Gefährlichkeit; wissenschaftlich verstanden als Kürzel für die Vielzahl oft in Spannung und Gegensatz sich aufbauender Identitäten, denen man als Deutscher zugehört und die allemal mehr sind als bloß die eine, kompakte nationale Identität, gehört diese Frage in den Prozeß der Klärung unseres Selbstverständnisses. Man kann nicht nur nicht aussteigen aus der Geschichte des Nationalsozialismus; dies gilt auch für die vorhergehenden Perioden der deutschen Geschichte. Wir können nicht gleichsam unter uns selbst hinwegtauchen und sagen, es hat uns – als Deutsche – ja gar nicht gegeben, dafür haben wir jetzt aber eine erfolgreiche Demokratie. Martin Broszat, der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, wahrlich nicht neokonservativer Tendenzen verdächtig, hat in seinem Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus die „Blokade des deutschen Geschichtsbewußtseins“ in glei-

cher Weise als moralisch, politisch und wissenschaftlich bedenklich erklärt und gegen die Abschottung der „vor- und außernationalsozialistischen Bestände deutscher Geschichte“ gesprochen. Ich wüßte keinen anderen Weg, mit der gesamten deutschen Geschichte umzugehen als den einer solchen Historisierung. Vergangenheit „vergeht“ dabei nicht, sie wird der Gegenwart begreiflich.

7. Ich habe eingangs die Geschichtswissenschaft und die Geschichtsdidaktik insofern als „asozial“ charakterisiert, als sie sich nicht, ihrem Anspruch nach, den Zumutungen politischer Konditionierung oder den elementaren Bewußtseinszwängen sozialpsychischer Harmonisierung fügen, als Waffen im politischen Kampf ebensowenig brauchbar sind wie als Integrationsideologie. Dieser Querstand zu politischen und sozialen Zwängen macht nun, meine ich, ihre eigentliche politische Kraft aus. Die oft beschworene politische Funktion der Aufklärung können historische Wissenschaft und Geschichtsunterricht nur wahrnehmen, wenn sie nicht in die politische Rhetorik mit historischen Argumenten einstimmen. Die Erfahrung, daß eine „kämpfende Geschichtswissenschaft“ die Politik irreleitet, indem sie sie bestätigt, sollte als Erkenntnis der Geschichte des Dritten Reiches nicht verloren gehen. Wissenschaft hat nicht Begriffe zu „besetzen“, sondern zu klären; und wenn sich der Philosoph auf „Aufklärung“ beruft, muß er der methodischen Rationalität der Aufklärung gehorchen. Diese Bedingung, die den Streit dem Konsens der Verpflichtung auf methodische Rationalität unterwirft, ist zugleich als Element des gesellschaftlichen Bewußtseins Teil des politischen Systems, das zu erhalten ist, soweit es schon besteht, und zu entwickeln, wo es noch unvollkommen ist: eines politischen Systems, das Konflikte anerkennt und ihren Austrag in den Formen rechtsstaatlicher Auseinandersetzung regelt und erfordert, weil der politische Gegner nicht als das schlechthin Böse, sondern als der Kontrahent betrachtet wird. Wie kann historische Wissenschaft und Lehre gleichzeitig politisch belangvoll und wissenschaftlich verantwortlich sein? Indem sie zeigt, wie sich unterschiedliche Auffassungen auf dem gemeinsamen Boden methodischer Vernunft auseinandersetzen. So kann sie vielleicht ihren bescheidenen Teil dazu beitragen, daß der politische Gebrauch historischer Argumente sich prüfen lassen muß – nicht an seiner Funktionalität im politischen Kampf, sondern daran, ob er den Erkenntnissen der Wissenschaft entspricht. Ich sehe keinen anderen Weg, aus der Geschichte zu lernen.

Es gehört zu den negativen Seiten dieses Streites, daß der wissenschaftliche Diskurs lädiert wurde – sei es nur dadurch, daß die Kontrahenten vor dem wissenschaftlichen Forum des Historikertages nicht zusammenzubringen waren. Die ohnehin dünne Trennwand zwischen Geschichtswissenschaft und politischer Rhetorik könnte porös werden. Das wäre ein Zeichen dafür, daß auch der politische Grundkonsens brüchig wird, auf dem die Bundesrepublik steht: der mit der Ablehnung des nationalsozialistischen Regimes und dessen historischen Wurzeln verbundene Verfassungspatriotismus. Von links wird Habermas schon wegen dieses Bekenntnisses zum Verfassungspatriotismus bekämpft. Auf der nationalsozialistischen Rechten kann Nolte zum Zeu-

gen für Mohlers Thesen verfälscht werden. Bis in die Reihen des Bundestages wurde Ablehnung der Rede des Bundespräsidenten zum 8. Mai 1985 artikuliert, weil er das Verständigungsgebot widerstreitenden Rechtsansprüchen überordnete. Die streitenden Historiker sollten erkennen, daß sie auf einem gemeinsamen Boden stehen, der nicht so haltbar ist, daß man sorglos seine Erosion fördern dürfte. Richard von Weizsäckers knappen Kommentar zu unserer Problematik halte ich politisch wie wissenschaftlich für zutreffend: „So unsinnig die Forderung nach dem Bülberhemd ist, so unverantwortlich ist nach meiner Überzeugung der Ruf nach einem Schlußstrich unter die Vergangenheit.“

Tendenz stark rückläufig Filmaustausch mit der Dritten Welt

Jahr für Jahr präsentieren internationale Filmfestivals, wie auch hierzulande das „Forum des jungen Films“ in Berlin und der Dritte-Welt-Wettbewerb der „Mannheimer Filmwoche“ interessante Spielfilme aus Entwicklungsländern, doch diese Angebote bleiben weitgehend Muster ohne Wert, denn in unseren Kinos und Fernsehprogrammen tauchen sie nur ganz selten auf. Letzte Erhebungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft betreffen das Jahr 1984 und zeigen, daß von den in diesem Zeitraum insgesamt in die Bundesrepublik importierten 1 316 Spielfilmen ganze 10 aus Entwicklungsländern kamen. Von den 30 Ländern, aus denen wir Filme einfuhrten, gehören nur 5 zur sogenannten „Dritten Welt“.

Von den Zahlungen in Höhe von 121 Mio. DM, die wir für Spielfilmimporte leisteten, gingen ganze 150 000 DM an die jungen Filmnationen. Im Jahre 1984 kauften immerhin 16 Dritte-Welt-Länder bei uns 77 Spielfilme und zahlten uns dafür 600 000 DM. „Stolz“ können wir bei diesem Geschäft mit den Ärmsten also einen „gewaltigen“ Handelsbilanzüberschuß melden.

„Ausländerfeindlichkeit“ kann man unseren Filmimporteuren freilich nicht vorwerfen, denn 1984 kamen 74 % unserer importierten Spiel-

filme aus den USA. Der Anteil von 22 % aus den europäischen Ländern macht deutlich, daß für uns auch im Filmsektor die atlantische Treue ganz oben an steht.

Auch in der Vergangenheit war unser Austausch von Spielfilmen mit der Dritten Welt nicht viel lebhafter. Stets zeigte man dort vergleichsweise mehr Interesse an unseren Filmen. Mit einem Anteil von 0,7 % an unseren Film-Importen von 1984 ist jetzt allerdings ein bemerkenswerter Tiefpunkt erreicht.

Einherrgehend mit unseren stetig nachlassenden Filmeinkäufen in diesen Ländern schwindet nun auch dort das Interesse an bundesdeutschen Produktionen. Noch gibt es dort Aufnahmebereitschaft, doch hiesige Arroganz und Teilnahmslosigkeit werden die noch vorhandenen Neigungen weiter schwinden lassen.

Was in diesem Bereich des kulturellen Austauschs verkümmert, wird auf politischen und wirtschaftlichen Gebieten seine Folgen haben. Entwicklungshilfe als „Treueprämie“ für „Folgsame“ wird sich im Verlauf der Prozesse in der Dritten Welt zunehmend als eine für uns verhängnisvolle Politik erweisen. Angesichts der hierzulande praktizierten Ausgrenzung der jungen Filmländer entlarven sich alle schönen regierungsamtlichen Beteuerungen von „Weltoffenheit“ als pure Heuchelei. Die Steigerung von Waffengeschäften und die Abdrosselung des Kulturaustauschs mit den Entwicklungsländern kennzeichnen eine friedensfeindliche Politik, deren schlimme Folgen auch für uns absehbar sind, denn alle Völker der Welt stehen heute unter dem gleichen Schicksal.

Herbert Stettner

Hermann Glaser/ Jürgen Zimmer Drunten in der Tiefe Brasilianische Augenblicke II.

Dr. Hermann Glaser ist seit 1964 Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg.

Prof. Dr. Jürgen Zimmer lehrt am Zentralinstitut für Unterrichtswissenschaften an der Universität Berlin.

Der Nordosten wird seit 4 Jahren von einer Dürre heimgesucht, deren Auswirkungen katastrophale Formen annehmen: 70 % der Bevölkerung sind von der Dürre betroffen, allein in Ceará wurde in 140 (von 141!) Gemeinden der Notstand ausgerufen; 90 % der Ernte sind vernichtet, das Vieh verendet zu Tausenden. Hunger und Durst haben 1983 mindestens 250 000 Menschen das Leben gekostet, allein jedes vierte Kind stirbt. – Ob Erwachsener oder Kind, wer diese Schreckenszeit überleben wird, ist durch die langjährige Unterernährung für sein Leben gezeichnet.

Die klimatischen Verhältnisse können aber nur bedingt als Ursache für die Hungersnot herangezogen werden. Landeinwärts eines schmalen, feuchtheißen Küstenstreifens (wo vor allem Zuckerrohr und Kakao auf großen Plantagen angebaut wird) prägt die Caatinga die Landschaft, eine Dornbuschsavanne, die im Sertao zur Halbwüste wird. Dennoch ist Wasser in unterirdischen Reservoirs vorhanden. Es zu fördern und auch an Kleinbauern zu verteilen, hieße aber, die Macht und die Monopolstellung der Viehbarone zu untergraben. Sie sind somit letztlich Nutznießer der stets wiederkehrenden Dürren, da so das feudale System gestützt wird, das sie auf ihren Fazendas zu Herren über Leben und Tod macht.

(Polyglott-Reiseführer Brasilien, 1984)

Bei den B.'s, die seit einiger Zeit in São Paulo leben, ist ein Ehepaar als neue Dienstboten eingestellt worden; sie kamen vom Nordosten, der furchtbarsten Hunger- und Armutzone. Daß sie diese Tätigkeit gefunden haben, hängt damit zusammen, daß der Mann recht gut Autofahren kann und somit eine Qualifikation besitzt, die die meisten der Landflüchtigen nicht aufweisen können. Es ist schwer, sagt Frau B., hier mit Dienstboten umzugehen; wenn man sie ins Familienleben voll einbezieht, wird dies

sofort als Schwäche der „Herrschaft“ ausgelegt und dann auf eine Weise ausgenutzt, die man bei aller Toleranz kaum hinnehmen kann. Also muß stets deutlich gemacht werden, daß man eben „die Herrschaft“ ist. Die reichen Familien haben da keine Skrupel; früher hatten die Haus-Frauen (die alles andere als Hausfrauen waren) sogar in ihrem Dienstpersonal eine eigene Kraft als „Auflieberin“ bzw. „Aufräumerin“; was man in der Wohnung nicht mehr brauchte, ließ man eben „fallen“; „Ordnung“ wäre schon eine zu große Anstrengung gewesen.

Bislang hat die Straßenkehrerin, die für das Viertel, in dem B.'s Haus steht, zuständig ist, gelegentlich deren Toilette benutzen dürfen. Das neue Dienstbotenpaar, kaum der Favela entflohen, läßt dies nicht mehr zu: Das wäre noch schöner, wenn die „schmutzige Person“ Unordnung hereinbrächte! Eine Solidarität der Armen und Ärmsten gibt es kaum; man ist am eigenen Vorteil orientiert; der jeweils andere ist ein gefährlicher Konkurrent fürs eigene Fortkommen. Kooperatives, solidarisches Bewußtsein hat es schwer; Selbsthilfeaktionen sind wenig ausgeprägt. Lieber vegetiert man individuell dahin, als daß man gemeinschaftlich sich darum bemüht, die Verhältnisse zu ändern – und sei es nur, daß man den Unflat, der sich in den Bächen, Straßen und Wegen ansammelt, forträumt.

*

Favelas, Favelas, Favelas – meine nächtlichen Alpträume werden durch die entsprechenden „Tagesterre“ bestimmt. Mit Wut und Resignation erlebt man eine verwüstete Gesellschaft – Folge europäischer Kolonialisierung, die religiöse Bigotterie mit brutaler Versklavung verband. Heute ist die Unterdrückung subtiler – die Multis entwickeln „verdeckte“ Rücksichtslosigkeit; sie sind freilich nur erfolgreich, weil sie nationale Partner haben. „Wir sollten nicht immer die Sündenböcke draußen suchen; unsere Politik ist korrupt!“ G. F. glaubt nicht an die Demokratie. Er ist Imker geworden. Bei seinen Bienen fühlt er sich wohl. Die guten Hirten, die nun das Volk umwerben? Ihre Schäfchen wollen sie ins Trockene bringen! (G. F. ist deutschen Ursprungs; er hat die „Sprichwörter“ nicht vergessen). 95 % des bebaubaren Landes seien in den Händen von 5 Prozent; 50 bis 60 Prozent, manche sprechen sogar von 70 Prozent, bekämen lediglich einen Minimallohn, umgerechnet 110 DM. Zwei Prozent erhielten einen zehnfachen Minimallohn; sie bilden den Mittelstand, der aufgrund der Inflation noch weiter absackt.

Die Mitarbeiterin des Sozialreferats von São Paulo sagt, daß man hier – mir ist schleierhaft, wie eine derart genaue Erfassung des sozialen Chaos möglich sein soll – 1 530 Favelas gezählt habe, mit 117 927 Elendshütten; 557 287 Menschen lebten in diesen Quartieren; in Slums 3 377 571; in Sozialwohnungen, „vertikalen Slums“, 597 475. Insgesamt, sagt sie mit dem Ton trauriger Bestimmtheit, könne man davon ausgehen, daß mehr als 50 % der Bevölkerung des Großraumes sich in tiefstem oder tiefem Elend befänden. Sie selbst stammt aus reicher Familie; lebt in einem herrschaftlichen Haus mit erlesenen Kunstschätzen – sorgfältig von einer privaten Wachgesellschaft beschirmt; nur so kann man sich vor Überfällen schützen. Auf die Polizei ist kein Verlaß. Von dieser Enklave gepflegter Wohnlichkeit bricht sie, in karitativem Engagement, immer wieder zu denen auf, die „drunten in der Tiefe“ (topographisch in der Höhe – denn die Favelas hängen oft genug wie faule Trauben an Hügeln und Bergen!) hausen.

*

Es ist 22.30 Uhr. 30 Kilometer Fahrt durch das nächtliche Rio liegen hinter uns, an die 100 in dieser Nacht noch vor uns. Die Suche nach den befreiten Gebieten der Stadt beginnt in einer der Schaltzentralen des Movimento Negro. In der Avenida Mem de Sá, einer kleinen Straße in einem heruntergekommenen Altstadtbezirk, betreten wir ein baufälliges Haus, das Instituto de Pesquisa das Culturas Negras (IPCN). Schwarze Brasilianer im Haus, schwarze auf den Straßen, schwarze in der Stehkneipe schräg gegenüber. Weiße kommen hier tagüber nur in einzelnen Exemplaren vor, Touristen gar nicht. *Dez anos de combate ao racismo*. Der Vizepräsident des Instituts begrüßt uns. Führung durch das Institut: ein paar leere Räume, in einem die Andeutung eines Büros von vorgestern, eine Bibliothek, aus einem Waschkorb voll zerfledderter Bücher bestehend. Im ersten Stock hüpfen wir über den Flur von Tragebalken zu Tragebalken, weil die Dielenbretter wurmstichigem Kork gleichen und große Löcher aufweisen.

Beginnt hier das andere Brasilien? „Wir setzen auf die Bewegung von unten. Wir organisieren die Schwarzen und Mulatten in den Favelas. Wir sind die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung.“ Das IPCN ist Teil eines Netzwerkes von 400 organisierten Initiativen des Movimento Negro in ganz Brasilien. Seine Mitglieder mißtrauen den Parteien. Sie seien unter den Militärs korumpiert worden oder – im Fall der PT – zu intellektuell.

Die schwarze Bewegung: sie will die Rekonstruktion und Fortentwicklung der afro-brasilianischen Kultur, die Stärkung des Bewußtseins, Schwarzer zu sein. Ihr anderes Brasilien, sagen sie, wird nicht mehr von den Abfällen der Weißen leben, sie, die Favelados, werden sich organisieren und den radikalen gesellschaftlichen Wandel erzwingen. Der politischen Organisation geht die kulturelle Aktion voraus. Wo immer das IPCN beginnt, Nachbarschaften zu organisieren, wird eine Sambaschule und danach erst eine Schule gegründet.

Das Movimento Negro, sagen seine Vertreter, will nicht den umgekehrten Rassismus, sondern eine Bewegung mit auch sozialistischen Akzenten, die später Menschen verschiedener Hautfarbe erreichen kann. Man kennt wohl die afrikanischen Beispiele – die schwarzen Führer, die die Befreiungsbewegung ideologisch ausschließlich auf Rassenkampf gründeten, zu Diktatoren wurden oder sich in Stammeskämpfen aufrieben. „Rasse heißt auch Klasse“, sagt Januario Garcia Filho, einer der Sprecher der Bewegung, „und zu unserer Klasse gehören auch viele Weiße.“

Itamar ist der Führer durchs nächtliche Rio. Er ist im IPCN für kulturelle Aktionen zuständig. Er hat seinen Bruder Atamar mitgebracht. Der ist Polizist, aber er kommt außer Dienst und in Zivil. Man kann nur ahnen, was in der Plastiktüte ist, die er unter dem Arm hält. Er ist kein Diener der reichen Herren, er gehört selbst der Bewegung an, aber wer weiß das schon in dieser Nacht.

In einer Gasse, vom IPCN einige Kilometer entfernt, treffen wir auf eine dichte Menge. Wieder ist kein Weißer zu sehen. Eine Sambagruppe hat sich vor einer Mauer niedergelassen, ringsum wird getanzt, geschwätzt, gelacht. Wir schütteln Hände, Hände, Hände. Ein kleiner Laden hat offen, dort gibt es Essen und Trinken. „Ein alternativer ökonomischer Kreislauf“, sagt Itamar. „Der Laden verdient, weil wir die Straße zu unserem Gebiet gemacht haben. Er gibt uns dafür ein paar Prozente vom Gewinn. Wir geben den Musikern was und nehmen den Rest für unsere Kulturarbeit.“

Wieder fahren wir kilometerweit durch die Stadt. An den Straßenrändern, in Hauseingängen – es ist nach Mitternacht – schlafen Kinder, haben sich ganze Familien auf alten Zeitungen ausgebreitet. Wir sehen Kinder, die schwere Karren mit Altpapier schieben. Hier anzuhalten oder auszusteigen, meint Atamar, könne auch für Schwarze tödlich enden. Wer hungert, nimmt auf die Hautfarbe seines Opfers keine Rücksicht.

Wir halten an einem Platz. Atamar entspannt sich. Wieder das Bild einer Volksversammlung bei Tanz und Musik. Die Theke aus Obstkisten und Brettern steht im Karree. Wieder das Gefühl von Sicherheit und Herzlichkeit. Dies ist die Sanierung Rios, die unten anfängt, von der Parteien und Verwaltungen noch kaum etwas wissen.

Eine lange Fahrt zur nördlichen Peripherie, zur letzten Station dieser Nacht, der Sambaschule „Die Verrückten von Pílares“. An die 1 000 Menschen in einem riesengroßen Wellblechschuppen. Auf einer Empore stehen Sänger, auf einer anderen warten 50 Percussionisten auf ihren Einsatz. Es werden heute nacht neue Sambatexte und -melodien eingeübt. Der Sänger singt die Melodie vor, unten im Saal werden Zettel mit Texten verteilt, und dann fallen explosionsartig, mit ohrenbetäubendem Krach die Percussionisten ein und mit ihnen alle, die unten im Saal nicht nur singen, sondern auch tanzen. Schwarzer Samba, antiamerikanischer Samba. „Brazil“, ruft der Sänger, die amerikanische Schreibweise meinend, „werden wir niemals sein, oder doch?“ „Niemals!“, schallt es zurück. Und im Text steckt die Ironie. *Der Gringo ist so lieb / Macht Krieg doch nur im Comic / Er will nur unsere Einigkeit / Und geht mit diesem Witz hausieren.* Schwarzer Samba, antikapitalistischer Samba: *Schaut das große Durcheinander / Conariquito hat dem Boss ein Bein gestellt! Zog mit unserer Sambaschule durch die Straße / Weil der Samba vom Zylinderhut nicht abhängt.*

Vier Uhr nachts. Itamar schlägt vor, noch in eine Gafiera zu gehen, einen Tanzschuppen der Vorstädte, aber sein Bruder muß bald den achtzehnstündigen Dienst antreten und will schlafen. Wir lassen ihn unter den Kreuzungsbrücken eines Highway aus dem Wagen. Itamars Bruder muß jetzt etwa 400 Meter zu Fuß überwinden. Er öffnet die Plastiktasche, holt einen Revolver heraus, entschert ihn und steckt ihn in den Gürtel. Die Hand am Abzug, die dunkle Umgebung sorgfältig taxierend, geht er los. Unter der Brücke regen sich einige Gestalten. Itamar wartet nicht, er startet und fährt weiter. Sein Bruder, sagt er, habe in seinem Job lange genug überlebt, um sich auch jetzt selbst zu helfen.

*

Ob arm, ob reich – die Frau gilt als Besitz des Mannes; der Mann „bestimmt“ über ihre Sexualität. Männlichkeitswahn, der im Sambakult sich ein rhythmisierendes Aphrodisiakum schafft. A. I. kommt aus der schwarzen Unterschicht; hat sich emporgearbeitet. Er kennt sich in der alternativen

Szene und Untergrundkultur Rios gut aus. I. hat eine schwarze Frau und von ihr zwei Kinder; für Sonntag „hält“ er sich eine weiße Frau, was sein Sozialprestige wesentlich fördert. Für Augenblicksbekanntheiten nutzt er eines der vielen Stunden-Hotels. Die Angst vor Aids, das sich gerade in Rio epidemisch ausbreitet, verdrängt er offensichtlich noch. In der „Samba-Schule“, die wir mit ihm besuchen, treffen wir vor allem kleine Angestellte an. Mädchen und Frauen, hübsch, chic, oft „betörend schön“ – für die „wöchentliche Nacht der Leidenschaft“ den engen Büros entflohen; lässig werden sie von den schlanken Beaus in weißen Hemden gemustert. Rasch sind Adressen und Telefonnummern ausgetauscht. Besser jedoch man kopuliert sich gleich anschließend; heute oder nie, sagt eine braune Schönheit zu I.; er kann aber nicht, da er uns noch zurückbringen will.

Samba, dachte ich, als ich spät in der Nacht endlich im Bett lag, die Samba ist das Ausdrucksmittel dieses großzügigen Volkes; in der Samba begegnen wir uns alle in menschlicher Gemeinschaft, wir werden in der Samba zu Brüdern und Schwestern, wir haben eine gemeinsame Sprache, die Samba! Mit der Samba teilen diese Lebenskünstler etwas von ihrer Freude und Schönheit an Künstler, Wanderer, Hippies und andere mit, die auf der Suche nach der Schönheit um die Welt reisen, auch an Touristen und Stadtbewohner, die den Kontakt zu den einfachen Zerstreuungen verloren haben, zur Natur, zum Luxus des Primitiven.

(Marianne Greenwood im „Merian“)

*

Am Copacabana-Strand in Rio haben sich zwei Touristen niedergelassen; sie ölen sich ein; ein freundlicher Junge tritt heran und erbittet etwas Sonnenöl; derweilen versucht sein Kumpan, die Taschen der beiden zu stehlen. – Wir schlendern durch die Altstadt von Rio, verlieren uns nicht aus den Augen; Pedro, hier geboren, führt uns, er kennt sich aus; seine deutsche Freundin auch. Nach kurzer Zeit sieht sie, daß ihre Umhängetasche von oben bis unten aufgeschlitzt ist; die eingepackten sperrigen Bücher haben freilich das Herausfallen des Inhalts verhindert. Pedro wurde erst vor zwei Wochen vor der Haustür überfallen; zwei Jugendliche haben ihn mit einer Pistole bedroht und ihm alles abgenommen. Wird einer überfallen oder bestohlen, sehen die anderen nicht hin. Die kommunikativen Strukturen lösen sich auf; jeder mißtraut jedem. Gleich hinter dem schönen Strand, der einigermaßen gut bewacht



ist, beginnt der Dschungel. Ein Wort der Marie von Ebner-Eschenbach kommt mir nicht aus dem Sinn: „Wenn dein Teller voll ist und der deines Nachbarn leer, so gib ihm die Hälfte, wenn nicht aus Mitleid, so doch aus Klugheit.“

Die politisch Engagierten, die eine soziale Evolution oder Revolution erhoffen, sind pessimistisch; die neuen Parteien seien von alten (verbrauchten) Politikern beherrscht, zudem korrupt, nur an ihren eigenen Interessen orientiert. Das ungeheure soziale Elend wird zwar jetzt, als Folge der Demokratisierung, angesprochen; oft freilich nur rhetorisch; den Worten folgten keine Taten. Hoffnung setzt man statt dessen auf das, was „unten“ geschieht. Überall arbeiten, oft unter schlimmsten Bedingungen, Bürgerinitiativen, engagiert, pragmatisch und erfolgreich. Wie kann Aufklärung entstehen, wenn die Massen sich nicht nur im tiefsten sozialen, sondern auch im tiefsten mentalen Elend befinden? Wie kann sich das Bewußtsein von der Notwendigkeit intensiver schulischer Erziehung ausbreiten, wenn erst Erziehung solches Bewußtsein zu wecken vermag?

H. Ostrower ist maßgeblich an einem Bürgerchaftsverein beteiligt, der in zwei Außenbezirken

Versuche mit einfacher Arbeit etwas zu verdienen

von Rio de Janeiro Büros zur Beratung und Unterstützung der Favela-Bewohner eingerichtet hat. Der letzte Bericht der Vereinigung (CEAC) weist darauf hin, daß in den vergangenen 15 Jahren die Landflucht (wegen der Mechanisierung der Landwirtschaft und mangelnder Bodenreform) zu einer „Sturmflut“ angewachsen sei. In Rio de Janeiro (6 Millionen) leben 1,5 Millionen in Elendsquartieren; dazu kommt ein die Stadt umschließender „Armutsgürtel“ von Trabantenstädten mit etwa 3 Millionen Einwohnern.

Die Bürgerbewegung begann in Nova Iguaçu; 1940 35 000 Bewohner, heute 1,5 Millionen. 1975 richteten zwei Arztfamilien ein Ambulatorium ein; angesichts der medizinischen Unterversorgung der Bevölkerung, die einen entsprechend hohen Krankheitsstand aufwies, und schlimmer Unterernährung standen sie vor schier unlösbaren Aufgaben. Zugleich erkannten sie, daß die verelendeten Massen nicht in der Lage waren, auch nur ihre minimalsten Rechte in Anspruch zu nehmen und die notwendig-

sten Forderungen zu artikulieren. Zusammen mit kirchlichen Basisgemeinden führten und führen sie einen zähen Kampf gegen die Behörden.

Nur etwa 20 Prozent der Häuser, zu einem großen Teil primitive Hütten, haben Kanalschluß; 54 Prozent besitzen Abortgruben; der Rest der Anwesen ist auf offene Bäche angewiesen, die mit Unrat verstopft sind.

Lediglich 50 Prozent der Häuser besitzen Wasseranschluß; bei den anderen muß jeder Tropfen Wasser von öffentlichen Brunnen mit fragwürdiger Qualität herbeigeschafft werden. Die 195 dürftig ausgestatteten öffentlichen Schulen langen nicht einmal, um allen Kindern eine Grundausbildung zu ermöglichen. 10 Prozent der Eingeschulten bleiben nur das erste Jahr. 150 000 Kinder gehen überhaupt nicht zur Schule. 85 Prozent der Bevölkerung verdienen monatlich weniger als umgerechnet 120-140 DM (wobei die Lebenshaltungskosten in vielen Bereichen sich kaum von den deutschen unterscheiden). Da die armen Satellitenstädte wenig Arbeitsmöglichkeiten bieten, braucht man verhältnismäßig viel Geld (und Zeit) für die Beförderung ins Zentrum des Großraums, nach Rio. Die Omnibuslinien werden von privaten Unternehmen betrieben.

Die Kriminalität ist extrem hoch; sie wird begünstigt von der Tatsache, daß lediglich 20 Prozent der Straßen beleuchtet sind; der gleiche Prozentsatz der Verkehrswege ist geteert oder gepflastert.

Die Menschen, die in diesen riesigen Elendsgebieten wohnen, sind nur schwer zu politisieren; sie konzentrieren ihre ganze Energie auf den elementaren Lebenskampf, oder sie versinken in Lethargie, überantworten sich Drogen, werden von der Mafia ausgebeutet.

Unermüdlich versuchen die Mitglieder der CEAC, den Sumpf der Armut (was man durchaus auch wörtlich nehmen kann) trocken zu legen, um den Aufbau eines bescheiden menschenwürdigen Daseins zu ermöglichen. Wenig Unterstützung erhalten sie dabei von den Parteien; diese versuchen durch leere Versprechungen zu beschwichtigen und durch spektakuläre Projekte vom Elend abzulenken. 1980 zum Beispiel eröffnete der Bürgermeister von Nova Iguaçu ein neues Rathaus, das, innerhalb der Relationen des Gemeindehaushaltes, eine Riesensumme gekostet hatte; er gab bei dieser Gelegenheit ein Festessen für tausend Ehrengäste. Die Reaktion der Bevölkerung war immerhin ein vom Bürgerverein organisierter Schweigemarsch zum neuen Rathaus, der Aufmerksamkeit hervorrief und einige konkrete Verbesserungen bewirkte.

Nach zwanzig Jahren Militärrherrschaft ist eine demokratische Aufbruchstimmung bei vielen - Lehrern, Sozialarbeitern, Künstlern, Journalisten - festzustellen. Freilich, dies ergibt sich aus vielen Diskussionen, politisches Engagement findet keine Fixierungspunkte; es gibt keine Partei, zu der man sich wirklich bekennen möchte. Selbst bei Links-Intellektuellen ist die PT (Arbeiterpartei) wegen ihres zu dogmatischen Kurses keineswegs akzeptiert. Wie sähe ein „Godesberger Programm“ für Brasilien aus?

Diskutiert man über die deutschen Jugendbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts, so wird rasch deutlich, daß vergleichbare Entwicklungen in Brasilien völlig fehlen; die vielgepriesene friedlich-heitere brasilianische Lebensart mag mit dafür verantwortlich sein, daß die Jugend, trotz der schlimmen Erfahrung der Diktatur, kaum „Bewegungskraft“ entwickelt. Aktion Vaternord, Aktion Muttermord: Die Freudschen Kategorien sind hier nicht anwendbar; so fehlt das dynamisierende Element, das die erstarrten Verhältnisse, von der jungen Generation aus, zum Tanzen bringen könnte. „Vorwärts“, „aufwärts“ sind zudem stark überlagert vom „Frischwärts“ der Konsumideologie; die Dominanz des Fernsehens ist noch viel größer als in den USA; gänzlich kommerzialisiert (und weitgehend amerikanisiert), trifft es auf eine Bevölkerung, die, aufgrund mangelnder Bildung, für Trivialmythen besonders anfällig ist. Hat man etwas Geld, schafft man sich einen Fernseher an; auch in den Favelas sieht man relativ viele Fernsehantennen. Die Politiker in der Bundesrepublik, die eine weitreichende „Verkabelung“ anstreben und der Kommerzialisierung der Medien Tür und Tor zu öffnen trachten, diese Protagonisten mediokrater Telekratie sollten aus Brasilien lernen.

Erst hat die Sklavenhaltergesellschaft das Land verwüstet und zusammen mit dem katholischen Obskurantismus die Menschen von jeder Aufklärung ferngehalten; nun werden die Massen durch „Fernsehewahn“ von der Politisierung abgehalten. Sonne und Amore. An den weitgehend verseuchten Straßen von Rio spielt die Jeunesse dorée, die freilich auf Postkarten mehr denn in der Wirklichkeit vorhanden ist, einen Lebens-Karneval vor, der im „anderen Rio“, den krebsartig wuchernden Elendsquartieren, nur als Hohn empfunden werden kann.

Mit weit ausgestreckten Armen, nachts als Wahrzeichen hell angestrahlt, breitet die 38 Meter hohe Christus-Figur auf dem Corcovado ihre Arme aus; „unerlöst“ liegt weit drunten die Stadt als grauer Be-

tonhaufen. Wenig Grün. Sodom und Gomorrha, vor dem Untergang.

*

Schulen für die Reichen haben Tradition. Die Kinder der Eroberer erhielten Privatunterricht, gingen später in Privatschulen und auf Eliteuniversitäten. Zu den Highlights in der Bildungskarriere brasilianischer Yuppies gehört ein Wirtschaftsstudium an einer nordamerikanischen Universität. Es ist der Typ des alerten Businessman, den die Armen in den Sambahschulen verspotten, als einen, der den ökonomischen Ausverkauf betreibt und der kulturellen Invasion Vorschub leistet.

Die Versuche brasilianischer Behörden, Schulen für die Armen zu unterhalten, wirken in der Regel dilettantisch. Ein Wettlauf mit der Geburtenentwicklung, ein Rennen ohne Kräftereserven und Konzept. Anders im Staat Rio de Janeiro. Der Gouverneur, Leonel Brizola, Gewerkschafter und einer der künftigen Anwärter auf den Präsidentenposten, will durch Schulen auf einer Massenbasis die Ernährung der Favelakinder sichern. Die Idee davon stammt von Darcy Ribeiro, dem berühmten Anthropologen, der nach Jahren des Exils als Kulturminister Brizolas Regierung angehörte.

Als erstes bauten sie eine Schulfabrik, in der täglich ein bis drei Schulen vom Fließband rollen – in einer großen und einer kleinen Variante. Die große

ließen sie vom Architekten Oscar Niemeyer entwerfen – sie wirkt wie ein auf Stelzen stehendes vielfenstriges Raumschiff; die kleine – rasch von Laien montierbar – erinnert an ein modern konzipiertes Remake einklassiger Dorfschulen. Vor allem bei der großen Variante ist zu erkennen, daß eine Schule für die Armen mehr sein muß, als nur eine Schule: Auf das flache Dach wurden zwei Wohnungen aufgesetzt, in denen je zwölf verlassene Kinder, Abandonados, unterkommen und von je einem Ehepaar betreut werden können. Die Schule enthält in ihrem Bauch eine Küche, eine Mensa, eine Gesundheitsstation und Waschräume. Alle Kinder einer solchen Schule erhalten drei- bis fünfmal täglich zu essen, Grund genug, hier zu bleiben und zu lernen. Sie werden medizinisch betreut, die meisten erleben zum ersten Mal eine Dusche. Auch die kleine Schule enthält Küche, Waschgelegenheiten und eine Ambulanz, auch in ihr wird täglich gekocht.

Brizolas Projekt ist für Länder der Dritten Welt deshalb singulär, weil nirgendwo sonst Schulen ein solcher Stellenwert für die Überwindung des Elends zuerkannt wird, nirgendwo sonst wird mit solcher Brachialgewalt Tag für Tag der Kampf um eine hundertprozentige Versorgung in den Slums ausgetragen: In drei Jahren werden es 300 große Schulen für

Kirche in Recife, die gleichzeitig als Werkstatt dient



je 1 000 Schüler sein, dazu 2 000 kleine für je 60 bis 120 Schüler. Keine dieser Schulen wird in Vierteln der Reichen stehen, sie alle werden in den Favelas und ärmlichen Bairros der Außenbezirke errichtet.

Einweihung des *Centro Integrado de Educação Popular* (CIEP) im Bairro Meriti. Diese CIEP-Schule überragt die selbstgebastelten Hütten in der Nachbarschaft um Stockwerke. In der Aula, auch sie ein luftiger Stelzenbau, lagern Schüler, Nachbarn, Tanzgruppen. Frage an Darcy Ribeiro, wie er sich fühle. Er strahlt: „Ganz Brasilien schaut auf Rio.“ Die Sensation für die Brasilianer sei nicht, daß, sondern wo die Schulen gebaut würden. „Die früheren Gouverneure haben für das reiche Rio gearbeitet und 80 Prozent des Bildungsetats dort investiert. 80 Prozent der Kinder blieben unterversorgt. Wir machen es umgekehrt.“ Darcy Ribeiros Kollegin auf Staatsebene, die Erziehungsministerin Yára Vargas, ergänzt: „Wir investieren 30 bis 40 Prozent unseres Gesamthaushalts in die Bildung, sie hat absolute Priorität.“ Eine solche Schule kostet eine Million US-Dollar. Im Bundesstaat Rio fehlen 1,5 Millionen Schulplätze, nur 600 000 Schüler waren bisher mit Schulen versorgt. Die Markierungspunkte des Brizola-Projektes sind erkennbar: In drei Jahren sollen alle Kinder im Grundschulalter versorgt sein.

Eine Stunde lang Reden in der Aula, feurige wie die vom schwarzen Vorsitzenden der Nachbarschaftsorganisation, werbende von Parteifunktionären, engagierte von Ribeiro und Vargas. Dann drei Stunden lang Samba der Schüler – eine wildere Schulfeste haben wir nie gesehen. Wir, Ehrengäste, ohne vorher davon zu wissen, werden mit Samba especial im Schwarzwälder Dirndl erfreut. Dies Projekt, ruft Yára Vargas – uns zublinzelnd – den Favelados, Lehrern und Schülern zu, sei so bedeutend, daß extra zwei Alemanhos angereist seien. Wahlkampf in Rio.

Das Essen in der Kantine, Hähnchen mit Reis und schwarzen Bohnen, dazu Früchte und Fruchtsaft, sei, schwört die Köchin, jeden Tag so gut. Und auch Yára Vargas meint, sie würden an den essentials der Schule nicht sparen. Die Klassenräume wirken freundlich, die Handschrift Niemeyers ist bis in die Details zu spüren. Die Nachbarn halfen, die Schule zu verschönern, nun sind sie eingeladen, die Sportanlagen mit zu nutzen.

Später reden wir mit Maria Iedda Linhares, Erziehungsministerin der Stadt Rio über Haken und Ösen. „Ja“, sagt sie, „wir bauen konventionelle Schulen.

Die Kinder kommen mit ihren Problemen in die Schule, aber die Schule löst nicht die Probleme der Favela.“ Die CIEP-Schulen sind, das ist unübersehbar, große Geschenke für die Favelados. Sie fallen vom Himmel. Sie sind Ausdruck eines nach links gewendeten *Clientelismo*, jener Politik der guten Gaben, mit der konservative Regierungen bisher die Reichen bedienten und den Armen den Fortschritt für alle vorgaukelten. Es sind keine Schulen, wie sie Julius Nyerere in Tansania wollte, als er seine *education for self-reliance* und damit Schulen konzipierte, die von den Nachbarn selbst gebaut und betrieben werden sollten. Es sind keine Nachbarschaftsschulen. Ihr Curriculum ist das aller Schulen Rios. Weder werden, wie Paulo Freire dies will, lokale Schlüsselthemen zum Ausgangspunkt des Lernens, noch sind diese Schulen produktiv. Ihre Kinder hungern nicht mehr, aber sie lernen nicht, wie sie hier und jetzt in ihrer Favela den Hunger beseitigen können. Die Lehrer sind keine Gemeindeentwickler, auch wenn sie sich freiwillig an diese Schulen versetzen lassen.

Dem quantitativen Schub hinkt die Qualität nach. Auch Maria Iedda Linhares sieht das so. „Aber“, sagt sie, „gebt uns Zeit, um aus unseren Schulen Nachbarschaftsschulen zu machen. Wir haben bisher weder die Lehrerausbildung dafür noch Curriculumentwickler, die ein solches Konzept beherrschen. Wir haben noch zuviel von gestern im Kopf.“ Gestern: das ist das Imitat namens Schule, das Surrogat falscher europäischer und nordamerikanischer Vorbilder. Es sind die Lernzielhierarchien des Benjamin Bloom. Es ist jene von Jerome Bruner favorisierte Wissenschaftsorientierung, die auf das Leben ringsum nicht mehr beziehbar ist. Es ist eine Chemie, die zu Formeln gerinnt, während nebenan das Dreckswasser aus den Hütten rinnt und zum Himmel stinkt.

Auf der Rückfahrt Besuch einer Sozialstation für schwangere Frauen; diese sollten dort beraten und mit den wichtigsten Grundregeln der Hygiene vertraut gemacht werden; sie brachten ihre anderen Kinder mit; hatten Hunger; wollten hier waschen – gab es doch fließendes Wasser; die Männer kamen abends dazu... Nun ist auf engem Raum ein „Kommunikationszentrum“ entstanden. Besondere Attraktion: ein Schrebergarten mit Gemüse- und Kräuterbeeten. Übrigens von psychosomatischer Bedeutung. Die Leiterin der Einrichtung erzählt, daß die Frauen ihre große Nervosität – die Mafia ist in diesem Gebiet besonders brutal – „abarbeiten“ können.

Frühling '87: Erinnerung an eine selbsternannte Kassandra

„Neben der Möglichkeit, die Menschheit in einem Atomkrieg auszurotten, ist das Kernproblem unseres Zeitalters ... die Verunreinigung der gesamten Umwelt des Menschen geworden; sie erfolgt mit Substanzen, denen eine unglaubliche und heimtückische Macht innewohnt. Schaden anzurichten: Diese Stoffe reichern sich in den Geweben von Pflanzen und Tieren an, sie dringen selbst in die Keimzellen ein und zerstören oder verändern das Erbgut, von dem die Gestaltung der Zukunft abhängt. ... Wir leben in einem Zeitalter von Spezialisten, von denen jeder nur sein eigenes Problem sieht und den größeren Rahmen, in den es sich einfügt, entweder nicht erkennt oder nicht wahrhaben will. Es ist aber auch ein Zeitalter, das von der Industrie beherrscht wird, in dem das Recht, um jeden Preis Geld zu verdienen, selten angefochten wird.“

Menschen, die in dieser Weise reden, hat jener Politiker aus Bayern als „selbsternannte Kassandra“ bezeichnet. Diese Sätze jedoch stammen nicht von einer selbsternannten Kassandra des Jahres 1986 oder 1987. Rachel Carson schrieb sie im Jahre 1962. Vor 25 Jahren erschien ihr Buch „Silent spring“. Mit der fachlichen Befähigung einer forschenden Biologin erarbeitete sie eine populärwissenschaftliche Kritik des chemischen Pflanzenschutzes. Den Titel des Buches gewinnt Rachel Carson aus einem bösen Märchen („vorerst nur ein Phantasiegebilde, könnte leicht rauhe Wirklichkeit werden“), mit dem sie ihren Text beginnt und in dem es heißt: „Es herrschte eine ungewöhnliche Stille. Wohin waren die Vögel verschwunden? Viele Menschen fragten sich, sie sprachen darüber und waren beunruhigt. Die Futterstellen im Garten hinter dem Haus blieben leer. Die wenigen Vögel, die sich noch irgendwo blicken ließen, waren dem Tode nah; sie zitterten heftig und konnten nicht mehr fliegen. Es war ein Frühling ohne Stimmen. Einst hatte in der frühen Morgendämmerung die Luft widergehallt vom Chor der Wander- und Katzendrosseln, der Tauben, Hähner, Zaunkönige und unzähliger anderer

Vogelstimmen, jetzt hörte man keinen Laut mehr; Schweigen lag über Feldern, Sumpf und Wald.“

In einem „Vorwort zur Ausgabe 1976“ schrieb Theo Löbsack, das Buch der früh verstorbenen Rachel Carson habe vierzehn Jahre nach der Veröffentlichung in Deutschland nichts von seiner Aktualität verloren; Voraussagen und Warnungen der amerikanischen Biologin hatten sich vielmehr erschreckend bewahrheitet. „Nahezu alle Gefahren, auf die sie damals hingewiesen hat, haben sich nicht nur bestätigt, sondern mittlerweile sind durch den übertriebenen Einsatz von Schädlingsgiften in der Natur, durch Profitgier und kurzsichtiges Verhalten des Menschen Schäden entstanden, die teilweise nie wieder gutzumachen sind.“ Nach weiteren zehn Jahren sind wir wieder um einiges schlauer (z. B. sind die Methoden, Schäden zu messen, verfeinert worden), aber kaum klüger geworden (immer neue Gifte werden von den großen chemischen Konzernen auf den Markt gebracht, und wenn Atrazin die Böden verseucht, bietet die Biotechnologie die Möglichkeit, atrazin-resistente Tabak- und Maissorten auf den Markt zu bringen). Ein Vorwort 1987 könnte – die Zahl verändert – so enden wie das von Löbsack 1976: „Was Rachel Carsons Alarmruf vor vierzehn Jahren nicht vermochte – wird es ihr Buch jetzt bewirken? Nach allem, was wir um uns sehen, fällt es schwer, daran zu glauben.“

Nach allem, was wir um uns sehen (die durch einen Brand im Sandoz-Werk ausgelöste Rheinkatastrophe nur als das aufstößendste Fanal), fällt es leicht zu wünschen, daß sich mit Gründen Warnende wie Rachel Carson täglich neu finden. Daß die Warnenden zu Kassandra werden, können wir uns gar nicht wünschen, denn das Los der Kassandra ist ja (von Christa Wolf formuliert): „Ich will Zeugin bleiben, auch wenn es keinen einzigen Menschen mehr geben wird, der mir mein Zeugnis abverlangt.“ Für den bayerischen Kritiker eine andere Einsicht, ebenfalls von Christa Wolf in ihrer Erzählung formuliert: „Das alte Lied: Nicht die Untat, ihre Ankündigung macht die Menschen blaß, auch wütend, ich kenn' es von mir selbst. Und daß wir lieber den bestrafen, der die Tat benennt, als den, der sie begeht: Da sind wir, wie in allem übrigen, alle gleich. Der Unterschied liegt darin, ob man's weiß.“

Ferdinand Menne

Leserbriefe

Insgesamt gut

Zu NG/FH 1/87

Das angebotene Spanienbild halte ich für insgesamt gut, besonders ansprechend fand ich die tours d'horizont von H. R. Fäßler (Sozialisten) und M. Strausfeld (Kultur). Äußerst beeindruckend ist auch der Lagebericht von 1937 des jungen Willy Brandt, der mit vierundzwanzig Jahren seiner SAP eine vollständige Bestandsaufnahme der Situation in Spanien zu vermitteln imstande war. Da Korrekturen oder Ergänzungen zu diesem Spanienbild gewünscht wurden, möchte ich in diesem Sinne zwei der dargestellten Probleme kurz ansprechen, nämlich das der Offizierskaste bzw. Generalität und das der Jugend bzw. der Jugendarbeitslosigkeit.

Willy Brandt weist zu Recht darauf hin, daß eine der Hauptstützen des Klerikalfaschismus in Spanien die Offizierskaste war, die solche Ausmaße nahm, daß 1937 auf sechs Soldaten ein Offizier kam, was die nationalspanische Seite betrifft. Hinzuzufügen wäre heute, daß diese Situation bis Francos Tod erhalten blieb. Obwohl von ihm schlecht bezahlt und langsam befördert (aber stets hofiert und sozial herausgestellt) umfaßte das Offizierskorps bei seinem Tode 5 000 (Fünftausend!) Generale und Admiräle. Zum Vergleich: Die Bundeswehr hatte zu der Zeit bei einer zweimal höheren Soldatenzahl „bloß“ ein Zehntel der spanischen „roten Hosen“. Kamen also auf einen General in der Bundesrepublik an die tausend Soldaten (etwa ein Bataillon) so waren es in Spanien ganze fünfzig, ein einziger Zug! Kein Wunder, daß die spanische Generalität überaltert war, mit einer Dienstaltersgrenze um zehn Jahre höher als in der BRD (70 statt 60 Jahren!) und operettenhafte Stellenbesetzungen produzierte. Von den fünf Generalsrängen (Brigadegeneral, Divisionsgeneral, Generalmajor, Generalleutnant, Generalkapitän) hat den höchsten allein der König inne. Aber Vier-Sterne-Generäle (in Spanien Generalleutnant, teniente general) gibt es immer noch in Massen und sie stehen Einheiten und Einrichtungen vor, die in der BRD von weit rangniedrigeren Chargen geführt werden, aber das bei etwa doppelt so hohen Bezügen.

Die politische Einstellung einer solch überalterten und parasitären Generalität konnte logischerweise

auch im postfrankistischen Spanien keinen Zeitgeist aufweisen, auch wenn es zu ernsthaften Putschversuchen nicht gekommen ist, was in erster Linie der demokratischen Haltung des Königs zu verdanken war, der das Militär auf die Verfassung zu verpflichten wußte. Die inzwischen fortschreitende Umstrukturierung und Modernisierung in Richtung höherer Effizienz und demokratischerer Gesinnung des Offizierskorps und insbesondere der Generalität bleibt jedoch vor allem das Verdienst der geschickten Reformpolitik von Felipe Gonzalez und seiner Regierungspartei PSOE.

*

Zwei Wahlsiege mit absoluter Mehrheit errang Felipe Gonzalez mit einer sehr hohen Stimmenzahl der Arbeiter, der Frauen und der Jugend. Letztere bekam zwar mehr Freiheiten und Ausbildungschancen, jedoch nicht die versprochenen Beschäftigungsmöglichkeiten. 800 000 neue Arbeitsplätze wurden von der PSOE für 1982–86 versprochen, 100 000 gingen verloren. Die jungen Spanier zwischen 15 und 24 Jahren, neunzehn Millionen an der Zahl, stellen etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung dar. Fünfundvierzig Prozent von ihnen sind mit oder ohne berufliche bzw. akademische Ausbildung arbeitslos, neunzig Prozent der männlichen Jugendlichen bleiben bis zum 30. Lebensjahr im Elternhaus und leben dort meistens auf dessen Kosten. Hierauf sind auch die Demonstrationen und Krawalle, die Tausende von Oberschülern in der dritten Januarwoche in den Großstädten Spaniens veranstaltet haben, zurückzuführen. Auch der Drogenkonsum ist landesweit sehr hoch. Daß das Problem der sozialistischen Regierung voll bewußt ist, wird daran erkennbar, daß im Januar eine interministerielle Kommission für Jugendfragen unter Vorsitz von Felipe Gonzalez gebildet wurde. Bleibt abzuwarten ob und was diese bewirkt. Denn leider nur allzu groß ist die Neigung der Madrider Regierung, Probleme nicht an den Wurzeln und an der Basis anzupacken, sondern administrativ, durch Ernennung eines neuen Staatssekretärs oder durch Bildung irgendeiner Kommission erörtern zu lassen. Die Enttäuschung und Erbitterung der Jugendlichen wächst. Der PSOE fehlten 1986 verglichen mit 1982 immerhin rund eineinhalb Millionen Stimmen. Das nächste Mal kann ein weiterer Stimmenverlust durchaus die Mehrheit kosten.

Karl Klausen
Isla de la Palma

Attraktivität und Professionalität

Zu den Artikeln von
Peter Glotz, Klaus Rave
und Siegmars Mosdorf
in NG/FH 2/87

In 10 000 Kilometer Entfernung vom Schauplatz mag sich manches verzerrt darstellen, manches aber wird auch mit zunehmender Distanz klarer. Und mein Eindruck – verstärkt durch die NG/FH-Beiträge von Peter Glotz, Klaus Rave und Siegmars Mosdorf (Heft 2/85): Geißlers Wort von der Schicksalswahl könnte schlimme Wahrheit werden – zwar nicht unmittelbar für die Bundesrepublik insgesamt, sondern zunächst „nur“ für die SPD (und damit dann doch mit womöglich schlimmen Folgen für uns alle).

Die SPD hat mehr zu verkraften als nur eine „normale“ Wahlniederlage. Peter Glotz hat recht: kein Grund zum munteren „Weiter so“ für die Linke (zu dem letzten Begriff später). Die Partei steht, nüchtern betrachtet, in der Wählerzustimmung wieder da, wo sie vor Godesberg gestanden hat, in einigen Regionen deutlich schlechter, in anderen besser. Daß es wieder aufwärts geht, ist keineswegs ausgemacht. Die Partei, wie sie sich im Vorfeld und im Wahlkampf selbst dargestellt hat, glich einem disziplinenlosen Haufen (an der Spitze mehr noch als in den unteren Gliederungen), der sich und seine Überzeugungen schon aufgab, als Johannes Rau (er als nahezu einziger mit gerade unglaublicher Selbstdisziplin) noch um Wählerstimmen kämpfte.

„Nur wenn die SPD sich erneuert, hat die Linke eine Chance“, beendet Peter Glotz seine Nachwahlbetrachtung, ähnlich Siegmars Mosdorf. Ist mein Eindruck ganz falsch, daß daraus gegenwärtig folgende Maxime wird: Nur wenn die Linke die Partei erneuert, hat die SPD eine Chance? Und ist es auch falsch, wenn sich (ganz weit weg) auch der Eindruck aufdrängt, Erneuerung oder Neuorientierung wird zunächst einmal als personelle Instandbesetzung verstanden?

Keine der inhaltlichen Schlußfolgerungen von Peter Glotz und Siegmars Mosdorf ist ganz falsch, spätestens seit dem Koschnick/Boerner-Papier von 1975 sind allerdings die meisten parteiinternes Allge-

meingut (oder jedenfalls könnten sie es sein). Und das damalige Papier ist erheblich konkreter.

Ich finde es schlichtweg ärgerlich, nichts als Plattheiten von einem SPD-Landesgeschäftsführer aus Baden-Württemberg zu lesen, ohne auch nur den geringsten Ansatz, wie die katastrophalen Organisationsverhältnisse (die sich natürlich auch im Wahl-Ergebnis spiegeln) in seinem Verantwortungsbereich verändert werden können. Selbst die blanke Forderung nach Geld für qualifizierte hauptamtliche UB-Sekretäre wäre mehr gewesen als die hohle Forderung, daß die SPD wieder „die Reformpartei der Zukunft“ werden müsse.

Ich will nicht mißverstanden werden: die SPD ist Programmpartei und muß es bleiben. Darum muß auch gestritten werden. Aber – Binsenwahrheit – die Partei muß und will auch gestalten, dazu muß sie Wahlen gewinnen. Und dazu gehören nun auch einmal ganz banale – und manchmal bloß technische Voraussetzungen. Man mag „moderne“ Formen von Wahlkampf mögen oder nicht, wer sie nicht beherrscht, begibt sich der Chance, seine Programme in politische Wirklichkeit umzusetzen. Die Vorstellung, ein gutes Programm (und das von Nürnberg war eins!) reiche aus, die Zustimmung der Wähler käme dann quasi automatisch, ist wirklichkeitsfremd. Insofern hilft es nicht weiter, wenn Peter Glotz feststellt, daß die Union trotz ihrer „professionellen Werbetechnik und brillanten Logistik“ mehr als 4 % verloren habe. Die CDU hat sicher auch nicht wegen dieser beiden unbestrittenen Vorzüge Stimmen verloren. Beides ist vonnöten: Politisch-inhaltliche Attraktivitäten und Professionalität in der Vermittlungsarbeit. Viele der Anregungen von Klaus Rave sind dabei bedenkenswert.

Ich halte im übrigen auch den Streit für müßig, ob Wahlkampf personalisiert oder themenbezogen geführt werden solle. Wenn die SPD es künftig nicht wieder schafft, ihre politischen Programme und ihre führenden Repräsentanten im Wahlkampf so weit einander anzunähern, daß sie jedenfalls nicht als Gegensätze begriffen werden, dann wären wir in der Tat auf dem Weg zur strukturellen Oppositionspartei.

Wichtig scheint mir, daß durch die unbestritten notwendige programmatische Erneuerung (eine taktische Öffnung gegenüber den Grünen leistet das noch nicht!) der Blick auf organisatorische Stärken und vor allem Schwächen nicht verstellt werden darf. Und der zuverlässigste Indikator dafür sind und bleiben Wahlergebnisse. Erstaunlich genug: Pflanze ich auf der Landkarte der Januar-Ergebnisse dort rote Fahnen ein, wo nach dem Desaster die lau-

testen Rufe nach neuen Programmen (oder Personen) ertönt sind, dann sehe ich plötzlich lauter kleine rote Fähnchen auf tiefschwarzem Grund. Vorsichtig formuliert: Der Beweis für die politische Attraktivität dieser Rezeptur muß erst noch erbracht werden. Weniger vorsichtig: Hier wird von eigenen Unzulänglichkeiten abgelenkt, Hilflosigkeit zum Prinzip ohne Hoffnung.

Dagegen NRW: Sind die Menschen dort wirklich so blöd, nicht zu merken, daß sie nach wie vor mehrheitlich eine Partei wählen, die sich nach Meinung einiger Stuttgarter oder Münchner Genossen längst selbst überlebt hat? Wollen wir wirklich eine Ein- (Teilung) der Partei in die „tumbe NRW-SPD“ (die Zustimmung findet) und eine „intelligente Süd-SPD“ (die innerparteilich vielleicht Mehrheiten findet, der aber leider die Wähler fehlen) selbst mit befördern? Können wir uns wirklich eine Situation wünschen, in der – um ein Bild von P. Glotz zu mißbrauchen – NRW bauch- und Baden-Württemberg kopflastig ist? Ich selbst habe in einem knapp einjährigen Gastspiel in NRW gelernt: die Partei in diesem Land ist anders (besser!) als ihr Ruf, wie sonst wäre auch zu erklären, daß ein gestandener Linker wie Klaus Matthiesen hier politisch heimisch werden konnte?

Apropos „die Linke“: Ich möchte Peter Glotz zu denken geben, ob wir uns wirklich einen Gefallen tun, wenn wir uns wieder zunehmend eines Vokabulars bedienen, das bei denen, die nicht in der Arbeiterbewegung großgeworden sind, als Relikte aus der sozialistischen Mottenkammer verstanden werden.

Ich will jetzt gar nicht fragen, wen er alles zu „der Linken“ (noch dazu im europäischen Maßstab) zählt. Ich frage mit seinen eigenen Worten, ob er „die SPD aus dem engen Zirkel ihrer durch Satzung oder Gewohnheit zusammengeführten Gremien“ herausführen will, indem er die „abweisenden Vertreter von Industrie- und Handelskammern und streitsüchtige Professoren“ gleichermaßen mit Begriffen wie „Funktionärskader“ für eine Unterstützung „der Linken“ gewinnen will? Wir können uns auch durch verengende Begriffe selbst einmauern! Ich kenne jedenfalls nicht wenige Angehörige der vielzitierten neuen Mittelschichten, die durchaus bereit sind, den Weg der SPD (und sei es auch nur ein Stückchen) mitzugehen, die sich aber nicht ohne weiteres (auch nicht verbal) einreihen lassen in die Marschkolonnen der „europäischen Linken“, was immer das auch sein mag.

Und noch eins: Ich war ein leidenschaftlicher Verfechter einer integrativen SPD, als der „Rechten“ die

Unruhe der 68er ein innerparteilicher Balken im Auge war. Ich bleibe ein engagierter Verfechter dieses Kurses auch heute, wo die „Parteirechte“ desorganisiert ist und die „Parteilinke“ die Chance wittert, den Durchmarsch zu proben.

Wer diesen Kurs der innerparteilichen Toleranz und des gegenseitigen Respektes (auch der angemessenen personellen Repräsentanz!) aufgibt, verweigert der Sozialdemokratie die Chance auf eine Mehrheit. Das bleibt meine Überzeugung.

Peter Schellschmidt (z. Z. Singapur)

Krasses Vorurteil

Zum Leserbrief Michael Uhlig in NG/FH 2/87

Erst jetzt fällt mit der Leserbrief der NG/FH 1/87 in die Hände. Dr. Til Schulz hat vor ein paar Jahren bei mir promoviert. Die „Charakterisierung“ seiner Person durch den Leserbriefschreiber beruht auf einem krassen – durch die Fakten nicht begründbaren – Vorurteil. Herr Schulz hat zwar in einem später „besetzten“ Haus (Eppsteiner Straße 47) gewohnt, war dort aber seit Jahren regulärer Mieter. Daß er – wie viele andere – Verständnis für die Besetzer gehabt hat, dürften ihm – gerade auch Frankfurter Bürger, die die Zerstörung des Westends durch Büro- und Bank-Gebäude beklagt haben – kaum verargen. Von einer mit „Hausbesetzern und Bombenlegern zusammen betriebenen Kommunalpolitik“ kann in seinem Fall noch weniger die Rede sein. Im Gegenteil. Im „Kursbuch 35“ (1974) hat Til Schulz damals eine höchst kritische Zusammenstellung von Texten aus den Kriegsbüchern Ernst Jüngers und von Verlautbarungen der sogenannten „RAF“ gebracht, um sie als „Abenteurer des falschen Bewußtseins“ anzuprangern. Eine schärfere und besser begründete Kritik am bundesdeutschen „Terrorismus“ kann man sich kaum vorstellen. Sie ist denn auch entsprechend beachtet und angefeindet worden.

Er ist also keineswegs hinter irgendwelchen „K-Gruppen hergelaufen“, sondern hat sogar eine gewisse „Isolierung“ von der (gewaltfreien, aber doch radikalen) Frankfurter Sponti-Szene in Kauf genommen, die aber inzwischen seinen damaligen Standpunkt erreicht haben dürfte.

Ich finde ein so kenntnisloser Leserbrief sollte nicht unerwidert bleiben. Daß Til Schulz ein impressionistisches Bild der ökonomischen, sozialen und kulturellen Zustände Frankfurts gemalt hat, an dem man natürlich auch sachlich Kritik üben könnte, ist

eine andere Sache. Die Assoziation zu Hölderlin, die Herrn Uhlig einfällt, ist eher komisch. Vielleicht sollte er sich an Thomas Manns schönes Wort erinnern, daß die deutsche Kultur erst dann wirklich demokratisch geworden wäre, wenn der Karl Marx den Hölderlin gelesen hätte und umgekehrt (nach dem Gedächtnis zitiert, der gebildete Leser kann ja den genauen Text nachlesen). Die großbürgerliche Liberalität der Gontards widerlegt – leider – nicht die Aussage eines kenntnisreichen „head-hunters“ von heute. Nach meinem Verständnis geht die Bestrebung der Sozialdemokratie nicht auf die Abschaffung allgemeiner Bildung, sondern auf ihre Verbreitung in allen Bevölkerungsteilen, auch wenn das manche anders gesehen haben mögen. So viel zu dem bössartigen Leserbrief, den ich nicht unerwidert lassen wollte.

Iring Fetscher

Mir ist der ganze Vorgang rätselhaft

Betrifft: Leserbrief eines M. Uhlig in Heft 2, 1987: unsachlicher, bössartiger persönlicher Angriff auf den Genossen Dr. Til Schulz und Diffamierung der Frankfurter Partei mit besonderer Spitze gegen die Arbeit des Ortsvereins Westend

Sehr geehrter Herr Redakteur, selbst wenn Sie Frankfurt a.M. und die Verhältnisse hier nicht kennen sollten, müßten Ihnen, als verantwortlich für die Publikation, die unsachliche Härte und denunziatorische Absicht der Leserzurschrift von M. Uhlig aufgefallen sein – spätestens bei der lächerlichen Gontard-Polemik.

Sie hatten ja immerhin die Möglichkeit zum Vergleich zu dem, was Til Schulz in seinem Aufsatz (Heft 1/87) geschrieben hatte. Überdies hinaus lassen Sie wegen einer falschen Bildunterschrift einen Angriff auf unseren Genossen Til Schulz fahren, der diesen Lapsus nicht zu verantworten hat. Bildausweisung ist Sache der Redaktion. In Frankfurt würde niemand solche Aufnahme verwechseln, geschweige ein Kenner wie Til.

Einen Angriff auf die Frankfurter Sozialdemokratische Partei, die ebenso wie ihre Repräsentanz der Spitzengremien keineswegs als eindeutig „links“, sondern durchaus gemischt ausgewiesen ist, mit erheblichem Einfluß profilierter „Rechter“ und ihrem Anhang, ihrem Vor- und Mittelfeld, ist nur als be-

wußte Parteischädigung zu definieren, sofern die Denunziation von einem „Genossen“ kommt.

Die besondere Madigmachung des renommierten SPD-Ortsvereins Westend würde nicht einmal die hiesige CDU wagen, ohne auf Unbehagen bei der Bevölkerung zu stoßen. Jetzt allerdings könnte sich der politische Gegner auf eine Veröffentlichung in der „Neuen Gesellschaft – Frankfurter Hefte“ berufen. Wer wollte ihm das verübeln?

Mir ist der ganze Vorgang rätselhaft, muß ich sagen. Dem Politik- und Loyalitätsverständnis eines M. Uhlig nachgehen zu wollen, erübrigt sich wohl. Aber an Ihrer Arbeitsweise in bezug auf Redaktionsverantwortung, Herr Redakteur, habe ich schärfste Kritik anzumelden!

In Anbetracht Ihres Versagens vermag ich Sie nicht freundlich zu grüßen.

Odina Bott

P.S.

Den Zeitverlust durchs Kontern der unverantwortlichen Machenschaft nehme ich persönlich übel, denn wir sind im Wahlkampf und ohnehin in ständiger Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Die Niveaulosigkeit der Uhlig-Ausführungen ist kein Diskussionsthema, sondern eine unverantwortliche Belästigung und Behinderung aus dem Hinterhalt.

Weidlich irritiert

Betr.: Leserbrief M. Uhlig zu Schulz „Frankfurt – eine Metropole?“

Der Abdruck des oben genannten Leserbriefes von Herrn Uhlig in einem der theoretischen Organe unserer Partei hat mich weidlich irritiert. Zwar teile ich gewisse inhaltliche Positionen mit Til Schulz nicht, aber diese Diskussion wird zur Zeit in allen Ortsvereinen dieser Stadt geführt und äußert sich üblicherweise nicht, wie durch Herrn Uhlig geschehen, in Anwürfen, die an der Grenze des Justitiablen anzusiedeln sind. Im übrigen soll hier wohl nicht nur Rufmord an einem einzelnen Parteimitglied, sondern an einem ganzen Ortsverein betrieben werden.

Der OV Frankfurt/Westend hat mit seiner Beteiligung am Häuserkampf aktiven Denkmalschutz seinerzeit betrieben. Als langjähriges Mitglied dieses Ortsvereins verwehre ich mich entschieden gegen die Unterstellung, dabei mit Bombenlegern zusammengearbeitet, beziehungsweise sympathisiert zu haben. Die Parteischädigung, die der Ortsverein

durch seine Aktivitäten angeblich verursachte, möchte Herr Uhlig anhand der Wahlergebnisse bitte beweisen. Das Westend war und ist aufgrund seiner Bevölkerungsstruktur nie ein „roter“ Stadtteil, aber in ähnlich geschichteten Wohngebieten erreicht die SPD auch in anderen Gegenden nicht mehr als 30 % der Wähler.

Die Überschrift „So etwas Dummes schon lange nicht mehr gelesen“ scheint mir außerordentlich treffend, sie spiegelt meine Gefühle gegenüber dem Leserbrief von Herrn Uhlig exakt wider.

*Brigitte Bernhard
Frankfurt/a. M.*

Horst Pöttker, Vielfalt als Vorwand, NG/FH 1/87 Etwas Farbe

Der Beitrag bringt dankenswerter Weise etwas Farbe in die graue Mediendiskussion innerhalb der SPD. Gerade die Abschnitte VI – X machen deutlich, wie die Medienpolitik während der sozial-liberalen Koalition durch die SPD vernachlässigt wurde. Anstatt das goldene Kalb „öffentlich-rechtlichen“ Rundfunk zu pflegen, hätte seinerzeit Vorsorge getroffen werden müssen: Erhalt sozialdemokratischer Verlage, die in der Lage sind, den bürgerlichen entsprechend Konkurrenz zu machen. Dies wurde vom Parteivorstand nicht geleistet. Statt dessen lautete die Parole „zurück“, der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte unter allen Umständen gerettet werden. In Wahrheit wurden im Hinblick auf die technische Entwicklung und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nur noch Rückzugsgefechte geführt.

Erstaunlicherweise ist es den SPD-regierten Ländern nie gelungen, im Bezug auf den Rundfunk über das Reagieren hinauszukommen. Dies gilt insbesondere für Hessen, wo es nicht gelang, ein vernünftiges Mediengesetz zustande zu bringen. Bei der Verabschiedung des Einspeisungsgesetzes mußte gar die Hilfe von CDU und FDP in Anspruch genommen werden, um endlich den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gerecht zu werden. Die Grünen schienen insoweit die rechtlichen und technischen Vorgaben gänzlich falsch zu beurteilen.

Ein Mediengesetz sollte Private zulassen, den Medienkonzernen aber die Schranken auferlegen, die rechtlich auferlegt werden können. Man sollte Ge-

bote wie Binnenpluralität u. ä. ernst nehmen und das Senden privaten Anbietern nur dann erlauben, wenn ihr Programm inhaltlich ausgewogen ist. Schließlich würde die Zulassung Privater auch den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit eröffnen, auf dem Rundfunksektor als Gegengewicht gegenüber dem Kommerz aktiv zu werden.

Was die derzeitige Situation des Hessischen Rundfunks betrifft, so ist es recht widersprüchlich, gegen Private und Kommerz zu wettern, den HR aber so mit Werbung vollzustopfen, daß er manchem Privaten nicht nachsteht. Folge dieser Politik im Rundfunkrat dürfte kurz über lang sein, daß Hessen sich in der Bundesrepublik noch unglaublicher macht und den HR durch das Scheitern eines Medienstaatsvertrages irgendwann ans Messer liefert.

Was Pöttkers Kritik am Bundesverfassungsgericht angeht, so kann ich sie nicht teilen. Das Gericht hat im 4. Rundfunkurteil den Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG in zulässiger Weise ausgelegt. Das Ergebnis des Urteils ist auch keiner Wende-Tendenz zuzuschreiben, vielmehr spricht in der BRD nichts dagegen, privaten Rundfunk unter bestimmten Voraussetzungen zuzulassen.

Für die SPD bedeutet diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: sie sollte sich nicht auf medienpolitische Absichtserklärungen beschränken, sondern in den von ihr regierten Ländern solche Mediengesetze durchsetzen, die den Rahmen der Vorgaben des Gerichts voll ausschöpfen und den Konzernanbietern das Leben schwer machen. Mit Blockadepolitik und Verfassungsklagen gewinnt man keinen verlorenen Boden zurück; aktives Handeln ist gefragt.

Jürgen Sommer

Thomas Rothschild Täuschung und Selbsttäuschung Martin Walsers Novelle „Dorle und Wolf“

Dr. Thomas Rothschild ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Literaturwissenschaften, FB Neuere deutsche Literatur, der Universität Stuttgart.

Es ist kaum zu glauben: Am 24. März wurde Martin Walser sechzig Jahre alt. Seit drei Jahrzehnten stets in den bundesrepublikanischen Literaturdebatten präsent, hat er nie ganz den Nimbus des „jungen Autors“ verloren. Vielleicht liegt das daran, daß er sich, in diesem Punkt mit Grass und Böll vergleichbar, immer wieder auch zur aktuellen Politik geäußert hat, in der Regel aber außerhalb der etablierten Parteien und mit Sympathie für jene verändernden Kräfte, die man – wie sich heute zeigt: oft zu Unrecht – eher bei der nachdrängenden Generation lokalisiert als bei den Vätern.

Mittlerweile ist Walser Vater von vier Töchtern, die selbst respektable Plätze im Kulturbetrieb eobert haben. Und dennoch fällt es schwer, sich den immer schon bedächtig wirkenden, inzwischen ergrauten Schriftsteller, den eine klischeewütige Illustriertenkolportage gerne zum Bodenseeangehörigen verkürzt, an der Schwelle zum dritten Lebensalter vorzustellen. Eine Linke, die sich selbst als jugendlich sieht, betrachtet ihn nach wie vor als den ihren. Dabei hat Martin Walser es seinen Freunden in letzter Zeit nicht leicht gemacht. Kaum einem gelang es, ihm zu folgen, als der einstige vehemente Kritiker der Reaktion ausgerechnet Springers „Welt“ ein ausführliches Gespräch gewährte. Und auch sein neu erwachtes und fast ausschließliches Interesse für die Frage der deutschen Teilung bereitet vielen Kopfzerbrechen. In dem Buch, von dem hier die Rede sein wird, reflektiert der Held über Memel: „Nicht daß er's wiederhaben wollte. Den Verlust bedauern dürfen wollte er. Sagen dürfen: Schön wär's, wir hätten's noch! das wollte er.“

Eindeutig festlegen ließ sich Walser nie. Er hat sich das Recht auf eine eigene Meinung, und mag sie noch so unpopulär sein, stets und gegen jeden vorbehalten. Versuche einer Vereinnahmung durch andere waren ihm ein Graus. Nein, er ist nicht der Ty-

pus des unsolidarischen Individualanarchisten, wie er sich in der Literatur- und Kunstszene in vielerlei Gestalt tummelt, aber er möchte zu jeder Zeit selbst entscheiden dürfen, was er für falsch und was für richtig hält, wo er unterschreiben kann und wo nicht, wann er sich welcher Gruppe anschließen und wann er sich ihr entziehen mag.

So war denn Walser stets umstritten. Politisch, aber auch künstlerisch. In die Literatur getreten mit an Kafka gemahnenden Erzählungen und dem sozialkritischen Roman „Ehen in Philippsburg“, profilierte er sich, insbesondere mit seiner grandiosen Kristlein-Trilogie, als Sprachvirtuose, der experimentelle Techniken für den engagierten Roman adaptierte. Als er sich dann, vor allem mit der erfolgreichen Novelle „Ein fliehendes Pferd“, entschloß, weniger komplexe und komplizierte, auch sprachlich zwar elegante, aber weniger ausschweifende Literatur einer Sorte zu schreiben, die in Nordamerika durchaus Ansehen genießt, bei uns aber meist als Unterhaltungsliteratur abqualifiziert wird, verstanden das viele als ästhetischen Rückschritt, als Zurrücknahme schon erreichter erzähltechnischer Positionen, als Schielen nach dem Applaus der Menge.

Wie man dazu auch stehen mag, ob man nun den „frühen Walser“ dem „späten Walser“ vorzieht oder umgekehrt, eins muß man anerkennen: Stets blieb Martin Walser einer der großen ironischen Sprachkünstler der deutschen Literatur, stets bewies er eine erstaunliche Beobachtungsgabe – für gestische Details ebenso wie für rhetorische Versatzstücke, für psychische Eigenheiten ebenso wie für äußerliches Kolorit –, stets aufs Neue zeigte er sich als der Chronist jenes Teils des Kleinbürgertums, den man mit dem Begriff „Angestellte“ zusammenfaßt.

Angestellte sind auch Dorle und Wolf, die Titelhelden von Walsers eben erschienenen Novelle, mit der er, nach dem umfangreichen Roman „Die Brandung“, wieder ein eher skizzenhaftes Impromptu liefert. Aber sie sind Angestellte einer ganz eigenen Sorte. Dorle Ziegler arbeitet als Sekretärin im Verteidigungsministerium, ihr Mann Wolf ist Referent in der baden-württembergischen Landesvertretung in Bonn. (Das Sujet verlangt den Handlungsort nördlich der Main-Linie. Näher als Strümpfelbach kommt die Novelle – allen Walser-Erwartungen zum Trotz – nicht an den Bodensee heran.) Wolf stammt aus der DDR, Dorle – immerhin – ist Schwäbin, und beide agieren sie für den Staatssicherheitsdienst. Das erfährt der Leser zu Beginn. Aber Walser wäre nicht Walser, wenn er aus dieser Vorgabe schlicht einen Spionage-Thriller

machte. Er holt die scheinbare Romantik des Geheimdienstmilieus auf den Boden ihrer banalen Alltäglichkeit herunter. Zuletzt sind Dorle und Wolf eben doch: Angestellte.

Martin Walser:

Dorle und Wolf. Eine Novelle

Suhrkamp, Frankfurt am Main 1987, 177 Seiten, DM 25,-

Schon der erste Satz der Novelle, der sich würdig unter die markanten Walser-Anfänge einreicht, bezeichnet zugleich die spezifische Situation des Geheimdienst-Agenten Wolf und die generelle Lage von Angestellten in einer Gesellschaft der Abhängigkeiten: „Man muß, wenn man etwas zu verbergen hat, mehr tun, als man selber für nötig hält.“ Täuschung und Selbsttäuschung des Spions als exemplarischer Fall. „Nichts ist, was es scheint“, sinniert, ein anderer Pirandello, Walsers Agent Wolf Ziegler. „Die Illegitimität reicht überallhin.“ Und: „Das Illegitime, das ist man selbst.“ Das Doppelleben auch als Gleichnis für die deutsche Realität: „Wir sind Halbierte“, möge, so wünscht sich Wolf, so wünscht sich Walser, einer ausrufen. Der Agent als Pionier für ein ganzes, ein imaginäres Deutschland: das ist Walsers ironische Utopie. Spionage als Parodie auf die Verhinderung des Ernstfalls. „Mehr ist es ja nicht, was wir zwischen diesen beiden verrannten Deutsch-Hälften tun“, sagt Wolf.

Gegenstück zu dieser politischen Welt der Täuschung ist der Bereich von Erotik und Sexualität (also genau jener Bereich, in dem bei Walsers tschechischem Kollegen Milan Kundera Täuschung und Selbsttäuschung am stärksten sind). Bei wem, wenn nicht bei Walser, erwartet man einen aphoristischen Satz wie diesen: „Vielleicht ist der Verkehr der Ge-

schlechter das einzige in der Welt, bei dem es den Unterschied zwischen Ernst und Spiel nicht gibt.“ Die verwickelten Bett- und Liebesgeschichten sind auch in dieser Novelle gekennzeichnet durch jene Mischung aus Skeptizismus und Zärtlichkeit, aus Ironie und Wärme, die für Walser charakteristisch ist. Hier schreibt ein Aufklärer, der sich im Grunde seines Herzens stets nach jenem Idyll sehnt, an das er wachen Verstandes nicht zu glauben vermag.

Martin Walsers Werke – und das unterscheidet sich von Trivilliteratur – haben immer mehrere Ebenen. Sie lassen sich auf verschiedene Weise lesen, im Idealfall auf mehrere Arten zugleich. Die Tode am Ende der „Brandung“, diese auffallende Häufung von letalen Unglücksfällen im letzten Roman, in die sogar der Hund mit einbezogen ist, verweisen zunächst auf des Protagonisten Beschäftigung mit dem Altern und dem Sterben, aber sie verdeutlichen zugleich durch Überziehung ein poetologisches Problem: wie nämlich ein erzählender Text zum Abschluß zu bringen sei. Die Vervielfältigung hebt ins Bewußtsein, was zumeist als Technik nicht erkannt wird. „Dorle und Wolf“ ist neben einer spannenden Spionagegeschichte und einem Beispiel für die Zurichtung eines Menschen in einem Deutschland, in dem alles nur halb ist, auch eine Polemik gegen die Klischees progressiver Gerichtssaal-reportage. Nicht nur läßt Walser die Anklage durch eine Frau vertreten, die Wolf in Gedanken „Verfolgerin“ nennt und die man sich vorstellen muß wie Magdalena Montezuma in Werner Schroeters Film „Palermo oder Wolfsburg“, er entkleidet auch den zuletzt als „deutscher Richter“ urteilenden Vorsitzenden der gewohnten Attribute, läßt ihn sanft, verständnisvoll und vernünftig erscheinen.

Das Abgründige kommt bei Martin Walser heiter maskiert daher. Man sollte ihn genau lesen. Auch eine schmale Novelle wie „Dorle und Wolf“.